ISSN 2199-3572

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Nr. 8 (96) AUGUST 2022 / Av – Elul 5782 UNABHÄNGIGE MONATSZEITUNG · HERAUSGEGEBEN VON DR. R. KORENZECHER 3,90 €

Bidens Nahost-Politik ist zum Scheitern verurteilt

Mit dem Festhalten am Atomabkommen ebnet der US-Präsident dem Iran den Weg zum Atomwaffenarsenal.

SEITE 14-15

Die „Zwei-Staaten-Lösung" zur Zerstörung Israels

Eine Mehrheit der „Palästinenser" unterstützt die islamistische Terrorgruppe Hamas.

SEITE 35

Defund Documenta

Die Documenta sorgt schon wieder mit wüst antijüdischer Symbolik für einen Antisemitismus-Skandal.

SEITE 36-37

KOMMENTAR DER CHEFREDAKTEURIN LAILA MIRZO

Liebe Leserinnen und Leser,
in der aktuellen Ausgabe erscheint urlaubsgedingt keine Kolumne des Herausgebers. Im Namen von Dr. Korenzecher darf ich Ihnen großen Dank für Ihre Treue und Unterstützung aussprechen und Ihnen Mut und Zuversicht für die kommenden Herausforderungen wünschen.

Die Menschheit sah sich oft mit Widrigkeiten konfrontiert: Politische Unruhen, Wirtschaftskrisen, Umweltkatastrophen oder Krieg. Existenz- und Zukunftsängste mögen große Sorgen bereiten, doch die Geschichte hat verlässlich gezeigt, dass der Mensch alles überstehen kann, selbst die dunkelsten Tage.

Eine im wahrsten Sinne des Wortes dunkle Zeit steht uns im kommenden Winter bevor. Die desaströse grün-ideologisierte und infantile Energiepolitik der letzten Jahre und ein dilettantisches Krisenmanagement der Ampelregierung lassen Deutschland auf einen Energie-Kollaps zusteuern. Viele Menschen werden frieren, weil sie sich das Heizen nicht leisten können, oder weil es nicht genug Gas für alle geben wird. Zu diesem historischen Missstand kann sich auch ein flächendeckender Stromausfall gesellen. Die Regierung befürchtet sogar Volksaufstände.

Zur Energiekrise und galoppierenden Inflation kommen auch internationale Konflikte hinzu, die die Kriegsgefahr in weiteren Regionen der Welt verschärfen. Der Iran droht offen mit der Vernichtung Israels und baut unter den Augen der Weltgemeinschaft emsig an seiner mörderischen, nicht zuletzt auch von Obama, Kerry und Steinmeier ermöglichten, Atombombe.

Dazu feiern, wie besonders auf der Documenta erkennbar, der linke und islamische Antisemitismus neue Urstände. In Taiwan müssen die Menschen einen chinesischen Angriff fürchten und die Spannungen zwischen Serbien und dem Kosovo versprechen leider auch Unheil.

Israel und das jüdische Volk werden trotz aller globalen Konflikte prosperieren.

Uns bleibt die Hoffnung.

Am Israel Chai!
Alles erdenklich Beste!
Ihre Laila Mirzo

Genaue Erscheinungstermine unter https://juedischerundschau.de/service/erscheinungsplan.html

Österreich 3,80 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF; Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,60 €; Slowakei 4,50 €

4 198807 003907 08

Die Demokratie sind wir!

John MACDOUGALL / AFP

Von Vera Lengsfeld

In der Schule wurde uns der Satz Ludwig XIV: „Der Staat bin ich" als der Gipfel politischer Arroganz beigebracht. Was am Feudalabsolutismus so verabscheuenswert war, sollte sich nicht wiederholen. In einer Demokratie sollte es bei den Volksvertretern nicht zu solch einer Arroganz kommen, denn sie dienen dem Souverän, dem Volk. Sie sind den checks and balances unterworfen, die ihre Macht kontrollieren und begrenzen. Trifft das bei uns noch zu? Seit der Verfassungsschutz den Tatbestand der „Delegitimierung des Staates", zu DDR-Zeiten hieß es „staatsfeindliche Hetze", als beobachtungswürdig eingestuft hat, kommen immer mehr Zweifel auf, ob wir noch in einer klassischen Demokratie oder schon in einer Autokratie leben.

Wenn man die Regierung nicht mehr kritisieren, ihre Fehlentscheidungen nicht mehr benennen darf, wenn man angeprangert oder gar kriminalisiert wird, wenn man es dennoch tut, ist die Demokratie nur noch ein hohler Begriff, eine Camouflage für die herrschenden Verhältnisse.

Wer das für übertrieben oder sogar unzutreffend hält, sollte sich die Äußerungen zweier Politikerinnen ansehen und überprüfen.

Innenministerin Faeser hat einen ganz speziellen Demokratiebegriff entwickelt, der Demokratie mit Politikern und ihren Entscheidungen gleichsetzt. Sie sagte dem Handelsblatt:

„Natürlich besteht die Gefahr, dass diejenigen, die schon in der Coronazeit ihre Verachtung gegen die Demokratie herausgebrüllt haben und dabei oftmals Seite an Seite mit Rechtsextremisten unterwegs waren, die stark steigenden Preise als neues Mobilisierungsthema zu missbrauchen versuchen."

Also, diejenigen, die in der Corona-Pandemie die erratischen Maßnahmen der Regierung kritisierten, die, wie sich nach zwei Jahren herausgestellt hat, nie auf ihre Wirksamkeit überprüft wurden, hätten damit „ihre Verachtung gegen die Demokratie herausgebrüllt", obwohl sie das Gegenteil getan, nämlich demokratische Transparenz und eine offene Diskussion, wie in funktionierenden Demokratien üblich, gefordert haben.

Flucht nach vorn

Auch in der sich rapide entfaltenden Energiekrise ist mit Protesten zu rechnen, mindestens derer, die ihre Energierechnungen kaum noch bezahlen können, deren Wohnungen kalt bleiben und denen der Strom abgestellt wird. Die werden schon mal von der Ministerin vorsorglich diskreditiert.

Populisten und Extremisten, so Faeser, nutzten jede Krise für Angst und Spaltung, aber auch für Hass und Bedrohungen. „Sie wollen Krisen noch verschärfen, um daraus Profit zu schlagen".

Damit sind alle in die extremistische Ecke gestellt, die es wagen, Fragen nach der Ursache der Energiekrise zu stellen. Die ist keine Naturkatastrophe oder ein Machwerk von Putin, sondern sie ist hausgemacht. Deutschlands einseitige Festlegung auf wetterabhängige Energien gekoppelt an den doppelten Ausstieg aus der Kernenergie und der Kohle („Weil wir es können", Olaf Scholz) hat uns existentiell abhängig gemacht von Gaskraftwerken, die Strom erzeugen müssen, um die Netzschwankungen, die von den „Erneuerbaren" verursacht werden, auszugleichen. Die Macher der „Energiewende" sind die Verursacher der Energiekrise, denn sie haben uns abhängig vom russischen Gas gemacht und Putin in die Lage versetzt, uns jetzt erpressen zu können. Wer vor dieser Entwicklung gewarnt hat, war ein Verschwörungstheoretiker.

Nun fallen die Folgen politischer Hybris mit voller Wucht auf die ganze Gesellschaft zurück und unserer Innenministerin fällt nichts Besseres ein, als Drohungen. Die Sicherheitsbehörden hätten die extremistischen Szenen aber sehr genau im Blick. „Wir sind vorbereitet, auch auf mögliche neue Protestgeschehen".

Um die Ablenkung perfekt zu machen, werden Regierungskritiker zu Verächtern der Demokratie gestempelt. Nach Faeser ist also die Regierung die Demokratie, alle Kritiker Demokratieverächter.

▶▶ Fortsetzung auf Seite 2

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

Die Demokratie sind wir!

Innenministerin Nancy Faeser rechnet angesichts der rapide steigenden Energiepreise mit Protesten, ihre grüne Kabinettskollegin Annalena Baerbock fürchtet gar Volksaufstände. Doch anstatt in den Dialog mit den Bürgern zu treten, werden Regierungskritiker marginalisiert und kriminalisiert. Dies trifft den Einzelnen, aber auch ganze Redaktionsstuben - für alle wird der Meinungskorridor enger, besonders wenn es um Kritik an der verfehlten Migrationspolitik und am islamisch motivierten Judenhass geht.

Dämonisierung der Kritiker

Der Grünen-Fraktionsvize Konstantin von Notz sekundiert: „Es steht zu befürchten, dass Rechtspopulisten auch diese gesellschaftliche Krise für die eigene Agitation ausnutzen“. Vor diesem Hintergrund werde es in den nächsten Wochen und Monaten sehr auf Solidarität und gesellschaftlichen Zusammenhalt ankommen. Ach ja, erst wird die Gesellschaft von der Politik gespalten, dann wird an den Zusammenhalt und die Solidarität appelliert? Solidarität mit wem? Mit den Fehlentscheidungen der Politiker, die nicht Schaden von ihren Wählern abwenden, sondern ihre Ideologie retten wollen? Die Verachtung, die unsere politische Kaste ihren Wählern entgegenbringt, wurde kürzlich auf der ausgedehnten Luxushochzeit von Wirtschaftsminister Lindner unübersehbar. Erst die Bevölkerung zum Verzicht aufrufen und dann demonstrieren, dass man gar nicht daran denkt, selbst auf etwas zu verzichten.

Die zweite Politikerin, die man sich näher anschauen sollte, wenn man sich fragt, in welchen Verhältnissen wir heute leben, ist Familienministerin Paul der frischen Regierung Wüst in NRW.

Wenn man den Plänen dieser Regierung, von einer ehemals bürgerlichen Partei geführt, folgt, wird aus Deutschland ein Denunziantenland.

Als die Stasiakten 1992 geöffnet wurden, war die Welt entsetzt, über das Denunziantentum in der DDR. Voreilig wurde den Insassen (Joachim Gauck) des SED-Staates bescheinigt, besonders anfällig für Spitzeleien gewesen zu sein. Dabei mussten die Stasioffiziere ihre Informanten mühsam rekrutieren, sich heimlich mit ihnen treffen, sie bei Laune halten, entlohnen und immer neu motivieren. Die Stimmung in der DDR war klar gegen Denunzianten, die für die größten Schufte im Land gehalten wurden.

Die Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley warnte schon nach der ersten Einsicht in ihre Stasiakten, dass die Methoden der Stasi genauestens untersucht und übernommen werden würden: „Man wird sie ein wenig adaptieren, damit sie zu einer freien westlichen Gesellschaft passen. Man wird die Störer auch nicht unbedingt verhaften. Es gibt feinere Möglichkeiten, jemanden unschädlich zu machen. Aber die geheimen Verbote, das Beobachten, der Argwohn, die Angst, das Isolieren und Ausgrenzen, das Brandmarken und Mundtotmachen derer, die sich nicht anpassen – das wird wiederkommen…Man wird Einrichtungen schaffen, die viel effektiver arbeiten, viel feiner als die Stasi“.

Nun sind wir so weit, vorerst nur in NRW, aber andere Bundesländer, muss man fürchten, werden folgen. Die Regierung Wüst (CDU) richtet ein „bundesweit einzigartige[s] System von Meldestellen“ ein, um „auch die Diskriminierungsvorfälle (zu) registrieren, die unterhalb der Strafbarkeitsgrenze liegen und deswegen nicht in den polizeilichen Statistiken erfasst werden“, verkündete die grüne Landesfamilienministerin Paul. Das ist ein offener Aufruf zur Denunziation. Der Denunziant ist nicht mehr ein verachteter Schuft, sondern wird von der Regierung offen umworben. Damit das Denunzieren ganz bequem geht, werden Stellen eingerichtet, die nicht, wie die konspirativen Wohnungen der Stasi geheim, sondern ganz offen sind. Hier kann jeder jeden denunzieren und das unterhalb der Strafbarkeitsgrenze. Wie werden solche „Meldungen“ bewertet, was hat das für die Angeschwärzten für Konsequenzen? Die Meldestellen-Idee könnte aus der Zeit der Hexenjagd stammen, nur dass die Angezeigten nicht mehr um ihr Leben fürchten müssen, sondern nur noch um ihren guten Ruf.

John MACDOUGALL / AFP

Außenministerin Annalena Baerbock warnte vor Volksaufständen

Es gibt eine Meldung, die gelangt an die Öffentlichkeit, in die Medien, die Meldung wird aus den Medien auf Wikipedia übertragen und schon ist das Kainsmal oder Hexenstigma fertig. Jeder, der so etwas schon einmal erlebt hat, weiß, wie beinahe unmöglich es ist, ein Wikipedia-Diktum wieder loszuwerden. Denn Wikipedia wird von einer Art Gesinnungswächter beherrscht, die sich Jos Fritz oder Donald nennen und die alles löschen, was ihrer Ansicht widerspricht.

Das sind die verfeinerten Methoden, vor denen Bärbel Bohley gewarnt hat. Haben wir noch Meinungsfreiheit? Oh ja, jeder kann seine Meinung frei und öffentlich äußern. Er wird nur, wenn er ein Jota vom vorgegebenen Meinungskorridor abweicht, der inzwischen einem Nadelöhr ähnelt, mit den Konsequenzen leben müssen: Löschungen auf YouTube, Facebook, Twitter, Kontokündigungen, Unterlassungserklärungen und Schlimmeres.

Ob wir noch in einer Demokratie leben, muss sich jeder selbst beantworten. Eine Kirchgemeinde in Berlin hat sich über dem Eingang bekannt: „Wachet und betet“ Für die Freiheit in der Türkei. Und darunter: „22 ist nicht 89. Wir leben in keiner Diktatur“. Wer das glaubt, wird selig?

Vera Lengsfeld ist Publizistin und Bürgerrechtlerin. Sie war Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR. Von 1990 bis 2005 war sie Abgeordnete des Deutschen Bundestages zunächst bis 1996 für Bündnis 90/Die Grünen, ab 1996 für die CDU. 2008 wurde sie mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande geehrt.

Keine Zeitung ohne Leser: Wir freuen uns auf Ihre Leserbriefe!

Senden Sie uns Ihren Leserbrief an folgende Mailadresse: leserbriefe@juedische-rundschau.de

Einsendungen über diese Mailadresse können sowohl in der Printausgabe der Jüdischen Rundschau als auch online veröffentlicht werden.

Die Jüdische Rundschau behält sich vor, zu entscheiden, welche Leserbriefe erscheinen und welche nicht. Die Redaktion behält es sich außerdem vor, die Leserbriefe sinnwahrend zu kürzen.

Für die Veröffentlichung muss der Leserbrief bitte mindestens folgende Angaben enthalten:

- Auf welchen Artikel bezieht sich der Leserbrief und in welcher Ausgabe ist der Artikel erschienen?
- Ihr Vor- und Nachname sowie der Wohnort (werden veröffentlicht)
- Ihre Anschrift (wird nicht veröffentlicht)

Ihre vollständige Anschrift ist wichtig, da der Leserbrief sonst als anonym gelten muss und damit nicht veröffentlicht werden kann.

Wir lesen alle Briefe sorgfältig, auch wenn wir sie nicht alle beantworten können.

US-Präsident Biden in Israel: Liebesgrüße aus Washington

Zum Abschluss seines Besuchs im Heiligen Land besuchte Joe Biden in Bethlehem Mahmud Abbas. Der 87-jährige regiert seit Jahren ohne demokratische Legitimation, tritt Menschenrechte mit Füßen und gilt als korrupt. Als Geschenk hatte Biden eine Millionen-Spende im Gepäck. Damit können die Araber weiterhin mit ihren Schulbüchern, die vor Judenhass und Hetze gegen Israel strotzen, ihre Kinder ideologisch vergiften.

Von Jürgen Th. Müller

Joe Biden wurde in Israel mit militärischen Ehren empfangen

Auf dem Weg nach Saudi-Arabien hat der amerikanische Präsident Joe Biden Israel besucht. Der 79-Jährige überschüttete seine Gastgeber mit Sympathie-Bekenntnissen. Israels Präsident Isaac Herzog und Übergangs-Regierungschef Yair Lapid priesen im Gegenzug ihren wichtigsten Verbündeten in den höchsten Tönen. Doch außer der betont guten Stimmung, unzähligen Straßensperrungen und Überstunden für 16.000 Polizisten blieb vom Besuch Bidens nichts Handfestes. Stattdessen sorgte er bei einem kurzen Abstecher zu den „Palästinensern" für Irritationen.

Es ist brütend heiß, als die Air Force One auf dem Ben Gurion-Flughafen einschwebt. Die israelische Regierung hat für eine große Bühne gesorgt: Ehrenformationen aller Teilstreitkräfte in Paradeuniformen, ein unendlich lang erscheinender roter Teppich, die komplette Regierung schwitzt in der prallen Sonne.

Bevor Biden aus seiner Boeing 747 steigt, macht unter den wartenden israelischen Journalisten ein Fake-Video die Runde. Es zeigt, wie Biden beim Verlassen des Flugzeugs die Treppe hinunterstürzt. Tatsächlich betritt er dann langsam, aber unfallfrei israelischen Boden. Es ist sein zehnter Besuch in Israel, aber sein erster als Präsident.

Herzog begrüßt „Bruder Joseph"

Staatsoberhaupt Herzog begrüßt den Gast als „Bruder Joseph", Lapid verweist auf dessen Jahrzehnte lange Unterstützung Israels. Joe Biden antwortet in der gleichen Tonlage: „Man muss kein Jude sein, um Zionist zu sein", unterstreicht der angeblich mächtigste Mann der Welt. Man hat fast den Eindruck, in eine Familienfeier geraten zu sein.

Danach besichtigt Biden das israelische Raketenabwehrsystem Iron Dome, an dessen Entwicklung auch die USA beteiligt waren, sowie weitere Neuentwicklungen der Armee des jüdischen Staates. Besonders interessant: Ein futuristisches Abwehrsystem, dessen Laserstrahlen anfliegende Raketen, Drohnen oder Flugzeuge vom Himmel holen. Dass die Rüstungstechnik zum Flughafen gebracht wurde, ist dem Alter des Besuchers und der Hitze geschuldet: Man wollte dem Senior aus dem Weißen Haus weitere Reisestrapazen ersparen.

Es folgt der emotionale Höhepunkt der Reise. In der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem legt der US-Präsident pflichtgemäß einen Kranz nieder und unterhält sich mit zwei Überlebenden der deutschen Nazi-Vernichtungsindustrie, Dr. Gita Cycowicz und Rena Quint. Als die älteren Damen aufstehen wollten, bittet er sie, sitzen zu bleiben und beginnt vor ihnen zu knien. So führen sie das Gespräch fort, der Präsident wirkt ungewöhnlich locker und charmant und liefert exzellente Bilder für das Fernsehpublikum in aller Welt.

Alle brauchen schöne Bilder

Joe Biden, den seine Gegner als „Sleepy Joe" verunglimpfen und dessen Umfragewerte tief im Keller sind, braucht gute Nachrichten. Der frühere Fernsehmoderator Yair Lapid, der nach dem Rückzug von Naftali Bennett bis zu den Wahlen am 1. November die Regierung führen darf, ist ebenso darauf angewiesen. Die überwiegend linken israelischen Medien, die vor allem darauf aus sind, eine Wiederwahl von „Bibi" Netanyahu zu verhindern, spielen mit.

Am nächsten Tag bekommt das harmonisch inszenierte Bild aber dennoch erste Flecken. Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Biden fordert Lapid die Amerikaner auf, dem Iran „eine glaubwürdige militärische Drohung auf den Tisch zu legen". Das Regime in Teheran müsse wissen, dass es einen hohen Preis zahlen werde, wenn es die Welt weiterhin täusche und ungehindert Uran anreichere. Aber Biden will sich nicht festlegen. Es gebe zwar „ein eisernes Bekenntnis der Vereinigten Staaten von Amerika zu Israels Sicherheit", aber „Ich glaube weiterhin, dass Diplomatie der beste Weg ist, um dieses Ergebnis zu erreichen." Die beiden Politiker unterzeichnen eine gemeinsame strategische Erklärung, in der die USA geloben, „alle Elemente ihrer nationalen Macht" einzusetzen, um den Iran daran zu hindern, an Atomwaffen zu gelangen.

Laut einem Bericht des israelischen Fernsehkanals Channel 12 News ist es israelischen Offiziellen aber nicht gelungen, die US-Führung davon zu überzeugen, eine härtere Vorgehensweise gegenüber dem Iran zu verfolgen und den Druck zu erhöhen. Was Biden tun wird, wenn das Mullah-Regime in Teheran weiterhin an der Bombe bastelt, lässt er offen.

Ohne Fähnchen auf den Ölberg

Die israelische Regierung hat sich wohl mehr erhofft, will aber Biden keinesfalls kritisieren. Am nächsten Morgen macht sich die US-Delegation auf, um das Auguste-Viktoria-Hospital auf dem Jerusalemer Ölberg zu besuchen. Das Krankenhaus verdankt seine Existenz dem Besuch des deutschen Kaisers Wilhelm II. im Jahr 1898. Heute versorgt es überwiegend die arabische Bevölkerung. Das Hospital liegt im Ostteil der israelischen Hauptstadt, den die „Palästinenser" für ihren künftigen Staat beanspruchen. Bevor sich der Konvoi in Bewegung setzt, montieren Bidens Begleiter die israelischen Fähnchen an seiner Limousine ab. Eine Maßnahme mit großer Symbolkraft, die Israel die Souveränität über einen wesentlichen Teil der Hauptstadt abspricht. In fast allen Ländern der Welt wäre das ein Skandal – in Israel blieb die Kritik so leise, dass sie kaum hörbar ist.

Das Hospital ist spezialisiert auf eine umfassende Diabetes- und Krebsversorgung, Biden übergibt der Leitung 100 Millionen Dollar. Ein viel gepriesener Akt der Menschlichkeit. Aber auch der hat einen kritischen Hintergrund, der öffentlich nicht thematisiert wird. Das Auguste-Viktoria-Krankenhaus hatte sich im Frühjahr öffentlich beschwert, dass es Probleme mit seiner Patientenversorgung habe. Grund sei, dass der ungarische EU-Kommissar Olivér Várhelyi Fördergelder in Höhe von 214 Millionen Euro zurückhalte – und das nur, weil einige Israelis Probleme mit „palästinensischen" Schulbüchern hätten. In Deutschland drückte die „Tagesschau" auf die Tränendrüse und meldete: „Jeden Tag steht der Leiter der ambulanten Krebsstation am Auguste-Viktoria-Krankenhaus vor einem ethischen Dilemma: ‚Ich muss jeden Tag Triage-Entscheidungen treffen und bestimmen, wer morgen behandelt werden kann.' Denn die Apotheke im Auguste-Viktoria-Krankenhaus leert sich. Seit September mussten die Ärzte mehr als 500 Patienten abweisen und viele Behandlungen aussetzen. Dabei ist das Krebskrankenhaus im arabischen Ostteil Jerusalems für viele die letzte Hoffnung."

Die Propaganda wirkte: Die EU-Kommission überstimmte den Ungarn und gab das Geld frei, obwohl viele dieser Schulbücher weiterhin vor Judenhass und Hetze gegen Israel strotzten. Mit seiner Millionen-Spende hat Biden den „Palästinensern" den letzten finanziellen Druck genommen, sie dürfen ihre Kinder sorglos weiterhin ideologisch vergiften.

Zum Abschluss seines Besuchs im Heiligen Land besuchte Biden in Bethlehem Mahmud Abbas. Der 87-jährige „Palästinenserpräsident" regiert seit Jahren ohne demokratische Legitimation, tritt Menschenrechte mit Füßen und gilt als korrupt. Während seine Familie ungestört Millionen ins Ausland schafft, beschäftigen sich die weltweiten Medien lieber damit, ob der frühere israelische Regierungschef Netanjahu Geschenke in Form von Anzügen, Schampus und Zigarren angenommen und sich damit strafbar gemacht hat.

Selbstverständlich hatte Joe Biden auch für die „Palästinenser" warme Worte im Gepäck. Im Gegensatz zu den Israelis machte Abbas seinem Ärger aber anschließend in einem Interview Luft. Der libanesischen Zeitung Al-Akhbar erklärte er, er sei überrascht gewesen, von Biden keinen einzigen Satz zu hören, der als Fortschritt im politischen Prozess mit Israel präsentiert werden könne. Der US-Präsident habe lediglich versichert, dass sich sein Bekenntnis zur Zwei-Staaten-Lösung nicht geändert habe. Abbas, der bei den „Palästinensern" noch unbeliebter ist als Biden bei den Amerikanern, war entsprechend sauer. Aus seinem Umfeld war zu hören, man müsse härter gegen Israel vorgehen, um auf der Weltbühne präsent zu bleiben.

Saudis öffnen ihren Luftraum

Saudi-Arabien lässt künftig israelische Flugzeuge über sein Territorium fliegen. Das hilft den israelischen Airlines, lange Umwege und Kosten zu sparen. Das gaben die saudischen Herrscher bei Bidens Besuch bekannt, um sogleich hinzuzufügen, dass dies keine Annäherung an den Staat der Zionisten bedeute. Immerhin: Ein kleiner Erfolg einer Reise, bei der es so viel Heuchelei und heiße Luft gab, dass sie beinahe zur Luftnummer wurde.

Bidens Nahost-Politik ist zum Scheitern verurteilt

Solange die progressive Basis der Demokratischen Partei Joe Bidens Außenpolitik diktiert, wird diese Politik weiterhin scheitern, zum Nachteil der regionalen Sicherheit und Stabilität im Nahen Osten. Biden betreibt eine fatale Beschwichtigungspolitik gegenüber dem iranischen Terror-Regime der judenhassenden Mullahs, seine Politik wird auch für Israel zum Sicherheitsproblem. Denn mit dem Festhalten am Atomabkommen ebnet der US-Präsident dem Iran den Weg zum Atomwaffenarsenal.

Caroline Glick/JNS.org

MANDEL NGAN / AFP

US-Präsident Joe Biden brüskierte bei seinem Nahost-Besuch seine politischen Verbündeten

Im Vorfeld der Reise von US-Präsident Joe Biden nach Israel und Saudi-Arabien veröffentlichte der Präsident einen Meinungsartikel in der Washington Post, in dem er seine Reise in den Kontext seiner gesamten Nahostpolitik stellte. Wenige Tage später gab Israels Oppositionsführer, der ehemalige Premierminister Benjamin Netanjahu, eine kurze Erklärung zu Bidens bevorstehendem Besuch ab, die sich direkt auf die Behauptungen Bidens in seinem Artikel bezog. Zusammengenommen erklären die beiden Mitteilungen, warum Bidens Besuch ein Misserfolg war, bevor er überhaupt begonnen hatte – und wie eine erfolgreiche Politik aussieht.

Bidens Artikel „Warum ich nach Saudi-Arabien gehe“ war eine politische Kommunikation an die progressive Basis seiner Partei. Er diente einem doppelten Zweck. Erstens war er eine Entschuldigung an die Progressiven, die sowohl Saudi-Arabien als auch Israel gegenüber feindselig eingestellt sind. Zweitens versicherte Biden den Progressiven, dass er seinen Kurs nicht ändern würde. Seine bisherige Nahostpolitik wird auch in Zukunft seine Politik sein.

Diese Politik besteht aus drei Hauptpfeilern: Feindseligkeit gegenüber Saudi-Arabien und insbesondere dem Kronprinzen Mohammed bin Salman (MBS), finanzielle, nukleare und strategische Beschwichtigung des Irans und Unterstützung für die „Palästinenser“ auf Kosten Israels. Biden betonte in seiner Stellungnahme, dass er diesen Positionen treu bleibt, aber als Präsident auch Russland und China in Schach halten muss.

Wie er es ausdrückte: „Als Präsident ist es meine Aufgabe, unser Land stark und sicher zu halten. Wir müssen der Aggression Russlands entgegentreten, uns in die bestmögliche Position bringen, um China auszustechen, und uns für mehr Stabilität in einer wichtigen Region der Welt einsetzen.“

Er versprach seinen progressiven Lesern, dass er Saudi-Arabien (und Israel) weiter unter Druck setzen werde. Er drückte das so aus: „Meine Ansichten zu den Menschenrechten sind klar und seit langem bekannt, und die Grundfreiheiten stehen immer auf der Tagesordnung, wenn ich ins Ausland reise, so auch auf dieser Reise [nach Saudi-Arabien], ebenso wie in Israel und im Westjordanland.“

Biden hält an Zweistaatenlösung fest

Bidens Politik der Unterstützung der PLO auf Kosten Israels ist vor 22 Jahren gescheitert, als die „Palästinenser“ auf dem Friedensgipfel von Camp David die sogenannte Zweistaatenlösung ablehnten. Und seither ist sie immer wieder gescheitert. Trotzdem hält Biden sklavisch daran fest, um die israelfeindliche progressive Basis der Demokratischen Partei zu beschwichtigen.

Im Gegensatz dazu scheitert Bidens Politik gegenüber Saudi-Arabien und dem Iran jetzt zum ersten Mal. Die Folgen ihres Scheiterns für die Vereinigten Staaten, für die Verbündeten der USA und für die regionale Stabilität und Sicherheit sind katastrophal. Und dennoch hat Biden in seinem Artikel versprochen, den Kurs beizubehalten.

Bidens Entscheidung, die Ermordung des ehemaligen saudischen Geheimdienstmitarbeiters und Washington-Post-Mitarbeiters Jamal Khashoggi im Jahr 2018 zum entscheidenden Ereignis in den Beziehungen zwischen den USA und Saudi-Arabien werden zu lassen, war aus strategischer Sicht irrational. Khashoggi war kein Dissident im traditionellen Sinne des Wortes. MBS übernahm 2017 die Rolle des Kronprinzen, der für die alltägliche Regierungsführung im Königreich verantwortlich ist. Eine der ersten großen Anstrengungen, die MBS unternahm, war die Neuausrichtung Saudi-Arabiens weg von dschihadistischen Terrorgruppen und der Muslimbruderschaft, indem er unter anderem die saudischen Geheimdienste von Terrorunterstützern und -mitarbeitern säuberte.

Khashoggi, der u. a. enge Beziehungen zu Osama bin Laden unterhielt, gehörte zu der Gruppe, die MBS entfernte. Während seines Aufenthalts in Washington unterhielt Khashoggi enge Beziehungen zu Katar, das sowohl als Hauptsitz der Muslimbruderschaft als auch als Hauptsponsor sunnitischer Terrorgruppen dient.

Auch wenn die Ermordung Khashoggis im saudischen Konsulat in Istanbul im Jahr 2018 sicherlich ein brutales Verbrechen war, ist es schwer zu verstehen, warum die progressive Basis der Demokratischen Partei beschlossen hat, Khashoggi in einen modernen Solschenizyn zu verwandeln.

Die Folgen von Bidens Politik, MBS wie einen Paria zu behandeln, waren katastrophal – für die Vereinigten Staaten. Anstatt um Vergebung zu bitten oder seinen Sohn zu entlassen, haben König Salman und MBS die Beziehungen Saudi-Arabiens zu Russland und China ausgebaut und damit die Position Amerikas als führende Supermacht in der Region noch weiter untergraben.

Bidens Entscheidung, MBS für seine angebliche Rolle bei der Ermordung Khashoggis zu verteufeln, obwohl MBS Saudi-Arabien auf einen neuen, antidschihadistischen, modernistischen Kurs gebracht hat, war an sich unsinnig. Aber die Entscheidung ist purer Wahnsinn, wenn man sie im Zusammenhang mit Bidens Entscheidung sieht, genau die gegenteilige Politik in Bezug auf den Iran zu verfolgen.

Nicht nur, dass der Iran über seine Terrorarmeen Stellvertreterkriege gegen die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten in der Region führt, und nicht nur, dass der Iran Atomwaffen entwickelt, der Iran arbeitet auch seit Monaten offen an der Ermordung hochrangiger US-Funktionäre auf amerikanischem Boden. Doch während Biden die Axt an das Bündnis zwischen den USA und Saudi-Arabien gelegt hat, verfolgt er gegenüber dem Iran eine Beschwichtigungspolitik, die die Glaubwürdigkeit der Vereinigten Staaten bei ihren regionalen Verbündeten zunichte gemacht hat.

Noch schlimmer ist, dass Bidens Gesandter für die Verhandlungen mit dem Iran, Robert Malley, meint, Bidens Iran-Politik habe den Iran in eine schlüsselfertige Atommacht verwandelt. In einem Interview mit NPR sagte Malley letzte Woche, dass der Iran bereits über ausreichende Uranmengen verfüge, um Atomwaffen zu entwickeln, und dass der Iran nur drei Wochen brauche, um eine Bombe zu bauen.

Dennoch beharrte Biden in seinem Artikel darauf, dass seine Bemühungen, den Iran davon zu überzeugen, zum Atomabkommen von 2015 zurückzukehren, das Teheran den Weg zur Bombe geebnet hat, vernünftig und erfolgreich seien und dass er sich weiterhin voll und ganz für seinen Kurs einsetze.

Das bringt uns zu Netanjahu

Biden stellte seine Reise nach Israel und Saudi-Arabien als ein wichtiges Ereignis in den Annalen der Friedensstiftung in der Region dar. In seinen Worten: „Am Freitag werde ich … der erste Präsident sein, der von Israel nach Dschidda, Saudi-Arabien, fliegt. Diese Reise wird auch ein kleines Symbol für die aufkeimenden Beziehungen und Schritte zur Normalisierung zwischen Israel und der arabischen Welt sein, an deren Vertiefung und Ausweitung meine Regierung arbeitet.“

Netanjahu nutzte Bidens Direktflug von Israel nach Saudi-Arabien als Ausgangspunkt für seine Antwort auf Bidens Artikel und seine Politik. Wie Biden war auch Netanjahus primäres Zielpublikum nicht international. Es waren die israelischen Wähler, die im

November an die Urnen gehen werden, um eine neue Knesset und eine neue Regierung zu wählen. In seiner hebräischen Rede nutzte Netanjahu seine Ausführungen, um einen Kontrast zwischen ihm und dem geschäftsführenden Ministerpräsidenten Yair Lapid zu ziehen, der sich weigert, irgendeine von Bidens politischen Vorstellungen abzulehnen, sei es in Bezug auf den Iran, Saudi-Arabien, Jerusalem oder Judäa und Samaria. Dennoch war die Botschaft, die Netanjahu den Saudis, den Amerikanern und der Welt übermittelte, direkt und klar.

Netanjahu begrüßte Bidens geschichtsträchtigen Flug von Tel Aviv nach Dschidda. Aber er stellte Bidens Reise in einen historischen Kontext. Im Jahr 2017 war der damalige Präsident Donald Trump der erste Mann, der öffentlich direkt von Riad nach Israel flog. Und während Biden während seines Besuchs in Dschidda an einer routinemäßigen Sitzung des Golf-Kooperationsrats teilnahm, waren Trump und MBS gemeinsam Gastgeber einer beispiellosen Anti-Terror-Konferenz mit arabischen Staatsoberhäuptern, auf der Trump seine Zuhörer aufforderte, die islamischen Terroristen aus ihrer Mitte zu „vertreiben".

Nachdem er an Trumps Flug erinnert hatte, richtete Netanjahu seine Aufmerksamkeit auf den verschmähten saudischen Kronprinzen:

„Heute möchte ich meine Wertschätzung für den saudischen Kronprinzen Mohamed bin Salman zum Ausdruck bringen", begann Netanjahu.

„Ich möchte ihm meine Anerkennung für seinen Beitrag zum Zustandekommen der vier historischen Friedensabkommen aussprechen, die wir abgeschlossen haben – die Abraham-Abkommen."

Netanjahu erklärte, dass es die Entscheidung von MBS, das Überfliegen des saudischen Luftraums für Flüge nach Israel zu erlauben, war, die den Beginn der Normalisierung zwischen Israel und Saudi-Arabien und der gesamten arabischen Welt darstellt.

Mit anderen Worten: Netanjahu erklärte, MBS sei ein Partner und kein Krimineller.

Netanjahu versprach dann, über normalisierte Beziehungen hinauszugehen und formale Friedensbindungen zwischen Israel, Saudi-Arabien und anderen arabischen Staaten zu schaffen, falls die Wähler ihn im November wieder ins Amt wählen. Schließlich erläuterte Netanjahu die Grundlagen der friedlichen Beziehungen, die er mit den arabischen Staaten aufgebaut hat.

„Ich weiß, dass viele führende Politiker in der arabischen Welt mir vertrauen. Sie glauben, dass der Iran unter meiner Führung niemals Atomwaffen haben wird. Diese gefestigte Position hat wesentlich zum Zustandekommen der Abraham-Abkommen beigetragen. Und sie wird es mir als ihrem Vertreter ermöglichen, den Kreis des Friedens auszuweiten."

Biden ebnet dem Iran den Weg zur Atombombe

Im Gegensatz zu Biden, der behauptet, dass seine Politik des Tyrannisierens und Dämonisierens von US-Verbündeten bei gleichzeitiger Beschwichtigung des Irans der Weg zum Frieden sei, erklärte Netanjahu, dass die Grundlage des arabisch-israelischen Friedens die Stärke Israels und Israels Bereitschaft sei, alles Notwendige zu tun, um dem Iran den Weg zum Atomwaffenarsenal zu versperren.

In einem Interview mit der Moderatorin des israelischen Fernsehsenders Channel 12, Yonit Levy, sagte Biden – vielleicht als Antwort auf Netanjahu – dass er als letztes Mittel bereit sei, Gewalt anzuwenden, um dem Iran den Weg zur Bombe zu versperren. Doch angesichts der Tatsache, dass alle wichtigen Fortschritte des Irans bei der Urananreicherung seit Bidens Amtsantritt gemacht wurden, und angesichts der Aussage Malleys, der Iran sei ein Schwellen-Nuklearstaat, sowie Bidens fortgesetztem Engagement für das irrelevante Atomabkommen von 2015, ist seine Aussage völlig unglaubwürdig.

Biden und seine Berater haben die Erwartungen in Bezug auf größere Fortschritte beim Frieden zwischen Israel und Saudi-Arabien gedämpft, und sie haben Recht damit. Solange die progressive Basis der Demokratischen Partei Bidens Außenpolitik diktiert, wird diese Politik weiterhin scheitern, zum Nachteil der regionalen Sicherheit und Stabilität, der amerikanischen Verbündeten und der strategischen Interessen und des Status der Supermacht Amerika.

Wenn Biden Erfolg haben will, muss er Netanjahus Beispiel folgen und seine gescheiterte Politik durch eine Politik ersetzen, die auf Stärke, gemeinsamen Interessen und strategischen Realitäten beruht.

Caroline Glick ist eine preisgekrönte Kolumnistin und Autorin von „Die israelische Lösung: Ein Ein-Staaten-Plan für Frieden im Nahen Osten".

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Fußball-WM beim Weltmeister des Terrors und der modernen Sklaverei

Die Welt zu Gast bei Terror-Finanzierern, so könnte das Motto der Fußball-WM in Katar lauten. Die FIFA stört sich aber offensichtlich nicht daran, dass Katar der strategische Hauptsitz der mörderischen Muslimbruderschaft oder der Hauptgeldgeber islamischer Terroristen ist. Auch die über 6000 toten Arbeiter, seit Baubeginn der Mega-Stadien, sind für große Teile des Westens kein Boykott-Grund.

Von Dr. Manfred Schwarz

In wenigen Wochen werden die Fußball-Weltmeisterschaften im islamischen Katar angepfiffen – also in dem Land, das die islamistische Terrororganisation Hamas engmaschig und großzügig unterstützt. Dessen ungeachtet werden weltweit nach dem Anpfiff die Fußball-Herzen wieder höher schlagen.

Dass diese WM bis dahin bei langjährigen breit gefächerten, riesigen Sonder-Baumaßnahmen weit über 6.000 ausländischen Arbeitern schon das Leben gekostet haben wird, ehe die Spiele überhaupt begonnen haben, dürfte die allermeisten Fußball-Fans kaum oder gar nicht interessieren. Dass einige Beobachter des katarischen gesellschaftlichen Geschehens sogar bis zu 11.000 Bau-Opfer beklagen, wird die WM-Begeisterung auch nicht schmälern.

Beide Augen zugedrückt

Geht es um unmenschliche Arbeits- und Lebensbedingungen in islamischen Ländern, drücken nicht zuletzt in westeuropäischen Staaten und in den USA Politiker und Journalisten gern beide Augen zu. Ganz anders wäre das freilich, wenn diese menschenfeindlichen Arbeits-Verhältnisse etwa in Israel oder in Ungarn an der Tagesordnung wären. Die Empörung würde immer wieder riesige Negativ-Schlagzeilen machen.

Israel hat sich für diese WM nicht qualifizieren können. Aber immerhin entschied sich die Regierung von Katar - nach monatelangen zähen Verhandlungen mit dem Welt-Fußballverband Fifa - dafür, eine gewisse Zahl von Israelis – wohl etwa 30.000 – ausnahmsweise als Zuschauer zu den Spielen einreisen zu lassen. Normalerweise dürfen israelische Staatsbürger nur dann ins Land, wenn sie eine weitere Staatsbürgerschaft nachweisen können.

Damit unterscheidet sich Katar beispielsweise vom ebenfalls islamisch regierten Irak, der kürzlich ein Gesetz erlassen hat, das jeden Kontakt irakischer Staatsbürger mit Israelis unter strenge Strafen stellt – sogar die Todesstrafe droht.

Seit Beginn der Bauarbeiten für die Fußball-WM starben in Katar über 6000 ausländische Arbeiter

Kritischer Bild-Bericht eines „Palästinensers"

Wenn im Winter in Katar die Fußball-Weltmeisterschaft „ausgetragen wird, fehlt eine Mannschaft: das ‚vergessene Team' der im Vorfeld ums Leben gekommenen Arbeiter" (Mena-Watch). Unter dem Titel „Forgotten Team" hat der „palästinensische" Fotograf Mohamed Badarne in Berlin eine ganz besondere Ausstellung organisiert: Sie zeigt die Kehrseite der in diesem Jahr stattfindenden Fußball-WM in Katar.

Über jeweils lange Zeiträume begleitete Badarne Arbeiter, die – im Wesentlichen ohne wirkliche Rechte und in der Regel unter katastrophalen Bedingungen – auf den oftmals monumentalen WM-Baustellen schuften, wo seit Jahren fast wie am Fließband Straßen, Hotels und andere Bauwerke sowie riesige Fußballarenen entstehen. In einem Interview für das Fußball-Portal „11 Freunde" berichtete der in Berlin lebende Fotograf nun über seine diesbezüglichen Erfahrungen.

Er sagt: „In Katar leben knapp drei Millionen Menschen, aber nur zehn Prozent sind Katarer." Der Rest setze sich vor allem „zusammen aus Arbeitern, die aus den ärmsten Regionen der Welt kommen. Und die werden dort behandelt wie Menschen zweiter oder dritter Klasse".

Etliche Arbeiter litten unter arabischem „Rassismus, andere rennen seit Jahren ihrem Lohn hinterher, wieder andere verletzten sich, sterben oder bringen sich selbst um". In den Sterbeurkunden stehe „dann fast immer: ‚Natürlicher Tod'". Aber was sei schon „ein ‚natürlicher Tod' bei einem 25-Jährigen? Es gibt keine Obduktionen, keine Nachforschungen".

Unmenschliche Arbeitsbedingungen für Ausländer

Sterbe „ein Arbeiter, erhalte die Familie des Verstorbenen manchmal nur eine SMS mit einem Bild der Leiche und der Frage: Ist das Ihr Sohn?"

Tatsächlich herrschen auf den Baustellen weitgehend menschenfeindliche Arbeitsbedingungen. Selbst einfache Sicherheits- und Hygiene-Vorschriften werden meist grob missachtet.

Mohamed Badarne berichtet, in den katarischen Arbeiter-Unterkünften gebe es keine Privatsphäre, teilweise wohnten dort zwölf Arbeiter auf zehn Quadratmetern zusammen. Nur sehr selten gebe es bei Arbeiter-Todesfällen von den Arbeitgebern Entschädigungen für die betroffenen Familien, in der Regel nur bei schwerwiegenden Verletzungen.

Die Bauarbeiter, die vor allem aus Indien und Pakistan sowie anderen asiatischen Ländern kommen, sind zumeist extrem unterbezahlt und leben in unwürdigen Massenunterkünften. Es herrscht vielfach das in arabischen Staaten sehr oft anzutreffende Kafala-System, dessen Charakteristika an Grundmerkmale einer Sklavenhalter-Gesellschaft erinnern. Pässe müssen die Arbeiter fast immer bei den Unternehmern abgeben.

Bei der Einreise haben die Arbeitskräfte eine Art Einreisegebühr zu entrichten – nicht selten in Höhe eines Jahresgehalts. Diese Verhältnisse erinnern auch an die üblen, inhumanen Verhältnisse des europäischen Manchester-Kapitalismus im 19. Jahrhundert.

Entschädigungen: Nicht einmal bei Todesfällen

Würden israelische Unternehmer arabische Arbeitskräfte unter solchen lebensgefährlichen Arbeitsbedingungen in Israel beschäftigen, wäre der mediale Aufschrei weltweit groß. Bei arabischen Arbeitgebern wird freilich vorsichtshalber gerne weggeschaut. Außerdem soll ja auch die Austragung der WM nicht gefährdet werden.

Der Verband Fifa wird bei den diesjährigen Weltmeisterschaften voraussichtlich einen Gewinn in Höhe von sechs Milliarden Euro erzielen. Davon einen nennenswerten Teil abzuzweigen für die Familien, deren Söhne bei den Vorbereitungsarbeiten ums Leben gekommen sind oder schwer verletzt wurden – daran denkt offenbar bisher kein Fifa-Funktionär und kein Katar-Politiker. Auch in den Medien ist darüber bisher nicht ernsthaft diskutiert worden.

Ist die Israel-Boykott-Bewegung «BDS» antisemitisch? Schlimmer!

Der Schweizer Presserat löste kürzlich weltweit Empörung aus, da er das Online-Medium „Prime-News" dafür angriff, weil man die BDS-Bewegung als „antisemitisch" bezeichnet hatte. Ein Vergleich mit der Judenverfolgung im Dritten Reich sei „historisch nicht korrekt", so der Presserat. Der Modus Operandi der BDS-Seilschaften, der Einschüchterungen, Erpressungen und Drohungen einschließt, offenbart aber eindeutige Parallelen zu den Nazi-Methoden von einst.

Von David Klein/ Redaktion Audiatur

MENAHEM KAHANA / AFP

Auch der Deutsche Bundestag schätz BDS als „klar antisemitisch" ein.

Kürzlich löste der Schweizer Presserat weltweit Empörung aus. Das Online-Medium «Prime News» hatte im Artikel «Heidi Mück blieb in Kontakt mit antisemitischer BDS» die BDS-Bewegung (Boykott, Desinvestition, Sanktionen gegen Israel) als «antisemitisch» bezeichnet.

Der Presserat warf «Prime-News» in seiner Stellungnahme vor, damit die Wahrheitspflicht der «Erklärung der Pflichten und Rechte der Journalistinnen und Journalisten» verletzt zu haben.

Unter anderem, weil «Prime-News» es unterlassen hätte, «die konkreten Ziele der BDS zu erläutern und anderslautende Meinungen zu zitieren» sowie «zu erwähnen, dass andere Experten und Institutionen den Antisemitismus-Vorwurf an die BDS in Frage stellen». Außerdem vergleiche «Prime-News» den «Aktivismus» von BDS «mit der Judenverfolgung im Dritten Reich». Das sei «historisch nicht korrekt».

Presserats-Vizepräsident Max Trossmann, der am «Prime-News»-Urteil beteiligt war bekräftigt: «Im Sinne der Wahrheitspflicht hätte es zwingend Hinweise auf abweichende Meinungen von Experten geben müssen.»

Das ist etwa so, wie wenn der Presserat der NZZ vorhalten würde, mit ihrem Artikel «Putin ist noch schlimmer als Hitler», in dem hochbetagte ukrainische Holocaustüberlebende Parallelen zwischen Putins Ukraine-Krieg und ihrem Leid während der Schreckensherrschaft der Nazis ziehen, die journalistische Wahrheitspflicht verletzt zu haben, weil der Vergleich «historisch nicht korrekt» sei und unterlassen wurde, «die konkreten Ziele» von Putin «zu erläutern» und «Hinweise auf abweichende Meinungen von Experten» zu geben.

Ob Nazi-Vergleiche generell sinnvoll sind, ist Ansichtssache. Fakt ist, sie sind von der Meinungsfreiheit gedeckt. Wie sehr die teilweise gewalttätigen BDS-Aktivitäten mit den Boykott-Methoden der Nazis übereinstimmen, beweist ein Auszug aus dem Buch «Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933-1945» von Otto Dov Kulka und Eberhard Jäckel.

So meldete die «Stapostelle Landespolizeibezirk Berlin» in ihrem «Bericht für Juli 1935» über den Judenboykott:

«Die Vorfälle spielten sich in der Regel derart ab, dass sich in den Abendstunden junge Menschen in größerer Anzahl vor den Eiskonditoreien einfanden und durch Zurufe deren Schließung forderten. Ferner versuchte man durch Sprechchöre, wie ‹Kauft nicht bei Juden› das Publikum von dem Besuch der Eisdielen fernzuhalten. Außer den Eisdielen wurden auch andere jüdische Geschäfte mit Boykottzetteln und Plakaten beklebt und mit Farbe beschmiert.»

«Kennzeichnungspflicht für Waren aus Israel» – Eine BDS Aktion in Bremen.

> Das übergeordnete Ziel von BDS ist nichts weniger als die Vernichtung der Heimat des jüdischen Volkes.

Treffender kann man heutige BDS-Aktionen, die auch im Internet abrufbar sind, nicht beschreiben.

Die Einschätzung des Antisemitismus der BDS teilen neben dem Deutschen Bundestag («klar antisemitisch») auch führende Antisemitismusexperten. Die Deutsche Bundeszentrale für politische Bildung bezeichnet BDS als eine «programmatisch und methodisch antisemitische Kampagne».

Das ficht den Presserat nicht an, der selbst vor eklatanten Falschbehauptungen nicht zurückschreckt. Der «Boykott von damals» sei «auf Individuen gerichtet» gewesen, behauptet das Gremium in seiner «Prime-News»-Stellungnahme. Heute würde der Boykott als «Mittel eingesetzt, um politischen Druck auf den Staat Israel auszuüben».

Das ist nachweislich falsch. Vor rund zwei Wochen präsentierte der BDS-Ableger im amerikanischen Boston eine Karte, auf der jüdische Einrichtungen, Stiftungen, Schulen, Synagogen und Privatpersonen vermerkt sind, zu deren «Demontage» aufgerufen wird. Die Stigmatisierung als «Unterstützer Israels» und «führende Zionisten» macht diese Jüdinnen und Juden, jüdische Organisationen und Synagogen zu Zielobjekten antisemitischer Übergriffe und animiert zu Gewalttaten, wie das Massaker in der Tree-of-Life-Synagoge in Pittsburgh, bei dem elf Menschen ermordet wurden. Mittlerweile befasst sich das FBI mit dem «Mapping-Project» der BDS Boston.

Auch Kunst und Kulturboykott

Bereits 2008 wurde Ex-Beatle Paul McCartney von Omar Bakri, einem syrischen Terroristen und enthusiastischen BDS-Unterstützer, mit dem Tod bedroht, sollte er in Israel auftreten. Bakri, der forderte, dass «alle Israelis vernichtet werden» und Israel als «Krebs im Herzen der muslimischen Welt» bezeichnete, ist seit 2010 wegen terroristischen Agitationen im Libanon in Haft.

Die Aktivitäten der BDS France gegen ein Konzert des renommierten französischen Jazzpianisten Jacky Terrasson am Red Sea Festival in Israel nahmen derart überhand, dass sich Terrassons Manager und Konzertveranstalter Christophe Deghelt im Januar 2013 mit einem offenen Brief gegen die BDS France an die Presse wandte:

«In meiner Agentur vertrete ich Künstler aller Religionen und Länder. Mein Büro ist ein Ort der Toleranz, des Friedens und Dialogs. Ich habe weltweit mehr als 3000 Konzerte veranstaltet und wurde noch nie einem derartig widerlichen Angriff ausgesetzt. Was mich am meisten stört, ist Ihr blinder und pathologischer Hass auf Israel, versteckt hinter einem Schleier der ‹Politischen Korrektheit› und dem Vorwand der Verteidigung der ‹Rechte der Palästinenser›. Wir werden uns jedoch für Ihren kulturellen Boykott nicht instrumentalisieren lassen.»

Das Management des weltbekannten Albino-Sängers Salif Keita («Die goldene Stimme Afrikas»), sah sich nach Drohungen der amerikanischen BDS genötigt, Keitas Benefizkonzert im Rahmen des Jerusalem Sacred Music Festival und einen Besuch des Albino-Centers des Hadassah-Spitals in Jerusalem abzusagen:

«Wir wurden monatelang mit Hunderten Mails, Drohungen, Einschüchterungen, Erpressungsversuchen und Verleumdungen bombardiert. BDS drohte

außerdem, die 40-jährige Karriere und den hervorragenden Ruf zu ruinieren, den sich Salif Keita als Botschafter für Menschenrechte und Albinismus erarbeitet hat, indem man ihn als Unterstützer von Apartheid bezeichnete.»

Angesichts dieser erdrückenden Beweislast ist es eine Schande, dass auch Schweizer Parlamentarier, wie SP-Ständerat Carlo Sommaruga, SP-Alt Nationalräte Andrea Hämmerle, Jean-Nils de Dardel und der Grüne Geri Müller, die 2015 respektive 2017 verstorbenen Alt-Nationalräte André Daguet (SP) und Daniel Vischer (Grüne) Unterstützer der BDS-Bewegung waren und sind, vertreten mit Foto auf deren Schweizer Website.

Ein von BDS Schweiz lancierter Aufruf für einen Israel-Boykott, unterstützen auch einige Politiker, Kulturschaffende und Journalisten. Mit Bild und Namen aufgeführt sind z.Bsp. die Sozialdemokratischen Nationalräte Margret Kiener Nellen (BE) und Carlo Sommaruga (GE). Ebenfalls dabei: der ehemalige Grüne Nationalrat, Ex-Stadtammann von Baden AG, Geri Müller, der Filmemacher Samir sowie der Journalist Erich Gysling, Arnold Hottinger verstorbener Nahost Korrespondent der NZZ.

Frage der Legalität und des eigenen Muts

Die Presseratsbeschwerde gegen «Prime-News» stammt von der langjährigen, militanten Basler BDS-Aktivistin Birgit Althaler. Sie koordiniert die BDS-Aktivitäten der gesamten Schweiz. Althaler, die die pluralistische Demokratie Israel als «Regime» verunglimpft, war mehrere Jahre Redaktionsmitglied des linksextrem-trotzkistischen Propagandaorgans «Inprekorr», wo regelmäßig antiisraelische Pamphlete mit Titeln wie «Ethnische Säuberung von Jerusalem» veröffentlicht wurden.

An der «BDS-Impulstagung 2015» in Bonn präsentiert Althaler diverse «Kampagnen» der BDS Schweiz. Sie spricht von «klassischen Aktionen in Supermärkten», wo man «israelische Produkte raussucht und in einen Einkaufswagen stellt oder was auch immer damit macht». Diesbezüglich sei «der Kreativität keine Grenze gesetzt», so Althaler im Video. «Allenfalls» sei «zu überlegen, was man riskieren möchte, also die Frage der Legalität und des eigenen Muts».

Auch hier offenbaren sich Parallelen zu den Nazi-Methoden von einst. Der «Landrat Wolfhagen» schreibt in seinem «Bericht für November und Dezember 1934»:

«Von der Partei und von der SA wurde zu allerhand grobem Unfug wie Einwerfen der Fensterscheiben, Beschmieren der Haustüren und Fenster mit Inschriften, Farbe und der gleichen aufgefordert.»

Althaler macht auch keinen Hehl daraus, dass BDS nicht nur Produkte aus den sogenannten Siedlungen boykottieren will, sondern israelische Produkte generell: «Es gibt nicht die eine, die böse Ökonomie in dem Gebiet und die andere, die gute. Die israelische Industrie ist höchst verwoben.»

An der Impulstagung berichtet Althaler außerdem stolz, dass die linke Wochenzeitung (WOZ) den BDS-Flyer «Israelische Produkte? Kaufe ich nie!», auf dem die meisten oben genannten Parlamentarier abgebildet sind, als bezahlte Beilage beigefügt hatte, was Althaler als «großen Erfolg» wertet.

WOZ-Redaktionsleiterin war damals Susan Boos, die heutige Präsidentin des Schweizer Presserats. Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

Boos ist jedoch nicht das einzige Presseratsmitglied, das sich antiisraelisch positioniert. Die RTS-Journalistin Anne-Frédérique Widmann verleumdet Israel als Apartheidstaat und bezichtigt das UNO-Mitglied der ethnischen Säuberung, indem sie auf Facebook ein Video der radikal antiisraelischen Aktivistin Mary Nazzal-Batayneh verbreitet, das diese Vorwürfe erhebt, und dieses mit «Eine Tatsache» kommentiert.

Über Hamas-Waffen in UNRWA-Schulen und den Antisemitismus innerhalb der UNRWA, der sogar von UNRWA-Direktor Pierre Lazzarini bestätigt wurde, mokiert sich Widmann mit einer geschmacklosen Karikatur ihres Gatten, des Comiczeichners Chappatte.

Ist BDS antisemitisch? Schlimmer. Antisemitismus ist ein zu schwaches Wort, um die Verkommenheit dieser Bewegung zu umschreiben. BDS fordert Maßnahmen wie das rechtlich nicht legitimierte Rückkehrrecht der „Palästinenser“ ins israelische Kernland, bei deren Umsetzung Israel als jüdischer Staat aufhören würde zu existieren.

Hat BDS das Leben der „Palästinenser“ verbessert? Nein. Warum nicht? Weil das gar nicht die Absicht der Bewegung ist.

Das übergeordnete Ziel von BDS ist nichts weniger als die Vernichtung der Heimat des jüdischen Volkes.

Dieser Artikel erschien in kürzerer Form zuerst in der Schweizerzeit vom 3. Juni 2022.

„Zionistischer Imam“ weckt bei Hadsch in Mekka Hoffnung auf Frieden mit Israel

Der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman hat einen Geistlichen, der im Nahen Osten als „zionistischer Imam“ bekannt ist, als Redner bei der jährlichen muslimischen Pilgerfahrt nach Mekka ausgewählt. Diese Wahl wird als Widerlegung der Behauptung gesehen, der Islam könne Israel niemals akzeptieren. Scheich Dr. Mohammed bin Abdul Karim al-Issa ist eine interessante Persönlichkeit. Der ehemalige saudische Justizminister und Vorsitzende der Muslimischen Weltliga ist den Israelis durch seine Besuche in Auschwitz, seine Einladungen von Rabbinern nach Riad und seine Vorträge an der Yeshiva University in den USA bekannt geworden.

Von Ryan Jones/Israel Heute

Israel war Anfang Juli in heller Aufregung, nachdem der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman einen Mann, der im Nahen Osten als „zionistischer Imam“ bekannt ist, als Redner bei der jährlichen muslimischen Pilgerfahrt nach Mekka ausgewählt hatte.

Könnte dieser Schritt eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und Saudi-Arabien bedeuten? Hat die Ablehnung des jüdischen Staates durch den Islam ein Ende?

Scheich Dr. Mohammed bin Abdul Karim al-Issa ist eine interessante Persönlichkeit. Der ehemalige saudische Justizminister und Vorsitzende der Muslimischen Weltliga ist den Israelis durch seine Besuche in Auschwitz, seine Einladungen von Rabbinern nach Riad und seine Vorträge an der Yeshiva University in den USA bekannt geworden.

Der Mann fühlt sich eindeutig dem jüdischen Volk verbunden.

Israelische Medienkommentatoren interpretierten die Wahl von Al-Issa, bei der Hadsch zu sprechen, als „bedeutendes Signal“, dass der saudisch-israelische Frieden kurz bevorstehe.

Kann der Islam Israel wirklich akzeptieren?

Die Normalisierung der Beziehungen Saudi-Arabiens zu Israel wird heute als ausgemachte Sache betrachtet.

Der Normalisierungsprozess mit den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain und Marokko hat sich bisher als durchschlagender Erfolg erwiesen, und die Bürger mehrerer anderer arabischer Staaten, einschließlich Saudi-Arabiens, fordern den sofortigen Beitritt zum Abraham-Abkommen.

Für diejenigen, die sich der spirituellen Seite des Nahostkonflikts bewusst sind, stellte sich jedoch von Anfang an eine quälende Frage.

Kann der Islam, eine Religion, die darauf besteht, dass alles Land, das ihre Anhänger verloren haben, letztendlich zurückerobert werden muss, mit dem Judentum koexistieren, einer Religion, die darauf besteht, dass ihr Volk auf einem bestimmten Stück Land leben und herrschen muss, das der Islam einst beherrschte?

Das ist die Situation in Israel, und deshalb betrachten Gruppen wie die Hamas, die Hisbollah und die iranischen Ayatollahs den jüdischen Staat als absolut unrechtmäßig.

Als das Heilige Land von den Nachfolgern Mohammeds erobert wurde, wurde es Teil des Dar al-Islam, des Teils der Welt, der unter der Herrschaft des Islam steht und Allah unterworfen ist. Als es von den Briten befreit und den Juden zurückgegeben wurde, wurde es wieder zu Dar al-Harb, dem Teil der Welt, in dem „Chaos“ herrscht und der unter die Herrschaft des Islam gebracht werden muss.

Was ist der Dschihad?

Es ist naiv zu glauben, dass gläubige Muslime jetzt bereit sind, diesen grundlegenden Grundsatz des Islam aufzugeben und zu akzeptieren, dass zumindest ein kleiner Teil der Erde, das Land Israel, für immer außerhalb der politischen und religiösen Sphäre des Islam bleiben wird.

Gleichzeitig haben einige islamische Kommentatoren eine ganzheitlichere Sicht des Korans eingenommen und sagen, dass Passagen, in denen das Gelobte Land als den Kindern Israels gehörend bezeichnet wird, auch heute noch relevant sind.

Dieselben Stimmen bestehen darauf, dass der Dschihad nicht länger eine Angelegenheit des Schwertes ist, sondern vielmehr eine Angelegenheit der barmherzigen Bekehrung, die Ungläubige durch guten Willen erreicht. Dies war die Hauptaussage von Al-Issas Hajj-Ansprache in Mekka.

Aus israelisch-jüdischer Sicht sollte dies sowohl Anlass zu Optimismus als auch zu Skepsis sein. Es spiegelt im Wesentlichen den Wandel der christlichen Kirche wider, die von dem Versuch, die Juden gewaltsam zu bekehren, zu einer Neuausrichtung auf das jüdische Volk und den wiedergeborenen jüdischen Staat übergegangen ist, wenn auch immer noch mit dem Ziel, Jesus in Israel zu verkünden.

Wer ist Gott?

Die Frage läuft letztlich darauf hinaus, ob Allah und der Gott der Bibel ein und derselbe sind oder nicht.

Wenn ja, dann handelt es sich sicherlich nur um einige Fehlinterpretationen, die es zu klären gilt.

Wenn nicht, dann handelt es sich um einen Kampf zwischen zwei spirituellen Mächten, der bestenfalls durch menschliche Vereinbarungen hinausgezögert werden kann.

In Israel glauben viele, wenn nicht die meisten, dass Allah und der Gott Israels dieselbe Gottheit sind. Aber es gibt einige, darunter auch diejenigen, die für Israel Heute geschrieben haben, die sagen, dass dies nicht der Fall ist, und dass die Unterschiede zwischen der Bibel und dem Koran ein Beweis dafür sind, dass Allah und der Gott Israels nicht derselbe sind. Diese Ansicht ist vor allem unter denjenigen verbreitet, die vom Islam zum Christentum übergetreten sind.

Was einst eine klare Unterscheidung zwischen den beiden Religionen und ihren Gottheiten war, ist heute mit der Verbreitung des interreligiösen Dialogs, „zionistischen“ Imamen und der politischen Annäherung zwischen dem jüdischen Staat und muslimischen Ländern in der gesamten Region unklarer als je zuvor.

Stepan Banderas langer Schatten: Das nationalistische Erbe der Ukraine

Nach mehreren verbalen Entgleisungen gegenüber deutschen Staatsvertretern stolperte der ehemalige ukrainische Botschafter in Berlin Andrij Melnyk letztendlich über seine Verehrung des NS-Kollaborateurs und Kriegsverbrechers Stepan Bandera. Bei weiten Teilen der ukrainischen Bevölkerung gilt Bandera als Nationalheld. Außerhalb der Ukraine sieht ihn das Gros der Geschichtsforschung als Faschisten und Antisemiten, der hunderttausende osteuropäische Juden vertreiben und ermorden ließ.

GENYA SAVILOV / AFP

Nationalisten halten Fackeln während eines Marsches anlässlich des Jahrestages der Geburt von Nazi-Kollaborateur Stepan Bandera

Von Vincent Steinkohl

Wenn die Provokateure nicht gerade aus Polen, Ungarn oder Russland kommen, lässt sich der deutsche auf dem diplomatischen Parkett so einiges gefallen: Bevor ein Botschafter ausgewiesen wird, müssen sein Land und er sich schon einiges geleistet haben. Einen Angriffskrieg gegen einen strategischen Partner Deutschlands starten, zum Beispiel.

Anfang April hatte die Bundesregierung 40 russische Diplomaten des Landes verwiesen, da war der Krieg in der Ukraine längst im Gange und das Band der Verhandlungen längst zerrissen. Oder 2012 als Deutschland, wie ein Großteil des Westens, die Mär von der syrischen Demokratiebewegung glaubte und mit Blick auf den hiesigen Bürgerkrieg den Diplomaten Assads in Berlin vor die Tür setzte. Wenn aber der Vertreter eines befreundeten Staates den Hut nehmen muss, während jener befreundete Staat gerade einen Überfall durch einen militärisch weit überlegenen Gegner abzuwehren versucht, dann muss dieser Diplomat schon so einiges verbockt haben.

Die Rede ist natürlich von Andrij Melnyk. Am 9. Juli wurde der wohl bekannteste Botschafter der Welt aus Berlin abberufen und befindet sich aller Wahrscheinlichkeit nach bereits wieder in der Ukraine. Zugegeben: Diplomaten werden immer wieder nach Hause geschickt, andere Personen übernehmen ihren Posten. Das ist erst einmal nichts Ungewöhnliches.

Der ukrainische Präsident, Wolodymyr Selenskyj, nannte die Entscheidung einem normalen Vorgang. „Diese Frage der Rotation ist ein üblicher Teil der diplomatischen Praxis“, sagte er in einer Videobotschaft. Gleichzeitig gab der Präsidentenpalast in Kiew den Wechsel von vier anderen Botschaftern in Norwegen Indien, Tschechien und Ungarn per Dekret bekannt. Auch der ehemalige Chef der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, hielt die Abberufung "nicht für eine Strafaktion", sondern für einen normalen Vorgang, wie er der Welt sagte.

Melnyk und der Bandera-Eklat

Dennoch lässt sich zumindest mutmaßen, dass Melnyks Abberufung auch politische Gründe hatte. Der 46-Jährige war seit Beginn des Krieges in seinem Heimatland gegenüber Deutschland mehr erbitterter Oppositionspolitiker, als umsichtiger Vermittler. Er bezeichnete den langjährigen Merkel- Berater Erich Vad als einen „erbärmlichen Loser“, der „vom Krieg keine Ahnung hat“, weil dieser es gewagt hatte, vor einem Weltkrieg zu warnen, sollte die Bundesrepublik Waffen an die Ukraine liefern. Als er besagte Waffen nun finanziert von deutschen Steuergeldern bekommen hatte, zeigte er sich immer noch unzufrieden. „Die Waffen, die wir brauchen, die sind nicht auf dieser Liste.“, ließ Melnyk im ZDF-heute Journal verlautbaren. „Melnyk bedauert Leberwurst-Attacke“, titelte die Bild-Zeitung einen Monat nachdem der Gesandte Kiews Bundeskanzler Scholz mit jener ruhmreichen teutonischen Streichwurst verglichen hatte. Dieses provokante Gebaren wäre ihm womöglich noch verziehen worden, wäre da nicht das Interview mit Tilo Jung gewesen.

Der bissig aufgelegte Fragesteller wollte von Melnyk wissen, ob er Stepan Banderas Beteiligung am Mord an 800.000 Juden leugnen wolle. „Er hat keinen Befehl gegeben, Juden zu vernichten“, entgegnete Melnyk. Wenn Bandera so etwas getan hätte, wäre er vorm Nürnberger Kriegsverbrechertribunal verurteilt worden, fügte er hinzu. Israel und Polen wollten Bandera tatsächlich anklagen, scheiterten jedoch. Melnyk verschwieg das lieber.

Kritik folgte umgehend. Während der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, die Aussagen Melnyks als „problematisch“ bezeichnete, fanden die diplomatischen Vertretungen Polens und Israels deutlich schärfere Worte: Die Aussagen des ukrainischen Botschafters seien eine „Verharmlosung des Holocaust und eine Beleidigung derer, die von Stepan Bandera und seinen Leuten ermordet wurden. Die Äußerungen des Botschafters untergraben nicht nur die Werte, die wir alle schätzen und an die wir glauben, sondern sie untergraben auch den mutigen Kampf des ukrainischen Volkes, nach demokratischen Werten und in Frieden zu leben“, kommentierte die Botschaft Israels den Vorgang. Als „absolut inakzeptabel“, bezeichnete Polens Vize-Außenminister Marcin Przydacz die Äußerungen Melnyks, nicht ohne sich noch eine Spitze in dessen Richtung zu erlauben. Auf die Frage, ob Polen eine Entschuldigung von Melnyk erwarte, sagte Przydacz: „Uns interessiert mehr die Position der ukrainischen Regierung als die von Einzelpersonen.“ Da sich das ukrainische Außenministerium von den Äußerungen Melnyks distanziert habe, reiche dies aus. Doch wer war Stepan Bandera und warum wird seine Vita derart emotional diskutiert?

Bandera wurde 1909 im damals zu Österreich-Ungarn gehörenden Staryj Uhryniw geboren. Ab 1928, nach seinem Schulabschluss, studierte er am Polytechnikum Lwiw (damals Lemberg), wo Ukrainern zur damaligen Zeit nur wenige Veranstaltungen offenstanden. Er schloss sich der „Organisation Ukrainischer Nationalisten“ (OUN) an, die von Andrij Melnyk geleitet wurde. Eine Verwandtschaft zu dem Ex-Botschafter scheint nicht zu bestehen, der Diplomat bestreitet dies ebenfalls. In der Hackordnung der OUN stieg Bandera aufgrund seines ausgeprägten Ehrgeizes schnell auf und gehörte bereits ab Anfang der 1930er Jahre zum Führungskader.

Bandera und die OUN

Die OUN war eine 1929 von ukrainischen Exilanten in Wien gegründete Organisation mit dem Ziel einer unabhängigen Ukraine. Sie entstand durch die Fusion der „Ukrainischen Militärischen Organisation“ mit verschiedenen kleineren nationalistischen Gruppen. Um die OUN richtig einordnen zu können, empfiehlt sich ein Rückblick auf die Zeit der europäischen Monarchien. In Österreich-Ungarn wurden Ukrainer und andere ostslawische Volksgruppen „Ruthenen“ genannt. In Ostgalizien, zwischen dem heutigen Südpolen und der Westukraine gelegen, entstand im 19. Jahrhundert ein „ruthenisches“ Bildungswesen. Ruthenische, beziehungsweise ukrainische Volksbildungsgesellschaften, Pfadfindervereine und landwirtschaftliche Wirtschaftsgenossenschaften konnten sich frei entfalten und der erste Funke ukrainischer Unabhängigkeit war entfacht.

Im Ersten Weltkrieg rekrutierte das österreichisch-ungarische Heer Freiwillige aus „Ruthenen“. Weil die Doppelmonarchie von Budapest und Wien den Krieg unbedingt gewinnen wollte, griff sie zu ungewöhnlichen Mitteln: Vielleicht zum ersten Mal im 20. Jahrhundert, kämpfte auch eine Frauenkompanie mit. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs herrschte vielerorts in Europa Chaos. Große und mächtige Staatengebilde wie Österreich-Ungarn waren zerfallen und auch die bewaffneten Ukrainer witterten, wie viele andere Völker, ihre Chance auf nationale Autonomie.

Die militärisch erfahrenen und im Patriotismus geeinten Streitkräfte der „Ruthenen“ riefen die „Westukrainische Volksrepublik“ aus. Der östliche Teil Galiziens, das Kernland des neuen Staates, wurde jedoch ebenfalls vom 1918 neu gegründeten Polen beansprucht und 1919 militärisch besetzt. Aus aufgelösten Einheiten der westukrainischen Volksrepublik bildete Oberst Jewhen Konowalez, im Ersten Weltkrieg Truppenkommandant, 1920 die „Ukrainische Militärische Organisation“ (UWO), die im Untergrund gegen den polnischen Staat in Ostgalizien kämpfte. Nachdem sich die Hoffnungen auf eine unabhängige West-Ukrainischen Volksrepublik nicht erfüllten und das Territorium Polen, Rumänien und der Tschechoslowakei zugesprochen wurde, versuchte die UWO, den Kampf um eine unabhängige Ukraine fortzusetzen.

Die „Ruthenen“ Ostgaliziens, die dem Zensus von 1910 zufolge knapp zwei Drittel der Bevölkerung stellten, fühlten sich zum Großteil als Ukrainer und empfanden die polnische Herrschaft als feindliche Besatzung. Obwohl die polnische Republik im Jahr 1922 ein Gesetz über die Teilautonomie Ostgaliziens verabschiedet hatte, wurde dieses nie angewandt. Territoriale Selbstverwaltung war genauso nichtexistent wie höhere Bildungseinrichtungen. Schulsprache war überwiegend polnisch, in ukrainisch geprägten Gebieten wurden gezielt polnische Bauern angesiedelt. Als Reaktion begann die UWO einen Guerillakrieg gegen den polnischen Staat. Sie verübte Sabotageakte und Überfälle auf Poststationen und Eisenbahnen, griff polnische Landgüter an. Der polnische Staat reagierte mit militärischen Angriffen auf ukrainische Dörfer und Verhaftungen ukrainischer Aktivisten und vermeintlicher UWO-Anhänger. Die 24-jährige Olha Basarab, ein früheres Mitglied der Frauenkompanie, kam 1924 bei einem Polizeiverhör zu Tode. Sie wurde eine Märtyrerin der UWO.

Zunehmende Radikalisierung

Der UWO gelang es, den Pfadfinderverband „Plast“ zu unterwandern und durch ihn Nachwuchs zu gewinnen. Dennoch stoß ihr Guerillakrieg auch bei manchen Ukrainern nicht nur auf Liebe und Dankbarkeit. Kultur- und Wirtschaftsorganisationen der Ukrainer durften, anders als in der Sowjetunion, weiterbestehen, weshalb sich politische Kräfte mehrten, die für eine Zusammenarbeit mit der polnischen Republik plädierten. Die Unierte Kirche distanzierte sich von der UWO. Deren Führung bevorzugte den diplomatischen Weg und hatte über geflüchtete Offiziere Kontakte in die Tschechoslowakei, nach Litauen und nach Deutschland geknüpft. Die deutsche Reichswehr führte bereits ab 1923 geheime Ausbildungskurse für die UWO in München durch, um den polnischen Nachbarn geopolitisch zu schwächen. Viele UWO-Aktivisten flohen jedoch ins Ausland, weil sie in ihrer eigenen Heimat zunehmend an Rückendeckung verloren.

Nach dem schnellen Ende des ersten ukrainischen Staats, der nur wenige Monate zwischen der Proklamation 1917 und der Eroberung durch die Bolschewisten 1918 bestanden hatte, bildeten sich verschiedene Emigrationszentren, unter anderem in Paris, Warschau und Berlin. Ein entscheidender Vorfall in der Geschichte der UWO geschah im Mai 1926: Ein jüdischer Anarchist ermordete den bei vielen Ukrainern beliebten Politiker und Unabhängigkeitskämpfer Symon Petljura, da er ihm die Schuld an den häufigen antisemitischen Pogromen jener Zeit gab. Infolgedessen wurde die relativ liberale und verschiedene Weltanschauungen überspannende UWO immer rechtsextremistischer.

Zum wichtigsten Vordenker der 1929 aus unzufriedenen UWO-Mitgliedern hervorgegangenen OUN wurde Dmytro Donzow, der sich vom Sozialisten zum Unterstützer eines „integralen Nationalismus“ gewandelt hatte. Das Ziel einer unabhängigen Ukraine sollte um jeden Preis erreicht werden, „amoralnist“ (Unmoralität) wurde zum politischen Mantra. Ausdrücklich jeder Gegner Russlands sollte fortan als Partner fungieren, jedes Mittel war Donzows Leuten recht. „Anstelle von Pazifismus […] die Idee von Kampf, Expansion, Gewalt […] ein fanatischer Glaube an die eigene Wahrheit, Exklusivität, Härte. Anstelle von Partikularismus, Anarchismus und Demo-Liberalismus – die Interessen der Nation über allem“, forderte Donzow in seinem 1926 erschienenen Buch „Nazionalism“. OUN-Mitglied wurde er nie, doch haben seine Thesen deren Schaffen maßgeblich beeinflusst.

Der ehemalige ukrainische Botschafter in Berlin Andrij Melnyk wollte sich nicht von Stepan Bandera distanzieren

Als nach Jahrzehnten des Partisanenkrieges im Untergrund der Zweite Weltkrieg Ostgalizien, Südpolen und Russland erreicht hatte, spaltete sich die OUN 1940 in eine von Andrij Melnyk geführte Organisation – genannt „Melnykisten“ (OUN-M) – und die „Banderisten“ (OUN-B) unter Banderas Befehlsgewalt.

Nazi-Kooperation und Tod Banderas

Seine Schergen zogen in den Bataillonen „Nachtigall“ und „Roland“ aufseiten der deutschen Wehrmacht im Deutschen Russlandfeldzug in die ukrainischen Stammlande. OUN-M-Mitglieder dagegen stellten die Freiwilligen für die Waffen-SS-Division „Galizien“. Die OUN-B unter Leitung Banderas galt von Anfang an als die weltanschaulich radikalere Fraktion, sie kämpfte auch nach dem Zweiten Weltkrieg bis Anfang der 1950er-Jahre noch gegen die Polnische Heimatarmee, sowie gegen die sowjetische. Bandera gelang nach dem Zweiten Weltkrieg die Flucht nach Deutschland und er wurde in der Sowjetunion in Abwesenheit zum Tode verurteilt. 1959 wurde er in München von einem KGB-Agenten vor seiner Haustür ermordet.

Die Beurteilung von Bandera ist in der Ukraine sehr umstritten. Im Osten des Landes, aber auch in Polen, Russland und Israel und nahezu im gesamten Westen gilt er überwiegend als NS-Kollaborateur und Kriegsverbrecher. Im Westen der Ukraine wird er hingegen von vielen Ukrainern als Nationalheld verehrt. Außerhalb der Ostukraine sieht ihn das Gros der Geschichtsforschung als Faschisten und Antisemiten, der Hunderttausende Osteuropäische Juden ermorden und vertreiben ließ.

Ab dem Zeitpunkt der ukrainischen Unabhängigkeitserklärung 1991 und bis ins Jahr 2014 wurden 46 Denkmäler und 14 Gedenktafeln zu Ehren von Stepan Bandera errichtet. Es entstanden nach und nach immer mehr Monumente, wobei gewisse Perioden des verstärkten Personenkults erkennbar sind. Die erste Hochphase war kurz nach der Unabhängigkeitserklärung, Anfang der 1990er Jahre, die zweite im Zeitraum von 2005-2010, als von staatlicher Seite die OUN/UPA als Unabhängigkeitskämpfer anerkannt worden waren und schließlich 2011 und 2012, was möglicherweise als Protest gegen die prorussische Janukowitsch-Regierung betrachtet werden kann.

Verschiedene ukrainische Regierungen haben seit der erneuten Unabhängigkeit nach dem Ende der Sowjetunion abwechselnd Distanz zur historischen Figur Bandera gesucht, manchmal haben sie auch die Heldenerzählungen übernommen. Der Wunsch nach Eigenstaatlichkeit und Autonomie ist das normalste der Welt, jedoch ist das auch ohne brennenden Judenhass zu erreichen. In weiten Teilen der heutigen Ostukraine ist Bandera bis heute ein Held, seine Nazi-Kollaboration wird mal geleugnet, mal gefeiert.

Lasst den Michel frieren!

Natürlich rechtfertigt all das keinen Angriffskrieg. Dass die Ukraine ein eklatantes Problem mit Neonazis hat, steht völlig außer Frage. Doch Putins vorgeschobener Kriegsgrund der „Entnazifizierung“ ist absurd. Neben den großen faschistisch orientierten Gruppen haben auch explizit linke Fußballhooligans überall im Land zu den Waffen gegriffen, um auf Befehl des jüdisch stämmigen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj gegen die russischen Invasoren zu kämpfen. „Die Ukrainer sind lauter Nazis“ ist nicht ganz falsch, aber auch bei Weitem nicht die ganze Wahrheit. Dem außenstehenden Beobachter stellt sich jedoch die Frage, wieso Deutschland frieren und seine eigene Wirtschaft beschädigen sollte, nur um „ein Zeichen“ gegen Putin zu setzen.

Bei aller berechtigten Kritik am kopflosen Vorgehen der Ampel-Regierung sollte nicht vergessen werden, dass es die Merkel-CDU war, die uns das meiste der heutigen Misere eingebrockt hat. Putin hätte deutlich schlechtere Karten uns zu drohen, wenn Deutschland nach wie vor hauptsächlich auf Kernkraft, statt auf windige Autokratien bei der Energiegewinnung setzen würde. Auch Gerhard Schröder hat die Situation mitzuverantworten, schließlich war er es, unter dessen Regierung Nord Stream 1 im Jahr 2005 formalisiert wurde.

Insofern hat der ungehobelte Diplomat Andrij Melnyk in gewisser Weise recht, wenn er Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier vorwirft, seit Jahrzehnten „ein Spinnennetz der Kontakte mit Russland“ geknüpft zu haben und der deutschen Politik ein generelles Desinteresse an der Ukraine vorwirft.

Warum der deutsche Bürger, der ohnehin bereits einen der höchsten Strompreise der Welt zahlt und statistisch betrachtet bis zum 18.Juli des Jahres ausschließlich für seinen Staat arbeitet, weitere Abstriche für die Interessen fremder Länder machen soll, erschließt sich mir nicht. Des Weiteren sei mit Blick auf die seit Jahrhunderten immer wieder aufbrechenden ethnischen Konflikte in Osteuropa gefragt, welchen Nutzen die vielgepriesene „Vielfalt“ für eine Gesellschaft haben sollte. Möglicherweise muss der obrigkeitshörige, domestizierte Deutsche erst einmal bei 12 Grad im Dunklen sitzen, um den Wert des gesunden Eigeninteresses wieder zu erkennen. Zu wünschen wäre es ihm.

Iran will israelisch-arabische Normalisierung vereiteln

Die Mullahs in Teheran und ihre Stellvertreter, wie die „palästinensische" Terrororganisation Hamas und die libanesische Hisbollah-Miliz, scheinen besonders besorgt zu sein über die Idee, ein israelisch-arabisches Militärbündnis nach dem Vorbild der NATO aufzubauen.

Von Khaled Abu Toameh/ Redaktion Audiatur

Berichten zufolge plant US-Präsident Joe Biden die Einberufung einer regionalen Konferenz in Jeddah, Saudi-Arabien. Der Koalition werden die USA, Israel und einige arabische Länder angehören, darunter die Golfstaaten, Ägypten, Jordanien und der Irak. „Die neue Allianz soll den Iran eindämmen und wird sich in der ersten Phase auf ein Luftabwehrsystem gegen iranische Raketen und Angriffsdrohnen sowie auf Maßnahmen zur Cybersicherheit stützen", sagte Prof. Eytan Gilboa, ein Experte für die Beziehungen zwischen den USA und Israel.

Die Mullahs in Teheran und ihre Stellvertreter, wie die „palästinensische" Terrororganisation Hamas und die libanesische Hisbollah-Miliz, scheinen besonders besorgt zu sein über die Idee, ein israelisch-arabisches Militärbündnis nach dem Vorbild der NATO aufzubauen.

Sie scheinen auch besorgt darüber zu sein, dass einige arabische Länder, darunter Saudi-Arabien, ihre Beziehungen zu Israel normalisieren könnten.

Im Rahmen der Bemühungen, die Normalisierung zwischen den arabischen Ländern und Israel zu vereiteln, reiste Hamas-Führer Ismail Haniyeh letzte Woche zu Gesprächen mit Hisbollah-Generalsekretär Hassan Nasrallah nach Beirut.

Haniyehs Besuch in Beirut hat viele Libanesen und Araber empört, die sich besorgt zeigten, dass das Bündnis zwischen Hamas und Hisbollah den Libanon weiter destabilisieren und das Land einer militärischen Konfrontation mit Israel näher bringen würde.

Nach Angaben der Hamas besprachen Haniyeh und Nasrallah „die politischen Entwicklungen in der Region und ihre Auswirkungen auf die „palästinensische" Sache sowie die Gefahren der Normalisierung [zwischen Israel und den arabischen Ländern]".

Haniyeh und Nasrallah betonten die Notwendigkeit, „das Konzept und die Achse des Widerstands als strategische Option zur Wiederherstellung der [palästinensischen] nationalen Interessen zu entwickeln", so die Hamas weiter.

Wenn Hamas und Hisbollah von der „Entwicklung des Konzepts und der Achse des Widerstands" sprechen, meinen sie damit Terroranschläge gegen Israel. Die beiden Terrororganisationen verfügen über Zehntausende von Raketen und Flugkörpern, die jederzeit aus dem Gazastreifen und dem Libanon auf Israel abgefeuert werden können.

Ali Barakeh, ein ranghoher Hamas-Funktionär, sagte, Haniyehs Besuch im Libanon diene dazu, angesichts der Gespräche über die Bildung eines arabisch-amerikanischen Bündnisses, die Lage in der Region mit der Hisbollah zu beraten und zu koordinieren. Barakeh fügte hinzu:

„Es ist ganz natürlich, dass der palästinensische Widerstand sich mit dem libanesischen Widerstand berät, um der amerikanisch-zionistischen Politik entgegenzutreten, die unserer Nation und der palästinensischen Sache feindlich gegenübersteht."

In Bezug auf die Idee einer militärischen Aufrüstung gegen den Iran in der Region warnte Haniyeh: „Was in der Region passiert, ist sehr gefährlich und geht über eine Normalisierung zwischen den arabischen Ländern und Israel hinaus."

In einer Rede vor der Arabisch-Islamischen Nationalkonferenz in Beirut am 25. Juni sagte der Hamas-Führer:

„Die Normalisierung [mit Israel] ist ein Verbrechen, weil sie Palästina und den Arabern schadet; dies ist ein Versuch, das zionistische Gebilde in Bündnisse in der Region einzubinden. Dieses Vorhaben richtet sich gegen den Widerstand in Palästina und im Libanon. Das palästinensische Volk braucht strategische Tiefe und die Einheit der arabischen und islamischen Nation."

Es ist klar, dass Haniyeh und Nasrallah den Libanon nicht nur als Ausgangspunkt für einen Angriff auf Israel nutzen wollen, sondern auch als Basis, um Saudi-Arabien und andere Araber einzuschüchtern, damit sie sich nicht mit Israel gegen den Iran verbünden.

Wahlplakate des Hisbollah-Führers Hassan Nasrallah in Beirut

Muss der Libanon ein neues Gaza werden?

Einige Libanesen haben sich empört darüber gezeigt, dass ihr Präsident Michel Aoun den Hamas-Führer im Präsidentenpalast in Beirut empfangen hat. Charles G. Hage, ein libanesischer Staatsbürger, schrieb:

„Kann uns jemand in einer Zeit, in der wir nach Auswegen suchen, damit die Libanesen nicht hungern müssen, sagen, inwiefern Libanon von einem öffentlichen Treffen zwischen Präsident Michel Aoun und dem Leiter des politischen Büros der Hamas, Ismail Haniyeh, profitiert? Die Hamas wird des Terrorismus beschuldigt und ist in den verschiedenen Ländern, die der Libanon um Hilfe bittet, verboten. Muss der Libanon ein neues Gaza werden?"

Haniyehs Besuch im Libanon fiel laut dem libanesischen Journalisten Sawsan Mhanna mit einem Besuch des saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman in Ägypten und Jordanien zusammen:

„Während Ägypten und Jordanien den saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman empfangen und Ägypten und Saudi-Arabien 14 Abkommen im Wert von 7,7 Milliarden Dollar unterzeichnet haben, empfängt Beirut den Hamas-Führer Ismail Haniyeh. Was wäre, wenn das Flugzeug von Kronprinz Mohammed bin Salman in Beirut gelandet wäre? Was wäre, wenn Beirut frei wäre?"

Der Iran und seine Stellvertreter würden zusammenarbeiten, um die Bildung einer anti-iranischen Militärallianz im Nahen Osten zu verhindern, schrieb der emiratische Journalist Mohamed Taqi:

„Nach der Beschleunigung der arabischen Bemühungen um eine Nahost-Allianz traf sich der Terrorist Ismail Haniyeh mit dem Terroristen Hassan Nasrallah… Die Marionetten des Iran sind immer gegen jedes arabische nationale und sicherheitspolitische Projekt."

Es sei höchste Zeit, dass die USA zur Kenntnis nehmen, dass es keinen Unterschied zwischen den verschiedenen terroristischen Stellvertretern des Irans gibt, so die iranisch-amerikanische Enthüllungsjournalistin Lisa Daftari. „Wann wird die Biden-Administration lernen, dass Hisbollah, Hamas, Al-Qaida, der IS und das iranische Regime alle dasselbe sind?" fragte Daftari.

„Der Iran hat den Libanon durch seinen mächtigen Arm, die Hisbollah, besetzt, die mit Hilfe iranischer Waffen die Kontrolle über den Libanon übernommen hat", so die libanesische politische Kommentatorin Huda al-Husseini.

Al-Husseini wies darauf hin, dass der Iran seine Kontrolle über den Libanon nach dem US-Krieg im Irak 2003 verschärft habe, indem er den libanesischen Premierminister Rafik Hariri abgesetzt habe, der daraufhin ermordet worden sei.

„Die Hisbollah, eine Abspaltung der iranischen Revolutionsgarden, übernahm die Kontrolle über die staatlichen Institutionen… Nach dem Ausbruch der Revolution gegen das Regime im Jahr 2011 drang der Iran in Syrien ein und Bashar Assad griff auf die iranischen Revolutionsgarden zurück, um das zu verteidigen, was von seinem Regime übrig geblieben war. Teheran gab der Hisbollah den Befehl, sich einzumischen, die schrecklichsten Massaker zu begehen, die Gegner zu terrorisieren und die Kontrolle über die [syrische] Armee wiederherzustellen. Dadurch geriet das syrische Regime in die Gewalt Teherans. Der Iran vollendete seine Expansionspläne durch die Lieferung von Waffen an die Hamas in Gaza und die Houthis im Jemen."

Angesichts der wachsenden Besorgnis über die Einmischung des Irans in die inneren Angelegenheiten des Libanon forderten mehrere libanesische Politiker sowie politische und religiöse Führer die internationale Gemeinschaft auf, sich mit der Hisbollah auseinanderzusetzen.

Sie forderten, dass die Hisbollah ihre Waffen an die libanesische Armee abgibt und erinnerten die internationale Gemeinschaft daran, dass die Terrormiliz hinter der Ermordung von Rafik Hariri steckt. Sie forderten außerdem, dass die libanesische Armee entlang der Grenze zu Israel stationiert wird, um einen weiteren Krieg zu verhindern.

Zuvor hatte dieselbe Gruppe von Libanesen davor gewarnt, dass Nasrallah nicht zuständig sein sollte, im Namen seiner Herren im Iran Entscheidungen über Krieg und Frieden zu treffen. Die Gruppe forderte auch die Beendigung der iranischen „Besetzung" des Libanon.

Die Araber sind sich offensichtlich der Gefahr bewusst, die der Iran und seine terroristischen Stellvertreter für den Libanon und andere Länder, insbesondere die Golfstaaten, darstellen. Sie scheinen auch besorgt über die verstärkten Bemühungen des Irans, sich in die inneren Angelegenheiten der arabischen Länder einzumischen, als Teil des Plans der Mullahs, ihren Einfluss im gesamten Nahen Osten auszuweiten.

Das Treffen zwischen Hamas- und Hisbollah-Führern im Libanon sollte in Washington die Alarmglocken schrillen lassen: Das Treffen zeigt, dass der Iran die vermeintliche Schwäche der Regierung Biden ausnutzt, welche es versäumt hat, sich den begehrlichen Plänen der Mullahs in der Region entgegenzustellen.

Zweifellos fand dieses Treffen auf Anweisung Teherans im Vorfeld von Bidens Besuch in Saudi-Arabien und Israel statt. Es bleibt nun abzuwarten, ob die Beschwichtigungspolitik der Biden-Administration gegenüber den Mullahs es den Iranern und ihren Stellvertretern ermöglicht, ihre Bemühungen zur Ausbreitung ihrer Expansion, ihres Terrorismus und ihres Blutvergießens im gesamten Nahen Osten zu verstärken.

Khaled Abu Toameh ist ein preisgekrönter arabisch-israelischer Journalist und TV-Produzent. Auf Englisch zuerst erschienen bei Gatestone Institute. Übersetzung Audiatur-Online.

Bidens Diplomatie ist fatales Appeasement gegenüber dem Iran

Seit seiner Gründung im Jahr 1979 hat das iranische Mullah-Regime offen den „Tod für Amerika“ und den „Tod für Israel“ gefordert. Ist dies etwa, was die Regierung Biden will? Viele Amerikaner sowie Verbündete der Vereinigten Staaten hatten gehofft, dass US-Präsident Joe Biden bei seiner jüngsten Reise in den Nahen Osten eine härtere Politik gegenüber Teheran ankündigen würde. Ihre Erwartungen wurden bitter enttäuscht.

Von Majid Rafizadeh/ Redaktion Audiatur

JIM WATSON / AFP

Reste einer iranischen Kampfdrohne, welche die Huthi-Rebellen gegen Saudi-Arabien eingesetzt haben.

Die Islamische Republik Iran hat nicht nur einen amerikanischen Journalisten ermordet: 1979 feierte sie ihre Gründung, indem sie mehr als 50 Amerikaner aus dem Personal der US-Botschaft in Teheran entführte und 444 Tage lang als Geiseln hielt. Dann, 1983, tötete der Iran 241 amerikanische Soldaten in der Kaserne des US-Marine Corps in Beirut.

Nicht vergessen werden sollte, dass der Iran 2018 von einem US-Bundesgericht dazu verurteilt wurde, den Angehörigen der Opfer der Anschläge vom 11. September 2001, bei denen 3.000 Menschen auf amerikanischem Boden ermordet wurden, eine Entschädigung in Milliardenhöhe zu zahlen.

Der Iran hält immer noch sechs Amerikaner sowie die sterblichen Überreste eines weiteren, Robert Levinson, als Geiseln fest. Darüber hinaus hat der Iran vor kurzem zur Ermordung führender US-Beamter aufgerufen, eine Angelegenheit, die die Biden-Administration Berichten zufolge „unter Verschluss zu halten“ versuchte, um ihre Bemühungen nicht zu stören, dem Iran den Erwerb von Atomwaffen zu ermöglichen. Damit einher gehen mehr als eine Billion Dollar zur Wiederbelebung dessen, was Richard Goldberg, ehemaliger Beamte des Nationalen Sicherheitsrats und Reserveoffizier der US-Marine, in einer vernichtenden Analyse als „den schlechtesten Deal aller Zeiten“ bezeichnet hatte.

„Der Iran hat das alte Abkommen von Anfang an missachtet und dessen Vorteile genutzt, um den Nahen Osten zu destabilisieren. Das wird sich nun wiederholen“, schrieb Goldberg.

Appeasement gegenüber dem Iran

In der vergangenen Woche betonte Biden jedoch erneut, dass er die Diplomatie (sprich: Beschwichtigung) und die Bemühungen um eine Wiederbelebung des katastrophalen Atomabkommens mit den regierenden Mullahs im Iran fortsetzen werde.

„Ich bin nach wie vor der Meinung, dass die Diplomatie der beste Weg ist, um dieses Ziel zu erreichen“, erklärte Biden. Neben Biden warnte der israelische Ministerpräsident Yair Lapid auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Jerusalem mit Blick auf das iranische Atomprogramm:

„WORTE WERDEN SIE NICHT AUFHALTEN, MR. PRESIDENT. DIE DIPLOMATIE WIRD SIE NICHT AUFHALTEN. DAS EINZIGE, WAS DEN IRAN AUFHALTEN WIRD, IST DIE GEWISSHEIT, DASS DIE FREIE WELT GEWALT ANWENDEN WIRD, WENN ER SEIN ATOMPROGRAMM WEITER AUSBAUT. DIE EINZIGE MÖGLICHKEIT, SIE ZU STOPPEN, BESTEHT DARIN, EINE GLAUBWÜRDIGE MILITÄRISCHE DROHUNG AUF DEN TISCH ZU LEGEN… DAS IRANISCHE REGIME MUSS WISSEN, DASS ES EINEN HOHEN PREIS ZAHLEN WIRD, WENN ES DIE WELT WEITERHIN TÄUSCHT.

Ministerpräsident Yair Lapid zu Präsident Biden

Sehen wir uns an, was Bidens Diplomatie mit den herrschenden Mullahs im Iran bisher bewirkt hat. Das iranische Regime verfügt nun zum ersten Mal in seiner Geschichte über genügend angereichertes Uran, um eine Atombombe herzustellen – eine Tatsache, die von der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) bestätigt wurde. Auch das Institut für Wissenschaft und Internationale Sicherheit berichtete im November 2021:

„Der Iran verfügt über genügend angereichertes Uranhexafluorid (UF6) in Form von nahezu 20 und 60 Prozent angereichertem Uran, um in nur drei Wochen genügend waffenfähiges Uran (WGU) zu produzieren, das hier mit 25 Kilogramm (kg) angegeben wird, für eine einzige Atomwaffe. Das Land könnte dies tun, ohne seine Bestände an bis zu 5 Prozent angereichertem Uran als Ausgangsmaterial zu verwenden. Das Anwachsen der iranischen Bestände an nahezu 20- und 60-prozentig angereichertem Uran hat die Zeitspanne für einen Ausbruch gefährlich verkürzt“.

Iran spielt mit der IAEO

Laut General Kenneth McKenzie, dem Oberbefehlshaber des Central Command der Vereinigten Staaten, verfügt der Iran außerdem über „mehr als 3.000 [ballistische] Raketen verschiedener Typen“, von denen viele Atomsprengköpfe tragen können.

Dank Bidens rein diplomatischem Ansatz ist es den herrschenden Mullahs gelungen, ihr Atomprogramm auf den höchsten Stand aller Zeiten zu bringen, Uranmetall zu produzieren und weitere Zentrifugen zu installieren. Das iranische Regime hat zudem die UN-Kameras zur Überwachung seines Atomprogramms abgeschaltet und angekündigt, dass es der IAEO nicht erlauben wird, Bilder der Geräte zu sehen.

Darüber hinaus weigert sich das iranische Regime, die Fragen der IAEO zu den Uranpartikeln zu beantworten, die an drei geheimen und nicht deklarierten Atomanlagen im Iran gefunden wurden. „Der Iran hat keine technisch glaubwürdigen Erklärungen zu den Erkenntnissen der IAEO an diesen Standorten geliefert“, erklärte die IAEO. „Die Agentur ist weiterhin bereit, unverzüglich mit dem Iran in Kontakt zu treten, um alle diese Fragen zu klären.“

Während die herrschenden Mullahs im Iran auf Atomwaffen setzen, ist die Regierung Biden damit beschäftigt, sie zu beschwichtigen. Die Biden-Administration will nicht nur dieses aufgewärmte Atomabkommen, sondern scheint auch begierig darauf zu sein, einem Regime weitere Milliarden zuzuschanzen, das die vorherigen Geldströme dazu verwendet hat, seine Übernahme von vier Ländern zu festigen: Irak, Syrien, Jemen und Libanon.

Die Biden-Regierung hob auch die Einstufung eines iranischen Stellvertreters, der jemenitischen Houthis, als Foreign Terrorist Organisation auf, woraufhin die Houthis begannen, Raketen auf Abu Dhabi und Saudi-Arabien abzufeuern. Die Regierung Biden hob zudem die Sanktionen gegen drei ehemalige iranische Beamte und mehrere Energieunternehmen auf und erwägt die Aufhebung der Sanktionen gegen den Obersten Führer des Iran, Ayatollah Ali Khamenei.

Die US-Regierung verschließt auch weiterhin die Augen vor dem zerstörerischen Verhalten des iranischen Regimes in der Region und darüber hinaus – Aktivitäten, die den Schmuggel von Waffen an die Houthis, die Lieferung von Öl und Waffen nach Venezuela sowie Störmanöver gegen die US-Navy und Angriffe auf US-Basen im Irak umfassen. Nach Angaben des US-Justizministeriums hat der Iran unter anderem folgende hochentwickelte Waffen nach Venezuela geliefert:

„171 gelenkte Panzerabwehrraketen, acht Boden-Luft-Raketen, Komponenten für Landangriffs-Marschflugkörper, Komponenten für Anti-Schiffs-Marschflugkörper, Optik für thermische Waffen und andere Komponenten für Raketen und unbemannte Luftfahrzeuge [Drohnen]“.

Die herrschenden Mullahs in Iran können ungehindert gegen US-Sanktionen und Resolutionen des UN-Sicherheitsrats verstoßen. Die Waffenlieferungen an die Houthis im Jemen verletzen etwa die Resolution 2140 des UN-Sicherheitsrats, in der es heißt:

„Verpflichtung zum Einfrieren aller Gelder, anderer finanzieller Vermögenswerte und wirtschaftlicher Ressourcen, die sich im Besitz oder unter der direkten oder indirekten Kontrolle der vom Ausschuss benannten Personen oder Einrichtungen oder von Personen oder Einrichtungen, die in ihrem Namen oder auf ihre Anweisung handeln, oder von Einrichtungen, die sich in ihrem Besitz oder unter ihrer Kontrolle befinden, befinden; diesen Personen oder Einrichtungen dürfen keine Gelder, finanziellen Vermögenswerte oder wirtschaftlichen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden oder zugute kommen.“

Jede Wiederbelebung eines Atomabkommens wird nur den – in den Worten des US-Außenministerium – „wichtigsten staatlichen Sponsor des Terrorismus“ bereichern: Iran. Seit seiner Gründung im Jahr 1979 hat das Regime offen den „Tod für Amerika“ und den „Tod für Israel“ gefordert. Ist dies etwa, was die Regierung Biden will?

Dr. Majid Rafizadeh ist Wirtschaftsstratege und Berater, Harvard-Absolvent, Politikwissenschaftler, Vorstandsmitglied der Harvard International Review und Präsident des International American Council on the Middle East. Er hat mehrere Bücher über den Islam und die US-Außenpolitik verfasst. Auf Englisch zuerst erschienen bei Gatestone Institute. Übersetzung und redaktionelle Bearbeitung Audiatur-Online.

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen regelmäßig historisch interessante Seiten der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Abonnementspreis
einschliesslich LITERATURBLATT
vierteljährlich:
1. durch die Expedition:
a) in Berlin —,90 Mark. b) nach auswärts 1,— Mark. c) für das Ausland 1,50 Mark.
2. im Postabonnement: 1,25 Mark.

Insertionspreis
die viergespaltene Petit-Zeile oder deren Raum 25 Pfennig.

Allgemeine Jüdische Zeitung.

Redaktion:
BERLIN NW. 52, Melanchthonstrasse 4.
Telephon: II, 3387.

Expedition und Adresse für Geldsendungen und Bestellungen:
Verlag Jüdische Rundschau, E. G. m. b. H.
Berlin N. 54, Auguststr. 49a.

Geschäftsstunden der Expedition täglich (ausser Sabbat und Sonntag) vormittags 10—1, nachmittags 3—7 Uhr.

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck aus der JUEDISCHEN RUNDSCHAU nur bei voller Quellenangabe gestattet.

Nummer 32 | Berlin, 19. Abh 5666 — 10. August 1906 | XI. Jahrgang

Inhalt

Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina.
(Baseler Programm.)

Noch ein Wort über unsere Nationalbibliothek
Die Konferenz der ITO in London
Cypern als Siedlungsgebiet
Rundschau
- Mischehen in Deutschland
- Bodenreform
- „Unverkennbar"
- Nationalliberaler Erfolg
- Bund jüdischer Akademiker
- „Kampf um den Juden"
- Wieder eine — — WAHRHEIT
- Gerichtsentscheidung
- Lage der Juden in Ungarn
- Jüdische Gemeindebeamte in Ungarn
- Im Sächsischen Garten
- Juden in Odessa
- Die Pogromwaisen
- Graf Tyszkiewicz über die Juden
- Wie eine Panik entsteht
- Vertraue nicht auf Fürsten
- Freizügigkeit
- Der Tod des Chacham Baschi
- Altes und Neues von der Mareotis

Kleine Mitteilungen
Briefkasten
Geschäftliches
Feuilleton
- Das Schulgespenst
  Von Leo Lewanda
  Uebers. von Dr. William Zeitlin.
  (Schluss)

Beilage: Aus d. zion. Bewegung
Mitteilungen des Zentralbureaus der Zionist. Vereinigung f. Deutschland
Das Morgen
- Von Ben Jordan

Der Zionismus in Russland
Aus den Ortsgruppen
- Rybnik — Marienbad — Karlsbad

Nationalfond

Literaturblatt No. 17

Die jüngsten deutschen Ausgrabungen in Palästina
Mosaikkarte von Madeba
Judenmusik
Literaturbericht

ZIONISTISCHE VEREINIGUNG FÜR DEUTSCHLAND

NATIONALFOND-VERWALTUNG
Adresse für Geldsendungen
Max Wolfsteiner,
Berlin N.W. 23, Holsteiner Ufer 10

ZENTRALBUREAU
Berlin W. 66
Mauerstrasse 2 III

SHARE-KLUB-ZENTRALE
Adresse für Anmeldungen
M. Goldschmidt,
Hamburg, Stadthausbrücke 12/14

BDS erstellt antisemitische „Zielliste“

Die antisemitische BDS-Kampagne in Boston veröffentlichte eine kartografische Zielliste von Bostoner Firmen, Stiftungen, Zeitungen und Politikern, die sie wegen ihrer Unterstützung Israels anklagt und zu deren „Demontage“ sie aufruft. Dieses brandgefährliche „Mapping-Projekt“ macht die jüdischen Bürger zum Ziel von Ausgrenzung und Gewalt. Unter „Demontage“ könnten judenfeindliche Fanatiker auch einen Aufruf zum Mord verstehen. Die antisemitische Anschlagsserie in den USA spricht dafür, dass die Hass-Propaganda der BDS-Bewegung auf fruchtbaren Boden fällt.

Von Stefan Frank /Achgut.com

Die Mitglieder des örtlichen Ablegers der antisemitischen BDS-Kampagne in Boston, Massachusetts, sind stolz auf die Grafiken, die sie in Auftrag gegeben haben, und die sie am 3. Juni der Öffentlichkeit präsentierten. „Landkarten“ sollen „veranschaulichen, wie die lokale Unterstützung für die Kolonisierung Palästinas strukturell mit Polizeiarbeit, Vertreibungen und Privatisierungen vor Ort und mit US-imperialistischen Projekten weltweit verbunden ist“, heißt es.

Die erste Karte zeigt Massachusetts und die angrenzenden US-Bundesstaaten New Hampshire, Connecticut und Rhode Island. An der Ostküste von Massachusetts gibt es eine Akkumulation von bunten Punkten. Einige der Punkte sind über verschiedenfarbige Linien mit Punkten weiter im Westen verbunden. Eine Legende hat die Karte nicht.

Die zweite Karte zeigt Boston. Viele schwarze Punkte sind in der Innenstadt. Es sieht aus, als hätte jemand die Feinstaubbelastung gemessen und in der Karte markiert, wo sie am höchsten ist.

Die dritte Grafik erinnert an ein Spinnennetz. In dessen Zentrum steht die jüdische Bürgerrechtsorganisation Anti-Defamation League (ADL). Zu deren angeblichem Netz gehören die Universität Harvard, die Harvard Medical School, Polizeistationen, zahlreiche Krankenhäuser, die Zoll- und Einwanderungsbehörde, etliche jüdische Stiftungen und auch das FBI.

Die vierte Karte soll laut Überschrift den Grundbesitz von sechs Universitäten in Massachusetts zeigen: Boston University, Harvard, MIT, Northeastern, Tufts und Boston College. Was das soll? Man weiß es nicht. Warum haben die Antisemiten ausgerechnet die renommierte jüdische Brandeis University ausgelassen? Hat sie keinen Grundbesitz? Man weiß es nicht.

Zakaria ABDELKAFI / AFP

Der Slogan „Free Palestine“ bedeutet nichts anderes, als die Vernichtung Israels

Umfassende Feindesliste

Mit Ausnahme der Spinnennetzgrafik, deren antisemitische Aussage dem Betrachter ins Auge springt, sind die Grafiken kryptisch. Sie erwecken den Eindruck, als habe ein Geisteskranker unbeaufsichtigten Zugang zu Visualisierungssoftware gehabt. Doch auf der von BDS Boston verlinkten Website Map Liberation findet sich neben den vier Karten eine lange Liste, die für sich spricht und sicherlich von jedem verstanden wird. Man kann von einer Zielliste sprechen: Firmen, Stiftungen, Zeitungen und Politiker, die angeklagt sind, Unterstützer Israels zu sein.

Darunter sind etwa Gouverneur Charlie Baker, Senatorin Elizabeth Warren und Senator Ed Markey, die Tageszeitung Boston Globe, die Bostoner Polizei, Finanzinstitute wie die Citigroup oder Fidelity, Museen wie das Boston Museum of Science oder das Institute of Contemporary Art, Firmen wie Microsoft, Google, Amazon, Boeing und IBM, das israelische Konsulat, jüdische Magazine wie Jewish Boston oder The Jewish Journal, jüdische Kulturvereinigungen wie die Jewish Art Collaborative, die Jewish Teen Foundation, Bostons Synagogenrat, Krankenhäuser wie das Massachusetts General Hospital, Gewerkschaften und Berufsgenossenschaften wie etwa die Vereinigung der Zimmerleute von New England.

Auch die City of Boston selbst wurde nicht vergessen. So gut wie jeder in Boston und Massachusetts ist offenbar ein Freund Israels und steht deshalb auf einer schwarzen Liste.

Klickt man auf die Namen, erfährt man, was den Personen, Firmen und Vereinigungen jeweils vorgeworfen wird. Der bekannte deutsche Kindersitzhersteller Cybex etwa soll vor zehn Jahren, im Jahr 2012, einmal Fitnessgeräte nach Israel geliefert haben. Die Zimmerleute von New England sollen sich für eine „Normalisierung“ einsetzen. Der Boston Globe habe einmal eine Kolumne des israelischen Generalkonsuls veröffentlicht, in der dieser vor dem Atomabkommen mit dem Iran gewarnt habe. Die Brauerei Harpoon benutze Wasseraufbereitungstechnologie eines israelischen Unternehmens.

Die Universität Harvard besitze Aktien der Booking Group, auf deren Hotelreservierungswebsite booking.com man auch Unterkünfte in Israel buchen kann. Das Boston Museum of Science wiederum „fördert konsequent den US-Imperialismus und den Zionismus“ – so habe es dort vor zwölf Jahren etwa eine Ausstellung über „israelische Innovationen“ gegeben. Der Jewish Teen Foundation wird vorgeworfen, im Mai 2021 ein Webinar für jüdische Teenager angeboten zu haben, das wie folgt beworben worden sei:

„Da Teenager aufgrund des eskalierenden Konflikts in Israel mit antisemitischen und antizionistischen Social-Media-Beiträgen und Kommentaren in sozialen Netzwerken konfrontiert sind, wird dieses Webinar dazu beitragen, Teenagern Taktiken zu vermitteln, damit sie wissen, wie und wann man sowohl persönlich als auch in den sozialen Medien antworten sollte.“

Operation Gefilte Fisch

Diese teuflischen Juden. Und erst die jüdischen Künstler. Was ihnen vorgeworfen wird? Das muss man wörtlich zitieren, sonst glaubt es keiner:

„Die Jewish Arts Collaborative fördert 'israelische' künstlerische und kulturelle Veranstaltungen, die Israel verherrlichen und die Realitäten der kolonialen Unterwerfung der Palästinenser durch Israel und des Diebstahls von palästinensischem Land und Ressourcen beschönigen.

Im Rahmen ihrer Restaurantwoche 2021 sponserte die Jewish Arts Collaborative beispielsweise 'eine israelische kulinarische Tour' mit dem Titel 'Taste of Israel' unter dem Motto 'Israelisches Essen ist so viel mehr als Hummus und Falafel'.“

So nämlich kaschiert die zionistische Entität die Realitäten der kolonialen Unterwerfung: Operation Gefilte Fisch. Man könnte darüber lachen, wenn die Ereignisse der letzten Jahre nicht die Gefahr vor Augen geführt hätten, die von solchen Fanatikern und ihrer Internetpropaganda ausgeht – auch in den Vereinigten Staaten.

Antisemitische Anschläge in Massachusetts

Da gab es 2018 das Massaker in der Tree-of-Life-Synagoge in Pittsburgh mit elf Toten. Dann, Anfang dieses Jahres, die elfstündige Geiselnahme in einer Synagoge in Texas. Auch in Massachusetts selbst werden immer wieder antisemitisch motivierte Terroranschläge verübt:

Mai 2019: Brandanschläge auf die Chabad-Zentren in Arlington und Needham.

April 2020: Ein versuchter Bombenanschlag auf ein jüdisches Zentrum für betreutes Wohnen in Longmeadow.

Juni 2021: Ein versuchter Messermord an Rabbi Shlomo Noginski vor einer jüdischen Schule in Brighton.

Es war Glück, dass niemand bei diesen Anschlägen getötet wurde: Die Brandsätze wurden rechtzeitig entdeckt, die Bombe zündete nicht und Rabbi Noginski überlebte die acht Messerstiche.

Und nun setzt der BDS Juden, jüdische Organisationen und Synagogen auf eine Liste von zu jagenden „Unterstützern Israels“. Vor dem BDS hatte auch die islamistische Organisation Council on American-Islamic Relations (CAIR) jüdische Organisationen zu Feinden erklärt. Bei einem virtuellen Spendenbankett, das im November 2021 in Chicago stattfand, gab eine Rednerin die Parole „Kenne deine Feinde“ aus. Als „Feinde“ der Muslime nannte sie jüdische Studentenverbände und „zionistische Synagogen“.

BDS will Netzwerk demontieren

Mehrere Mandatsträger des US-Repräsentantenhauses haben von der Zielliste von BDS Boston Notiz genommen und diese verurteilt. Der jüdische Abgeordnete Jake Auchincloss (Demokraten, Massachusetts) sagte dem Jewish Insider:

„Das ist für mich einfach erschreckend. Es greift jahrtausendealte antisemitische Klischees über schändlichen jüdischen Reichtum, Kontrolle, Verschwörung, Medienverbindungen und politisches Strippenziehen auf. Namen zu nennen und Listen zusammenzustellen, das hat im Judentum eine sehr finstere Geschichte in Bezug darauf, wie wir angegriffen werden. Es ist sehr unverantwortlich. [Die Gruppe] muss dies aus dem Netz nehmen und sich entschuldigen.“

Seth Moulton (Demokraten, Massachusetts) schrieb auf Twitter:

„Die jüdische Gemeinde so ins Visier zu nehmen, ist falsch und gefährlich. Es ist unverantwortlich. Dieses Projekt ist eine antisemitische Feindesliste mit angehängter Karte.“

Ritchie Torres (Demokraten, New York) twitterte:

„Die BDS-Bewegung hat 'ein Mapping-Projekt' zusammengestellt, das jüdische und 'zionistische' Institutionen verschiedener Übel in der amerikanischen Gesellschaft bezichtigt. Jemanden zum Sündenbock zu machen, ist ein häufiges Symptom des Antisemitismus, der im Kern eine Verschwörungstheorie ist.“

Der Direktor des Jewish Community Relations Council of Boston, Jeremy Burton, sagte gegenüber dem Jewish Insider:

„Wir sehen dies als einen ausdrücklichen Versuch, physische jüdische Räume im Großraum Boston zu identifizieren, zu benennen und zum Ziel zu erklären, mit dem Zweck, – in ihren eigenen Worten – unsere jüdische Gemeinde hier in Boston zu demontieren.“

Dies, so Burton, könne „andere zu gefährlichen Aktionen inspirieren“. In einem Beitrag auf der Anti-Israel-Website Mondoweiss hatten die Initiatoren des BDS-Karten-Projekts erklärt:

„Unser Ziel bei der Verfolgung dieser kollektiven Kartierung war es, die lokalen Einheiten und Netzwerke aufzudecken, die Verwüstungen anrichten, damit wir sie demontieren können. Jedes Unternehmen hat eine Adresse, jedes Netzwerk kann gestört werden.“

Boston beherbergt die viertgrößte jüdische Gemeinde der Vereinigten Staaten. Nach einer Schätzung von 2015 leben im Großraum Boston 248.000 Juden, das sind sieben Prozent der Bevölkerung.

Warum ist die fehlerhafte Sache der „Palästinenser“ so wichtig für die radikale Linke?

Die anti-israelische Propaganda der „Palästinenser“ ist, obwohl zutiefst fehlerhaft, zu einem zentralen Bestandteil der Ideologie der radikalen Linken geworden, insbesondere bei den Anhängern der so genannten „Intersektionalität“. An den westlichen Universitäten gibt es mehr Demonstrationen gegen Israel als gegen Russland, China oder dem Iran. Dieses Phänomen ist die Manifestation einer internationalen antijüdischen Bigotterie.

Von Alan M. Dershowitz/ Redaktion Audiatur

Mohammed Effendi Amin el-Husseini verbündetet sich mit Nazi-Deutschland und plante mit Hitler die „Endlösung“ für die Juden in Palästina.

Warum wird der „palästinensischen“ Sache so viel Aufmerksamkeit zuteil, wenn es auf der ganzen Welt viel zwingendere Anliegen gibt, wie die der Kurden, Uiguren und anderer staatenloser und unterdrückter Völker? An den Universitäten gibt es mehr Demonstrationen gegen Israel als gegen Russland, China, Weißrussland und den Iran. Und warum? Die Antwort hat wenig mit den „Palästinensern“ und alles mit Israel als dem Nationalstaat des jüdischen Volkes zu tun. Es handelt sich um eine politische Manifestation des internationalen Antisemitismus. Und das nur, weil der Staat, der der Unterdrückung der „Palästinenser“ beschuldigt wird, Israel ist.

Damit soll nicht gesagt werden, dass es falsch ist, die „palästinensische“ Sache zu unterstützen. Es bedeutet, dass es falsch – und bigott – ist, dieser zutiefst fehlerhaften Sache Vorrang vor anderen, gleichwertigen oder verdienstvolleren Anliegen einzuräumen. Die radikale Linke gibt nicht nur den „Palästinensern“ den Vorrang, sie ignoriert auch weitgehend andere Anliegen, nur weil Israel auf der anderen Seite des „palästinensischen“ Problems steht. Der Grund dafür ist eigentlich ganz einfach. Es hat wenig mit den Verdiensten und alles mit Antisemitismus zu tun. Er nennt sich Antizionismus, ist aber nur ein Deckmantel für antijüdische Bigotterie.

Ein aktuelles Beispiel ist die Entscheidung von Ben and Jerry’s Eiscreme, Teile Israels zu boykottieren, während sie weiterhin an Länder verkauft, in denen weitaus größere Missstände herrschen. Auf die Frage, warum Ben and Jerry’s ihren Boykott nur auf Israel beschränkt, gaben die Gründer zu, dass sie keine Ahnung hätten. Nun, ich habe eine Idee. Im Fall von Ben and Jerry’s sind die unwissenden Gründer einfach nützliche Idioten, die unhinterfragt der Schar der linken Antisemiten folgen.

BDS will ethnische Säuberung

Wer führt die Gruppe der antisemitischen Fanatiker an? Die als BDS bekannte Bewegung, die den Nationalstaat Israel boykottieren will, wurde von einem radikalen „Palästinenser“ namens Omar Barghouti ins Leben gerufen, der keinen Hehl daraus macht, dass sein Ziel die Zerstörung Israels und die Errichtung eines „palästinensischen“ Staates „from the river to the sea“ ist, womit der Jordan und das Mittelmeer gemeint sind – also das gesamte heutige Israel. Er und andere Anführer der BDS-Bewegung, wollen dieses gesamte Gebiet judenrein sehen, das heißt, ethnisch gesäubert von den mehr als 7 Millionen Juden, die jetzt angeblich muslimisches und arabisches Land „besetzen“. Zu diesen vermeintlichen „Besetzern“ gehören dunkelhäutige Juden, Europäer, Asiaten, Afrikaner und Amerikaner; viele von ihnen sind Nachkommen von Menschen, die schon vor der Entstehung des Islams dort gelebt haben, und sicherlich bevor viele der heutigen „Palästinenser“ aus Ägypten, Syrien, dem Libanon, der Golfregion und Nordafrika dorthin zogen. Juden sind in Israel so heimisch wie die Nachkommen von Einwanderern in Amerika.

Eigener Staat wurde mehrmals abgelehnt

Verdienen die „Palästinenser“ einen Staat? Ja, aber nicht mehr als die Kurden und andere staatenlose Völker. Warum nicht mehr? Weil den „Palästinensern“ die Staatlichkeit mehrfach angeboten wurde und sie sie abgelehnt haben. Wie der frühere Führer des „palästinensischen“ Volkes es im Wesentlichen ausdrückte, als die Zweistaatenlösung in den späten 1930er Jahren erstmals vorgeschlagen wurde: Wir wollen nicht, dass es einen jüdischen Staat gibt, mehr als wir einen „palästinensischen“ Staat wollen.

> Er und andere Anführer der BDS-Bewegung, wollen dieses gesamte Gebiet judenrein sehen, das heißt, ethnisch gesäubert von den mehr als 7 Millionen Juden.

Dieser Führer, Mohammed Amin al-Husseini, verbündete sich und sein Volk während des Zweiten Weltkriegs mit Nazi-Deutschland. Al-Husseini verbrachte die Kriegsjahre in Berlin mit Hitler und plante die „Endlösung“ für die Juden im heutigen Israel. Er wurde zum Nazi-Kriegsverbrecher erklärt. Dennoch war sein Bild in vielen „palästinensisch“-arabischen Häusern zu sehen, und er wurde als Held und Führer angesehen.

Obwohl die „Palästinenser“ auf der Verliererseite des Krieges standen, wurde ihnen im Rahmen der von den Vereinten Nationen vorgeschlagenen Zweistaatenlösung ein Staat auf dem größten Teil des Ackerlandes angeboten; den Juden wurde ein Staat auf einer weitaus kleineren Fläche des Ackerlandes angeboten. In dem Gebiet, das für den jüdischen Staat vorgeschlagen wurde, stellten die Juden eine beträchtliche Mehrheit der Bevölkerung. Die Juden akzeptierten den Kompromiss der Zweistaatenlösung. Die Araber lehnten sie ab und zogen in den Krieg gegen den neuen jüdischen Staat, um ihn zu zerstören. Dieser Akt unrechtmäßiger militärischer Aggression führte zu der „palästinensischen“ Flüchtlingssituation, die sie als „Nakba“ („Katastrophe“) bezeichnen. Aber es war eine selbstverschuldete Katastrophe. Und viele der heutigen „palästinensischen“ Führer und Anhänger werfen ihren Vorgängern vor, dass sie die von den Vereinten Nationen vor 75 Jahren angebotene Zwei-Staaten-Lösung nicht akzeptiert haben, wie mir mehrere sagten.

Terror statt Frieden

Anstatt in den folgenden Jahren zu versuchen, über einen Staat zu verhandeln, entschied sich die „palästinensische“ Führung unter Jassir Arafat für den Terrorismus gegen israelische und internationale zivile Ziele. Die „Palästinenser“ hätten 1948, 1967, 2000-2001, 2005 und 2008 einen Staat haben können. Dennoch zogen sie einen jüdischen Staat einem „palästinensischen“ Staat, der in Frieden mit Israel lebt, vor. Sie können jetzt einen Staat haben, wenn sie einen Kompromiss aushandeln würden, anstatt den Terrorismus zu schüren.

Ich frage mich, wie viele derjenigen, die gegen Israel demonstrieren, überhaupt eine Ahnung von dieser Geschichte haben. Oder dienen auch sie nur als nützliche Idioten für diejenigen, die die Geschichte kennen, sie aber ungeschehen machen wollen, weil sie zu einem Nationalstaat für das jüdische Volk geführt hat? Das spielt eigentlich keine Rolle. Das Entscheidende ist, dass die irrationale Opposition der radikalen Linken gegen Israel eine moderne Manifestation der ältesten und beständigsten Bigotterie der Welt ist.

Alan M. Dershowitz ist emeritierter Felix-Frankfurter-Professor für Recht an der Harvard Law School und der Autor des kürzlich erschienenen Buches The Price of Principles: Why Integrity Is Worth Its Consequences. Er ist Jack Roth Charitable Foundation Fellow am Gatestone Institute und Gastgeber des Podcasts „The Dershow“.
Auf Englisch zuerst erschienen bei Gatestone Institute. Übersetzung Audiatur-Online.

Mehr als ein Verein: Der TuS Makkabi Berlin schlägt Brücken zwischen Juden und Nichtjuden

Der deutsch-jüdische Sportverein TuS Makkabi Berlin ist nicht nur ein sportliches Highlight mit großer Tradition, sondern auch ein Ort der Begegnung, des gegenseitigen Respekts und der Fairness. Etwa 500 Mitglieder engagieren sich auf und neben dem Spielfeld für die sportliche Förderung und den Dialog zwischen den Kulturen und Konfessionen.

Von Mirjam Lübke

Was für ein großartiger Erfolg für den TuS Makkabi Berlin! Die Kicker des einzigen jüdischen Sportvereins in der Hauptstadt haben mit ihrem 1:0 gegen den 1. FC Novi Pazar den Sprung in die Oberliga geschafft – und können ihre Erfolgssträhne jetzt überregional fortsetzen.

Im Fußball startete die 1. Herrenmannschaft von Makkabi Berlin in der Saison 1971/72 erstmals in der untersten Spielklasse – Kreisliga C. Nach einigen Auf- und Abstiegen spielten die Herren seit der Saison 2016/17 wieder in der Berlin Liga. Danach ging es stetig bergauf: Das zu Saisonbeginn 2021/22 gesetzte Ziel des 1. Herrentrainers Wolfgang Sandhowe - »wir steigen auf« - wurde durch unermüdlichen Team- und Kampfesgeist erreicht und es gelang als Berliner Meister der Aufstieg in die NOFV Oberliga Nord. Eine kulinarische Meisterschaftsfeier durfte daraufhin nicht fehlen, besonders freute man sich dabei über den Besuch des Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde zu Berlin, Dr. Gideon Joffe, der mit seinen Zusagen zur Unterstützung des Vereins auch Mut für die Zukunft machte.

Immerhin blickt der Verein auf eine mehr als 120-jährige Geschichte zurück, auch wenn Fußball damals noch nicht im Zentrum des Interesses stand: Bei seiner Gründung 1898 – damals als »Bar Kochba« nach dem tapferen jüdischen Widerstandskämpfer des 2. Jahrhunderts benannt – fungierte er zunächst als reiner Turnverein. Mit dem Aufkommen der zionistischen Bewegung erfreute sich der Breitensport unter Juden immer größerer Beliebtheit, er stand für ein neues jüdisches Selbstbewusstsein. Zwar wurden Juden in dieser Zeit nicht von den Arbeitersportverbänden ausgeschlossen, wie das in einigen europäischen Ländern üblich war, aber da im ältesten jüdischen Sportbund zugleich auch die jüdische Kultur gepflegt wurde, wurde er für viele ein Zuhause. Im Laufe der Zeit nahm man weitere populäre Sportarten ins Programm auf – so etwa das Boxen – oder eben den Fußball.

TuS Makkabi Berlin hat es in die Fußball-Oberliga geschafft

Der Pokal wird stolz gefeiert

Neugründung nach NS-Zeit

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten – in deren Ideologie sportliche, wehrhafte Juden keinen Platz hatten – wurden die jüdischen Sportvereine von allen gemeinschaftlichen Sportwettbewerben ausgeschlossen und durften nur noch gegeneinander antreten. 1938 wurde Juden der Vereinssport gänzlich verboten – eine erfolgreiche Ära echten Sportlertums endete damit auf jähe Weise. Doch der Wille, die sportlichen Aktivitäten gegen alle Widerstände fortzusetzen, blieb ungebrochen: Schon in den sogenannten »assembly centers« für heimatlos gewordene Juden, begannen die ersten, sich wieder zu Sportaktivitäten zusammenzuschließen. Zur Wiedergründung des TuS Makkabi e.V. Berlin kam es allerdings erst wieder am 26. November 1970: Eine kleine Gruppe von Shoah-Überlebenden, die sich für den Breitensport begeisterte, wollte den traditionellen Verein wieder aufleben lassen und setzte damit zugleich ein Zeichen für die Hoffnung auf eine Zukunft des Judentums in Deutschland.

Gesellschaftliche Bedeutung

Mehr als 500 aktive und passive Sportler beteiligen sich aktuell am Vereinsleben des einzigen jüdischen Sportverbandes in Berlin. Über die sportlichen Tätigkeiten hinaus hat Makkabi Berlin in der deutschen Hauptstadt eine weitergehende, gesellschaftspolitische Bedeutung: Ein kleiner Stab an Mitarbeitern leistet dabei Außerordentliches: Es gilt, den Kontakt zum Berliner Fußballverband und zur städtischen Politik zu pflegen – aber auch die Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Gruppen ist dem Verein wichtig.

Wofür steht Makkabi heute? Im Zentrum steht – natürlich! - der Sport. Junge Jüdinnen und Juden sollen in ihrer persönlichen, sportlichen Entwicklung gefördert werden. Makkabi bietet ein umfangreiches und vielfältiges Sportprogramm und gibt die Gelegenheit Sportarten wie etwa Basketball, Fußball, Schach, Schwimmen, Sportschießen, Volleyball, und rhythmische Sportgymnastik kennen zu lernen und selbst auszuprobieren. Aber Makkabi ist weit mehr als das: Nicht nur stellt der Verein auch heute ein wichtiges Bindeglied zwischen Sport und jüdischen Leben dar, er leistet auch wichtige Integrationsarbeit. Viele Sportbegeisterte anderer Nationalitäten haben in der Makkabi-Familie als Mitglied, Trainer oder Betreuer eine feste Bleibe gefunden. Darüber hinaus möchte Makkabi als multikultureller Verein zum Verständnis zwischen Juden und Nichtjuden beitragen, mit der gemeinsamen Begeisterung für den Sport als Brücke.

Wichtiger Teil der Berliner Sportszene

In den letzten Jahren hat sich TuS Makkabi Berlin zu einem wichtigen Bestandteil der Berliner und der Deutschen Sportszene entwickelt, was in der Öffentlichkeit leider weitgehend unbekannt ist. Diejenigen, welche den Verein kennen, respektieren allerdings sein Auftreten und seine Erfolge: Durch zahlreiche menschliche Kontakte in die Gesellschaft hinein schafft er auch bei jenen, die zu Beginn seine Arbeit noch reserviert betrachteten, Akzeptanz und Freundschaft. Begleitet und unterstützt wurde diese Arbeit über viele Jahrzehnte vor allem von Isak Koblenz, den der Verein liebevoll »unser Präsi« nennt. Mit seinem Enthusiasmus wurde er zu einem Vorbild für Jung und Alt, geleitete den Verein auch durch schwierige Zeiten und zeigte vollen Einsatz als Trainer, Spieler, Unterstützer und Sponsor. Die Dankbarkeit für seine langjährige Arbeit ist groß, er gilt als Mann mit Herz und Kraft, der dem TuS Makkabi durch seine Gradlinigkeit, Transparenz, Sachlichkeit und Verlässlichkeit stets zur Seite stand.

Bei Makkabi spielen Sportler verschiedener Nationen

TuS Makkabi freut sich dabei besonders über die wachsende Jugendarbeit, denn der Verein ist etwas ganz Besonderes in diesem Bereich. Das Trikot mit dem Davidstern steht symbolisch für eine nach innen und außen positiv wirkende Gemeinschaft, auch in der kommenden Spielzeit wird man wieder allen Altersklassen eine Spiel- und Trainingsmöglichkeit bieten. »Maccabi chai!« lauten die Worte, mit denen sich die Makkabäer vor jedem Spiel anfeuern. - Chai - bedeutet - Leben - Damit das so bleibt, lädt der Verein alle Fans herzlich zum Mitmachen ein.

Israel-feindliche Berichterstattung der ARD

Wenn in einem Jerusalemer Krankenhaus aufgrund der Säumigkeit der „Palästinensischen" Autonomiebehörde keine Krebspatienten mehr behandelt werden, soll laut ARD Israel schuld daran sein. Dabei zahlt der illegitime PA-Präsident Mahmud Abbas lieber Geld für Terror-Renten, bevor er die Rechnungen des Krankenhauses begleicht. Die offen Israel-feindliche Berichterstattung der ARD ist ein wiederholter Offenbarungseid deutscher Staatsräson.

Von Stefan Frank/Mena-Watch

MOHAMMED ABED / AFP

ARD-Büro in Gaza

„Palästinensischen" Krebspatienten im Jerusalemer Auguste-Viktoria-Krankenhaus / Augusta Victoria Hospital (AVK/AVH) werden essenzielle Medikamente und Behandlungen wie etwa die Chemotherapie gestrichen, da das Gesundheitsministerium der „Palästinensischen" Autonomiebehörde (PA), das die Patienten überweist, die Rechnungen nicht mehr bezahlt. Darum kann das Krankenhaus nicht mehr genug Medikamente kaufen.

Die ARD aber erzählt die Geschichte lieber mit einem anderen Dreh: Wegen der Kritik an der Terrorverherrlichung in Schulbüchern, die von der Palästinensischen Autonomiebehörde herausgegeben werden, fließe jetzt kein Geld der Europäischen Union mehr, und genau dieses Geld – und nicht etwa jenes der PA, die ihre Rechnungen nicht begleicht – fehle nun im Krankenhaus, so das Argument.

Ein paar Worte zur Geschichte der medizinischen Einrichtung. Als der deutsche Kaiser Wilhelm II. 1898 mit seiner Frau Auguste Viktoria Jerusalem besuchte, schenkte der türkische Sultan ihm mehrere Grundstücke auf dem Ölberg. Auf einem davon ließ der Kaiser ein Krankenhaus bauen, das 1910 eingeweihte Auguste-Viktoria-Krankenhaus.

1950, zu Beginn der jordanischen Besatzungszeit, übernahm der Lutherische Weltbund den Betrieb. Heute bildet das AVK gemeinsam mit fünf anderen Kliniken, die alle im nahen Umkreis der Hebräischen Universität liegen, das East Jerusalem Hospital Network, ein Netzwerk von sechs spezialisierten Krankenhäusern, die zum Gesundheitssystem der „Palästinensischen" Autonomiebehörde gehören, obwohl sie nicht in den „palästinensischen" Autonomiegebieten liegen.

45 Millionen Schulden bei dem Krankenhaus

Schon vor drei Jahren hatte PA-Präsident Mahmud Abbas klargemacht, dass ihm die Belohnung von in Israel inhaftierten Judenmördern und ihren Angehörigen, denen sogenannte Märtyrerrenten ausbezahlt werden, wichtiger sei als das Wohl kranker Palästinenser. So sagte er im Juli 2018 im PA-Fernsehen:

„Ich schwöre bei Allah: Selbst wenn wir nur noch einen Penny übrighätten, würden wir ihn den Familien der Märtyrer und den Häftlingen geben."

Einige Monate später erklärte er seiner Bevölkerung, dass keine Patienten mehr in israelische Krankenhäuser überwiesen werden sollten, weil diese angeblich „überhöhte Rechnungen" ausstellten. Für das Auguste-Viktoria-Krankenhaus bedeutete das eine weitere Verschärfung der Lage.

Im Zuge von Abbas' Entscheidung überwies das PA-Gesundheitsministerium nun vermehrt Patienten ins AVK, die anderenfalls nach Israel überwiesen worden wären. Mehr Patienten bedeutet höhere Kosten für Behandlung und Medikamente. Doch die „Palästinensische" Autonomiebehörde blieb ein säumiger Zahler. Das Auguste-Viktoria-Krankenhaus sah sich darum im Jahr 2019 gezwungen, einen Aufnahmestopp für Krebspatienten zu verhängen. Dies geschah wegen „der Mittelknappheit und der Anhäufung von Schulden der PA in Millionenhöhe", wie die „palästinensische" Nachrichtenagentur WAFA berichtete.

Im Oktober 2019 verkündete PA-Gesundheitsministerin Mai al-Kaileh eine Lösung: Die „Palästinensische" Autonomiebehörde werde die zur Aufrechterhaltung des normalen Betriebs benötigten Mittel zur Verfügung stellen – was sie aber nicht tat. Zum Stichtag 30. August 2020 hatte die PA allein gegenüber dem AVK ausstehende medizinische Rechnungen in Höhe von 45 Mio. Euro.

> Ich schwöre bei Allah: Selbst wenn wir nur noch einen Penny übrighätten, würden wir ihn den Familien der Märtyrer und den Häftlingen geben.

Jeder Penny für Terroristen

Mahmud Abbas hat Wort gehalten: Solange er nur einen Penny hat, fließt dieser in den Terrorismus. Die Familie des Doppelmörders Muhannad Halabi etwa, der die beiden Israelis Nehemia Lavi, 41, und Aharon Banita, 22, ermordet und Banitas Ehefrau und seinen zweijährigen Sohn verletzt hatte, erhielt von Abbas im Juni 2021 umgerechnet 35.000 Euro und ein Haus.

Oder nehmen wir Hakim Awad und Amjad Awad, die berüchtigten Mörder von Itamar, die 2011 die Eheleute Ehud (36) und Ruth (35) Fogel und drei ihrer sechs Kinder – Yoav, 11, Elad, 4, und die drei Monate alte Hadas – im Schlaf ermordeten. Bislang haben sie von der Palästinensischen Autonomiebehörde jeweils mehr als 100.000 Euro „Belohnung" erhalten. Letztes Jahr wurde die Rente für die beiden noch einmal um 50 Prozent erhöht.

Die Höhe der Terrorrenten im PA-Haushalt beläuft sich auf mehrere hundert Millionen Euro pro Jahr. Diese Praxis stellt – wie so vieles, was die „Palästinensische" Autonomiebehörde tut – einen eklatanten Bruch der Osloer Abkommen dar, in denen sich die PA verpflichtet hat, auf Hetze gegen Israel und Anstachelung zum Terrorismus zu verzichten. Aber die Osloer Abkommen hat die „Palästinensische" Autonomiebehörde ja auch schon aus ihren Schulbüchern gestrichen.

ARD spricht Abbas von Verantwortung frei

Damit sind wir also bei den Schulbüchern. Geht es nach der ARD und deren Israelkorrespondentin Sophie von der Tann, sind diejenigen, welche die Terrorverherrlichung in „palästinensischen" Schulbüchern kritisieren, schuld daran, wenn krebskranke „Palästinenser" keine Medikamente erhalten.

Von der Tanns Beitrag „Krankenhaus in Ost-Jerusalem: Triage-Entscheidungen, jeden Tag", der in Schriftform auf tagesschau.de zu lesen ist und als Fernsehbericht in der Sendung Weltspiegel und in den Tagesthemen präsentiert wurde, ist das jüngste Beispiel dafür, wie Demagogen in einer vermeintlichen Beweisführung zu jedem Ergebnis kommen können, wenn sie nur willens sind, der Wahrheit Gewalt anzutun, Zusammenhänge auszublenden und zu verdrehen.

Beginnen wir bei der Tatsache in dem ARD-Beitrag: Dem Auguste-Viktoria-Krankenhaus in Jerusalem fehlt es an Geld. Woran das liegt, haben wir oben gesehen: Die „Palästinensische" Autonomiebehörde prellt seit Jahren ihre Zeche. Und wo in dem ARD-Beitrag wird diese Tatsache erwähnt? – Weder im Textbeitrag auf tagesschau.de noch im TV-Bericht, in dem es lediglich lapidar heißt, die „Palästinensische" Autonomiebehörde sei halt „chronisch klamm". Klar, wenn man die Hälfte der ausländischen Hilfsgelder für Terrorrenten ausgibt, ist man natürlich „chronisch klamm".

Jeden Tag, so Sophie von der Tann, stehe der Leiter der ambulanten Krebsstation vor einem ethischen Dilemma: „Ich muss jeden Tag Triage-Entscheidungen treffen und bestimmen, wer morgen behandelt werden kann." Denn die Apotheke des Krankenhauses leere sich, so die ARD-Reporterin. Seit September hätten die Ärzte 500 Patienten abweisen und viele Behandlungen aussetzen müssen. Dabei sei das „Krebskrankenhaus im arabischen Ostteil Jerusalems für viele die letzte Hoffnung".

„Nur hier", versichert von der Tann, könnten „Palästinenserinnen und Palästinenser aus dem besetzten Westjordanland und Gaza eine Chemo- und Strahlentherapie bekommen". Doch das Krankenhaus sei pleite und könne keine Medikamente mehr kaufen.

Der angebliche Grund seien „palästinensische Schulbücher. Ein umstrittenes Thema. EU-Kommissar Várhelyi… geht es um Passagen, die antisemitisch und israelfeindlich sein sollen." Darum blockiere „der Ungar die EU-Hilfen für die palästinensischen Gebiete", worunter auch das Krankenhaus leide. Sophie

von der Tann ist bereit, beträchtliche Wegstrecken zurückzulegen und die Wahrheit außergewöhnlich zu verbiegen, um die Schuld nicht bei der Palästinensischen Autonomiebehörde zu suchen, die das Krankenhaus seit Jahren um Millionenbeträge prellt, sondern irgendwo in Europa, genauer gesagt: in Ungarn.

Sehen wir uns einige Behauptungen in dem ARD-Beitrag an. Ist das AVK wirklich das „einzige" Krankenhaus, in dem „Palästinenser" aus dem Westjordanland und Gaza eine Chemo- und Strahlentherapie bekommen können? – Nein.

Am 27. Dezember 2010 starb im Jerusalemer Hadassah-Krankenhaus Nahum Bedein an den Folgen seiner Krebserkrankung. Er war der Bruder von David Bedein, dem Gründer und Direktor des Bedein Center für Nahostpolitik-Forschung, das maßgeblichen Anteil daran hat, dass seit einigen Jahren in Parlamenten in Europa, Kanada und den USA darüber diskutiert wird, dass in Schulbüchern der Palästinensischen Autonomiebehörde zu Judenhass aufgerufen und Terroristen als Vorbilder verherrlicht werden. Sein Bruder teilte sein Zimmer mit vier arabischen Patienten, erzählt mir David Bedein. „Zwei kamen aus den arabischen Gemeinden in Ostjerusalem, einer aus Hebron, einer aus Bethlehem."

Frau Abbas reist zur Behandlung nach Tel Aviv

Es gibt kein israelisches Krankenhaus, das Patienten aus den „palästinensischen" Autonomiegebieten – egal, unter welcher Krankheit sie leiden – seine Türen versperrt. Diese Tatsache lässt sich von der ARD schwer leugnen. Tatsächlich haben israelische Krankenhäuser im Lauf der Jahre auch zahlreiche Fatah- und Hamas-Angehörige behandelt, wie zum Beispiel:

Nayef Rajoub, führendes Mitglied der Hamas, der sich 2015 in einem Krankenhaus in Tel Aviv einer Wirbelsäulenoperation unterzog,

Amina Abbas, Ehefrau von Mahmud Abbas, die sich im Juni 2014 im privaten Assuta-Krankenhaus in Tel Aviv operieren ließ,

Familienmitglieder von Hamas-Führer Ismail Haniyeh wie seine Schwester, seine Tochter, seine Enkelin und seine Schwiegermutter,

der frühere PLO-Chefunterhändler Saeb Erekat, der Israel als „Apartheidstaat" bezeichnete und behauptete, Israel habe Yassir Arafat ermordet, sich aber am Ende seines Lebens, als alle anderen Ärzte der Welt ihm nicht mehr helfen konnten, im Jerusalemer Hadassah-Ein-Kerem-Krankenhaus behandeln ließ – Taten sagen manchmal mehr als Worte.

Gibt es mal wieder eine Serie von Terroranschlägen, kommt es vor, dass in israelischen Krankenhäusern die verwundeten „palästinensischen" Täter und die israelischen Opfer im selben Zimmer liegen, Bett an Bett.

Am 19. Mai 2022 traten die Mitarbeiter des Jerusalemer Hadassah-Krankenhauses in einen 24-stündigen Streik, um auf ihre prekäre Sicherheitslage aufmerksam zu machen. „Dutzende wütende Angehörige" eines verstorbenen „palästinensischen" Patienten hatten zuvor in dem Krankenhaus randaliert, berichtete die israelische Tageszeitung Ha'aretz, Ärzte und Krankenschwestern angegriffen und medizinische Geräte zerstört. Der Ha'aretz-Bericht erläutert, dass der Mann mit einer Überdosis Drogen eingeliefert worden war und fährt fort:

„Laut medizinischem Personal des Krankenhauses hätte der Angriff vorhergesehen werden können. Sie sagen, dass der Patient, von dem bekannt war, dass er einer Familie mit einer gewalttätigen Vorgeschichte angehört, von einem palästinensischen Krankenhaus in der Stadt zu Hadassah verlegt wurde, weil die dortigen Mitarbeiter die Reaktion der Familienmitglieder auf seine Behandlung fürchteten."

Israelische Spitäler nehmen also nicht nur „palästinensische" Patienten auf, sondern pflegen auch all diejenigen, die Terroranschläge auf Israelis verüben oder die Angehörige haben, die eine bekannte Gefahr für die Mitarbeiter darstellen.

„Ansonsten müssen die Patienten nach Israel"

ARD-Reporterin Sophie von der Tann nennt in ihrem Beitrag Sieglinde Weinbrenner vom Lutherischen Weltbund als ihre Quelle. Ich fragte Frau Weinbrenner per E-Mail, ob es korrekt ist, dass das AVK „der einzige Ort ist, wo Palästinenser aus dem besetzten Westjordanland und Gaza eine Chemo- und Strahlentherapie bekommen können".

Ihre Antwort lautete, das Auguste-Viktoria-Krankenhaus sei das „einzige Krankenhaus des palästinensischen Gesundheitssystems, also für etwa fünf Millionen Palästinenser, das Chemo- und Strahlentherapie anbieten" könne. Und weiter: „Ansonsten müssen die Patienten ins Ausland, nach Jordanien oder Ägypten oder nach Israel."

Aha. Nun liegt aber ja auch der Jerusalemer Ölberg, wo das AVK seinen Sitz hat, in Israel, nämlich in Jerusalem. Wer von Ramallah ins Auguste-Viktoria-Krankenhaus will, muss einen Checkpoint überqueren, nicht anders, als würde er sich in Tel Aviv behandeln lassen.

Es geht bei dieser Angelegenheit offenbar nicht um eine politische oder geografische Grenze, sondern um Geld. Die „Palästinensische" Autonomiebehörde erwartet vom Auguste-Viktoria-Krankenhaus, dass es medizinische Leistungen erbringt, ohne dafür bezahlt zu werden. Sie missbraucht das AVK als Kreditgeber, als Bank. Spätestens da aber, wo Medikamente benötigt werden, die das Krankenhaus kaufen muss, reicht auch viel guter Wille des Spitals nicht mehr aus.

Erhebliche Verzögerungen

Immer wieder wandte sich das Auguste-Viktoria-Krankenhaus mit Hilferufen an die Öffentlichkeit. In einer Presseerklärung vom 29. Oktober 2019 heißt es:

„Der Vorstand des Auguste-Viktoria-Krankenhauses ist in Jerusalem zusammengekommen, um die Krisensituation zu erörtern, die durch die Nichtzahlung von Patientengebühren durch die Palästinensische Autonomiebehörde in Höhe von 45 Millionen Euro entstanden ist. Das bringt das Krankenhaus in eine untragbare Lage. Das Krankenhaus ist nicht mehr in der Lage, Medikamente oder Geräte zu kaufen, die zur Behandlung von Patienten benötigt werden, und gefährdet diese Kinder, Frauen und Männer und ihr Recht auf Gesundheitsdienste."

International Middle East Media Center, eine radikal anti-israelische Website, berichtete damals, PA-Ministerpräsident Mohammed Ishtayah habe angekündigt, 20 Millionen Schekel zu überweisen, also ein Zehntel des ausstehenden Betrags. Und nicht einmal dieses Geld sei tatsächlich angekommen, zitierte die Website den Generaldirektor des Krankenhauses, Walid Namour. Weiter heißt es in dem Beitrag, Krebspatienten

Die „Palästinensische" Autonomiebehörde hat Patientengebühren in Höhe von 45 Millionen nicht gezahlt.

würden wegen der Zahlungsverweigerung der PA nicht behandelt, weil „die auf die Behandlung von Krebs und einer Reihe anderer schwerer Krankheiten spezialisierten Pharmaunternehmen ihre Geschäfte mit dem Krankenhaus eingestellt" hätten. In einem in diesem Monat veröffentlichten Bericht des Lutherischen Weltbunds, dem Spitalsbetreiber, heißt es:

„Das Augusta Victoria Hospital und die anderen Krankenhäuser in Ost-Jerusalem sind seit mehreren Jahren mit einer chronischen Finanzkrise konfrontiert, die auf erhebliche Verzögerungen bei der Zahlung von Rechnungen für Patienten zurückzuführen ist, die vom palästinensischen Gesundheitsministerium zur Behandlung überwiesen wurden.

Derzeit werden die Gesamtschulden der „Palästinensischen" Autonomiebehörde gegenüber allen sechs Krankenhäusern auf etwa 100 Mio. Euro geschätzt, von denen etwa 70 Mio. allein auf das Augusta Victoria Hospital entfallen."

Seit vielen Jahren also leiden das Auguste-Viktoria-Krankenhaus und seine Patienten darunter, dass die „Palästinensische" Autonomiebehörde ihre Rechnungen nicht bezahlt. Das hat aber bei der ARD bislang nie jemanden interessiert. Es musste erst jemand einen Dreh finden, wie man die Sache gegen Israel wenden kann. Dieser Jemand war übrigens nicht Sophie von der Tann. Ihre Reportage ist ein Abklatsch eines BBC-Beitrags, der im März 2022 auf Englisch erschien und von den Kollegen von CAMERA UK zerpflückt wurde.

ZDF-Reporter kritisiert Israels „Macht"

Die „Palästinensische" Autonomiebehörde ist völlig abhängig von der EU. Diese sollte doch einen Weg finden, Druck auf die PA auszuüben, das Geld des europäischen Steuerzahlers nicht länger dafür auszugeben, um Mörder wie Muhannad Halabi oder Hakim und Amjad Awad zu belohnen, sondern stattdessen die medizinischen Leistungen, die sie im Auguste-Viktoria-Krankenhaus in Auftrag gibt, auch zu bezahlen – samt allen ausstehenden Rechnungen.

Mahmud Abbas wird sich freuen, dass er die ARD auf seiner Seite hat und diese dafür sorgt, dass der Zorn, der eigentlich ihn treffen müsste, stattdessen auf die Juden gelenkt wird. Der ungarische Kommissar ist ja in dem Beitrag nur vorgeschoben. Die Hundepfeife, die Menschen mit antisemitischem Weltbild hören können, lautet: Israel lässt krebskranke „Palästinenser" sterben und kontrolliert die europäische Politik.

Oder, wie Stephan Hallmann, langjähriger Auslandskorrespondent des deutschen Fernsehens (ZDF, Phoenix), es in seiner Twitter-Reaktion auf Sophie von der Tanns ARD-Beitrag ausdrückt:

„Welche Macht #Israel auf unsere Institutionen ausübt, ist ungeheuerlich. #Palästinensern werden #EU-Mittel für lebenswichtige Krebsmedizin vorenthalten wg. angebl. antisemitischer Passagen in Schulbüchern. Das israelische Besatzungs- u. Apartheid-Regime wird ungeniert finanziert."

Erst wenn die Juden als diabolische Strippenzieher erscheinen, die über Leichen gehen, so scheint es, ist ein deutscher Nahostjournalist am Ziel. Dorthin zu kommen, fällt ihm aber mit einiger Übung irgendwann nicht mehr schwer. Sophie von der Tann macht vor, wie's geht:

Verschweige, dass „Palästinenser" in (allen) israelischen Krankenhäusern behandelt werden.

Blende die Rolle von Mahmud Abbas, dem Hauptverantwortlichen, völlig aus; kein Mensch interessiert sich für ihn. No Jews, no news.

Präsentiere stattdessen irgendeinen völlig unbekannten Ungarn als Schuldigen. Dass du jemanden, der noch nicht einmal drei Jahre im Amt ist, für Missstände verantwortlich machst, die es seit mehr als 15 Jahren gibt, braucht dich nicht zu beunruhigen: Niemand wird das nachprüfen.

Setze diesen Bogeyman in irgendeine Verbindung zu den Juden, etwa, indem du sagst, es gehe ihm um Passagen in „palästinensischen" Schulbüchern, „die antisemitisch und israelfeindlich sein sollen". So kannst du im Unklaren lassen, ob sie das wirklich sind und hast gleichzeitig Israel und die Juden als mögliche Drahtzieher ins Spiel gebracht.

Den Rest erledigt der Zuschauer: Obwohl Israel in diesem Fall nachweislich nichts getan hat, was man dem Land vorwerfen könnte, wird er denken: „Welche Macht Israel auf unsere Institutionen ausübt, ist ungeheuerlich!" Glaubst du nicht? Du wirst schon sehen.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei Mena-Watch.

Ein Staatsvertrag mit dubiosen Vertragspartnern

Es war Bundeskanzler Olaf Scholz, der vor 10 Jahren in Hamburg als SPD-Bürgermeister den Staatsvertrag mit der Muslimbruderschafts-nahen DITIB und Schura e.V. unterzeichnete. Nun soll in einer Evaluation festgestellt werden, ob der Vertrag mit den Muslimen die Erwartungen erfüllt hat. Dies kommt wahrscheinlich ganz auf die Perspektive an: In dem muslimischen Netzwerk beteten und verkehrten auch die Attentäter vom 11. September 2001 und dutzende Personen, die in das IS-Kalifat reisten.

Von Birgit Gärtner

Ludovic MARIN / AFP

Aus dem Hamburger Netzwerk wurden auch IS-Kämpfer rekrutiert

10 Jahre nach Unterzeichnung soll der Staatsvertrag des Hamburger Senats mit den islamischen Verbänden DITIB, Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ) und der SCHURA – Rat der Islamischen Gemeinschaften in Hamburg, einer Prüfung unterzogen, werden. Kritische Stimmen, auch – und gerade – von migrantischer Seite, fordern die Auflösung des Vertrags, der Senat will indes mehrheitlich daran festhalten.

Am 13. Dezember 2012 war es soweit: Der damalige Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) und jetzige Bundeskanzler, Olaf Scholz (SPD), und Vertreter der beteiligten Islamverbände unterzeichneten den „Vertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg, dem DITIB-Landesverband Hamburg, SCHURA – Rat der Islamischen Gemeinschaften in Hamburg und dem Verband der Islamischen Kulturzentren“, den sogenannten Staatsvertrag. Anliegen war es, die islamischen Verbände stärker bei der Integration von Musliminnen und Muslimen in Hamburg einzubeziehen.

Dieser Vertrag, und damit mehr Anerkennung, wurde von den Islamverbänden schon lange gefordert. Insbesondere die im Juli 1999 gegründete SCHURA, die sich bereits 2001 mit islamischen Wahlprüfsteinen in den Hamburger Bürgerschaftswahlkampf eingemischt hatte, trieb dieses Ansinnen stetig voran. Unterstützung bekam sie darin deren Bekunden nach von der jetzigen Bundestags-Vizepräsidentin Aydan Özoğuz (SPD), die ihre politische Laufbahn zunächst als parteilose, dann als SPD-Bürgerschaftsabgeordnete begann.

2001 verlor die SPD jedoch krachend den Wahlkampf, und die CDU übernahm das Ruder. Doch auch CDU-Bürgermeister Ole von Beust hielt die Förderung der Islamverbände für eine gute Idee und die Verhandlungen zum Staatsvertrag begannen. Trotzdem sollte es noch fast 10 Jahre dauern, bis er in trockenen Tüchern war. Unterzeichnet von Olaf Scholz, der die SPD in Regierungsverantwortung zurückgebracht hatte.

Grüne und Linke unterstützten das Projekt, lediglich die FDP äußerte gelegentlich Zweifel und die später in die Bürgerschaft gewählte AfD lehnt den Vertrag grundsätzlich ab.

Ob der Vertrag die an ihn gestellten Erwartungen erfüllt hat, soll nun nach 10 Jahren einer Prüfung unterzogen werden. Beteiligte an dieser Evaluation: Der Senat und die den Staatsvertrag unterzeichnenden Islamverbände. So war es zumindest ursprünglich geplant, unterdessen soll auch das Landesparlament, die Hamburgische Bürgerschaft, einbezogen werden. Kritische Stimmen fordern eine offene gesellschaftliche Debatte. Davon ist indes nach wie vor keine Rede. Jedenfalls nicht von offizieller Seite organisiert. Also mischen die Kritiker sich kurzerhand ungefragt ein und kommen – um das vorweg zu nehmen – zu keinem guten Ergebnis. Denn die beteiligten Islamverbände bieten reichlich Anlass, mal genauer hinzuschauen und fordern eine öffentliche Debatte über Sinn und Unsinn dieses Staatsvertrages geradezu heraus. Hinter den Kulissen der teilweise wirklich hübschen Moscheen liegt so einiges im Argen.

> Glaube ist Privatsache und das muss auch für Muslime gelten – Mina Ahadi.

Gebetshaus für Radikale

So beteten beispielsweise die Attentäter vom 11. September 2001 in einer Moschee, die eingebunden war in genau das Netzwerk, aus dem später die SCHURA entstand.

Jenes Netzwerk, in dem nicht nur der Terror von 9/11 geplant wurde, sondern aus deren Mitte später Dutzende Jugendliche und Jungerwachsene in das IS-Kalifat ausreisen konnten – ebenfalls ungehindert. Dem Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) zufolge reisten 86 Personen aus Hamburg in das IS-Kalifat aus, ein Drittel davon ist inzwischen zurückgekehrt. Darunter Omaima A., die vermutlich noch heute unbehelligt im Stadtteil Harburg leben würde, wenn nicht die libanesische Journalistin Jenan Moussa sie enttarnt hätte.

Jenes Netzwerk, das gegründet wurde von einer Allianz, die eine Ideologie ähnlich der Weltsicht der Muslimbruderschaft vertrat. Darunter türkische Arbeitsmigranten aus dem Milieu der „Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş“ (IGMG), die als türkischer Zweig der Muslimbruderschaft gilt, wenngleich die deutsche Organisation sich unterdessen von der türkischen Mutterorganisation gelöst haben will; und dem „Islamischen Zentrum Hamburg“ (IZH), nach eigenem Bekunden die Vertretung der politischen Führung des Irans für ganz Europa.

Wie alles begann

In den 1950er Jahren kamen Geschäftsleute aus arabischen Ländern und dem Iran nach Hamburg, ebenso viele Studenten aus diesen Ländern. Mit der wachsenden Anzahl von Muslimen wurde der Wunsch nach einer Gebetsstätte größer. Zunächst richteten die Studenten im Keller der Universität einen Gebetsraum ein, später bezogen sie einen kleinen Raum in einem Gebäude in der Bornstraße, dem Grindelviertel, dem vor 1945 traditionell jüdischen Viertel der Hansestadt.

Ebenfalls zu der Zeit gründeten iranische Geschäftsleute und Studenten einen Moscheebauverein, aus dem schließlich die Imam-Ali-Moschee an der Alster und später das „Islamische Zentrum Hamburg“ (IZH) hervorgingen. Obwohl die Iraner Schiiten und die arabischen Muslime Sunniten waren, verlegten auch diese nach Fertigstellung der Imam-Ali-Moschee ihre Gebete dorthin. Später kamen noch Arbeitsmigranten hinzu, vorwiegend aus der Türkei, die ihre eigenen Strukturen etablierten, sich aber in die bestehenden Netzwerke einbrachten.

Den Studenten stand Abdulkarim Grimm als Imam zur Verfügung, ein deutscher Konvertit mit dem bürgerlichen Namen Erhard Grimm, Urenkel von Jakob Grimm, einem der berühmten „Gebrüder Grimm“. Erhard Grimm war ein bekannter Ringer, der 1956 sogar Europameister wurde. 1953, während eines Aufenthaltes in Kamerun, nahm er eslam.de zufolge den islamischen Glauben an.

Abdulkarim Grimm unterhielt enge Kontakte zur Moscheebaukommission in München, aus der „Islamische Zentrum München“ hervorging. Ursprünglich bestanden die Münchner Muslime aus einer Gruppe ehemaliger Wehrmachtssoldaten, die während des Zweiten Weltkriegs in Hitlers Armee gekämpft hatten. Später wurden

sie von arabischen Studenten unter der Führung von Said Ramadan, dem Schwiegersohn des Gründers der Muslimbruderschaft, Hasan al-Banna, aus ihren Ämtern verdrängt.

Der umtriebige Abdullah Grimm verhalf später auch der IGMG Hamburg zu ihrer „Centrum Moschee“ und führte als erster einen Prozess um die Erlaubnis der islamischen Schlachtung.

Aus dem Münchner Kreis ging später der „Zentralrat der Muslime in Deutschland“ (ZMD) hervor. Einigen der Akteure attestiert/e der Verfassungsschutz Nähe zur Muslimbruderschaft. Das wird zwar in aller Regel bestritten, inhaltliche Übereinstimmungen, insbesondere in Hinsicht auf das Frauenbild und den Antisemitismus, lassen sich indes nicht bestreiten.

Neben dem IZH gehörte auch die Al-Nour-Moschee zu den Gründungsmitgliedern der SCHURA. Diese war seinerzeit noch in einer Tiefgarage beheimatet, inzwischen ist sie umgezogen – in eine Kirche die aufgrund einer großzügigen Spende aus Kuwait zur Moschee umgestaltet wurde. Kuwait ist als spendabler Mäzen der Hamas bekannt.

Da stellt sich die Frage: Wer ist eigentlich die SCHURA?

Laut SCHURA wollte der Arzt Mustafa Yoldaş Strukturen schaffen, die geeignet waren, mit der Politik in einen Dialog zu treten. Mustafa Yoldaş war Vorsitzender der Centrum-Moschee, der Zentrale der IGMG in der Hansestadt, und Mitglied im Vorstand des Bündnis Islamischer Gemeinden in Norddeutschland (BIG), ebenfalls IGMG. Centrum-Moschee und BIG schlugen deshalb vor, die losen Strukturen zu verfestigen und begannen, sich „Gedanken über die Bildung eines Koordinationsrates der islamischen Gemeinden in Hamburg“ zu machen. Laut SCHURA „lud BIG alle islamischen Vereine in Hamburg für den 6.12.1998 zu einer Konferenz in den Kuppelraum der Centrum-Moschee ein.“ Die Resonanz blieb jedoch hinter den Erwartungen zurück:

<< Neben BIG-Gemeinden waren das Islamisch-Albanische Kulturzentrum, die Deutsche Muslim-Liga, der Orient-Okzident-Verein, der ISBH und ein zur Nurcu-Bewegung gehörenden Studentenverein sowie Einzelpersonen aus der vorerwähnten KMH gekommen.>>

Doch weitere Gemeinden signalisierten ihr Interesse. So kam es am 3.1.1999 zu einem zweiten Treffen, in der albanischen Moschee, an dem auch „Vertreter des Islamischen Zentrums, der Vahdet-Moschee, der Irakischen Moschee (später Al-Huda), der Ansar-ul-Deen-Moschee, der Belal-Moschee und der Ahmet-Yesivi-Moschee“ teilnahmen.

Fortan gab es monatliche Treffen, jeweils in einer anderen Moschee. Zu dem illustren Kreis gesellte sich noch die Quds-Moschee, die nach 9/11 weltweit als Gebetsstätte von Terroristen von sich reden machen sollte – und zu dem Zeitpunkt bereits unter Beobachtung sowohl von LKA als auch BKA stand.

Laut SCHURA wurde auf

« einer Versammlung im März 1999 in der Quds-Moschee … der Name des Verbandes beschlossen: SCHURA – der qur´anische Begriff als Symbol für die eigene Arbeitsweise wie auch gesellschaftliches Ziel (der Vorschlag stammte vom damaligen Imam des Islamischen Zentrums, Hojjatoleslam Seyed Reza Hosseininassab).»

Richtig gelesen: Der sich gründende Zusammenschluss muslimischer Personen, Vereinen und Moscheen versammelte sich in einer von LKA und Verfassungsschutz beobachteten Moschee und nahm den von Vertretern des aus Teheran gelenkten IZH vorgeschlagenen Namen an. Auch wenn diese direkte Lenkung aus Teheran erst später sehr viel deutlicher werden sollte.

Die Moschee und der Terror

Gast-Imam der Quds-Moschee war zu dem Zeitpunkt häufiger Mohammed Fazazi, der 2003 in Spanien als Mitglied der Gruppe, die die Anschläge von Casablanca verübte, verhaftet und zu 30 Jahren Haft verurteilt wurde. Am 16. Mai 2003 wurden aufeinander abgestimmte Selbstmordanschläge auf jüdische Einrichtungen und Orte westlichen Lebensstils in Casablanca (Marokko) verübt. Zwölf Selbstmordattentäter aus den Slums von Casablanca töteten 33 Menschen und sich selbst. Über 100 Menschen, davon 97 Muslime, wurden verletzt.

Mohammed Fazazi erteilte in der Moschee „Lektionen“. Laut dem Filmemacher Romuald Karmakar sagt Fazazi in diesen „Lektionen“ deutlich, dass jeder so genannte Ungläubige, der wählen gehe, damit eine Regierung unterstütze, die muslimische Länder unterdrücke, und deswegen per se ein „Krieger“ sei, der getötet werden müsse.

Dem Film zufolge waren drei der vier Selbstmordpiloten der Terroranschläge vom 11. September 2001 regelmäßige Hörer seiner Predigten und standen in engem Kontakt zu ihm.

Das Freitagsgebet wurde von Mamoun Darkazanli gehalten, einem deutschen und syrischen Staatsbürger, der in Spanien wegen Terrorismus gesucht und am 15. Oktober 2004 in Hamburg aufgrund eines spanischen Haftbefehls festgenommen, aber am 18. Juli 2005 nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts freigelassen wurde. Mamoun Darkazanli steht im Verdacht, Al-Quaida unterstützt zu haben.

In dieser Moschee kam seinerzeit der erlauchte Kreis Hamburger Muslime zusammen, um sich einen Namen zu geben, der von den Vertretern der aus Teheran gelenkten Moschee vorgeschlagen wurde: SCHURA – Rat der islamischen Gemeinschaften. Diesen Namen trägt der Kreis bis heute.

Laut SCHURA fand

«die Gründungsversammlung für SCHURA – Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg e.V. … schließlich am 4.7.1999 in der Ahmet-Yesevi-Moschee in der Max-Brauer-Allee 163 statt. Die Satzung wurde einstimmig verabschiedet und anschließend von 42 Gründungsmitgliedern unterschrieben. Hierzu gehörten sämtliche VIKZ-Moscheen, jedoch nur zwei DITIB-Moscheen (Ali-Pasa-Moschee und Muradiye-Moschee). Der Religionsattaché hatte zwar vorher an Sitzungen teilgenommen, dann aber von seinen Vorgesetzten kein „grünes Licht“ erhalten. Der Eintritt der beiden vorgenannten DITIB-Moscheen wurde aber auch nicht unterbunden.

Anschließend wurde der erste Vorstand gewählt, wobei sorgfältig auf eine ausgewogene Besetzung der Posten geachtet wurde. Mustafa Yoldas (Centrum-Moschee), Murat Pirildar (VIKZ) und Seyed Reza Hosseininassab (Islamisches Zentrum) wurden jeweils zum vertretungsberechtigten Vorsitzenden gewählt.»

Mit von der Partie waren auch türkische Faschisten: Die „Ahmet-Yesevi-Moschee – sie gehörte zur türkischen Familien-Union, einem der türkisch-nationalistischen Partei MHP nahestehenden Verband“. DIE Ahmet-Yesevi-Moschee, in der die Gründungsveranstaltung der SCHURA stattfand. Deren Vertreter Mustafa Ulusoy wurde bei der Gründungsversammlung in den Vorstand gewählt. Später kam es zu inhaltlichen Differenzen wegen der Ausgestaltung des Religionsunterrichts, die Ahmet-Yesevi-Moschee trat aus der SCHURA aus. Inzwischen existiert sie nicht mehr. Auch der VIKZ hat sich inzwischen von der SCHURA getrennt.

Inzwischen sind unter dem Dach der SCHURA 63 Moscheen und islamische Vereinigungen organisiert. Die IGM, bzw. der BIG e.V., besteht aus 13 Moscheen und Verbänden in Hamburg, sie alle sind Mitglieder der SCHURA, die IGMG stellt mit Fatih Yilidz bis heute einen der drei Vorsitzenden. Insgesamt sind laut Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Hamburg ca. 30.000 IGMG-Mitglieder bundesweit registriert, davon etwa 1.650 in Hamburg.

Bis November 2021 stellte auch das IZH einen der drei Vorsitzenden. Nachdem das schiitische Zentrum wegen des zu offen zur Schau gestellten Antisemitismus in die Kritik geriet, wurde der Vorstandsposten nicht mehr von einem Vertreter des IZH besetzt. Dieses ist aber immer noch Mitglied der SCHURA.

Laut Verfassungsschutzbericht

«publiziert das IZH nach wie vor in Zusammenarbeit mit dem islamistischen Verlag Eslamica das vom ersten iranischen Revolutionsführer Khomeini stammende Buch „Der Islamische Staat“.»

In dem Buch werden „Hadd-Strafen“ propagiert, beispielsweise Handabhacken von Dieben oder Steinigung von des „Ehebruchs“ für schuldig befunden Männer und Frauen. In der islamischen Ideologie ist indes die Frau die Verführerin und somit die Sünderin, die Schuldige. Tatsächlich wurden und werden im Iran weit mehr Frauen als Männer wegen Ehebruchs hingerichtet.

Außerdem enthält laut LfV

«das Buch zahlreiche antisemitische Stereotypen. So heißt es über die „Zionisten und deren Hintermänner“, dass sie beabsichtigten, „die ganze Welt unter ihr Regiment zu bringen. Und da sie eine verschlagene, listige und emsige Bruderschaft sind“, sei zu befürchten, dass sie „eines Tages – was Gott verhüten möge – ihr Ziel erreichen“.»

Hinter dem Verlag Eslamica stehen die Brüder, bzw. der Neffe, der Bundestagsvizepräsidentin Aydan Özoğuz (SPD). Insbesondere deren Bruder Yavuz exponiert sich gern beim jährlich stattfinden Al-Quds-Marsch, der im Iran etabliert wurde, um den Vernichtungswillen gegen Israel zu zelebrieren, und schon vor vielen Jahren nach Deutschland exportiert wurde.

Die Herren Özoğuz gehen im IZH aus ein und – wie übrigens auch die vom Verfassungsschutz registrierten Anhänger der inzwischen verbotenen Hizb Allah. So ist es denn auch kein Wunder, dass hohe Funktionäre des IZH in den Jahren vor Corona beim Al-Quds-Marsch in Berlin gesehen wurden und auch der Nähe zur Hizb Allah bezichtigt werden. Der ehemalige stellvertretende Leiter des IZH, Seyed Soliman Mousavifar, erhielt im Juni 2022 genau deswegen einen Ausreisebescheid, wie die Bild berichtete. Binnen drei Monaten muss er das Land verlassen.

Alles in allem kommt der Hamburgische Verfassungsschutz zu dem Schluss:

«… das IZH (ist) ein wichtiges Instrument des Teheraner Regimes zur Etablierung einer anti-demokratischen und antisemitischen Ausrichtung des schiitischen Islam nach Vorbild der iranischen Staatsideologie innerhalb Europas.»

Nun werden Stimmen laut, dass die SCHURA das IZH als Mitglied ausschließen solle und alles sei gut. Dass damit gar nichts gut ist, jedenfalls nicht für Juden in Hamburg, beweist das unterdessen Jahrzehnte währende israelfeindliche Engagement der SCHURA. So wurden im Mai 2021 pro-„palästinensische“ Autokorsos in der Hansestadt durchgeführt, organisiert von der Palästinensischen Gemeinschaft Deutschland (PGD), die laut LfV Hamburg der HAMAs zuzurechnen ist. Die SCHURA rief seinerzeit zur Teilnahme an den Aktionen auf.

Kaum anzunehmen, dass sie das nicht tun würde, wenn das IZH ausgeschlossen wäre. Zumal die IGMG ebenfalls ein davon beseelt scheint, die „palästinensischen“ Brüder in ihrem „Freiheitskampf“ zu unterstützen. Eigner des Schiffes „Mavi Marmara“ (Blaues Mittelmeer, das am 31. Mai 2010 im Rahmen des Ship-to-Gaza-Konvois vom israelischen Militär angegriffen wurde, war die türkische Hilfsorganisation IHH (İnsani Yardım Vakfı) – übersetzt Stiftung für Menschenrechte, Freiheiten und Humanitäre Hilfe. Die IHH ist eine Organisation aus dem Spektrum der türkischen Millî Görüş. Bei der Schiffstaufe in Istanbul fanden sich u.a. Vertreter der Botschaft der Bolivarischen Republik Venezuela und der Hamas ein. Die Absicht von Mustafa Yoldaş, in Deutschland einen Ableger der IHH zu gründen, wurde von den zuständigen Behörden unterbunden.

Mina Ahadi vom Zentralrat der Ex-Muslime fordert, den Staatsvertrag aufzulösen, die Islamverbände wie NGOs zu behandeln, nicht finanziell zu unterstützen und demokratiefeindlichen Bestrebungen wie offen zur Schau gestellten Judenhass oder die zutiefst patriarchalen Strukturen konsequent zu bekämpfen. Auf gar keinen Fall, so die gebürtige Iranerin, dürfe Forderungen wie öffentliches Beten oder Fastenbrechen, Beurlaubung von Mädchen aus muslimischen Familien vom Schwimmunterricht, Kinderkopftuch, Fasten während der Schulzeit oder Sonderregelungen beim Schlachten akzeptiert, oder gar gefördert werden.

Aus ihrer Sicht gibt es „nichts, aber auch gar nichts“, das den muslimischen Glauben ausmacht, das durch die verfassungsmäßig garantierte Religionsfreiheit nicht gedeckt sei. Der Jüdischen Rundschau fasst sie ihren Standpunkt kurz und knapp zusammen: „Glaube ist Privatsache und das muss auch für Muslime gelten.“

Die Autorin Birgit Gärtner lebt in Hamburg und ist seit knapp 30 Jahren als Journalistin, Pressesprecherin und Öffentlichkeitsreferentin tätig. Seit geraumer Zeit beschäftigt sie sich mit fundamental-islamischen Strukturen.

Autoritätsdefizite: Franziska Giffey und die arabischen Clans

Wer in Berlin regiert, muss sich sein Hoheitsgebiet mit den arabischen Clans teilen, so auch die regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey. Neben mafiösen Strukturen hat sich auch eine antisemitische arabische Subkultur etabliert. Auf den Schulhöfen, der Straße oder im Freibad dominiert die arabische Macho-Kultur, die Sicherheit und der soziale Frieden bleiben auf der Strecke. Der Polizei fehlt der politische Rückhalt und Franziska Giffey hat ein eklatantes Autoritätsproblem.

Von Mirjam Lübke

Hannibal Hanschke / POOL / AFP

Berlins regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD)

Im Jahre 2003 hörte ich zum ersten Mal ganz bewusst, wie unsicher die Bundehauptstadt für Juden geworden sei. In diesem Jahr fand die Festveranstaltung zum 75. Jahrestag der ersten internationalen Konferenz der »Weltunion für progressives Judentum« in Berlin statt, zu der wir mit einer kleinen Gruppe aus dem Ruhrgebiet angereist waren. Am letzten Tag fand ein geführter »Spaziergang durch das jüdische Berlin« statt. Entschlossen, der Hauptstadt die »Jew Pride« aus der Provinz zu zeigen, trugen wir stolz unsere Davidsterne und Kippot – und lösten damit bei der Berliner Dozentin, die uns durch geheimnisvolle Hinterhöfe führen wollte, nahezu einen Schock aus. In bestimmten Vierteln Berlins, so erklärte sie uns, sei es besser, sich nicht als Jude zu erkennen zu geben, sofern man sich seine körperliche Unversehrtheit bewahren wolle. Wie konnte das sein? Zu dieser Zeit schien das jüdische Leben in Deutschland gerade eine Renaissance zu erleben. Gerade Berlin mit seiner reichhaltigen jüdischen Kulturszene wurde hierbei als leuchtendes Beispiel von den Medien ins Feld geführt. Die dunkle Seite der Hauptstadt wurde dabei offensichtlich gern verschwiegen.

Zu dieser Zeit war Franziska Giffey gerade Europabeauftragte des Berliner Problemstadtteils Neukölln geworden, während sie gleichzeitig noch Europäisches Verwaltungsrecht studierte. Der SPD trat sie erst 2007 bei, aber ihre Karriere führte sie immer wieder in das berüchtigte Viertel, erst als Bezirksstadträtin für Bildung und Schule, schließlich 2015 als Nachfolgerin von Heinz Buschkowsky als Bezirksbürgermeisterin. Eins kann man ihr dabei nicht vorwerfen: Genau wie ihr in der SPD als »rechts« geltender Vorgänger und Mentor, verschwieg sie die Probleme vor Ort nicht. Sie wusste genau, mit welchen harten Kalibern sie es vor Ort zu tun hatte: In Berlin treiben etwa zehn arabische Großfamilien ihr Unwesen, die in nahezu alles verwickelt sind, was man sich unter organisierter Kriminalität gemeinhin vorstellt: Drogenhandel, Schutzgelderpressung, Zuhälterei und Raub. Auch wenn nicht jedes Familienmitglied gleichermaßen intensiv in die kriminellen Umtriebe verstrickt ist, herrscht absoluter Zusammenhalt, es ist ein geschlossenes System, gewachsen durch über zwanzig Jahre des geflissentlichen Wegschauens der zuständigen Behörden.

Problemviertel Neukölln

Lieber wurde die Kriminalität geduldet, als sich dem Vorwurf des Rassismus auszusetzen. Zudem ist es für die Polizei nicht ungefährlich, in Neukölln tätig zu werden. Die Familien sind gut vernetzt und können in Minuten ihre »Truppen« zusammenrufen, welche den Beamten gewaltsam verdeutlichen, wer Herr im Viertel ist. Trotz dieses nur zu offensichtlichen Kontrollverlustes der Behörden tun sich grüne und linke Politiker noch immer schwer, das Wort »Clan-Kriminalität« in den Mund zu nehmen, da es »diskriminierend« sei. So auch in Nordrhein-Westfalen, das in seinen Ballungsgebieten ähnliche Probleme kennt: Justizminister Benjamin Limbach (Grüne) möchte lieber andere Bezeichnungen finden, um keinen Generalverdacht gegen Migranten aufkommen zu lassen. Franziska Giffey scheint hier die Einäugige unter den Blinden zu sein, wenn sie den Begriff »Clan-Kriminalität« verteidigt, weil er die nackte Realität beschreibt. Noch ärger setzte sie sich in die Nesseln, als sie gar die Abschiebung von Intensivtätern forderte und sich dabei auf den Würzburger Attentäter bezog, der im Juni 2021 drei Frauen getötet und neun weitere Passanten schwer verletzt hatte. Seitdem gilt Giffey der grünen und linken Konkurrenz als »Populistin« vom »rechten Rand«.

> Während der jüdische »Normalbürger« Beleidigungen und körperlichen Übergriffen durch arabische Migranten ausgesetzt ist, bleibt die Kulturszene oft dem Narrativ treu, Antisemitismus könne nur von »rechts« kommen.

Dürfen wir nun unsere Hoffnungen in Franziska Giffey setzen? Man sollte meinen, wenn jemand endlich einmal die Wahrheit über die Zustände in Berlin ausspricht, sollte das der Beginn einer gezielten Kampagne zur Behebung aller Missstände sein. Seitdem die Medien über ihre Arbeit in Berlin berichten, egal ob als Schulstadträtin oder Bürgermeisterin, sind die Berichte voller Zuversicht, mit ihrer Mischung aus Härte und Integrationsprojekten könnte sie Großes bewirken. Und das nun immerhin seit zwölf Jahren. Es mag sein, dass diese Projekte bei einzelnen Kindern und Jugendlichen tatsächlich eine positive Wendung bewirkt haben, aber an der Gesamtsituation in Berlin hat das nichts geändert – im Gegenteil: Die Lage an Berliner Schulen verschärft sich weiterhin, es sind eher die deutschen Kinder, die sich dem rauen Verhalten arabischer Schüler anpassen, weil es in ihren Augen »cool« erscheint. Sie wollen keine Verlierer in diesem System sein. Es ist kein Geheimnis, dass selbst überzeugte Linke und Grüne sich alles nur Erdenkliche einfallen lassen, um ihre Sprösslinge auf Schulen außerhalb der Problembezirke zu schicken, natürlich nicht aus Rassismus, sondern »wegen der Fördermöglichkeiten«. Notfalls wird eben ein zweiter Wohnsitz angemeldet. So lange hier kein Leidensdruck besteht, wird die Bürgermeisterin hier kaum Unterstützung finden. Da wird auch gerne einmal weggesehen, wenn »Jude« auf dem Schulhof als Schimpfwort gilt. Und das ist schon in Grundschulen so.

Integration versus Parallelgesellschaft

Giffeys hochgelobte Integrationsprojekte sind hier nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Und ob die Wirkung noch lange anhält, wenn die Schüler in ihre Parallelgesellschaften zurückkehren, in denen sich die Strukturen von Gewalt, mehr oder minder gewohnheitsmäßiger Kriminalität und Antisemitismus längst verfestigt haben, steht zu bezweifeln. Wer prägt die Meinungsbildung der Schüler wohl mehr? Eine Integrationstrainerin oder die Familie? Es mag eine schöne Idee sein, jüdische und muslimische Schüler zusammenzubringen, aber so verfahren, wie die Situation in Berlin und anderen Ballungsgebieten Deutschlands bereits ist, werden damit viel zu wenige erreicht, um etwas Grundsätzliches zu ändern. Was von den Initiatoren dieser Projekte zurecht als Erfolg betrachtet wird, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass jedem einsichtigen Schüler hunderte gegenüberstehen, die längst nicht mehr zu erreichen sind.

Dementsprechend düster sehen die Erfolgsaussichten bei Jugendlichen und Erwachsenen aus. Der Berliner SPD-Innenexperte Tom Schneider spricht es offen aus: In den Parallelgesellschaften macht man sich über die Behörden und die Polizei nur noch lustig. Kommt es tatsächlich einmal zu einer Verhaftung, wie im Falle der beiden Mitglieder des Remmo-Clans, die für den Raub der »Big Maple Leaf«-Münze aus dem Bode-Museum im Jahre 2017 zu vier Jahren Haft und Schadenersatz verurteilt wurden, ist das Erstaunen groß. Man fühlt sich ungerecht behandelt, weil man im eigenen Revier nicht schalten und walten kann wie gewünscht. Die hundert Kilogramm schwere Münze war zu diesem Zeitpunkt längst eingeschmolzen und es kam zudem heraus, dass die Remmos Hilfe von einem Wachmann des Museums erhalten hatten. Denn auch in den privaten Sicherheitsdiensten, die eigentlich die Arbeit der Polizei unterstützen sollten, sind inzwischen hauptsächlich die eigenen Leute untergebracht. Man braucht sich nicht zu wundern, dass diese dann auch eher wenig ausrichten, wenn es in Berliner Freibädern einmal wieder zu Tumulten und Schlägereien kommt.

Odd ANDERSEN / AFP

Gerichtsverhandlung eines Angeklagten aus dem arabischen Remmo-Clan wegen dem Raub der 100 Kilo schweren Goldmünze „Big Maple Leaf" aus dem Bode-Museum in Berlin.

Arabische Jugendliche fühlen sich durch deutsche Gedenkkultur zurückgesetzt

Es handelt sich um eine lupenreine Machokultur, in der die Hemmschwellen niedrig sind und die Gewaltbereitschaft groß. Auf dem Alexanderplatz kommt es täglich zu Messerstechereien aus nichtigsten Anlässen, was von den Befürwortern der »offene Grenzen um jeden Preis«-Politik als eine Art Folklore verharmlost wird. Als Migranten werden die Täter automatisch mit einem Opferstatus versehen, denen man noch mehr Möglichkeiten eröffnen müsse, und sei es in Form eines weiteren der schon unzähligen Jugendtreffs. Sogar der allgegenwärtige Antisemitismus wird von »Experten« durch diese angebliche Benachteiligung erklärt, durch die deutsche Gedenkkultur fühlten sich arabische Jugendliche zurückgesetzt. Kann Franziska Giffey hier als »Mutter der Hauptstadt« Wunder wirken und die Herzen der unterdrückten Machos für die Integration öffnen?

Selbst wenn sie die besten Absichten mitbringt, dürfte dieses Unterfangen aussichtslos sein, denn Giffey müsste sich auf einen Zwei-Fronten-Krieg einlassen: Wie bereits erwähnt, wird sie von Linken und Grünen im Berliner Senat als »rechts« eingestuft. Allein das dürfte schon ein Todesurteil für jeden Versuch darstellen, Verbündete im Kampf gegen Kriminalität und Antisemitismus zu gewinnen. Der Umgang mit Migration und Straftaten ist in Berlin ein kurioses Kapitel für sich: Bundesweit machte 2019 die Aussage der Kreuzberger Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann (Grüne) Schlagzeilen, im Görlitzer Park dürfe niemand ausgeschlossen werden. Damit meinte sie die zahlreichen Dealer meist afrikanischer Herkunft, die im Park ihrer Tätigkeit als pharmazeutische Kleinunternehmer nachgehen. Diese Bezeichnung brachte mir selbst auf Facebook eine Sperre von einer Woche ein – Frau Herrmann musste immerhin den Spott ertragen, ob die Grünen den Drogenhändlern demnächst Mehrwegverpackungen für Cannabis und Kokain vorschreiben würden – Ökologie muss sein! Monika Herrmann sorgte sich derweil mehr um angebliches »racial profiling« durch die Berliner Polizei, weniger allerdings um ein Kita-Kind, das ein benutztes Drogenbesteck fand. Die Kita wurde angehalten, die Kinder einfach nicht mehr in den Park zu lassen – so viel dazu, dass niemand ausgeschlossen werden dürfe. Bei der Polizei immerhin dürfte Giffey auf Sympathien treffen, da sie ihr nie in dieser Form in den Rücken gefallen ist.

Frauen sind unsichtbar

Die zweite Front stellen die arabischen Clans selbst dar. Zwar erfährt die ein oder andere Mutter eines der Chefs hier eine gewisse Achtung und darf sich eines Daseins in Luxus erfreuen, denn Raub und Schutzgelderpressung spülen den Familien neben dem Betrug des Sozialamts viel Geld in die Kassen. Ansonsten sind Frauen in dieser Parallelgesellschaft eher unsichtbar und nur selten am öffentlichen Leben beteiligt. Wer sich einmal durch ein deutsches »No-Go-Area« bewegt hat, egal ob in Berlin, Frankfurt oder im Ruhrgebiet, wird zwar auf tütenschleppende Frauen in den Supermärkten treffen, aber da, wo die Gespräche stattfinden, in den Teestuben und Wettbüros, sammeln sich Trauben junger Männer, sorgsam getrennt von den älteren Herren. Man trifft auch kaum noch auf moderne junge Frauen aus der Türkei ohne Kopftuch, diese sind längst in andere Stadtviertel gezogen. Gut integrierte Migranten fühlen sich hier ebenfalls nicht mehr wohl. Sieht man Frauen in einem Café beieinandersitzen, so bleiben sie unter sich und zeigen sich nur verhüllt, so wie es ihnen die Familie und die zahlreichen muslimischen Verbände vorschreiben. Diese Frauen haben ihr Rollenbild so verinnerlicht, dass auch ihnen ein weiblicher Bürgermeister wie ein Wesen aus dem Weltall vorkommen muss – wenn sie die Deutschen nicht gar dafür verachten, Frauen in wichtige politische Ämter zu wählen. Kirsten Heisig, die Richterin aus Neukölln, welche schließlich unter ungeklärten Umständen 2010 Selbstmord beging, hatte bereits den Ansatz versucht, über die Mütter auf kriminelle Jugendliche einzuwirken – vergebens. Man schickte ihr stattdessen die Vertreter von Islamverbänden. Auch Heisig sah sich mit Rassismusvorwürfen konfrontiert und hatte als Frau einen doppelt schweren Stand den jugendlichen Clanmitgliedern gegenüber.

Wenn die arabischen Clanchefs selbst männliche deutsche Politiker nicht respektieren, welche Chancen hat dann eine Frau wie Giffey, die in ihrem Auftreten noch nicht einmal besonders durchsetzungsfähig wirkt? Es ist unfair, eine Politikerin nach ihrem Äußeren zu beurteilen, aber solcherlei Rücksichten werden die Herren nicht nehmen, bei denen die anhaltenden Appelle zu politischer Korrektheit noch nicht einmal im Ansatz angekommen sind. Die offiziellen Vertreter der muslimischen Lobbygruppen mögen ihr gegenüber ein freundliches Taqqiya-Gesicht zeigen, um Kooperationsbereitschaft zu simulieren, aber darüber amüsieren sich die Clanchefs ebenfalls köstlich. Warum sollten sie auch ihre einträglichen Geschäfte und ihre regionale Macht abgeben, wenn ihnen faktisch keine Konsequenzen drohen? Selbst wenn sie einmal abgeschoben werden, damit die Berliner Justiz einen Erfolg vorweisen kann, kommen sie über die Hintertür einfach wieder zurück. Der feste Zusammenhalt in diesen Parallelgesellschaften macht es zudem nahezu unmöglich, Straftaten juristisch zu verfolgen, weil man niemanden finden wird, der so lebensmüde ist, sich als Zeuge zur Verfügung zu stellen.

Gescheiterte Migrationspolitik

So lange sich Berlin als multikulturelles Paradies versteht, wird sich daran auch nichts ändern. Viel zu schnell lassen sich Verantwortliche, aber auch Intellektuelle und Künstler durch winzig kleine Erfolge abspeisen – da macht auch Franziska Giffey keine Ausnahme. Bezüglich des grassierenden Antisemitismus – über 1000 antisemitische Straftaten werden in Berlin jährlich verübt – hält sich leider auch die jüdische »Community« viel zu sehr mit offenen Worten zurück. Während der jüdische »Normalbürger« Beleidigungen und körperlichen Übergriffen durch arabische Migranten ausgesetzt ist, bleibt die Kulturszene oft dem Narrativ treu, Antisemitismus könne nur von »rechts« kommen. Und das, obwohl dieser nachweislich nicht an eine politische Richtung oder ethnische Herkunft gebunden ist. Berlin ist stolz auf seine Gedenkkultur und sein Mahnmal, das Millionen Touristen anzieht, man organisiert Klezmer-Festivals, um an die ermordeten Juden Osteuropas zu erinnern und führt Schülerklassen nach Ausschwitz. Es gibt jüdisch-muslimische Gesprächskreise, in denen man sich näherkommt, obwohl sich letztlich immer dieselben Akteure dort treffen. Kurzum: Man schafft sich eine Blase, in der alles seinen aufgeklärten, multikulturellen Gang geht. Die ehemalige Staatssekretärin für bürgerschaftliches Engagement hatte im Gegensatz zu manchem deutschen Politiker immerhin den Anstand, zu jüdischen Feiertagen zu gratulieren, ließ sich aber immer gern mit jüdischen Kulturschaffenden abbilden (gerne solchen, die eine Nähe zu BDS aufwiesen), um jedem ihre Bemühungen auf die Nase zu binden. Man klopft sich gegenseitig auf die Schulter, wenn man wieder einmal ein Beispiel gelungener Integration vorstellen kann und schiebt jemanden ins Rampenlicht, der dies eigentlich aus eigener Kraft vollbracht hat. Auch Franziska Giffey ist Teil dieser Blase, auch wenn sie in ihr durch manches offene Statement eine Außenseiterrolle einnimmt. Aber auch sie gibt sich der Illusion hin, es könnte eine Besserung im Failed State Berlin eintreten, wenn man nur ein paar Symptome behebt und ein bisschen Geld in Integrationsprojekte investiert. Denn am Grundsätzlichen rüttelt auch sie nicht: Dass der Versuch, unkontrollierte Migration in geregelte Bahnen zu lenken, grandios gescheitert ist. So lange bis Deutschland seine Einwanderungspolitik nicht komplett umkrempelt, wird sich daran auch nichts ändern – Migranten über die Grenze zu lassen, ist einfach. Sie dann auch zu integrieren – wenn einem Teil der Verantwortlichen dazu auch noch der Wille fehlt – leider nicht. Da hilft es auch nicht, wenn um der Statistik willen der ein oder andere Intensivtäter einmal abgeschoben wird.

Muslimische Subkultur: Wie das Kalifat im Knast herrscht

Großbritanniens Gefängnisse haben die Gefahren islamistischer „bandenartiger Aktivitäten" nicht erkannt, der Einfluss islamistischer Gruppen wurde von den Behörden zu lange unterschätzt. Das ist das Ergebnis eines offiziellen Berichts, der im Auftrag der britischen Regierung erstellt wurde - Heute ist mehr als jeder sechste Häftling in britischen Gefängnissen Muslim.

Von Stefan Frank / Achgut.com

Mehr als jeder sechste Häftling in britischen Gefängnissen ist Muslim

Laut der wegweisenden Recherche mit dem Titel „Terrorism in Prisons" haben Gruppen von Häftlingen in den letzten 15 Jahren „eine staatsfeindliche islamistische Haltung" eingenommen, die „Gewalt gegen nichtmuslimische Gefangene, Gefängnisbeamte und die breite Öffentlichkeit duldet oder ermutigt".

In Deutschland gibt es bislang keine derartige Studie. Auch hierzulande aber geht Gefahr von inhaftierten Salafisten aus: Man denke an den wegen terroristischer Aktivitäten verurteilten Islamkonvertiten Sascha Lemanski, der im Februar 2019 in der JVA Oldenburg versuchte, einen Gefängnisbeamten mit einer Gabel zu erstechen.

Anlass für die britische Untersuchung war ein Terroranschlag, der vor drei Jahren in London von einem kurz zuvor aus dem Gefängnis entlassenen muslimischen Terroristen verübt wurde. Am 29. November 2019 tötete Usman Khan, Sohn pakistanischer Einwanderer, zwei Menschen und verletzte drei weitere. Khan trug eine Sprengstoffwestenattrappe und hatte sich jeweils ein langes Küchenmesser an seine beiden Handgelenke geklebt. Der Tatort: die Fishmongers Hall in unmittelbarer Nähe der London Bridge. Dort fand gerade eine Konferenz aus Anlass des fünfjährigen Bestehens des Programms Learning Together zur Rehabilitierung von Strafgefangenen statt. Bei diesem – in der Folge jenes Anschlags eingestellten – Programm sollten Häftlinge gemeinsam mit Studenten der Cambridge University Universitätskurse belegten. Khan war einer der Teilnehmer, er absolvierte einen Kurs für kreatives Schreiben.

„Musterbeispiel" für gelungene Reintegration begeht Attentat

2010 war er nach seiner Rückkehr aus Pakistan im Zuge einer Geheimdienstoperation des MI5 verhaftet worden. Er hatte mit Komplizen geplant, Bombenanschläge auf die Londoner Börse, das Parlamentsgebäude, die US-Botschaft, zwei Rabbiner in zwei Synagogen, den Dekan der Saint Paul's Cathedral und die Wohnung des damaligen Londoner Bürgermeisters Boris Johnson zu verüben.

2012 wurde er von einem Gericht wegen terroristischer Aktivitäten zu einer Haftstrafe unbestimmter Dauer, mindestens aber acht Jahren, verurteilt. Er sollte so lange im Gefängnis bleiben, bis er keine Gefahr mehr darstellte. 2013 änderte ein Berufungsgericht die Strafe auf 16 Jahre, was eine Entlassung nach Verbüßung der Hälfte der Haftzeit ermöglichte. Im Dezember 2018 wurde Khan auf Bewährung entlassen. Er galt laut britischen Zeitungen als „Musterbeispiel" für gelungene Reintegration. Er schrieb sogar Gedichte. Bis zu jenem 29. November 2019, als er die beiden Learning Together-Projektleiter Saskia Jones (23) und Jack Merritt (25) mit langen Messern tötete und dabei nach Zeugenaussagen den Koran rezitierte.

Nach der Tat lief Khan auf die London Bridge. Die beiden Häftlinge und Konferenzteilnehmer John Crilly und Steve Gallant verfolgten ihn, mit einem Feuerlöscher und einem Narwalstoßzahn bewaffnet. Crilly entleerte den Feuerlöscher auf Khan, Gallant stach ihn mit dem Stoßzahn. Gemeinsam mit einem Verwaltungsbeamten, der ebenfalls die Verfolgung aufgenommen hatte, überwältigten sie den Terroristen. Bald darauf traf die Polizei ein und erschoss Khan, nachdem der Taser zunächst nicht gewirkt hatte und Sorge bestand, er könne das auslösen, was wie eine Sprengstoffweste aussah.

> Der Anteil der muslimischen Häftlinge in britischen Gefängnissen ist seit 2002 von acht Prozent auf 18 Prozent im Jahr 2021 gestiegen.

„Deradikalisierung funktioniert nicht"

Was war schiefgelaufen? Die Gefängnisleitung hatte, so viel war klar, die Gefahr, die von Khan ausging, nicht erkannt. Jonathan Hall, seit Mai 2019 Unabhängiger Gutachter der Terrorismusgesetzgebung, wurde daraufhin beauftragt, zu untersuchen, wie die Situation in britischen Gefängnissen aussieht, was muslimische Terroristen betrifft. Schon im Frühjahr 2021 hatte Hall öffentlich geäußert, dass es keine Belege dafür gebe, dass Programme zur „Deradikalisierung" – wie es sie auch in Deutschland gibt – funktionieren. Sein Bericht Terrorism in Prison, den Hall im April dem britischen Parlament vorlegte, birgt – der Leser möge die Metapher verzeihen – einigen Sprengstoff.

Die derzeitige terroristische Bedrohung in Gefängnissen in England und Wales sei der islamistische Terrorismus, so Hall. „Es gibt keine vergleichbare Bedrohung." Hall führte seine Recherche zwischen Januar und September 2021 durch. Er hatte nach eigenen Angaben „außergewöhnlichen Zugang" zu offiziellen Akten und Informationen der Gefängnisbehörde und des Justizministeriums und führte Interviews mit mehr als hundert Beamten. Gegenstand der Untersuchung waren Männergefängnisse in England und Wales.

Brutstätten dschihadistischer Indoktrination

Der Einfluss islamistischer Gruppen im Gefängnis sei unterschätzt worden, so Hall.

„In der Vergangenheit wurde dem terroristischen Risiko in Gefängnissen vonseiten der Antiterrorpolizei (CTP) und dem Sicherheitsdienst (MI5) begrenzte Aufmerksamkeit gewidmet."

Mit der Verurteilung eines Straftäters sei die Aufgabe als „erledigt" betrachtet worden. Zudem sei die Gefängnisumwelt von außen undurchsichtig. Vor allem die Gefängnisbehörde HMPPS habe es versäumt, die Gefahren von islamistischen Gangs in Gefängnissen zu erkennen. „Die letzten vier vollendeten Terroranschläge in Großbritannien wurden allesamt entweder von Häftlingen ausgeführt, während sie in Haft waren (Whitemoor) oder nachdem sie auf Bewährung freigelassen worden waren (Fishmongers Hall, Streatham, Reading)", so Hall.

Hall schreibt, dass er bei seiner Recherche auf das „Paradoxon“ gestoßen sei, dass es für islamistische Gefährder, die wegen Verstoßes gegen Auflagen inhaftiert werden, dadurch noch leichter werde, andere zu radikalisieren. Großbritanniens Gefängnisse, so scheint es, sind Brutstätten der Dschihad-Indoktrination. Und das wird mehr und mehr zu einem großen gesellschaftlichen Problem. Viele Islamisten, die in den frühen 2000ern inhaftiert wurden, stehen kurz vor ihrer Freilassung, schreibt Hall. Die Gefahr, die von ihnen ausgehe, mache es dringend notwendig, Verhaltensweisen, die auf Risiken hinweisen, schon im Gefängnis zu erkennen, warnt er.

Gefängnisse dürften auch nicht zu einer „zweiten Gelegenheit“ für Terroristen werden, deren Anschläge in der Öffentlichkeit vereitelt wurden. Das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Gefängnisse „wird erschüttert, wenn dort Terroranschläge verübt werden oder Verurteilte nach ihrer Freilassung gefährlicher sind als vor ihrer Inhaftierung“. Auch werde die Arbeit der Gefängnisse beeinträchtigt, wenn Vollzugsbeamte in ständiger Furcht vor Terroranschlägen leben müssten.

Engmaschige Überwachung nach Freilassung kaum möglich

Hall gibt zu, dass Gefängnisse vor einer schwierigen Aufgabe stehen:

„Als die Terrorismusgesetzgebung und die Antiterrorpolizei geschaffen wurden, hatte man nicht an die Gefängnisse gedacht. Gefängnisse haben oft zu wenig Vollzugspersonal, Justizvollzugsbeamte können nicht überall sein und die Häftlinge, von denen einige der gesamten Gesellschaft zutiefst feindselig gegenüberstehen, haben die Zeit auf ihrer Seite.“

Denn irgendwann kommen sie alle frei, und wenn ein Gefährder nur eine kurze Strafe absitzt, muss er schon früh auf die Freilassung vorbereitet werden. Dieses Ziel konkurriert mit dem einer engmaschigen Überwachung.

Wie groß ist das Versäumnis der zuständigen Autoritäten? Hall wägt ab: Einerseits dürfe man nicht „jedes Anzeichen von Terrorismusrisiken in Gefängnissen als katastrophales Behördenversagen“ bewerten. Andererseits sei es aber auch falsch, bestimmte Entwicklungen zu ignorieren, „nur weil sie seit mehr als einem Jahrzehnt Teil des Gefängnisalltags sind“.

Der Einfluss islamistischer Gruppen sei von den Behörden zu lange unterschätzt worden. Dafür gebe es eine Reihe plausibler Erklärungen:

Banden und Hierarchien würden als eine Zwangsläufigkeit des Gefängnisalltags angesehen: eine „massive Hackordnung“, bei der sich Einzelpersonen aus Gründen der „Sicherheit, Angst und des Schutzes und der Macht“ Banden oder Gruppen anschließen. Islamistisches Gruppenverhalten sei mittlerweile ein Teil der Gefängnislandschaft geworden.

Praktiker der Terrorismusbekämpfung bei der Gefängnisbehörde HMPPS, der Polizei und dem MI5 neigten dazu, sich auf das Risiko zu fokussieren, das von Einzelpersonen oder identifizierten Netzwerken ausgeht – nicht aber das von Gruppen oder Kulturen im Gefängnis. Beispielsweise würden Einzelpersonen auf der Grundlage ihres eingeschätzten Terrorrisikos eingestuft. „Da es oft schwierig ist, Verhalten Einzelpersonen zuzuordnen (z.B. der Besitz terroristischer Literatur in Gemeinschaftszellen), besteht die weitere Gefahr, dass nicht zurechenbare Verhaltensweisen ignoriert werden“, so Hall.

Hall kritisiert auch, dass Praktiker der Terrorismusbekämpfung sich zu sehr damit beschäftigten, mögliche Beweggründe von Gefangenen zu erforschen, die sich an islamistischem Gruppenverhalten beteiligen. Dadurch bestehe die Gefahr, dass der durch dieses Verhalten verursachte Schaden verharmlost werde. Dasselbe gelte für das Reden über „Anfälligkeit“ (vulnerability): „Gefangene werden oft als ‚anfällig für Radikalisierung‘ beschrieben, selbst wenn ihr eigenes Verhalten das Terrorrisiko erhöht.“ Straftaten, betont Hall, „werden nicht immer von ideologischen Experten oder willensstarken Individuen begangen“.

Islam „No-Go-Area“ für Gefängnisbeamte

Eine weitere Gefahr sieht Hall in der Tendenz, das Verhalten islamistischer Gruppen allein nach Kriterien der Ordnung und Disziplin zu bewerten:

„Islamistisches Bandenverhalten kann manchmal ein gewisses Maß an Ruhe und Stabilität bieten, was bedeutet, dass es nicht unbedingt als Problem wahrgenommen wird.“

Schockierend: Bei seiner Recherche erfuhr Hall, dass Gefängnisbeamte manchmal den „Emir“ eines Flügels um Hilfe bei der Aufrechterhaltung der Ordnung bitten. Eine Schwierigkeit, die Justizvollzugsbeamte hätten, sei die Furcht, als diskriminierend wahrgenommen zu werden:

„Wegen der verständlichen Angst, muslimische Gefangene im Allgemeinen zu diskriminieren, gibt es Bedenken, sich auf eine bestimmte Art von Bandenverhalten zu konzentrieren.“

Dadurch werde der Islam für Gefängnisbeamte zu einer „No-Go-Area“: Da sie sich mit islamistischen Gangs nicht befassen wollten, würden die Gefängnisimame „mit Verantwortung überlastet“. Denn von ihnen würde angenommen, „dass sie besser gerüstet sind, zwischen akzeptablen und inakzeptablen Verhaltensweisen in Bezug auf den Glauben zu unterscheiden.“

„Selbstabgrenzung“ muslimischer Häftlinge

„Glaubensbasierte Selbstabgrenzung von Häftlingen“, so Hall, „bietet eine fruchtbare Basis für gewalttätige islamistische Aktivitäten“. Laut einer Studie von 2011 gab es in jedem der drei untersuchten Hochsicherheitsgefängnisse eine muslimischen „Bruderschaft“, deren Mitglieder sich mit Gleichgesinnten umgeben konnten, mit denen sie ein gemeinsames Interesse und einen gemeinsamen Fokus hatten. Diese Glaubensidentität, warnt Hall, könne als ein „hochwirksames Zeichen der Macht der Gefangenen ausgenutzt werden“.

In der Studie wurde festgestellt, dass diese Gruppen „die Gefängnisse in Anzahl und Einfluss dominierten“ und sich an der „kollektiven Verteidigung gegen nichtmuslimische Gefangene“ beteiligten. Das hat Folgen:

„In einem von Angst geprägten Umfeld, in dem die Gewalt zunimmt und die Zahl der Mitarbeiter im Laufe der Zeit zurückgegangen ist, sind die Möglichkeiten, dem Gefängnispersonal und anderen Gefangenen die Macht zu entreißen, vielfältig.“

Einige der Privilegien, die Gefängnisse für Muslime und andere Glaubensgruppen gewähren, wie getrenntes Essen, getrennte Gebetsorte und die Anerkennung besonderer Gebetszeiten, trügen dazu bei, „weitere Grenzen zwischen muslimischen und nichtmuslimischen Häftlingen zu ziehen“. Dies stärke die kollektive und zunehmend „oppositionelle“ Identität muslimischer Häftlinge.

Terroristen – im Knast sind sie Stars

Besondere Sorge muss dabei bereiten, dass laut Hall Straftäter, die wegen schwerer islamistischer Terrordelikte verurteilt wurden, „in der Regel Einflusspositionen“ besitzen. Die Beamten, mit denen Hall sprach, waren sich „nahezu einig“, dass Häftlinge, die wegen terroristischer Delikte im Gefängnis sind, „begehrt“ seien und „gefördert“ würden. Der Leiter der Terrorismusbekämpfung des Gefängnisses HMP Whitemoor sprach von einer „perversen Wertschätzung“, die terroristische Straftäter (der Bericht nennt sie TACT-Häftlinge) innerhalb der Gefängnissubkultur erführen.

Ein Beispiel hierfür ist Usman Khan. Er hatte, wie er selbst sagte, während seiner Haft versucht, bei einem inhaftierten Terroristen namens Abu Hamza „irgendwie Punkte zu sammeln“, indem er etwa Nichtmuslime als „dreckige kuffar“ bezeichnete.

Von Mitarbeitern der Gefängnisse erfuhr Hall auch, dass TACT-Häftlinge ihre Zellen von anderen Gefangenen reinigen lassen. Hall kommentiert:

„Es ist schwer vorstellbar, wie ein isolierter TACT-Häftling einen solchen Einfluss ausüben könnte.“

Sudesh Amman, ein TACT-Straftäter, der später den Messeranschlag von Streatham (zwei tote Passanten) verübte, sei der Ansicht gewesen, dass er aufgrund seiner vormaligen Verurteilung wegen Terrorismus im Gefängnis einen „Prominentenstatus“ gehabt habe, so Hall. Hall sieht dafür mehrere mögliche Erklärungen:

„Für einige Gefangene sind terroristische Straftaten ein glamouröser Schlag gegen die Behörden, der nicht von schmutzigen persönlichen Motiven befleckt ist und einem umfassenderen Zweck dient, was ihnen ein ausgesprochen heldenhaftes Profil verleiht. Andere Gefangene fühlen sich von TACT-Tätern durch ihren persönlichen Charme angezogen; oder sie praktizieren den Islam (wie es viele Gefangene tun), zweifeln aber an der Aufrichtigkeit des Gefängnis-Imams und suchen nach einer ihrer Ansicht nach maßgeblicheren Version des Glaubens."

Einige Beamte äußerten, dass Gefängnisgangs um die Gunst dieser Terroristen buhlten, um ihr Image – wörtlich: ihre credibility – zu stärken.

„Die Tatsache, dass TACT-Straftäter willkommen sind und nicht wie Pädophile geächtet werden, ist an sich schon bemerkenswert und veranschaulicht das Ausmaß der Aufgabe, TACT-Straftäter wieder in die Gesellschaft einzugliedern.“

Lieber im Hintergrund die Fäden ziehen

Der von TACT-Straftätern ausgeübte Einfluss sei indessen nicht mit förmlicher Führerschaft zu verwechseln, so Hall. Viele von ihnen wollten gar nicht der „Emir“ im Gefängnis werden, weil sie fürchteten, dass dies mit stärkerer Überwachung einhergehe; sie zögen es daher laut Geheimdienstinformationen vor, „hinter den Kulissen“ Einfluss auszuüben.

Das Risiko terroristischer Gewalt wird durch die Präsenz von Häftlingen, die bereits gefährlich gewalttätig sind, in diesen Gruppen erhöht. Insbesondere, so Hall, „besteht die Gefahr, dass die Ehrfurcht vor TACT-Straftätern zu gewalttätigen ideologischen staatsfeindlichen und antiwestlichen Feindseligkeiten führt, die zu terroristischen Straftaten gegen Mitarbeiter und Gefangene im Gefängnis führen und die Wahrscheinlichkeit eines Anschlags nach der Entlassung erhöhen können.“ Hall erläutert das Prinzip anhand eines Vergleichs: Würden in den Gefängnissen Sexualstraftäter verehrt, dann würde das Risiko sexueller Übergriffe steigen.

Hall beklagt, dass es vonseiten der Behörden nicht nur an Interesse an diesem Thema mangele, sondern dass auch die Möglichkeit einer strategischen Überwachung fehle:

„Es gibt keine nationale Schaltzentrale, die es einem hochrangigen Beamten von HMPPS, der Polizei oder dem MI5 ermöglichen würde, zu sehen, wo Aktivitäten islamistischer Gruppen in den öffentlichen Gefängnissen von England und Wales stattfinden oder zunehmen.“

Ein Häftling, der bei jener Veranstaltung in der Fishmongers Hall anwesend war, sagte im Gespräch, islamistische Terroristen leiteten „jedes Gefängnis im Land“. Dies, so Hall, sei möglicherweise eine Übertreibung; aber es steht seiner Meinung nach fest, dass es „in jedem Gefängnis Häftlinge gibt, von denen eine terroristische Gefahr ausgeht".

Mehr als jeder sechste Häftling in britischen Gefängnissen ist Muslim

Der Autor gibt am Ende seines Berichts zahlreiche Empfehlungen, die man so zusammenfassen kann: Anfangen, das Problem als solches zu erkennen; Informationen darüber sammeln – auch mit geheimdienstlichen Mitteln – und sie allen Verantwortlichen zugänglich machen; Justizvollzugsbeamte im Umgang mit Häftlingen trainieren, von denen eine terroristische Gefahr ausgeht.

Der Anteil der muslimischen Häftlinge in britischen Gefängnissen ist seit 2002 von acht Prozent auf 18 Prozent im Jahr 2021 gestiegen. Mehr als jeder sechste Häftling ist also muslimisch. Laut einem Bericht aus dem Jahr 2014 sind 27 Prozent der Gefangenen in Londoner Gefängnissen Muslime – das ist mehr als ein Viertel. Im Vergleich dazu machen Muslime etwa vier Prozent der Gesamtbevölkerung und 14 Prozent der Londoner Bevölkerung aus.

2018 machte der Gefängnisseelsorger Pastor Paul Song publik, dass seine Bibelkurse in der Gefängniskapelle von muslimischen Extremisten gestört worden seien. Die Störer hätten die Mörder des britischen Soldaten Lee Rigby gelobt und ihn niedergebrüllt, als Song etwas darauf erwidern wollte. Als Strafe für seine Enthüllungen wurde Song aus Londoner Justizvollzugsanstalten verbannt. Er kommentierte:

„Was mir passiert ist, ist ein gefährlicher Präzedenzfall für alle anderen, die es wagen, der Öffentlichkeit von der wachsenden Dominanz des islamischen Extremismus in unseren Gefängnissen zu erzählen.“

Diese Banden würden in den Gefängnissen ungestraft agieren und Insassen einschüchtern, damit sie zum Islam konvertieren, sagte Song.

Die drei Antisemitismen

Den bereits veröffentlichten aufschlussreichen Analysen zum Antisemitismus-Skandal bei der Documenta soll ein einfacher Antisemitismus-Dreisatz hinzugefügt werden: der neonazistische, der linke und der islamische Judenhass. Doch während die ersten beiden Antisemitismen in der deutschen Öffentlichkeit debattiert werden, ist eine Kritik am islamisch motivierten Judenhass meinst noch ein Tabu.

Von Rainer Bonhorst/ Achgut.com

Das zusätzlich Interessante am Antisemitismus-Dreisatz ist, dass sich die einzelnen Antisemitismus-Teile einer unterschiedlichen politischen Gewichtung erfreuen. So gibt es den offiziellen Antisemitismus und zwei Varianten des inoffiziellen, bestenfalls halboffiziellen Antisemitismus. Hinzu kommt, dass von den beiden inoffiziellen Antisemitismen der eine deutlich verschämter ist als der andere.

Der offizielle Antisemitismus ist der rechtsextreme, neonazistische und altnazistische. Er wird in allen einschlägigen Veröffentlichungen als Zentralantisemitismus gegeißelt. Diese Geißelungen sind nicht nur die häufigsten, sondern auch die politisch einfachsten. Neonazis verkörpern den Wunschantisemiten: Dumm, dreist, unästhetisch, brutal usw. Bei Geißelungen dieses Klassikers droht kein Widerspruch und es drohen keine politischen Komplikationen.

Der sichtbarere der beiden inoffiziellen Antisemitismen ist der islamische. Er ist einerseits ein bisschen kurios, weil wesentliche Teile der islamischen Antisemiten selber zum semitischen Kulturkreis gehören. Es empfiehlt sich in diesem Fall also, präziser von Judenhass zu sprechen. Der in diese Rubrik gehörende Judenhass ist ein Importprodukt. Er ist neuer und dynamischer als der Klassiker. Er ist nicht weniger gefährlich und ebenso hässlich.

Angst vor unfeinen Reaktionen der Getadelten

Allerdings ist er heikel und darum stellenweise von einer Schutzhülle umgeben. Diese Schutzhülle besteht aus dem zweifellos wahren Satz: Es ist nicht zulässig, allen Moslems Judenhass zu unterstellen. Ist es auch nicht. Und das macht die Sache komplizierter als den Klassiker. Schließlich wäre es absurd zu sagen: Man kann nicht jedem Neonazi Antisemitismus unterstellen. Doch, kann man.

Die unbestrittene Tatsache, dass nicht jeder Moslem ein Judenhasser ist, befördert den ebenso unbestreitbaren moslemischen Antisemitismus in den heiklen Bereich der potenziellen Fremdenfeindlichkeit. Um zu vermeiden als „islamophob", also als ein Fremdenfeind zu gelten, wird der bei vielen Moslems eben doch vorhandene Judenhass nicht so prominent gegeißelt wie der nazistische Klassiker. Er wird eher zögerlich beim Namen genannt, auch aus Angst vor unfeinen Reaktionen der Getadelten. Daher sein inoffizieller Status.

Der Antisemitismus-Skandal bei der Documenta in Kassel hatte verschiedene „geistige" Väter

Der dritte und schwierigste, weil verschämteste in diesem Bunde ist der linke Antisemitismus. Auch er weist ein Problem auf, das ihn aus dem Zentrum der Kritik an den Rand wandern lassen: Er tritt nie offen rassistisch, sondern immer als Kritik an der Politik Israels auf, die in der Tat kein Tabu sein darf. (Ob wir Deutschen uns in die vorderste Reihe der Israel-Kritiker drängen sollten, ist allerdings die Frage.) Wie auch immer: Der linke Antisemitismus ist ein schillerndes Wesen. Er hat seine ideologische Basis in der Solidarität mit den armen „Palästinensern", aber diese linke Solidarität changiert immer wieder in einen nur mühsam getarnten Antisemitismus. Ja, man kann sogar von einem wechselnden Aggregatzustand sprechen. Unter gewissen chemischen Bedingungen wechselt die Israel-Kritik fast sprunghaft in blanken Antisemitismus über.

Hybrider Antisemitismus, größeren Teils links, aber mit einer Prise Islam?

Da aber die Basis eine im Kern ehrenwerte Solidarität mit einem leidenden Volk ist, trägt der daraus entspringende Antisemitismus eine nützliche Tarnkappe. Sie schützt vor offizieller Kritik, weshalb der linke Antisemitismus ebenfalls in die inoffizielle, weniger gern kritisierte Kategorie gehört. Dass die bedingungslose Solidarität mit den „Palästinensern" fehlgeleitet ist, da sie sie zu Unschuldslämmern verklärt, sei nur am Rande vermerkt. Aber auch dies verstärkt den Eindruck, dass die Sache nicht ganz astrein ist.

Die Karikaturen im Stürmer-Stil, die sich in die Documenta – sagen wir – eingeschlichen haben, gehören offensichtlich in die Rubrik des linken Antisemitismus. Da die Kultur im Zweifel links ist, wird sie am ehesten Opfer solcher Unterwanderungen. Oder handelt es sich um einen hybriden Antisemitismus, größeren Teils links, aber mit einer Prise Islam? Das Künstler-Kollektiv aus dem moslemischen Indonesien hat sich allerdings so artig entschuldigt, dass man diese Straße vorerst nicht weiter verfolgen muss. Was sicher bleibt, ist der linksgestrickte Antisemitismus.

Der Ordnung halber sei auch hier noch die in der moslemischen Rubrik übliche Entschuldigung beziehungsweise Klarstellung angefügt: Es wäre abwegig zu unterstellen, dass jeder Linke antisemitische Neigungen hegt. Wollte man es in Prozentsätzen ausdrücken, man müsste scheitern. Nur die hundert Prozent bei den Neonazis dürften sich empirisch nachweisen lassen. Bei den anderen beiden Rubriken kann man nur raten. Meine Vermutung geht allerdings dahin, dass die Rubrik „Islam" mit durchaus stattlichen Prozenten aufwarten kann, während die Rubrik „Links" wohl mit deutlichem Abstand nur den dritten Platz einnimmt.

Aber hier handelt es sich um einen Bereich, der statistisch kaum zu erfassen ist. Allenfalls die Kunst könnte sich des Antisemitismus-Dreisatzes und seiner unterschiedlichen Gewichtung kreativ widmen. Womöglich sogar auf der Documenta?

Die gescheiterte Energiewende: Frieren für die grüne Ideologie

Deutschland steuert auf eine verheerende und selbstverschuldete Energie-Katastrophe. Der Ukraine-Krieg verschärft zwar die Situation, das Kind ist aber schon mit dem Atom-Ausstieg in den Brunnen gefallen. Während Millionen Menschen „für den Frieden" frieren werden, fällt der Industriestandort des grün-gegenderten Deutschland, wie ein Kartenhaus zusammen.

Von Gunter Weißgerber

Künftige Historiker werden über das Deutschland von 2022 erstaunliches schreiben können. 2011 bebte der Meeresboden vor Japan und elf Jahre später schwebt Deutschland in akuter Gefahr, zu kollabieren. Japan blieb Japan, neuntausend Kilometer weiter östlich wurde elf Jahre später aus dem stabilen Gebäude Bundesrepublik ein grün-gegendertes Kartenhaus (ab 2023 soll jeder einmal pro Jahr das Geschlecht wechseln dürfen).

Die Japaner blieben also klar im Kopf, die Deutschen besoffen sich grün und stürzen mit der „dümmsten Energiepolitik der Welt" (Wallstreet Journal) und dem Genderwahn in eine grandiose selbstgemachte Katastrophe. Eine Katastrophe, die für die gesamte EU gefährlich ist.

Der russische Überfall auf die Ukraine kommt gefährdend hinzu, ursächlich für die katastrophale Situation ist er nicht. Die Regierung erzählt das zwar, doch ist das ein ideologisches Märchen. In Wahrheit wird Deutschland seit Jahren gesellschaftlich, wirtschaftlich, energetisch entgegen aller Vernunft und menschlicher/zivilisatorischer Erfahrungen verbogen. Sie nennen Transformation, was eine zielstrebige Zerstörung des eigenen Landes ist. Deutschland steht ab Herbst vor sehr schwierigen Zeiten. Ausgang offen. Der Strudel der möglichen kommenden Ereignisse könnte nicht mehr beherrschbar sein.

Der frühere Hamburger Umweltsenator Fritz Vahrenholt (73, SPD) schreibt dazu, „Wir haben 18 Kernkraftwerke abgeschalten und den Kohleausstieg begonnen. Erdgas geht inzwischen in die Verstromung. Der Kern- und Kohleausstieg war falsch. Die Erdgasabhängigkeit von Russland auch. Alles falsch gemacht. 5% der erzeugten Energien kommen in Deutschland von Wind und Sonne. Diese Erzeugung wird das Problem niemals lösen können. Allein weil es jedes Jahr drei Monate Windflauten gibt. Deutschland hat weltweit den höchsten Strompreis. Deutschland bekommt von der Klimapanik in den Medien eingehämmert, dass die Welt bald untergeht. Das ist alles totaler Quatsch, weil die Menschen durch ein extremes ausgedachtes Szenario verunsichert werden."

In Deutschland wird in diesem Jahr das Gas knapp.

Statt es zu speichern, wie es für den kommenden Winter nötig wäre, wird es in großen Mengen verstromt. Weil Deutschland bereits jetzt ohne diesen Strom stillstehen würde. Dem grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann von Baden-Württemberg fiel dazu der preisverdächtige Nonsens ein „Im Winter drohe eine Gasmangellage (…), keine Strommangellage. (…) Atomkraftwerke produzieren bekanntlich Strom und kein Gas". In Vor-Merkel-Zeiten wäre der Mann niemals Ministerpräsident geworden. Damals galten noch Wissen und Praxis.

Besonders gefährdet sind neben den von Gas abhängigen Haushalten in Deutschland die Getränke-, Tabak-, Textil-, Pharma-, Chemie-, Metall-, Papier-, Glasindustrie, die Druckerzeugnisse und der Fahrzeugbau. Ein spezielles Schmankerl bietet dabei die Glasindustrie, deren Produkte auch für die von Grünen über alles geliebten Solarplatten benötigt werden.

Kommt es zu den selbstverursachten Problemen, wird in Deutschland die Not wieder heimisch werden. Gegensteuern wäre nur möglich, würde die Transformationsregierung umkehren und die letzten drei Atomkraftwerke nicht stilllegen, die am Jahresende 2021 vom Netz genommen Atomkraftwerke wieder in Betrieb nehmen, die 23 Kohlekraftwerke nicht abschalten, überhaupt zurück zu Atom und Kohle gehen, die Forschung in neue Energiequellen fördern, Sonne und Wind nur dort zum Zuge kommen lassen, wo diese zusätzlich Sinn machen.

Am einfachsten wäre ein Reset auf die Steuergesetzgebung von 2005.

Damals begann die AGENDA 2010 positiv zu wirken. Selbstverständlich weiß ich, das wird nicht geschehen. Obwohl die „Macht des Faktischen" wird am Ende über die Ideologie den Sieg davontragen. Diese unausweichliche Erfahrung wird unendlich teuer.

Eine interessante Bemerkung hinsichtlich des neuesten regierungsamtlichen Hinweises, sich mit Notstromaggregaten zu versorgen, kam aus der Regierungspartei FDP: „Das ein Staatssekretär dazu auffordert, Notstromaggregate zu kaufen (Diesel betrieben), und die gleiche Regierung CO2 freie, technologisch hochwertige Kernkraftwerke ohne Not abschalten will, lässt fassungslos zurück!" Man darf gespannt sein, ob die FDP solch markigen Worten Taten folgen lässt? Zweifel sind angebracht.

Fazit:

Energiewende und Gasnotstand sind zwei Begriffe für ein und dieselbe Sache.

Deutschlands Sehnsucht nach einem Entwicklungsland-Status ist ungebrochen. Das Tal der Tränen kommt erst noch richtig.

Solidarität ist keine Einbahnstraße. Deutschland zieht mit der dümmsten Energiepolitik der Welt die gesamte EU in den Strudel und will jetzt von den Reingerissenen Solidarität empfangen? Für wie blöd hält Deutschland seine Nachbarn?

Degussa
GOLD UND SILBER.

DIE GANZE WELT DER EDELMETALLE. BEI DEGUSSA.

Wir bieten Ihnen eine große Auswahl an Barren und Anlagemünzen und übernehmen für Sie auf Wunsch auch gerne die professionelle Einlagerung in unserem Degussa Schließfach oder in unserem Hochsicherheitslager.

Auch für den Verkauf Ihrer Edelmetalle wie beispielsweise Barren, Münzen oder alten Schmuck sind Sie bei uns goldrichtig. Unsere Experten prüfen Ihre Ware fachmännisch und kaufen diese direkt in unserer Niederlassung oder im Ankaufszentrum an.

DEGUSSA-GOLDHANDEL.DE

Degussa fördert eine unabhängige jüdische Presse in Deutschland!

Iran nähert sich der Atombombe

Laut Angaben des israelischen Verteidigungsministeriums hat der Iran in den letzten Monaten doppelt so viel hochangereichertes Uran produziert als sonst. Das Mullah-Regime steht kurz davor, mehrere Atombomben herstellen zu können um Israel wie angekündigt von der Weltkarte zu bomben. Was die Jüdische Rundschau schon seit Anbeginn des von Obama, Kerry und Steinmeier angezettelten verbrecherischen Iran Abkommens schreibt, wird nun auch den größten Iran-Appeasern langsam klar. Das iranische Atomabkommen ist nicht das Papier wert, auf das es geschrieben steht. Gleichzeitig finanziert und bewaffnet Teheran die Hisbollah und den Terror gegen das jüdische Volk - Israel steht also vor großen strategischen Herausforderungen.

Yossi Kuperwasser/JNS

Schon 2012 forderte der damalige israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu eine „rote Linie" für die Atombestrebungen des Iran.

Israel ist ein militärisch sehr starkes Land. Es weiß, wie es sich verteidigen kann, und es hat die Fähigkeiten dazu. Dennoch steht Israel vor einer Reihe von sehr ernsten Herausforderungen.

Die wichtigste und gefährlichste Herausforderung für Israel sind die Fortschritte im iranischen Atomprogramm. Das Tempo, mit der die Iraner ihr Programm entwickeln und Uran anreichern, hat stark zugenommen. Wenn die Angaben des israelischen Verteidigungsministers Benny Gantz stimmen, dann haben die Iraner in den letzten drei Monaten doppelt so viel auf 60 % angereichertes Uran produziert wie in den drei Monaten zuvor. Das bedeutet, dass sich die Iraner sehr schnell auf die Fähigkeit zubewegen, innerhalb eines sehr kurzen Zeitraums spaltbares Material für mehrere Bomben zu produzieren. Es ist klar, dass der Iran jetzt als Schwellenland für Atomwaffen bezeichnet werden kann.

Aus israelischer Sicht ist dies eine rote Linie. Als der ehemalige Ministerpräsident Benjamin Netanjahu 2012 seine berühmte Zeichnung vor der UNO-Generalversammlung präsentierte, sprach er von 250 Kilogramm auf 20 % angereichertem Uran in den Händen der Iraner als roter Linie. Wir sind weit über diese rote Linie hinaus. Außerdem haben die Iraner die Zeit der Wiener Verhandlungen genutzt, um immer mehr hochangereichertes Uran anzuhäufen.

Unter den Experten gibt es eine große Debatte darüber, wie lange es dauern wird, bis die Iraner eine Atomwaffe haben. Einige glauben, dass sie zwei Jahre brauchen werden. Ich bin da viel pessimistischer und skeptischer, weil ich glaube, dass die Iraner nicht linear vorgehen, indem sie zuerst das angereicherte Uran herstellen und sich dann Gedanken darüber machen, wie sie eine Bombe bauen können. Wir wissen, dass sie im technologischen Bereich Fortschritte gemacht haben.

Vergessen Sie nicht, dass wir von den Iranern keine Antworten auf all die offenen Fragen in Bezug auf die potenziellen militärischen Dimensionen ihres Programms haben, bevor sie 2015 dem Iran-Abkommen – dem JCPOA – beigetreten sind.

Und wir haben definitiv keine Antworten auf die neuen Enthüllungen, die Israel auf den Tisch gebracht hat, nachdem es 2018 die Informationen aus den Atomarchiven in Teheran entwendet hatte, trotz der Bemühungen der Internationalen Atomenergiebehörde, die Iraner zur Zusammenarbeit zu bewegen. Aber es gibt vier Standorte, die bei der Übernahme des Archivs durch Israel ans Tageslicht gebracht wurden. An einigen von ihnen wurden anthropogene Spuren von Uran gefunden, und die Iraner haben weder erklärt, woher dieses Uran stammt, noch Informationen darüber geliefert, wo sich dieses Uran jetzt befindet und wie viel es ist.

Wir müssen davon ausgehen, dass die Iraner alle möglichen Experimente mit diesem Uran durchgeführt haben, um die Zeit zu verkürzen, die sie benötigen, um vom Besitz von 90 % angereichertem Uran in militärischer Qualität zur Fähigkeit zur Herstellung einer Bombe zu gelangen.

Außerdem haben sie vor kurzem Uranmetall hergestellt und verfügen über zahlreiche Raketen, die Atomsprengköpfe tragen können. Wir sollten uns also große Sorgen über das Atomprogramm machen.

> „Wir müssen eine Eskalation mit der Hisbollah befürchten, die über 150.000 Raketen verfügt und moderne Drohnen einsetzt."

Leider sind sich Israel und die Vereinigten Staaten, obwohl sie sich gemeinsam verpflichtet haben, dem Iran den Besitz einer Atomwaffe nicht zu gestatten, immer noch nicht einig darüber, wie dieses Ergebnis sichergestellt werden kann.

Die Amerikaner sind nach wie vor an einer iranischen Rückkehr zum JCPOA interessiert, was nur etwa zwei Jahre Sicherheit bringt, den Iranern aber erlauben würde, innerhalb von weniger als neun Jahren legitime Fortschritte auf dem Weg zu einer beliebigen Anzahl von Atomwaffen zu erzielen. Wir hier in Israel halten das für lächerlich und extrem gefährlich, und wir sind in dieser Frage nicht derselben Meinung wie die Amerikaner.

Gleichzeitig arbeitet Israel mit den Amerikanern bei dem Versuch zusammen, die Iraner davon zu überzeugen, dass weitere nukleare Fortschritte gefährlich sind. Beide befinden sich mitten in einer großen Militärübung, bei der sie gemeinsam einen Angriff auf die iranischen Atomanlagen simulieren, was eine Botschaft an den Iran ist: „Seid vorsichtig. Macht keine Fortschritte bei der Beschaffung von mehr spaltbarem Material und der Produktion von 90 % angereichertem Uran", was weder Israel noch die Amerikaner wollen.

Obwohl die Iraner schon längst über eine Atomwaffe hätten verfügen können, ist es Israel und den USA gelungen, dies um mehr als 15 Jahre zu verzögern. Doch das ist nicht gut genug. Wir haben es nicht geschafft, es ganz zu verhindern. Das ist etwas, was wir vielleicht irgendwann tun müssen, und dieser Zeitpunkt rückt immer näher. Wir haben nicht mehr alle Zeit der Welt, bevor wir in diesem Zusammenhang entscheidende Schritte unternehmen müssen. Das Tempo, mit dem sich die Iraner auf die Fähigkeit zur Herstellung von Atomwaffen zubewegt haben, ist viel schneller als in der Vergangenheit.

Wir würden uns wünschen, dass der Druck auf den Iran erhöht wird, um weitere Fortschritte zu verhindern und dem Iran klarzumachen, dass es einen Plan B gibt, der den Preis für das Regime zu hoch macht, falls es doch weitergeht. Das ist es, was getan werden muss, und nicht eine Rückkehr zum JCPOA, das den Iranern in ein paar Jahren alles erlaubt, was sie wollen. Das ist kein Tropfen auf den heißen Stein. Mit jedem Tritt, den man der Dose versetzt, wird sie größer und explosiver. Deshalb sagt Israel auch weiterhin, dass wir nicht Teil des JCPOA sein werden. Wir werden die notwendigen Schritte unternehmen, um uns zu schützen und den Iran am Erwerb von Atomwaffen zu hindern.

Dem Iran an der Nordgrenze Israels gegenübertreten

Das andere Element, dessentwegen wir uns im Hinblick auf die Iraner Sorgen machen müssen, sind ihre fortgesetzten Bemühungen, ihre Kräfte in Syrien zu verankern und Syrien in eine Basis zu verwandeln, von der aus sie gegen Israel operieren können, während sie gleichzeitig moderne Waffen an die Hisbollah im Libanon liefern. Dies würde es ihnen ermöglichen, über präzisionsgelenkte Munition zu verfügen. Das ist etwas, was Israel mit seinen Bemühungen, iranische Ziele und iranische Waffenlieferungen an die Hisbollah zu treffen, tagtäglich zu verhindern

versucht. Glücklicherweise haben wir in Syrien Einsatzregeln entwickelt, die es uns ermöglichen, dort mit nur begrenzten Auswirkungen zu operieren.

In der Zwischenzeit ist es den Iranern gelungen, ihre Verbündeten zu stärken, allerdings aufgrund unserer Aktivitäten viel langsamer, als sie es sich gewünscht haben. Wir müssen eine Eskalation mit der Hisbollah befürchten, die über 150.000 Raketen verfügt und moderne Drohnen einsetzt. Und es ist nicht nur die Hisbollah. Auch die Hamas und der „palästinensische" islamische Dschihad haben iranische Unterstützung erhalten, um ihre militärischen Fähigkeiten zu verbessern. Sie prahlen die ganze Zeit damit.

Stellen Sie sich nur einmal vor, was passiert, wenn die Iraner dem JCPOA wieder beitreten und all das Geld bekommen, das auf sie wartet – zig Milliarden Dollar – wenn sie wieder beitreten. Darüber sind wir sehr besorgt. Wir sind uns bewusst, dass alles, was wir in dieser „Zwischenkriegszeit" tun, den Fortschritt der Iraner verlangsamt, ihn aber nicht gänzlich blockieren und stoppen wird.

Der Palästinakonflikt

Die „Palästinenser" verstehen, dass Israel nicht bereit ist, Gewalt anzuwenden, um die Situation neu zu ordnen, insbesondere nicht gegen den Gazastreifen. Das haben wir bei der „Operation Guardian of the Walls" im Mai 2021 gesehen, bei der strenge Maßnahmen gegen die Hamas für Israel nicht auf der Tagesordnung standen.

Gleichzeitig setzt sich Israel für die Stärkung der „Palästinensischen" Autonomiebehörde ein, während die Autonomiebehörde in vielen Bereichen gegen Israel arbeitet. Sie zahlt Terroristen Gehälter für Anschläge gegen Israelis, hetzt gegen Israel auf und agiert in internationalen Gremien, dem Internationalen Strafgerichtshof und anderswo gegen Israel.

In den letzten Monaten hat die Zahl der „palästinensischen" Terroranschläge in Israel zugenommen, die über den üblichen Terrorismus wie Steinwürfe und Brandbomben, den niemand zählt, hinausgeht. Diese Anschläge fanden in Gebieten innerhalb der Grünen Linie statt, was sich sehr stark auf das Sicherheitsgefühl der Israelis ausgewirkt hat. Es zwang Israel, in einer Weise zu handeln, die über das hinausging, was es in der Vergangenheit getan hatte.

Israel begann mit der laufenden „Operation Break the Wave", die vor allem in der Region Dschenin und im nördlichen Teil von Judäa und Samaria läuft. In diesem Zusammenhang verlor die Al Jazeera-Reporterin Shireen Abu Akleh ihr Leben. Die „Palästinenser" nutzten diesen Tod, um auf der internationalen Bühne eine Delegitimierungskampagne gegen Israel zu führen.

Im Gazastreifen heizt die Hamas-Führung die Situation durch Drohungen aller Art an. Ich denke, sie wollen den Gazastreifen nicht in Gefahr bringen. Die Lage dort ist aus ihrer Sicht nach wie vor sehr problematisch.

Sie haben die Schäden, die der Krieg im letzten Jahr angerichtet hat, noch nicht beseitigt. Israel hat den Gaza-Bewohnern mehr Genehmigungen denn je erteilt, um in Israel zu arbeiten. Unter den Bürgern des Gazastreifens herrscht also Unmut über die Aussicht auf einen weiteren Krieg. Die Hamas würde es vorziehen, dass die Situation irgendwie innerhalb der Grenzen Jerusalems, der israelischen Araber und Judäa und Samaria bleibt, wo sie den Terrorismus ohne direkte Beteiligung schüren möchte.

Ja, sie haben die Möglichkeit, Israel anzugreifen. Sie haben die Möglichkeit, wenn sie es wünschen. Und sie arbeiten sehr hart daran, ihre Fähigkeiten zu erweitern. Aber ich glaube nicht, dass sie darauf erpicht sind, den Krieg in Gaza wieder aufzunehmen. Dennoch kann es zu einer Eskalation kommen.

Darauf müssen wir vorbereitet sein, denn das Gefühl der Hamas, dass Israel keine ernsthaften Maßnahmen gegen sie ergreifen wird, macht die Hamas viel selbstbewusster und ermöglicht es ihr, noch extremere Bedrohungen gegen den jüdischen Staat vorzubereiten.

Wenn wir mehr als 10.000 Menschen erlauben, in Israel zu arbeiten, wird der Druck in Gaza erheblich gemildert. Wir erlauben auch mehr als 100.000 „Palästinensern" aus Judäa und Samaria, in Israel zu arbeiten.

Das vielleicht beunruhigendste Problem ist die Zunahme des „palästinensischen" Nationalismus und des islamischen Extremismus unter israelischen Arabern. Sie gehen nicht auf die Straße, weil sie wirtschaftliche Schwierigkeiten haben. Das ist ein sehr geringes Element in der Gleichung. Wir erwägen jetzt die Einrichtung einer Nationalgarde in Israel, die besser in der Lage wäre, mit diesem Problem umzugehen.

Das internationale Bemühen, Israel zu dämonisieren

Die nach dem Tod von Abu Akleh geführte Kampagne wirft ein Schlaglicht auf einen weiteren Bereich, in dem wir herausgefordert sind – die internationalen Bemühungen, Israel zu dämonisieren und zu delegitimieren. Wir sehen dies nicht nur in den Aktivitäten sowohl der „Palästinensischen" Autonomiebehörde als auch der Hamas und ihrer Verbündeten, sondern auch in den Aktivitäten vieler linksradikaler Gruppen auf der ganzen Welt.

Am meisten Sorgen bereitet uns in dieser Hinsicht die politische Situation in den Vereinigten Staaten, denn Stimmen vom extrem linken Flügel der Demokratischen Partei stellen inzwischen die besonderen Beziehungen zwischen Israel und den Vereinigten Staaten in Frage, die ein sehr wichtiges Element unserer nationalen Sicherheit sind. Wir müssen also sicherstellen, dass diese Beziehung aufrechterhalten wird, und wir müssen jetzt Schritte unternehmen, um dies zu gewährleisten.

Alles in allem schaffen diese Elemente ein sehr schwieriges Umfeld für Israel.

Brigadegeneral a.D. Yossi Kuperwasser ist Direktor des Projekts über regionale Entwicklungen im Nahen Osten am Jerusalem Center. Zuvor war er Generaldirektor des israelischen Ministeriums für strategische Angelegenheiten und Leiter der Forschungsabteilung des militärischen Geheimdienstes der IDF.

Dieser Artikel wurde ursprünglich vom Jerusalem Center for Public Affairs veröffentlicht.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum. Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland,
Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.
Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung!
Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!
Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark.
Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre
JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

CPAC in Israel: Die US-Konservative steht an der Seite des jüdischen Staates

Ric Grenell, ehemaliger US-Botschafter in Deutschland, Matthew Whitaker, EX-US-Justizminister, Amir Ohana, früherer israelischer Justizminister, hochrangige Beamte der Donald Trump Administration und Stargast Ben Shapiro trafen sich mit 2500 internationalen Gästen in Tel Aviv zur „Conservative Political Action Conference". Themenschwerpunkte waren u.a. der weltweite Kulturkampf linker Ideologen, das Abraham-Abkommen und die kompromisslose Solidarität der US-amerikanischen Konservativen mit Israel.

Von Filip Gašpar

Ben Shapiro im Gespräch mit Amit Segal

Am 20. Juli versammelten sich in einem Hangar am Tel Aviver Hafen mehr als 2.500 Menschen, um an der ersten „Conservative Political Action Conference" (CPAC), eine der einflussreichsten politischen Organisationen in den Vereinigten Staaten, in Israel teilzunehmen.

In den Vereinigten Staaten ist CPAC eine riesige mehrtägige Veranstaltung mit Breakout-Sessions, Panels und Auftritten von fast allen führenden Persönlichkeiten aus dem konservativen Lager. Die Veranstaltung in Tel Aviv, die gemeinsam mit drei israelischen Organisationen abgehalten wurde, war nur ein einzelner Abend, der um eine Grundsatzrede des berühmten amerikanisch-jüdischen Experten Ben Shapiro herum aufgebaut war. Es war Shapiros allererste öffentliche Rede in Israel. Einer der israelischen Organisatoren, der Tel Aviv International Salon, hatte die gesamte Veranstaltung ausschließlich als Shapiro-Auftritt beworben– obwohl die „CPAC Israel"-Banner und Aufsteller auf der Bühne einen anderen Eindruck vermittelten.

Die Veranstaltung in Tel Aviv wurde gemeinsam von CPAC, dem Tel Aviv International Salon und den Verlagen Shibolet Press und Sella Meir organisiert.

Auch die programmatischen Ziele der Veranstaltung waren teilweise widersprüchlich. Trotz all ihrer politischen Affinitäten für einander, sind die amerikanische und die israelische Rechte in manchen Punkten grundlegend unterschiedliche ideologische Bewegungen: Ihre Entstehungsgeschichten sind unterschiedlich und definieren sich in ihren Grundüberzeugungen anders. Zuweilen gab es offensichtliche - vorsichtig ausgedrückt - abweichende Vorstellungen der Redner insbesondere in Bezug auf die angemessene Rolle der Justiz in den beiden Ländern.

Der angebliche Zweck der Veranstaltung bestand darin, einige dieser Gräben zu überbrücken: die israelischen Konservativen davon zu überzeugen, sich einer freien Marktwirtschaft nach amerikanischem Vorbild zuzuwenden, und die amerikanische Rechte zu einer aggressiveren israelischen Version des Nationalismus zu drängen. Aber während die Amerikaner begeistert davon zu sein schienen, von Israel zu lernen, war alles andere als klar, ob das Gefühl auf Gegenseitigkeit beruhte.

Würdigung der Trump-Politik

Viele konservative Aktivisten und ehemalige hochrangige Beamte der Donald Trump Administration sprachen darüber, was der ehemalige US-Präsident alles Gutes für Israel getan habe. Darunter die Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem, das sogenannte „Abraham-Abkommen" zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten und er hat die Mittel für das Palästinenserhilfswerk UNRWA streichen lassen.

Ich merke an, dass Barack Obama den Friedensnobelpreis als eine Art Vorschusslorbeeren erhielt, wohingegen Donald Trumps Politik den Nahen Osten wirklich umgekrempelt hat. Die Amerikaner lobten die hohe Geburtenrate der Israelis und forderten diese auf, sich der konservativen Seite im Kulturkampf anzuschließen. Das machte Sinn, denn viele der Teilnehmer im Publikum schienen US-amerikanische Juden zu sein und an der Kleidung auch als religiös Praktizierende zu erkennen. Man sah ein Meer von Kippot.

> „Die sogenannten „palästinensischen" Flüchtlinge sind die einzigen Menschen, die ihren Flüchtlingsstatus von Generation zu Generation vererben"

Israel ist wichtigster Verbündeter der USA im Nahen Osten

Den Abend eröffnete der CPAC-Vorsitzende Matt Schlapp. Er sprach vom Nachrichtensender CNN, den er als zu liberal bezeichnete. Die Probe aufs Exempel kam sofort als er ins Publikum fragte, ob jemand CNN International schaue. Das Publikum antwortete deutlich mit einem lauten Buh. Schlapp bezeichnete Israel und das Volk Israels als den wichtigsten Verbündeten der USA im Nahen Osten und sogar in der Welt. Er sagte, dass CNN Teil einer internationalen Konstellation sei, die versucht Amerika zu schwächen und zu spalten und das Amerikanische in eine globale Sache umzuwandeln, die von einer Elite aus der WU, der WHO und der UNO angeführt werde.

Deswegen hat CPAC angefangen, solche Konferenzen auch außerhalb der USA abzuhalten wie zum Beispiel in Japan, Brasilien oder auch letztens in Ungarn (die Jüdische Rundschau war vor ORT), um somit konservative Bewegungen weltweit zu vereinigen. Schlapp betonte, dass die Amerikaner einiges von den israelischen Konservativen lernen könnten.

Trump kürzte Geldmittel für UNWRA

Als nächstes stellte Schlapp eine Gruppe ehemaliger US-Botschafter und Beamter vor, die an der Normalisierung Israels mit arabischen Ländern beteiligt waren. Er beschrieb sie als „Trump-Superstars", die „mit der Form gebrochen haben, wie Menschen auf der ganzen Welt Diplomatie betreiben". Darunter der frühere Nahost-Gesandte Jason Greenblatt, der Trumps Schritt, die Hilfe für die „Palästinenser" zu kürzen, lobte. Er meinte damit die UNWRA, die für „palästinensische" Flüchtlinge zuständige UN-Agentur. Er sagte, dass die sogenannten „palästinensischen" Flüchtlinge die einzigen Menschen seien, die ihren Flüchtlingsstatus von Generation zu Generation vererbten und als politische Schachfiguren ausgenutzt würden. Trump habe diese Geldverschwendung beendet. Nach dieser Aussage brach das Publikum in Applaus und Jubel aus.

Auf einer Diskussionsrunde mit Matthew Whitaker, ehemaliger Football-Spieler, Ex-Staatsanwalt und US-Justizminister, schlug der rechtsgerichtete israelische Gesetzgeber Amir Ohana, ebenfalls ehemaliger Justizminister, vor, der israelischen Knesset die Befugnis zu geben, Urteile des Obersten Gerichtshofs aufzuheben, und beklagte sich über die „Justizoligarchie" in einer Sprache, die eher an die amerikanische Linke erinnerte.

Er sagte, dass es Zeit sei, den Menschen mehr Macht zu geben und Israel zu einem Land zu machen, in dem es von Rechtsstaatlichkeit, und nicht von Rechtsanwälten regiert wird.

Ohanas Austeilen, das nach Whitakers Lobpreisung der Konservativen Übernahme des Obersten Gerichtshofs der USA vorgetragen wurde, spiegelt jedoch grundlegend andere politische Realitäten wider. Der Oberste Gerichtshof Israels ist eine überparteiliche Institution, deren Mitglieder von einem Expertengremium ernannt werden; Seine Urteile, die die religiöse Gleichheit und die arabischen Rechte aufrechterhalten sollten, lösen öfters Frust bei der israelischen Rechten aus, die ihr häufig vorwirft, Teil eines sogenannten ‚Deep states' zu sein, der versucht das Land links-politisch zu indoktrinieren.

Zynisch beobachtet, könnte man die Differenzen zwischen Israelis und Amerikanern in diesem Punkt als ziemlich unterschiedlich politisch ansehen: Konservative mögen Gerichte, wenn sie günstige Urteile fällen, und wollen sie entmachten, wenn sie es nicht tun. Bei den Linken garantiert nicht anders.

Leider war die Diskussion zu kurz, als dass die Redner hätten erklären könnten, warum dieser Verdacht falsch sein könnte. Die insgesamt etwa fünfstündige Veranstaltung, hatte nicht den typischen Aufbau einer CPAC-Konferenz, die tiefergehende Gespräche und Vernetzung ermöglichte. Es gab keine Breakout-Sessions zu bestimmten Themen, keinen Raum voller Stände, die von Mitgliedern verschiedener konservativer Gruppen besetzt waren, keine große Halle, in der die konservative Basis zum Gespräch zusammenkommen konnte. Es war eine Art CPAC-light, ein Plenum ohne eigentliche Konferenz.

CPAC wurde in den letzten Jahren immer mehr mit dem sogenannten MAGA Trump-Flügel innerhalb der Republikanischen Partei in Verbindung gebracht. Deswegen war es auch nicht verwunderlich, dass Trump, der möglicherweise bald seine erneute Kandidatur ankündigt, überschwänglich gelobt wurde. Keiner der Redner erwähnte Ron DeSantis, Donald Trumps potenziellen Rivalen für die Kandidatur der Republikaner.

Der ehemalige US-Botschafter in Deutschland Richard Grenell

Ric Grenell mit mahnenden Worten

Als nächstes hatte Richard Grenell, der frühere US-Botschafter in Deutschland, und Berichten zufolge ein möglicher Anwärter auf das Amt des Außenministers in einer zukünftigen Trump-Administration, seinen Auftritt. Er deutete an, dass die Zukunft Israels besser durch ein rechtsgerichtetes Amerika als durch ein linksgerichtetes Europa gesichert würde.

Er warnte auch eindringlich davor, dass Amerika Gefahr laufe, seinen Status als Anführer der freien Welt zu verlieren.

Danach betrat zur Abwechslung kein Politiker, sondern der pensionierte israelische Basketballspieler Omri Casspi die Bühne.

Der Grund seines Auftritts war, um Ben Shapiro anzukündigen. Während ich zusah, wie Casspi sichtlich nervös einige Punkte zu Shapiros Leben vortrug, die sich wie ein Wikipedia Artikel lasen, kam mir der Gedanke, dass es vielleicht das erste Mal war, dass ein NBA-Erstrunden-Draft als Vorprogramm für einen Politikexperten herhalten musste. Dann betrat Ben Shapiro die Bühne und die Menge flippte aus, der Applaus war tosend, hier kam der wahre Superstar, weswegen alle gekommen waren.

Auftritt Ben Shapiro

Viele Zuschauer standen auf, sprangen von ihren Sitzen und jubelten ihm zu. Waren davor noch einige frei Plätze sichtbar gewesen, so war die Halle jetzt bis auf den letzten Platz gefüllt. Shapiro startete ohne Notizen in einem rasanten Tempo mit seinem Vortrag, spülte eine Liste von Statistiken ab, die laut ihm, die Gesundheit und Robustheit der israelischen Gesellschaft bezeugten.

Shapiros Rede konzentrierte sich auf zwei Fragen, die den ganzen Abend als These dienten: „Was Israel von Amerika lernen kann und was Amerika von Israel lernen kann."

Auf großen Bildschirmen in der Halle sah man Zuschauer, die gebannt zuhörten, wie Shapiro geschickt Stränge aus politischer Theorie, Theologie, und Angriffen auf seine politischen Gegner zusammen wob.

In seiner Erzählung musste Israel die freie Marktwirtschaft nach amerikanischem Vorbild endlich vollständig implementieren. Er sagte, dass das israelische Wirtschaftssystem durch hohe Steuern und mächtige Gewerkschaften zurückgehalten werde. Er argumentierte auch, dass Israel ganz genau nach Amerika blicken sollte, wenn es um die Ernennung von Richtern gehe.

Die Amerikaner ihrerseits sollten sich an Israels Nationalbewusstsein ein Beispiel nehmen.

„Amerika kann vor allem eines von Israel lernen: dass ein Nationalstaat im Herzen eine Nation haben muss", argumentierte er. „Was das wirklich bedeutet, ist, dass Amerika von Israel die Notwendigkeit einer gemeinsamen Geschichte, einer gemeinsamen Kultur und eines gemeinsamen Schicksals lernen muss."

Diskussion um Richter-Ernennungen

Nach Shapiros Rede betrat Amit Segal, der führende israelische Journalist, die Bühne, um eine Fragerunde mit dem Amerikaner zu führen. Segal, selbst ein Konservativer, hatte offensichtlich einige Vorbehalte gegen die Idee, dass Netanyahus Likud-Partei wirtschaftliche Nachhilfe bei den Republikanern nehmen sollte.

Ähnliche Bedenken hatte er, als es um das amerikanische System zur Ernennung von Richtern ging. „Wenn wir uns den Obersten Gerichtshof der USA ansehen, sehen wir nur einen weiteren Zweig der [Partisanen-]Regierung: Die Republikaner stimmen für konservative Entscheidungen und die Demokraten dagegen. Können wir etwas Besseres finden?" fragte er. „Nein", antwortete Shapiro und argumentierte, dass alle Systeme zur Ernennung von Gerichten eine gewisse politische Voreingenommenheit hätten und dass das amerikanische System zumindest einigermaßen auf den öffentlichen Willen reagiere.

In der Gerichtsfrage gibt es einige Bewegungen in der israelischen Rechten in Richtung Shapiro – obwohl ihre Leitidee für eine Gerichtsreform, der israelischen Knesset die Befugnis zu geben, Gerichtsurteile außer Kraft zu setzen, ihm und anderen amerikanischen Konservativen wahrscheinlich Nesselsucht bereiten würde, wenn sie zu Hause angewendet würde. Und Israel hat, wie viele westliche Demokratien, in den letzten Jahrzehnten tatsächlich deregulierende Schritte unternommen.

Aber im Großen und Ganzen und vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht scheint Segals Haltung ziemlich repräsentativ für die israelische Sicht zu sein.

Nationale Identität der Israelis

Shapiro lobte Israel auch für seine hohe Geburtenrate und beschrieb es als „das einzige westliche Land mit einer Geburtenrate, die über der Ersatzrate liegt. Das Einzige." Er führte an, dass es eine wirklich erstaunliche Statistik sei, wenn man darüber nachdenkt, dass selbst die politisch linksgerichtetsten Gebiete Israels sich mit höheren Raten als andere Länder reproduzieren. In Tel Aviv liegt die Geburtenrate bei 2,49, In Haifa bei 2,35. Die beiden Städte sind als eher offener und liberaler als Jerusalem bekannt. Für Shapiro geht das auf das Einheitsgefühl der Israelis zurück. Er sagte, dass Israel von innen betrachtet, wie ein aufgewühltes Land der Meinungsverschiedenheiten und Konflikte wirke, aber von außen es aussehe, wie ein Land, das in seiner Identität solider als fast jedes andere Land auf dem Planeten Erde sei. Für seine Kritik an Israels Bürokratie, die er als ein Hindernis für eine freie Marktwirtschaft betrachte, gab es nur gedämpften Applaus. Mit seiner Kritik am Genderismus in den USA, erheiterte er seine Zuhörer wieder. Zum Abschluss warnte er die Israelis davor, sich von linken Einstellungen beeinflussen zu lassen.

Danach wurden online vorher zugesandte Fragen beantwortet. Für den rhetorisch brillanten Shapiro ein Kinderspiel. Es gab einen kurzen Moment der Unruhe, als es zur Frage kam, ob er Trump weiterhin unterstütze, nach den schrecklichen Bildern bei der Erstürmung des Kapitols. Das Publikum brach in laute Buhrufe aus und der deutlich verlegene Segal, konnte nur darauf verweisen, dass die Fragen eingesandt wurden. „Shapiro räumte ein, dass es nicht der beste Moment in Trumps Amtszeit war.

Im Gegensatz dazu hat sich die amerikanische Rechte nach Trump als weitaus fruchtbarerer Boden für eine nationalistische Botschaft im israelischen Stil erwiesen. Darunter zum Beispiel die „National Conservatism Conference", eines immer beliebter werdenden CPAC-Konkurrenten mit noch deutlicher nationalistischer Ausrichtung.

Ihr Anführer ist der israelische Akademiker Yoram Hazony. Sein intellektuelles Projekt ist implizit eine Universalisierung der Ideologie der israelischen Rechten: ein theologisch geprägter Nationalismus, der meint, dass die Regierung den spezifischen Charakter der gesellschaftlichen Mehrheitsgruppen widerspiegeln sollte, beispielsweise durch die Förderung ihrer religiösen Überzeugungen (mit Schutz für Minderheitenrechte).

Im September wird Hazony die nächste Konferenz „National Conservatism Conference" in Miami veranstalten.

Nach der CPAC Israel Veranstaltung kam ich mit einigen Teilnehmer, draußen vor einem Tisch voller hebräischer Übersetzungen von Boris Johnson und Jordan Peterson, ins Gespräch, die mir sagten, dass sie die Veranstaltung angeregt habe und sie mit Shapiros Auftritt mehr als nur zufrieden seien.

Über den Autor: Filip Gašpar hat Romanistik und Slavistik in Göttingen, Perugia, Zagreb und Krakau studiert.

Israel: Ein jüdischer Staat, oder eine weitere westliche Demokratie mit einer jüdischen Minderheit?

Israels Höchstes Gericht hat die Einreisebeschränkungen für Menschen aus der Ukraine aufgehoben. Demnach könnten Ukrainer für einen Zeitraum von bis zu drei Monaten ohne Visumspflicht nach Israel einreisen. Die meisten der ukrainischen Einwanderer sind Nichtjuden. Dies ist ganz im Sinne der linksliberalen Antizionisten, die das Judentum am liebsten aus Israel entkernen würden.

Von Yonatan Shay

RONALDO SCHEMIDT / AFP

Das Nationalstaatsgesetz definiert Israel als Heimstätte des jüdischen Volkes

In den letzten Wochen hat der Staat Israel eine komplexe moralische Frage aufgeworfen, die in direktem Zusammenhang mit der Zukunft und dem Schicksal des Staates Israel als jüdischer Staat steht. Diese Frage spaltet die israelische Gesellschaft und betrifft die heikelsten und herausforderndsten Probleme, mit denen das in Zion lebende jüdische Volk in den letzten Jahren konfrontiert war. Sollte der Staat Israel, die Nation des Volkes, das die schwersten Verfolgungen und den brutalsten Völkermord in der Geschichte der Menschheit erlitten hat, seine Tore nicht nur für Juden öffnen, sondern auch für Nichtjuden, die vor dem Inferno des Ukraine-Kriegs um ihr Leben fliehen?

Das ist keine einfache Frage und kann auch in allen möglichen Variationen formuliert werden. Aber das Fazit ist - diese Debatte verkörpert etwas viel Tieferes als das aktuelle Flüchtlingsproblem.

Die Wurzel der Kontroverse liegt in der Identität der Ukrainer, die in den letzten Wochen zu Tausenden nach Israel gekommen sind. Sind sie überhaupt Juden? Sind sie überhaupt Flüchtlinge? Und warum Israel, wenn die EU und andere westliche Länder wie Deutschland sie gerne aufnehmen? Die Meinungen in Israel sind geteilt zwischen denen, die glauben, dass die höchste Berufung des Staates eine nationale Heimat für das jüdische Volk ist und dass es eine jüdische Mehrheit geben muss, die den Ton angibt, und denen, die dies zwar für ein wichtiges Ziel halten, aber nicht als das wichtigste – für diese Personen reicht es bereits aus, dass Israel „nur“ eine funktionierende Demokratie ist. Es gibt auch diejenigen, die im Postzionismus denken, dass Israel ein Staat all seiner Bürger sein sollte, ein weiterer westlicher Staat ohne Verbindung zum Judentum.

Wir haben in den letzten Tagen das linke Lager des politischen Systems in Israel gehört und mit ihnen die lange Reihe von Journalisten, Kulturschaffenden und Akademikern, die dasselbe ideologische Lager mit ihnen teilen. Viele von ihnen sehen sich, bevor sie sich als Bürger des jüdischen Staates sehen, als Weltbürger. Irgendetwas an dem Wort „Jude“ bereitet ihnen Unbehagen. Im März 2022 sind 17.676 ukrainische Staatsbürger nach Israel eingereist - die überwiegende Mehrheit sind Nichtjuden nach der Halacha und etwa die Hälfte von ihnen sind auch Nichtjuden nach dem Rückkehrgesetz (was bedeutet, dass von den zurückliegenden 3 Generationen mindestens eine das Judentum nachweisen muss, um nach Israel einzuwandern und Staatsbürger zu werden). Tatsächlich hat Innenministerin Ayelet Shaked eine Quote von bis zu 5.000 ukrainischen Bürgern festgelegt, die als Nichtjuden aufgenommen werden sollen.

Das linke Lager im liberalen und aufgeklärten Israel hat eigentlich kein Problem mit Juden, da sie selbst welche sind, aber es ist unbequem für sie, an einen Ort gedrängt zu werden, der sich nur durch Juden unterscheidet. Sie wollen wie alle anderen sein – mit dem Rest der Nationen zusammen sein und dann werden sie vielleicht die Sicherheitsprobleme lösen und die Araber im Nahen Osten werden beginnen, uns zu lieben, einschließlich der „Palästinenser“, und vielleicht wird das die Terroranschläge in Israel und die Raketen aus Gaza stoppen. Auf jeder möglichen Bühne in Israel erklären Mitglieder der postzionistischen linken Elite, dass mehrere Zehntausend Nichtjuden, die hier einreisen, das demografische Gleichgewicht nicht ändern werden, und dass dies niedrige Zahlen sind und dass die jüdische Mehrheit in Israel dabei nicht infrage gestellt wird, daher ist es wichtig, einige Fakten zu präsentieren.

> Der Anteil der Juden im Staat Israel ist heute hoch niedriger als bei der Staatsgründung!

Anteil der jüdischen Bevölkerung sinkt

Die jüdische Mehrheit im Staat Israel ist in den letzten Jahren stetig geschrumpft. In den letzten zweieinhalb Jahrzehnten ist der Anteil der Juden in Israel um mehr als 7 % gesunken. Mitte der 1990er Jahre waren 81 % der israelischen Bürger Juden. Heute beträgt der Anteil der Juden weniger als 74 %. Trotz der Millionen von Einwanderern, die uns im Laufe der Jahre zuströmten, und der Geburtenrate, die bei säkularen Juden stetig zunimmt und bei israelischen Arabern sinkt: Der Anteil der Juden im Staat Israel ist heute hoch niedriger als bei der Staatsgründung!

Die jüdische Mehrheit schrumpft definitiv und es beunruhigt sicherlich einige im national-zionistischen Lager, dass sich die überwiegende Mehrheit der religiös und traditionell verbundenen israelischen Bürger als Teil dieses Lagers sieht. Wenn die Juden im jüdischen Staat zur Minderheit werden, werden wir dann langfristig wieder zu Verfolgten im eigenen Haus? Tatsächlich hat die größte zionistische Bewegung in Israel (Im Tirtzu -https://juedischerundschau.de/article.2020-11.im-tirtzu-die-konservative-studentenbewegung-israels.html(wenn Sie so wollen, bereits eine Katastrophenaufklärungskampagne gestartet. Diese Katastrophe wird von postzionistischen Elementen der israelischen Linken vorangetrieben, die seit langem jegliche Verbindung zur jüdischen Tradition und unseren Wurzeln verloren haben. Es ist daher wichtig, einige der Lügen zu widerlegen, die sie in den letzten Wochen in Israel verbreitet haben: Ihre Hauptbehauptung ist, dass nur die Aufnahme nichtjüdischer Ukrainer in Israel (weil wir Juden nach dem Rückkehrgesetz ohnehin aufnehmen „müssen“) eine „wirkliche“ Lebensrettung ist. Daraus leitet sich der Anspruch ab, Menschen, die vor dem Krieg fliehen, zu helfen, da die Juden zur Zeit der Shoah, als diese vor der Naziverfolgung geflohen sind, auch einen Staat gesucht haben, der sie aufnimmt.

Flüchtlinge oder Migranten?

Abgesehen von dem morbiden obsessiven Bedürfnis, das aus irgendeinem Grund in uns stärker vorhanden ist als irgendwo sonst auf der Welt, jedes Trauma mit dem Holocaust zu vergleichen, muss gesagt werden, dass dies eine bittere Behauptung ist. Eine Behauptung, die in vielerlei Hinsicht

falsch ist, aber wir werden uns zunächst nur eine davon anschauen: die unglücklichen Flüchtlinge der Kämpfe in der Ukraine kommen nicht nach Israel, um mit ihrem Leben zu entkommen! Sie überqueren zuerst die Grenze in die an die Ukraine grenzenden Länder: Rumänien, Polen und Moldawien und die Slowakei und so weiter - werden dort aufgenommen und sobald sie die Grenze eines dieser Länder überqueren, ist ihr Leben gerettet. Daher ist die Debatte darüber, wie viele Flüchtlinge wir in Israel aufnehmen sollen, legitim, aber auch in diesem Zusammenhang ist es wichtig, sachlich zu bleiben und sich an die Fakten zu halten. Und Tatsache ist, dass wir nicht die erste Station sind, die die Ukrainer vor den Schrecken des Krieges bewahrt. Viele von ihnen wollen zu uns kommen, nachdem sie bereits vor uns ein sicheres Ufer erreicht haben. Die Menschen, die nach Israel kommen und diejenigen, die überhaupt kommen werden, sind keine Flüchtlinge nach jedem internationalen Vertrag! Und jetzt, da wir diese Lüge des postzionistischen linken Lagers im Staat Israel zerschmettert haben, lassen Sie uns darüber sprechen, was uns wirklich wichtig ist – ist es wirklich unsere Pflicht, ihnen zu helfen, nur weil wir Juden sind und angesichts unserer Vergangenheit als Holocaust-Flüchtlinge Nichtjuden akzeptieren müssen, die aus der Ukraine fliehen, aber keine Juden sind?

Während des Holocaust sah sich das Volk Israels der Vernichtung gegenüber, und die Tore der Länder der Welt, einschließlich der Tore des damaligen Palästinas (nach der feigen Politik Großbritanniens während des Mandats, das den Verlust des arabischen Öls befürchtete), wurden ihnen vor der Nase verschlossen. In der Ukraine, wie in anderen Teilen der Welt, ist es ein Krieg zwischen Ländern mit all seinen Schrecken und Leiden, er hat nicht den Anspruch, das eine oder andere Volk zu zerstören, und die ukrainischen Flüchtlinge kommen nicht aus dem Inferno, sondern aus europäischen Ländern, in die sie geflohen sind, sogar westeuropäische Länder. Aufgrund der demografischen Krise altert die Bevölkerung und die Europäer brauchen arbeitende Hände, um ihre Wirtschaft zu erhalten!

Daher muss die Prioritätenreihenfolge klar sein – der Staat Israel ist als einziger Staat des jüdischen Volkes in erster Linie dazu verpflichtet, Juden auf der ganzen Welt zu helfen, wo immer sie sind, und ihnen die Einwanderung zu ermöglichen, insbesondere solchen in Not, besonders im Krieg. Daher besteht die erste Verpflichtung des Staates Israel nun darin, die Aufnahme von Hunderttausenden Juden aus der Ukraine und Russland vorzubereiten. Das sind viele Menschen, von denen erwartet wird, dass sie nach Israel kommen, solange der Krieg andauert, an dessen Aufnahme Israel gemäß der zionistischen Vision als Staat des jüdischen Volkes interessiert ist. Israel hat sich unter jeder Regierung (ob links oder rechts) immer bemüht, es zu fördern, und es ist auch wirtschaftlich und demographisch daraus gewachsen, wie es in den 1990er Jahren geschah, als eine Million jüdische Einwanderer nach dem Untergang der Sowjetunion nach Israel kamen.

Das Leid der ukrainischen Bevölkerung ist von der israelischen Regierung nicht unbemerkt geblieben. Für die Errichtung eines Feldkrankenhauses in der Ukraine für die verletzten Bürger wurden 21 Millionen NIS aus dem Geld der israelischen Steuerzahler genehmigt.

Israel für die Ukrainer schon immer attraktiv

Wenn es keine antizionistischen Bewegungen in Israel gäbe, die versuchen, uns zu einem gewöhnlichen westlichen Staat zu machen und alle Verbindungen zu den zionistischen Wurzeln (mit großzügiger Finanzierung solcher Kampagnen von Europa und den Vereinten Nationen) und den eigentlichen Juden auszulöschen, würde die jüdische Mehrheit in Israel nicht schrumpfen.

Denn selbst für den Fall, dass es eine sehr gefährliche Zuwanderung gäbe, ist es wichtig zu beachten, dass Israel schon vor dem Krieg ein attraktives Ziel für Auswanderer aus der Ukraine war. Vor etwas mehr als einem Jahrzehnt beschloss Israel im Rahmen einer politischen Entscheidung von Avigdor Lieberman, dem Vorsitzenden der parteipolitischen Vertretung des russischsprachigen Sektors in Israel, die Notwendigkeit eines Einreisevisums für Einwanderer aus der Ukraine abzuschaffen.

Ab 2014 wurde mehr als 35.000 Touristen aus der Ukraine die Einreise verweigert, aus Sorge, dass diese nicht gekommen waren, um zu reisen, sondern um Arbeit zu suchen und sich niederzulassen. Ende 2020 kamen ein Viertel aller Ausländer, die als Touristen nach Israel einreisten und nicht wieder abreisten, als ihr Touristenvisum abgelaufen war, aus der Ukraine. Sie halten sich alle illegal bei uns auf.

Machtkampf um die zionistische Vision

In der Tat ist dies ein starker und kompromissloser Machtkampf in der gesamten israelischen Gesellschaft gegen linke Eliten, die sich von ihren jüdischen Wurzeln gelöst haben und glauben, dass die zionistische Vision abgelaufen ist und die Rettung des israelischen Volkes aus der Abkehr von der jüdischen Identität kommen wird, und da ihnen hierzu jedes Mittel recht ist, werden sie dies mit extremen Manipulationen und allen Mitteln tun, die ihnen zur Verfügung stehen, wie dem Einsatz ihrer Macht, den Staat Israel mit Nichtjuden zu überschwemmen. Es gibt genug Antizionisten in der gegenwärtigen israelischen Regierung, auch bekannt als die Anti-Bibi-Koalition, die einen solchen Plan ausführen können, und es geschieht bereits in diesen Tagen. Linksradikale Organisationen in der israelischen Gesellschaft haben den ukrainischen Botschafter in Israel, Ivan Kornichuk, dazu überredet, vor dem Obersten Gericht eine Klage gegen die israelische Regierung einzureichen, weil sie sich weigert, ukrainische Staatsbürger aufzunehmen, die vor dem Krieg fliehen. Es gibt kein Land auf der Welt, das eine diplomatische Vertretung erhalten hätte, die die Regierung des Gastlandes untergräbt, verzögert und rechtlich gegen diese vorgeht, woanders auf der Welt hätte es in einer Ausweisung geendet – aber nicht in Israel. Der Fall wird in diesen Tagen verhandelt. Außerdem führen viele Medienvertreter der israelischen Linken eine niederträchtige Kampagne durch. So der prominente politische Journalist Nahum Barnea von "Yediot Aharonot" Zeitung: „Im Westen wird, im Angesicht der Katastrophen in anderen Ländern, Israels Grausamkeit, Fremdenfeindlichkeit und Gleichgültigkeit mit Kopfschütteln und Unglauben betrachtet und man fragt sich dort immer häufiger: Ist dies der jüdische Staat?“ Zu ihm gesellte sich seine Kollegin, die politische Kommentatorin Sima Kadmon: Sie erzählte von einem Gespräch mit einem israelischen Minister aus der Koalition, der „sich der scharfen Kritik bewusst war, die in Israel und im Ausland über die Art und Weise, wie Israel diese Flüchtlinge aufnimmt, gehört wurde“. Einige Journalisten aus dem zionistischen Lager fragten daraufhin, nachdem einige von ihnen die Schlagzeilen ausländischer Zeitungen überprüften und keine solche Kritik fanden, Journalisten aus anderen Ländern nach Belegen für die Aussagen Kadmons and Barneas. Allerdings konnte ihnen niemand auch nur eine einzige Quelle nennen. Sie waren die einzigen, die versuchten, eine globale Realität zu malen, die ihrer progressiven Weltanschauung entsprach. MK Yair Golan (im Namen der antizionistischen Meretz-Partei, die in der Vergangenheit Prozesse in Israel mit Prozessen in Nazideutschland verglich und die Gewalt der Beduinen im Süden Israels gegen Sicherheitskräfte förderte) zitierte die Segenserinnerung des ehemaligen israelischen Premierministers Menachem Begin, als er sich entschied, in den 1970er Jahren, Flüchtlinge aus Vietnam aufzunehmen: "Wir erinnern uns an Schiffe mit jüdischen Flüchtlingen in den 1930er Jahren, die auswanderten und viele Länder betreten wollten und abgelehnt wurden", sagte Begin damals, "heute existiert der jüdische Staat. Wir haben nicht vergessen."

Nur was MK Golan behauptete, ist wirklich irrelevant und wirklich am Rande des Wahnsinns - "Kein Land im Fernen Osten will den 66 Flüchtlingen, die von dem israelischen Schiff gerettet wurden, Asyl gewähren", berichtete Maariv (die führende Zeitung in Israel in jenen Jahren) am 17. Juni 1977. Natürlich ist die Situation heute völlig anders und jeder Vergleichsversuch lächerlich. Gibt es heute noch außer uns niemanden, der bereit ist, die Ukrainer aufzunehmen? Für den harten Kern der postzionistischen (und sogar antizionistischen) Linken, ist es kein Problem, die Geschichte zu verzerren, zu lügen, intrigante Kampagnen durchzuführen und sogar das israelische Establishment mit den Nazis zu vergleichen, um das zu erreichen, was sie wollen – Israel als Vielvölkerstaat ohne jüdische Symbole. In der ersten antizionistischen Regierung in der Geschichte des Staates Israel schlossen sich auch Meirav Michaeli (Labour Party) und Nitzan Horowitz (Meretz Anti-Zionist Party) dem Kampf an und forderten in Regierungssitzungen, die Tore Israels für alle Ukrainer zu öffnen, die hierher kommen wollen. Die von Innenministerin Shaked zu Beginn der Krise vor wenigen Wochen bewilligte Quote von 5.000 Nichtjuden, die nach dem Krieg nach Israel kommen dürfen, ist längst ausgeschöpft und hat diese Zahl weit überschritten.

Das Volk der Ewigkeit

Es scheint, dass der Krieg zwischen der Ukraine und Russland bestehende und sehr explosive Konflikte in der israelischen Gesellschaft offenbart. Eines ist sicher – diejenigen, die Israels Charakter als Nationalstaat des jüdischen Volkes leugnen wollen, sind nicht nur unsere Feinde, wie die „palästinensischen“ Terrororganisationen und ausländischen Regierungen aus dem Westen, die wissen, dass eine Loslösung von den Wurzeln das israelische Volk brechen kann – sondern sind doch hier bei uns, in den Studios, in den Radiosendern, in den Zeitungssystemen, in der Knesset und in der Regierung. Als die israelische Regierung viele Jahre nach Wegen suchte, die illegale Einwanderung aus Afrika zu beenden, die Süd-Tel Aviv überschwemmte und in ein von Kriminalität und Gewalt heimgesuchtes Gebiet verwandelte, versuchten sie uns als Rassisten darzustellen und verhinderten Abschiebungen durch abscheuliche Rechtsakte und legten der Regierung Handschellen an. Die Folge hiervon war, dass die Staatsgewalt im Süden von Tel Aviv, dem Herzen des Staates Israel, inzwischen völlig die Kontrolle verloren hat.

Es ist wichtig, sich daran zu erinnern, dass das Volk Israel auch „das Volk der Ewigkeit“ genannt wird (in einem Auszug aus der Bibel sagt Samuel, dass der Prophet Samuel zu König Saul sagt: „Das ewige Israel wird nicht lügen.“). Das zionistische Lager und die vernünftige Mehrheit in Israel werden es sicher nicht zulassen, dass Israel zu einem weiteren arabischen, bzw. nichtjüdischen Staat wird. Im Tirtzu, die größte und einflussreichste zionistische Bewegung in Israel (wo ich hauptberuflich arbeite), startete eine aufklärende Kampagne in der israelischen Gesellschaft gegen den arroganten Versuch linker Eliten, uns mit Zehntausenden nichtjüdischen Flüchtlingen zu überfluten. Hierbei konnte sie viele Politiker hinter sich vereinen und das ganze Volk für sich gewinnen. Die israelische Gesellschaft wird dieser Tage zerrissen – aber die Folgen des Ukraine-Russland-Krieges haben uns tatsächlich gelehrt: Der Kampf um den jüdischen Charakter des Staates Israel ist nicht nur ein physischer Krieg gegen diejenigen, die uns im Nahen Osten zerstören wollen, sondern auch ein innerjüdischer Konflikt. Die Chanukka-Ereignisse hatten auch eine solche Erfahrung, die in einem brutalen Bürgerkrieg endete, einem Krieg gegen das jüdische Volk, als das griechische Reich von Antiochus zugunsten der „antijüdischen Juden“ übertragen wurde, aber schließlich erlitten sowohl das größte damaliges Reich als auch diese Juden eine schwere Niederlage. Ob Sie es glauben oder nicht – der Sieg über jene antijüdischen Elemente, die uns heute dazu bringen, Chanukka zu feiern – wird auch von der extremen und antijüdischen Linken im Staat Israel und im Allgemeinen von progressiven und säkularen Juden auf der ganzen Welt gefeiert. Vielleicht ein Zeichen für die Zukunft. Wie wird dieser Kampf um die jüdische Zukunft des Staates Israel enden?

Über den Autor: der Politikwissenschaftler Yonatan Shay wuchs in Herzliya (Israel) auf und lebte fünf Jahre in Deutschland. Er studierte Internationale Beziehungen und Diplomatie an der IDC Herzliya. Sein Masterstudium absolvierte er an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Nach seinem Studium leistete er ein Praktikum im Deutschen Bundestag und beim AJC Berlin ab. Heute arbeitet er als Abteilungsleiter bei „Im Tirtzu“, der größten zionistischen Graswurzelbewegung Israels und betreut innerhalb seiner Tätigkeit auch die Hasbara/Israel-Advocacy Desk.

Yonatan Shay ist der ehemalige Gesandter der Jewish Agency for Israel in Süddeutschland und arbeitete auch als Medienanalyst bei dem israelischen Government Press Office. Seit Mai 2019 schreibt er auch für die Jüdische Rundschau.

Die arabische Feindschaft im Herzen Israels

Laut einer Meinungsumfrage, lehnen 75 % der israelischen Araber das Recht des jüdischen Volkes auf Souveränität und den Status Israels als Nationalstaat der Juden ab. Ein Viertel würde sogar bei einem arabischen Angriff auf Israel die Eindringlinge unterstützen. Und das, obwohl die arabischen Bürger Israels seit mehr als einem halben Jahrhundert volle Bürgerrechte genießen und einen höheren Lebensstandard als in den Nachbarländern haben.

Martin Sherman/JNS

Arabische Israelis bei einer Demonstration in Lod, östlich von Tel Aviv

„Umfrage: 23 % der arabischen Israelis würden eine arabische Invasion in Israel unterstützen“ — Schlagzeile von i24 News, 15. Mai 2022

Paradoxerweise ist ein Vorfall, der die unauslöschliche arabische Feindschaft gegenüber den Juden anschaulich illustriert, ein Ereignis, das mit einer Demonstration arabischen Wohlwollens – ja, sogar Galanterie – gegenüber einem Juden begann.

Mitte Juni 2020 hörte ein arabischer Bauarbeiter, Mahmoud Abu Arabian, die Hilferufe einer Frau. Er eilte ihr zu Hilfe und musste feststellen, dass sie von ihrem Freund brutal attackiert wurde, der mehrfach auf sie eingestochen hatte. Unter erheblicher Gefahr für sich selbst gelang es ihm, den (jüdischen) Angreifer zu überwältigen und die verletzte (jüdische) Frau zu befreien, die in ein Krankenhaus gebracht wurde, wo die Ärzte ihr Leben retten konnten.

Nach der Genesung des Opfers erklärte Abu Arabian, dass er sie sehr gerne besucht hätte, dies aber wegen der Missbilligung in seinen sozialen Kreisen nicht tat, die seine Entscheidung, eine jüdische Frau und somit und ein jüdisches Leben zu retten, missbilligten.

Diese Episode bestätigt in hohem Maße die düsteren Ergebnisse einer kürzlich durchgeführten Meinungsumfrage, wonach eine große Mehrheit (75 %) der israelischen Araber das Recht des jüdischen Volkes auf Souveränität und den Status Israels als Nationalstaat der Juden ablehnt. Noch bedrohlicher: Auf die Frage, wie sie im Falle eines arabischen Angriffs auf Israel reagieren würden, antwortete fast ein Viertel, dass sie die arabischen Angreifer unterstützen würden, während über die Hälfte neutral bleiben würde. Nur etwas mehr als ein Viertel (26 %) würde Israel unterstützen.

Träge Loyalität oder latente Illoyalität?

Diese Zahlen, so gravierend sie auch sind, sind nicht unerwartet und sollten es auch nicht sein. Schließlich haben die israelischen Araber bei der letzten Wahl fast ausnahmslos für Parteien gestimmt, die eine antizionistische Agenda vertreten – über 80 % für die Vereinigte Liste oder die islamistische Vereinigte Arabische Liste (Ra’am). Selbst ein flüchtiger Blick auf die offiziellen Programme dieser mehrheitlich arabischen Parteien offenbart eine unverhohlene und unverschleierte Ablehnung Israels als Nationalstaat des jüdischen Volkes.

Und das, obwohl die arabischen Bürger Israels seit mehr als einem halben Jahrhundert volle Bürgerrechte genießen, einen höheren Lebensstandard als in den arabischen Ländern haben – vielleicht mit Ausnahme derer, die mit Ölreichtum gesegnet sind – und mehr persönliche Freiheiten haben als irgendwo sonst in der arabischen Welt. Dies macht die arabische Zurückhaltung bei der Unterstützung Israels gegen eine mögliche arabische Aggression zu einem perversen Rätsel.

Es macht keinen großen Unterschied, wenn die oben zitierte Umfrage nicht ganz präzise ist. Selbst wenn wir erhebliche Ungenauigkeiten in Kauf nehmen, ist eine Sache offensichtlich: Ein beträchtlicher Teil der israelisch-arabischen Bevölkerung ist nicht nur ihrem Heimatland nicht loyal, sondern würde sich bei einem feindlichen Angriff auf das Land zum Komplizen machen.

Es bleibt also wenig anderes übrig, als sich mit der Tatsache abzufinden, dass die Haltung der unbestreitbaren Mehrheit der israelischen Araber gegenüber Israel von einem trägen Mangel an Loyalität bis hin zu einer latenten Illoyalität reicht, die nur auf einen günstigen Moment wartet, um sich zu manifestieren.

Ein archetypisches Nullsummenspiel

Das Unvermögen des israelischen Establishments, das Ausmaß und die Tragweite der Ablehnung der jüdischen souveränen Staatlichkeit unter den israelischen Arabern zu begreifen, spiegelt sich nicht nur in der israelischen Innenpolitik wider, sondern auch in der Außenpolitik gegenüber den externen arabischen Gegnern – insbesondere den „palästinensischen“ Arabern, der vermeintlichen Wurzel des arabisch-israelischen Konflikts.

In diesem Zusammenhang lohnt es sich vielleicht, an das weise Diktum des bedeutenden Sozialpsychologen Kurt Leven zu erinnern, der feststellte: „Es gibt nichts Praktischeres als eine gute Theorie“. Schließlich ist Handeln ohne Verstehen ein wenig so, als würde man einen Hammer schwingen, ohne zu wissen, wo die Nägel sind – und das ist genauso gefährlich. In dieser Hinsicht hilft uns eine gute Theorie, Ursache und Wirkung zu verstehen, und erleichtert so eine wirksame Politik.

Um eine wirksame Politik gegen die anhaltende arabische Feindschaft zu entwickeln, muss Israel den Konflikt um die Frage der jüdischen Souveränität im Heiligen Land genau konzeptualisieren. Die ungeschminkte Wahrheit ist, dass der Konflikt zwischen den Juden und den „palästinensischen“ Arabern um die Kontrolle über das Heilige Land bei einer korrekten Betrachtung als ein Zusammenstoß zwischen zwei rivalisierenden Kollektiven mit unversöhnlichen Grundnarrativen erscheint.

Sie sind unversöhnlich, weil die raison d’être des einen die Erhaltung der jüdischen politischen Souveränität im Heiligen Land ist, während die raison d’être des anderen die Aufhebung der jüdischen politischen Souveränität im Heiligen Land ist. Dies führt zu unvereinbaren Konzepten von „Heimat“.

Der Konflikt zwischen den Juden und den „palästinensischen“ Arabern ist somit ein archetypisches Nullsummenspiel, bei dem die Gewinne der einen Seite unweigerlich Verluste für die andere bedeuten. Es ist ein Aufeinandertreffen von Protagonisten mit gegensätzlichen und exklusiven Kernzielen. Nur einer kann als Sieger hervorgehen, der andere als Besiegter. Es gibt keine Trostpreise.

Nur widerwillig akzeptiert oder sehr gefürchtet?

Der israelisch-arabische Konflikt ist ein Zusammenstoß von Kollektiven, dessen Ausgang durch einen kollektiven Sieg oder eine kollektive Niederlage bestimmt wird. Das Schicksal einzelner Mitglieder eines Kollektivs kann nicht die Politik des rivalisierenden Kollektivs bestimmen, und es kann keine Überlegung sein, die die Wahrscheinlichkeit eines kollektiven Sieges oder einer Niederlage beeinflusst.

Der Imperativ des Überlebens Israels diktiert also, dass es auf das Streben nach warmer und willkommener Zustimmung seitens der Araber verzichten muss. Für die absehbare Zukunft wird diese verführerische Illusion ein unerreichbarer Wunschtraum bleiben. Vielmehr muss sich Israel mit einer ernsten, aber nüchternen Feststellung abfinden: Das Höchste, worauf es hoffen kann, ist, widerwillig akzeptiert zu werden, und das Mindeste, was es erreichen muss, ist, sehr gefürchtet zu werden. Wohlwollendere politische Ziele sind ein Rezept für eine Katastrophe.

Um die entscheidende Bedeutung dieser harschen Einschätzung zu unterstreichen, möchte ich jeden potenziellen Abweichler auffordern, die Folgen einer jüdischen Niederlage und eines arabischen Sieges zu bedenken. Ein flüchtiger Überblick über die blutigen regionalen Realitäten im Nahen Osten sollte genügen, um zu verdeutlichen, was mit einem solchen Ergebnis einhergehen würde.

Erst wenn ein entscheidender jüdischer Kollektivsieg errungen ist, kann die Frage der individuellen Ungerechtigkeit und des Leids im arabischen Kollektiv als politische Überlegung angesprochen werden. Bis dahin kann weder das individuelle Wohlergehen noch das gesellschaftliche Wohlergehen des gegenüberliegenden Kollektivs als vorrangige politische Vorgabe gelten.

Wäre der Imperativ des kollektiven Sieges nicht der entscheidende Faktor in der Strategie der Alliierten im Zweiten Weltkrieg gewesen, trotz der schrecklichen zivilen Verluste, die er dem anderen Kollektiv zufügte, würde die Welt heute vielleicht in Sklaverei leben.

Wenn wir das Schicksal einzelner Mitglieder des gegnerischen Kollektivs betrachten, müssen wir unbedingt bedenken, dass es zwar zweifellos viele „palästinensische“ Araber mit guten persönlichen Eigenschaften gibt, die niemandem etwas Böses wollen, dass aber das „palästinensisch“-arabische Kollektiv nicht das unglückliche Opfer radikaler, mit dem Terror verbundener Führer ist. Ganz im Gegenteil. Es ist in der Tat der gesellschaftliche Schmelztiegel, in dem diese Führer geschmiedet wurden und aus dem sie hervorgegangen sind. Ihre Führung ist ein Spiegelbild der „palästinensisch“-arabischen Gesellschaft und nicht eine Zumutung für sie.

Die Schlussfolgerung ist daher unausweichlich: Das „palästinensisch“-arabische Kollektiv ist kein potenzieller Friedenspartner.

Martin Sherman (www.martinsherman.org) ist Gründer und geschäftsführender Direktor des Israel Institute for Strategic Studies (www.strategic-israel.org) und Mitglied der Forschungsabteilung von Habithonistim: Israels Verteidigungs- und Sicherheitsforum.

Biden-Administration finanziert Anti-Israel-Lehrpläne und Hassbotschaften

Die US-Regierung hat beschlossen, die Finanzhilfe für das Hilfswerk der Vereinten Nationen für „Palästinaflüchtlinge" (UNRWA) wieder aufzunehmen, obwohl die Schulbücher des Hilfswerks weiterhin zu Gewalt gegen Juden aufrufen und die Existenz Israels negieren. Damit erhöht sich die Gesamtunterstützung während der Biden-Administration auf mehr als 618 Millionen Dollar. Eine Stabilisation der Region wird damit nicht erreicht, die meisten Flüchtlingslager sind zu Brutstätten für extremistische und terroristische Gruppen geworden.

Von Bassam Tawil/ Redaktion Audiatur

Das bedeutet, dass die Gelder der US-Steuerzahler dank der Biden-Administration nun wieder direkt an eine internationale Organisation gehen, die Hassbotschaften gegen Israel verbreitet und dessen Existenzrecht leugnet.

Die Wiederaufnahme der Finanzhilfe für UNRWA wird auch dazu beitragen, dass das Problem der „palästinensischen" Flüchtlinge und ihrer Nachkommen fortbesteht.

Anstatt den „Flüchtlingen" zu helfen, ihr Leben weiterzuführen und eine bessere Zukunft für sich und ihre Kinder zu suchen, wird UNRWA sie weiterhin ermutigen, in den Flüchtlingslagern zu bleiben, indem das Hilfswerk ihnen verschiedene Dienstleistungen, einschließlich Bildung und Gesundheitsversorgung, zur Verfügung stellt. Warum sollte ein „Palästinenser" ein Flüchtlingslager verlassen wollen, wenn er oder sie kostenlose Bildung und Gesundheitsversorgung erhält?

Die jüngste Ankündigung der US-Regierung wurde während des jüngsten Besuchs von Präsident Joe Biden in Israel und im Westjordanland gemacht. „Die Vereinigten Staaten sind der Ansicht, dass palästinensische Flüchtlinge es verdienen, in Würde zu leben, dass ihre Grundbedürfnisse befriedigt werden und dass sie Hoffnung für die Zukunft haben", so das Weiße Haus in einer Erklärung.

„Präsident Biden wird zusätzliche 201 Millionen Dollar für das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge ankündigen, um weiterhin wichtige Dienstleistungen für palästinensische Flüchtlinge im Westjordanland, im Gazastreifen, in Jordanien, im Libanon und in Syrien zu erbringen. […] Diese Leistungen tragen direkt zur Aufrechterhaltung der regionalen Stabilität bei, was den Interessen der Vereinigten Staaten, unserer Verbündeten und unserer Partner zugute kommt. Dieser Beitrag festigt den Status der Vereinigten Staaten als größter Geber von UNRWA. Mit diesen neuen Mitteln erhöht sich die Gesamtunterstützung der Vereinigten Staaten für das UNRWA während der Biden-Administration auf mehr als 618 Millionen Dollar."

Die Behauptung, die UNRWA-Dienste trügen zur Aufrechterhaltung der regionalen Stabilität bei, ist nicht nur falsch, sondern leider auch lächerlich.

In den vergangenen sieben Jahrzehnten hat UNRWA die Flüchtlingslager mit allen Arten von Dienstleistungen versorgt, darunter Lebensmittel, Medikamente, Gesundheitsfürsorge, Bildung und Wohnraum. Diese Hilfe hat sicherlich nicht dazu beigetragen, Spannungen abzubauen oder Gewalt in den Flüchtlingslagern im Besonderen oder in der Region im Allgemeinen zu verhindern.

Brutstätten des Terrorismus

Im Gegenteil, die meisten Flüchtlingslager sind seither zu Brutstätten für extremistische und terroristische Gruppen und Einzelpersonen geworden, insbesondere im Westjordanland, im Gazastreifen, im Libanon und in Syrien. Die Flüchtlingslager in diesen Gebieten haben zahllose Terroristen hervorgebracht, die für die Ermordung von Tausenden von Israelis und Arabern gleichermaßen verantwortlich waren. Die Lager im Westjordanland und im Gazastreifen spielten eine wichtige Rolle bei den beiden gewalttätigen Aufständen (Intifadas) von 1987 und 2000 gegen Israel. Die Lager im Libanon und in Syrien haben ebenfalls eine wichtige Rolle in den Bürgerkriegen gespielt, die dort Mitte der 70er Jahre (Libanon) und Anfang 2011 (Syrien) ausbrachen.

Die Gewalt und die Spannungen in diesen Flüchtlingslagern fanden statt, während sie vom UNRWA verwaltet wurden, das den Bewohnern dort „lebenswichtige Dienste" zur Verfügung stellte. Diese Dienste hielten die Terroristen nicht davon ab, Anschläge gegen Israel und Araber im Libanon und in Syrien zu verüben.

Anna Moneymaker / GETTY IMAGES NORTH AMERICA / Getty Images via AFP

Joe Biden und UNRWA ermutigen die Menschen dazu, in den Flüchtlingslagern zu bleiben

Schlimmer noch, die Tatsache, dass UNRWA den Bewohnern der Lager all diese Dienste zur Verfügung stellt, befreit sie von ihrer Verantwortung: Sie müssen nicht arbeiten gehen, um für die Bildung, die medizinische Versorgung und die Lebensmittel zu bezahlen, die sie von UNRWA kostenlos erhalten. Ein Terrorist, der einen Anschlag verüben will, muss sich nicht um das Wohlergehen und die Zukunft seiner Familie sorgen, denn UNRWA ist immer da, um alle täglichen Bedürfnisse zu erfüllen.

Dieser Wohlstandskokon bedeutet natürlich nicht, dass alle Flüchtlingslager in Terrorismus und Gewalt verwickelt sind. Man kann jedoch mit Sicherheit sagen, dass viele dieser Lager Terroristen willkommen heißen, ermutigen und hervorbringen.

Nehmen wir zum Beispiel das nördliche Westjordanland, wo das Flüchtlingslager Dschenin von UNRWA verwaltet wird.

In den letzten Jahrzehnten hat sich das Lager zum wichtigsten Zentrum für Terroristen verschiedener Gruppen im Westjordanland entwickelt. Dazu gehören die Hamas, der Palästinensische Islamische Dschihad und die Al-Aqsa-Märtyrer-Brigaden, der bewaffnete Flügel der regierenden Fatah-Fraktion von „Palästinenserführer" Mahmoud Abbas. Obwohl UNRWA das Flüchtlingslager Jenin kontrolliert, konnten seine Vertreter nicht einen einzigen Terroranschlag verhindern, der von dort ausging.

UNRWA hat natürlich weder ein Mandat, gegen Terroristen vorzugehen, noch verfügt es über die Kräfte oder Mittel dazu.

Das bedeutet jedoch nicht, dass das Hilfswerk nichts tun könnte, um Spannungen abzubauen und Terrorismus und Gewalt zu verhindern. Es könnte sich zum Beispiel für Frieden und Koexistenz zwischen Israel und den „Palästinensern" einsetzen. Es könnte in den Schulen, die es in den Flüchtlingslagern verwaltet, Toleranz und Frieden fördern. Tut UNRWA irgendetwas von diesen Dingen?

Hass ist Teil des Lehrplans

Eine Anfang Juli veröffentlichte Studie des Institute for Monitoring Peace and Cultural Tolerance in School Education (IMPACT-se) ergab, dass Kinder, die UNRWA-Schulen besuchen, Lehrbüchern ausgesetzt sind, in denen Gewalt, Märtyrertum, offener Antisemitismus, Dschihad, die Ablehnung der Möglichkeit eines Friedens mit Israel und die völlige Auslassung jeglicher historischer jüdischer Präsenz in der Region erwähnt werden.

„Trotz der relativ geringen Menge an verfügbarem Material fanden wir Material, das nicht den internationalen Standards entspricht und zu Gewalt, Dschihad und Märtyrertum, Antisemitismus, Hass und Intoleranz aufruft, mit einer offen politisierten Sprache, die sowohl die Werte der UN als auch die Neutralitätspolitik des UNRWA verletzt…

„Das vom UNRWA produzierte Material enthält Texte, die das Führen von Kriegen und das Opfern von Leben und Blut zur Befreiung des Mutterlandes verherrlichen, das als das gesamte Mandatsgebiet Palästina [das heutige Israel] beschrieben wird. Zu diesen Beispielen gehören Grammatikübungen, in denen Sätze über „Dschihad-Krieger", „Blutopfer" und „Befreiung Palästinas von den Besatzern" verwendet werden, die den Schülern offen Gewalt suggerieren… und Passagen, in denen „palästinensische" Kämpfer verherrlicht werden, deren Dolche „auf den Hälsen der Soldaten des [israelischen] Feindes landeten"… In einem anderen Beispiel wird ein Gedicht verwendet, um den Schülern beizubringen, dass das Sterben als Märtyrer ein ‚Hobby' ist und dass es unerwünscht und ein Zeichen von Schwäche ist, Frieden zu schließen."

Die Studie kam zu dem Schluss, dass das von UNRWA produzierte Material die Existenz Israels konsequent ignoriert und die Schüler auffordert, Städte und Stätten in Israel als „palästinensisch" zu bezeichnen. Darüber hinaus wird in den Sozialkundeübungen impliziert, dass Israel ein koloniales Gebilde ist, das vom europäischen Kolonialismus geschaffen wurde, um die arabische Welt zu spalten. Israel wird ausschließlich in negativer Weise beschrieben, da es bösartige Absichten gegenüber den „Palästinensern" hegt. Es wird beschuldigt, „palästinensische" Gefangene (Terroristen) und ihre Familien absichtlich und böswillig zu misshandeln und zu versuchen, das „palästinensische" Erbe und die „palästinensische" Identität auszulöschen. In einigen Fällen wird Israelis vorgeworfen, Jerusalem und die Aqsa-Moschee zu entweihen.

Anstatt UNRWA zu drängen, seine Politik zu ändern und die israelfeindliche Hetze in seinen Schulen zu beenden, hat die Regierung Biden beschlossen, das Hilfswerk dafür zu belohnen, dass es Hass, Gewalt, Märtyrertum und die Delegitimierung und Dämonisierung Israels und der Juden fördert. Anstatt UNRWA unter Druck zu setzen, damit es den Flüchtlingen hilft, die Armut und das Elend in den Lagern zu überwinden, verlängert die Regierung Biden durch die Wiederaufnahme der Finanzhilfe für das Hilfswerk das „Leiden" der „Palästinenser" in den Lagern.

Die Gelder, die die Biden-Regierung UNRWA zur Verfügung stellt, zielen darauf ab, den Status der Lager zu erhalten und sicherzustellen, dass die dort lebenden „Palästinenser" dort bleiben, wo sie sind. Durch die Unterstützung von UNRWA gibt die Biden-Regierung den Flüchtlingen zu verstehen, dass sie in den Lagern geduldig bleiben sollen, weil sie eines Tages im Rahmen des so genannten Rückkehrrechts nach Israel ziehen werden.

Das „Recht auf Rückkehr" bedeutet, dass Israel mit Millionen „palästinensischer" Flüchtlinge und deren Nachkommen überschwemmt wird, als erster Schritt zur Zerstörung des Landes und zu seiner Ersetzung durch einen vom Iran unterstützten islamistischen Staat, der von der Hamas und dem Palästinensischen Islamischen Dschihad geführt wird.

Kurzum, die Regierung Biden hat den „Palästinensern" und allen Israelhassern die Botschaft übermittelt, dass sie ihre Bemühungen unterstützt und ihren Traum von der Auslöschung Israels teilt. Diejenigen, die Schulbücher finanzieren, die Terroristen verherrlichen und das Existenzrecht Israels leugnen, machen sich mitschuldig am globalen Dschihad gegen Israel.

Bassam Tawil ist ein muslimischer Araber mit Wohnsitz im Nahen Osten. Auf Englisch zuerst veröffentlicht bei Gatestone Institute. Übersetzung Audiatur-Online.

Streit um Jewish Agency: Israelisch-russische Beziehungen auf dem Prüfstand

Die Jewish Agency ist eine weltweite Organisation, die Juden bei der Einwanderung nach Israel hilft. Nun hat Moskau angekündigt, die russische Niederlassung schließen zu wollen. Dies könnte weitreichende diplomatische und politische Konsequenzen nach sich ziehen. Die Situation wurde weiter verschärft, als Moskau einer Delegation israelischer Regierungsberater, die die Angelegenheit besprechen wollten, die Einreise verweigerte.

Von Ryan Jones/Israel Heute

Russland droht damit, die Organisation, die das Herzstück der Alija, der prophezeiten Rückkehr der israelischen Exilanten, ist, zu schließen, und lehnt israelische Anfragen ab, darüber zu sprechen.

Auf der Kabinettssitzung am 24. Juli in Jerusalem warnte Ministerpräsident Yair Lapid, dass die russische Haltung zu einem Bruch zwischen beiden Ländern führen könnte.

„Die Beziehungen zu Russland sind wichtig für Israel, aber die Schließung der Büros der Jewish Agency wäre ein schwerwiegendes Ereignis, das diese Beziehungen beeinträchtigen würde“, betonte Lapid.

Das russische Justizministerium behauptet, die Arbeit der lokalen Büros der Jewish Agency verstoße gegen russisches Recht“, und fordert, die Organisation aus dem Land zu werfen. Eine Anhörung vor dem Moskauer Bezirksgericht ist für diese Woche angesetzt.

Einreise verweigert

Israel hatte gehofft, der bevorstehenden Anhörung vor dem Moskauer Gericht zuvorkommen zu können, indem es mit dem Kreml über die Angelegenheit verhandelt.

Eine hochrangige israelische Delegation unter der Leitung des nationalen Sicherheitsberaters Eyal Hulata sollte am 23. Juli nach Russland aufbrechen. Doch Moskau bestätigte die Visa der Delegation nicht, sodass sich deren Abreise verzögerte und die Spannungen zunahmen.

Warum macht Russland das?

Es gibt viele Spekulationen darüber, warum Russland dies zu diesem Zeitpunkt tut.

Das russische Justizministerium behauptet zwar, die Jewish Agency habe gegen lokale Gesetze verstoßen, hat aber nicht angegeben, gegen welche Gesetze sie verstoßen hat. Auch der Kreml hat keine Anstrengungen unternommen, die Angelegenheit zu klären.

Eine israelische diplomatische Quelle wurde von TPS mit den Worten zitiert, Russland drohe mit der Schließung der Jewish Agency als Druckmittel, um etwas zu erreichen, eine Form der Erpressung. Es wird erwartet, dass Israel Russland im Gegenzug etwas anbietet, um den Druck zu verringern.

In einem anderen Bericht heißt es, Russland sei verärgert darüber, dass Lapid Premierminister geworden ist. Mehrere Quellen haben darauf hingewiesen, dass der Druck Russlands auf die Jewish Agency begann, nachdem Lapid vor einigen Wochen sein Amt angetreten hatte. Der russische Botschafter in Israel soll israelischen Quellen mitgeteilt haben, dass die Russen mit Lapid als Premierminister unzufrieden seien, weil er sich gegen den Einmarsch Russlands in der Ukraine ausgesprochen habe.

Als Außenminister schloss sich Lapid Ende Februar endlich anderen westlichen Stimmen an, indem er die russische Invasion in der Ukraine offen verurteilte, die seiner Meinung nach „ungerechtfertigt“ war. Nach dem Massaker in Bucha, Ukraine, im April erklärte Lapid: „Die vorsätzliche Schädigung der Zivilbevölkerung ist ein Kriegsverbrechen, das ich auf das Schärfste verurteile.“

Warum die Schließung der Jewish Agency ein Schlag ins Gesicht Israels ist

Die Jewish Agency ist eine weltweite Organisation, die Juden bei der Einwanderung nach Israel hilft.

Mit einer der größten jüdischen Bevölkerungen außerhalb des Staates Israel ist Russland ein wichtiges Einsatzgebiet für die Agentur.

Offiziell heißt die Organisation Jewish Agency for Israel und wurde 1929 als Zweigstelle der Zionistischen Weltorganisation ins Leben gerufen. Später spielte sie eine entscheidende Rolle bei der Gründung des Staates Israel. Tatsächlich war David Ben-Gurion Vorsitzender der Jewish Agency, als er die Unabhängigkeit Israels erklärte.

Nach der Gründung des Staates Israel wurde die Jewish Agency in eine halbstaatliche Organisation umgewandelt, obwohl sie ihre Hauptfinanzierung nicht von der israelischen Regierung erhält.

Die Jewish Agency liegt irgendwo zwischen einer Nichtregierungsorganisation und einem vollwertigen staatlichen Unternehmen. Klarer ist, dass die Agentur eng mit der Wiederherstellung und dem weiteren Wachstum Israels verbunden ist, insbesondere durch die Alija.

Kirill KUDRYAVTSEV / AFP

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1989 hat die Jewish Agency mehr als eine Million Juden aus Russland und seinen Satellitenstaaten bei der Rückkehr in das Land ihrer Vorväter geholfen.

> Mit einer der größten jüdischen Bevölkerungen außerhalb des Staates Israel ist Russland ein wichtiges Einsatzgebiet für die Agentur.

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1989 hat die Jewish Agency mehr als eine Million Juden aus Russland und seinen Satellitenstaaten bei der Rückkehr in das Land ihrer Vorväter und der Integration in die israelische Gesellschaft unterstützt. Die Aufnahme von Einwanderern in einem so kleinen Land wäre ohne eine Organisation wie die Jewish Agency unmöglich gewesen.

Schätzungsweise 180.000 Juden leben noch in Russland, und eine ähnliche Zahl verteilt sich auf Satellitenländer wie die Ukraine. In den israelischen Medien wurde darauf hingewiesen, dass die Schließung der Jewish Agency in Russland Ängste vor einer Rückkehr zu den Bedingungen des Kalten Krieges hervorruft, in denen sich diese Juden gefangen sehen würden.

Was kann Israel dagegen tun?

Lapid wies am 23. Juli das israelische Außenministerium an, eine Reihe politischer Maßnahmen gegen Russland vorzubereiten, die im Falle einer Schließung des russischen Zweigs der Jewish Agency umgesetzt werden sollen.

Es wird erwartet, dass Israel zumindest anfangs eine vorsichtige Haltung einnehmen wird, da Russland in der Lage ist, die Handlungsfreiheit des israelischen Militärs in Syrien einzuschränken, wobei einige sogar befürchten, dass es fortschrittliche Raketen an den Iran liefern könnte.

Nach Ansicht des ehemaligen Botschafters in Russland und der Ukraine, Zvi Magen, hat Jerusalem mehrere Möglichkeiten, Druck auf Moskau auszuüben.

„Israel kann seine de facto neutrale Position in Bezug auf den Krieg in der Ukraine ändern. Natürlich kann dies negative Folgen für die russische Seite haben, aber es ist dennoch eine Option“, sagte er gegenüber JNS. „Darüber hinaus kann sich Israel den westlichen Sanktionen gegen Russland anschließen, an denen es im Moment nicht beteiligt ist. Die gegen Moskau verhängten Sanktionen sind nicht das Ergebnis eines Beschlusses des Sicherheitsrates, sondern unabhängige Initiativen der Vereinigten Staaten, der Europäischen Union und anderer Länder und als solche für Israel nicht bindend.“

Magen betonte, Israel dürfe sich nicht aus Angst um seine militärische Handlungsfreiheit in Syrien einschränken lassen, da Russland nicht darauf aus sei, den Status quo dort zu verändern.

„Die komplizierte politische und militärische Lage, in der sich die Russen befinden, ermöglicht es Israel, ungehinderter Druck auf Moskau auszuüben“, sagte er und schätzte ein, dass Moskau sein Versprechen, die Büros der Jewish Agency in dem Land zu schließen, letztlich wohl kaum einhalten wird.

Die Stunde der Diplomatie

Israel hat in den letzten Jahrzehnten hart daran gearbeitet, herzliche Beziehungen zu Russland zu pflegen. Hierfür gibt es drei Gründe:

Die bereits erwähnte große jüdische Gemeinde, die in Russland verbleibt und die in der Vergangenheit von denen, die einen Sündenbock suchten, mit Gewalt angegriffen wurde;

Russlands militärische Präsenz in Syrien, wo Israel gegen iranische Elemente vorgeht, und dafür die stillschweigende Zustimmung Moskaus benötigt;

die schwächer werdende Position Amerikas im Nahen Osten, die dazu führt, dass Israel sich nicht mehr allein auf seinen wichtigsten Verbündeten verlassen kann und die Beziehungen zu anderen Supermächten wie Russland und China pflegen muss.

Doch während die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten im biblischen Glauben verwurzelt sind (auch wenn moderne Politiker es vorziehen, sich auf gemeinsame demokratische Werte zu berufen), gilt dies nicht für Russland.

Wie unbeständig die Beziehungen zwischen Israel und Russland sind, zeigte sich schon früh im aktuellen Ukraine-Krieg. Um die bilateralen Beziehungen nicht zu gefährden, hat sich Israel auffallend zurückgehalten und den Einmarsch Russlands in sein Nachbarland nicht gemeinsam mit dem Westen verurteilt. In dem Moment, in dem Jerusalem jedoch gedämpfte Kritik äußerte, reagierte Moskau, indem es Israels Recht auf Souveränität auf den Golanhöhen offen infrage stellte (neben anderen unfreundlichen Äußerungen).

Die „Zwei-Staaten-Lösung“ zur Zerstörung Israels

Während die Regierung Biden weiterhin über ihr Engagement für die „Zweistaatenlösung“ spricht, sagt die Mehrheit der „Palästinenser“, dass sie die islamistische Terrorgruppe Hamas, deren Charta die Vernichtung Israels fordert, unterstützt und mehr Terroranschläge gegen Juden wünscht.

Von Khaled Abu Toameh/ Redaktion Audiatur

Die Regierung Biden lebt in der Illusion, dass die „Zweistaatenlösung“, die die Gründung eines unabhängigen und souveränen „palästinensischen“ Staates an der Seite Israels vorsieht, der einzige Weg zu Frieden, Sicherheit und Stabilität im Nahen Osten ist.

Die überwiegende Mehrheit der „Palästinenser“ macht jedoch unmissverständlich klar, dass sie nicht an die „Zweistaatenlösung“ glaubt und es lieber sähe, wenn die vom Iran unterstützte Terrorgruppe Hamas, deren Charta die Vernichtung Israels fordert, an die Stelle der von Mahmoud Abbas geführten „Palästinensischen“ Autonomiebehörde treten würde.

Am 30. Juni sprach US-Außenminister Antony Blinken mit Abbas über die bevorstehende Reise von Präsident Joe Biden in den Nahen Osten.

„Außenminister Blinken betonte das Engagement der USA für eine konkrete Verbesserung der Lebensqualität des „palästinensischen“ Volkes und die Unterstützung der Regierung für eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung“, sagte der Sprecher des Außenministeriums, Ned Price.

Am Vorabend von Bidens Besuch in Israel, dem Westjordanland und Saudi-Arabien ergab eine vom „palästinensischen“ Center for Policy and Survey Research durchgeführte Meinungsumfrage, dass die Unterstützung der „Palästinenser“ für die „Zweistaatenlösung“ deutlich zurückgegangen ist und die Befürwortung einer Rückkehr zu einer bewaffneten Intifada (Aufstand) und terroristischen Anschlägen in Israel zugenommen hat.

Vielaussagende Studie

Nach den Ergebnissen der Umfrage liegt die Ablehnung des Konzepts der „Zweistaatenlösung“ bei 69 %. Weitere 75 % der Befragten sprachen sich auch gegen die Idee einer Einstaatenlösung aus, bei der Israelis und „Palästinenser“ zusammenleben und gleiche Rechte genießen würden.

Die Umfrage ergab, dass 55 % der „Palästinenser“ eine Rückkehr zu bewaffneten Auseinandersetzungen und einer Intifada befürworten, ein Anstieg gegenüber 51 %, die vor drei Monaten eine Rückkehr zur Gewalt befürworteten.

Darüber hinaus gaben 59 % der Befragten an, dass sie Terroranschläge unterstützen, die in den letzten Monaten von „Palästinensern“ in Israel verübt wurden.

Die große Mehrheit der „Palästinenser“ (69 %) ist auch gegen eine bedingungslose Wiederaufnahme der palästinensisch-israelischen Friedensverhandlungen. Weitere 65 % sind gegen einen Dialog mit der Regierung Biden.

Die Umfrage ergab, dass eine Mehrheit der „Palästinenser“ kein Vertrauen in Abbas hat, mit dem die Biden-Regierung verhandelt.

Wenn heute neue Präsidentschaftswahlen abgehalten würden, erhielte Hamas-Führer Ismail Haniyeh 55 % der Stimmen, während Abbas nur 33 % der Stimmen bekäme, so die Umfrage.

Hamas-Führer Ismail Haniyeh droht Israel offenkundig mit Vernichtung

Dreiundsiebzig Prozent der „Palästinenser“ äußerten sich unzufrieden mit der Leistung von Abbas, während weitere 77 % seinen Rücktritt forderten.

Die meisten „Palästinenser“ hielten die Hamas für die geeignetste Partei, um das „palästinensische Volk“ zu vertreten und zu führen.

Die steigende Popularität der Hamas unter den „Palästinensern“ bedeutet, dass der „palästinensische“ Staat, den die Regierung Biden neben Israel errichten will, bald von einer islamistischen Gruppe regiert werden würde, deren Charta besagt, dass „Israel existieren wird und weiter existieren wird, bis der Islam es auslöscht, so wie der Islam andere vor ihm ausgelöscht hat“.

Hamas-Führer will Israel vernichten

Da eine Mehrheit der „Palästinenser“ Abbas durch einen Hamas-Führer ersetzen will, bedeutet dies, dass der geplante „palästinensische“ Staat der Charta der Terrorgruppe verpflichtet sein wird, die nicht an das Existenzrecht Israels glaubt.

Falls die Regierung Biden und die übrige internationale Gemeinschaft nicht wissen, was die Hamas vorhat, sollten sie einen Blick auf die Charta der Terrorgruppe werfen.

In Artikel 11 der Charta ist zu lesen:

„DIE ISLAMISCHE WIDERSTANDSBEWEGUNG GLAUBT, DASS DAS LAND PALÄSTINA EIN ISLAMISCHER WAQF IST, DER FÜR ZUKÜNFTIGE MUSLIMISCHE GENERATIONEN BIS ZUM TAG DES JÜNGSTEN GERICHTS GEWEIHT IST. ES ODER EIN TEIL DAVON DARF NICHT VERGEUDET WERDEN; ES ODER EIN TEIL DAVON DARF NICHT AUFGEGEBEN WERDEN. WEDER EIN EINZIGES ARABISCHES LAND NOCH ALLE ARABISCHEN LÄNDER, WEDER EIN KÖNIG ODER EIN PRÄSIDENT NOCH ALLE KÖNIGE UND PRÄSIDENTEN, WEDER EINE ORGANISATION NOCH ALLE, SEIEN SIE PALÄSTINENSISCH ODER ARABISCH, HABEN DAS RECHT DAZU“.

Hamas-Charta, Art. 11

Die Charta (Artikel sieben) erinnert die Muslime an den berühmten Hadith (Spruch), der dem Propheten Mohammed zugeschrieben wird:

„DER TAG DES JÜNGSTEN GERICHTS WIRD ERST KOMMEN, WENN DIE MUSLIME GEGEN DIE JUDEN KÄMPFEN, UND DER JUDE WIRD SICH HINTER STEINEN UND BÄUMEN VERSTECKEN. DIE STEINE UND BÄUME WERDEN SAGEN: O MUSLIME, O ABDULLAH, HINTER MIR IST EIN JUDE, KOMMT UND TÖTET IHN.“

Hamas-Charta, Art. 7

Der „palästinensische“ Staat, auf den die Regierung Biden drängt, wird zweifellos von der Hamas und ihren Gönnern im Iran als Ausgangsbasis für die Auslöschung Israels genutzt werden.

Die Hamas-Führer haben ihre Absicht, Israel zu vernichten und Juden zu töten, immer klar und deutlich zum Ausdruck gebracht.

Während eines kürzlichen Besuchs im Libanon erklärte Haniyeh, der bevorzugte Präsidentschaftskandidat der „Palästinenser“, dass es „keine Zukunft“ für Israel auf „dem Land Palästina“ gebe.

Haniyeh kündigte an, die Hamas bereite sich auf eine „strategische Schlacht“ mit Israel vor. „Das zionistische Gebilde steht wegen des islamischen Widerstands vor einer dunklen Zukunft“, sagte er und lobte die „Palästinenser“, die Terroranschläge gegen Israel verüben.

Haniyeh sagte, im Falle einer neuen militärischen Konfrontation mit Israel werde die Hamas das „zionistische Gebilde“ innerhalb weniger Minuten vernichten. „Das zionistische Gebilde wird mit 150 Raketen in weniger als fünf Minuten getroffen werden“, drohte er.

Israelfeindliche Konferenz

Während seines Besuchs im Libanon nahm der Hamas-Führer gemeinsam mit Führern der vom Iran unterstützten Terrormiliz Hisbollah an einer Sitzung der so genannten Nationalen Islamischen Konferenz teil. An der Konferenz nahmen auch Vertreter aus mehreren arabischen Ländern teil, darunter Ägypten, Libyen, Kuwait, Syrien, Marokko, Jordanien, Jemen, Libanon und Algerien.

Die Konferenz brachte ihre volle Unterstützung für die Hamas und den Terrorismus gegen Israel zum Ausdruck und wetterte gegen arabische Länder, die eine Normalisierung mit Israel herbeigeführt haben.

„Die Konferenz nimmt die Errungenschaften und Heldentaten des „palästinensischen“ Widerstands im Kampf gegen den zionistischen Feind zur Kenntnis“, heißt es in einer Erklärung der Teilnehmer zum Abschluss des Treffens. „Die Konferenz unterstützt alle Formen des Widerstands gegen den zionistischen Feind“.

Die Konferenz verurteilte die Bemühungen einiger arabischer Länder, „sich mit dem zionistischen Feind zu normalisieren und ihre Länder für dessen Armee, Wirtschaft, Siedler und Politiker zu öffnen“. Sie verurteilte ferner die Bemühungen arabischer Länder, „militärische Allianzen mit dem zionistischen Feind einzugehen“, und forderte die Annullierung der 1993 zwischen Israel und der PLO unterzeichneten Osloer Verträge. Die Konferenz erklärte, dass sie „das Recht des palästinensischen Volkes auf sein historisches Land vom [Jordan] bis zum [Mittelmeer] bekräftigt“.

Diese Erklärung gibt der Hamas enormen Auftrieb, denn die Konferenz unterstützte die Bemühungen der Terrorgruppe, Israel zu zerstören und durch einen vom Iran unterstützten islamistischen Staat unter der Führung von Haniyeh und den Mullahs in Teheran zu ersetzen.

Die Hamas und ihre Unterstützer glauben nicht an Bidens „Zweistaatenlösung“ oder an einen Friedensprozess mit Israel. Die einzige Lösung, die sie wollen, ist die, dass Israel und die Juden von dieser Welt verschwinden. Traurigerweise teilt die Mehrheit der „Palästinenser“ (wie die jüngste Umfrage zeigt) die Ideologie der Hamas und will, dass noch mehr Juden getötet werden.

Die Regierung Biden muss begreifen, dass unter den gegenwärtigen Umständen die Förderung der Idee einer „Zweistaatenlösung“ gleichbedeutend mit der Befürwortung von Blutvergießen und Gewalt im Nahen Osten ist.

Die Regierung muss auch begreifen, dass Abbas, der „palästinensische“ Führer, den sie ansprechen will und auf den sie sich verlässt, um Frieden zu schließen, von einer Mehrheit seines Volkes für einen Friedensplan mit Israel überhaupt nicht unterstützt wird.

Khaled Abu Toameh ist ein preisgekrönter Journalist mit Sitz in Jerusalem. Auf Englisch zuerst erschienen bei Gatestone Institute. Übersetzung Audiatur-Online.

Defund Documenta

Auf der Documenta sorgen schon wieder Ausstellungsstücke mit wüst antijüdischer Symbolik für einen Antisemitismus-Skandal. Kein Grund zur Überraschung: Der „postkoloniale Antirassismus" des Kunstbetriebs zeigt nur seine hässliche Fratze. Eine Fratze, die Israel delegitimieren will und Juden entmenschlicht. Der Berliner Künstler Niels Betori Diehl hat sich die Verantwortlichen und Akteure näher angeschaut, sein Fazit: Die Liste der BDS-Unterstützer ist erschreckend lang, die Motivation der Unterzeichner teilweise pathologisch.

Von Niels Betori Diehl

Diese judenfeindliche Karikatur fand sich an der Documenta in der Broschüre des „Archives of Women's Struggle in Algeria".

Es ist schon verwunderlich, wie so manche gerade aus ihrem Schlaf zu erwachen scheinen, weil jetzt etwas vorliegt, was nicht gänzlich ignoriert werden kann—zumindest für kurze Zeit. Spätestens seit Januar dieses Jahres ist klar, was diese Documenta ist, was sie will und was sie über unsere abgebrannte, abscheulich unterentwickelte „Kulturlandschaft" sagt, und, weit wichtiger, über das vollkommene Scheitern unserer Institutionen.

Es ist bekannt, dass der BDS-Unterstützer Amar Kanwar in der Findungskommission der Documenta Fifteen sitzt, die wiederum das indonesische Künstlerkollektiv ruangrupa zum Kuratorenteam erkoren hat, zu deren Mitgliedern der antizionistische und israelfeindliche Ade Darmawan gehört: ein Unterstützer von „A letter against apartheid", in der Israel als Kolonial- und Apartheidstaat diffamiert wird.

Es ist bekannt, dass Lara Khaldi aus dem Artistic Team der Documenta zu den Unterzeichnern von „Free Palestine / Strike MoMA: A Call to Action" gehört, einem Aufruf zur Unterstützung des „palästinensischen" Kampfes gegen Israel, und dass Khaldi 2015 zusammen mit Judith Butler und Slavoj Žižek an der Konferenz „Boycott, Divestment and Sanctions against Israel (BDS)" im Goethe-Institut Ramallah teilnahm, auf der unter anderem das uneingeschränkte Rückkehrrecht „palästinensischer" Flüchtlinge und also die Auflösung des jüdischen Staates gefordert wurde.

Es ist bekannt, dass hinter dem von ruangrupa eingeladenen Künstlerkollektiv „The Question of Funding" das Khalil Sakakini Cultural Center steht, dessen Namensgeber der 1953 verstorbene arabische Nationalist und Anhänger des Nationalsozialismus Khalil al-Sakakini war, der Hitler verehrte und seine Obsession mit einer jüdischen Weltverschwörung übernahm.

Sechs Monate bevor auf der Documenta Fifteen geldgierige Kraken aus dem Arsenal antisemitischer Nazi-Karikaturkunst, anthropomorphe Schweine mit Mossad-Helm und Davidstern-Halstuch, orthodoxe Juden mit Schläfenlocken, Reißzähnen und SS-Runen am Hut, sowie langnäsige, geifernde, geldraffende Gestalten mit entstellten Gesichtszügen, toten Augen und gespaltener Schlangenzunge ausgestellt wurden, konnte jeder wissen, was zu erwarten war.

Antisemitische Tradition auf der Documenta

Bereits 2017 war auf der Documenta 14 die Performance „Auschwitz on the Beach", die Flüchtlinge im Mittelmeer mit der Judenverfolgung in der NS-Zeit verglich, zuerst abgesagt, dann aber doch in reduzierter Form präsentiert worden. Hinzu kam jede Menge antiisraelische Kitschkunst und eine pseudowissenschaftliche Dokumentation des antiisraelischen „Forschungsprojekts" Forensic Architecture. All dies verleitete mich damals dazu, die These aufzustellen, die kommende Documenta werde wohl ganz auf Kunst verzichten, da diese schließlich nur dazu führt, den Aktivismus zu verwässern. Das hatte weniger mit Hellsicht als mit einer sich klar abzeichnenden Tendenz zu tun.

Fünf Jahre später hat dieser von der Documenta selbst mit herangezüchtete radikalisierte Kunstaktivismus, der nichts anderes als angewandte Kunst im Dienst der politischen Propaganda ist, einen Grad an selbstgefälliger, sich gegen jegliche Kritik abgesichert wähnender Hybris erreicht, dass der Skandal eigentlich unvermeidbar war. Doch dieser besteht nicht bloß im blanken, ungefilterten, trotzig zur Schau gestellten Judenhass: Der Skandal ist vor allem das abgrundtiefe Mittelmaß und die tief sitzende Idiotie aller Beteiligten, das augenscheinliche Zerfleddern einer ganzen Gesellschaft, die sich doch so sehr selbst zu erheben vermag, voller Stolz über ihre seit bald acht Jahrzehnten betriebene Verarbeitungsindustrie des Unsäglichen.

Von 2011 stammt die Videoarbeit "Animation, masks" des US-amerikanischen Juden Jordan Wolfson, eines der bekanntesten Künstler seiner Generation. Sie besteht fast ausschließlich aus einer animierten Karikatur eines glatzköpfigen Kippa-tragenden jüdischen Mannes mit großer Hakennase und vollem schwarzen Bart vor wechselndem Hintergrund. Inhaltlich geht es in der Arbeit um ethnische Stereotypisierung, Narzissmus, Klassenunterschiede und angedeutete Gewalt – letztendlich um eine Ambivalenz, die ins Unheimliche kippt, aber auch um die erweiterten Möglichkeiten, die Satire bietet.

Kunst ohne kritischen Filter

Vor allem zeigt „Animation, masks" auf, was eigentlich klar sein sollte: Kunst darf alles, dazu ist sie da. Was zählt, ist die Intention des Künstlers und der Filter der Kunstkritik, deren Aufgabe es ist, über Fragen der Einordnung und Qualität zu streiten. Gerade dieser Filter ist aber verschwunden, wie alle unerwünschten Restbestände des Bourgeoisen. Ersetzt wurde die alte Welt durch einen gähnenden Abgrund autoritärer linker Stupidität. Der einzige Filter ist jetzt die Zugehörigkeit zur Theoriemafia.

Die Rede des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier zur Documenta-Eröffnung war zwar fällig, doch zugleich dümmliches Geschwafel: Und nicht nur mild relativierendes, Israel doch noch irgendwie in Mitschuld bringendes Geschwafel über den Siedlungsbau – zu dem jemand, der sich vor Arafats Terroristengrab verneigt, erst recht nichts zu sagen hat –, sondern vor allem unwissendes Geschwafel über die vermeintlichen „Grenzen der Kunstfreiheit". Als Künstler sage ich dezidiert: diese Grenzen gibt es nicht.

Hier geht es nämlich nicht darum, woran ein ignorantes indonesisches Schwachsinnskollektiv herumkritzeln darf – was soll aus Indonesien denn sonst auch kommen, aus einem Land, in dem Judenhass zur Staatsraison gehört? Sollen sie doch kritzeln. Mich interessieren diese Bilder gar nicht. Und doch ist es gut, dass es sie gibt, dass die Documenta-Macher zu ideologisch verblendet waren, um zu merken, wie sehr sie sich selbst entblößten. Denn hier wurde etwas verdeutlicht, was sogar geistige Schlafwandler etwas aufzurütteln vermag, und was die ganze Kunstbetriebsmeute zumindest vorübergehend etwas in die Defensive zwingt. „Gut", natürlich, nur in diesem Sinne.

Im Gegensatz zu Wolfson sind die Hakennasen und das weitere Repertoire der Taring Padi Truppe kein Zitat, keine kritische Auseinandersetzung, kein Spiel mit Bedeutungsebenen: Sie sind der authentische Ausdruck des naiven Stumpfsinns des edlen Wilden, der vom Kunstbetrieb, den politischen Institutionen, den Akademien und den Medien hygienisch verpackt und als Vertreter des „globalen Südens" gebrandet wurde.

Der Kunstbetrieb ist systemisch antisemitisch

Das Geschwätz über die „Kunstfreiheit" ist bloßes Delegieren von Verantwortung, ein Ablenkungsmanöver weg von den eigentlichen Akteuren in die abstrakten Sphären der Kunst, von der eh die wenigsten etwas verstehen – und nicht, weil sie blöd sind, sondern weil Kunst nur in Gestalt unerträglich affirmativer Agitprop noch eine Chance hat, an ein breiteres Publikum zu gelangen, und deshalb im Gegensatz zu ihrer Hype-Phase in den Nullerjahren heute weitgehend und zurecht ignoriert wird.

Doch wer sind letztendlich die Akteure? Jonas Dörge vom Bündnis gegen Antisemitismus Kassel, dem man für seine unermüdliche Arbeit nie genug danken kann, führt einige von ihnen auf: Nicht nur das Artistic Team der Documenta, sondern auch die ehemalige Documenta-Chefin Sabine Schormann, Hessens Kunstministerin Angela Dorn, Kassels Oberbürgermeister Christian Geselle und natürlich die Hauptverantwortliche, Kulturstaatsministerin Claudia Roth. Aber das ist nur ein Bruchteil der Geschichte.

Ab und an gehe ich mal wieder die Liste der Unterzeichner der pro-BDS

Petition "Wir können nur ändern, was wir konfrontieren" durch, unter denen sich auch mehrere Mitglieder des Artistic Teams der Documenta Fifteen finden. Ich schaue sie mir an, um mich zu vergewissern, dass ich nicht vielleicht doch etwas übertreibe, wenn ich sage, dass der Kunstbetrieb, wie man heute so schön sagt, systemisch antisemitisch ist, und dass die Documenta Fifteen kein böser Unfall ist, sondern einen willentlich erzwungenen Konsens widerspiegelt: willentlich vonseiten der Ideologen, erzwungen all jenen gegenüber, die in diesem Klima noch versuchen, eine klassische Künstlerkarriere hinzulegen, einschließlich der vielen verängstigt schweigenden jüdischen und israelischen Künstler, die keinen Statusverlust hinnehmen wollen.

Nur wenige machen den Mund auf

Ich schaue sie mir aber auch und vor allem deshalb an, weil sie etwas über mein Leben aussagt. Denn jedes Mal finde ich beim Überfliegen wieder ein paar weitere, mir bekannte Namen: Die Namen meiner Professoren an der Kunstakademie stehen dort, mehrere Autoren, die während meines Studiums als besonders relevant galten, Leiter Berliner Kunstinstitutionen, die ich persönlich kenne, Vertreter aller wichtigen Berliner Kunstzeitschriften, Kunstpreisverleiher und sonstige Gatekeeper, Leute, mit denen ich studiert habe, Künstler und Kuratoren, mit denen ich zusammengearbeitet habe – und die auch so etwas wie Freunde sind.

Wenn ich alle Leute, die auf dieser elenden Liste stehen, retroaktiv aus meinem Leben verbannen würde, entstünde ein riesiges Loch: Da wäre mein Studium weg, Ausstellungen weg, Partys weg. Und eine alternative Geschichte hätte es nicht geben können, denn ich habe mir das nicht ausgesucht: Es gibt nur dieses eine Milieu. Jeder, der Kunst macht, hat damit zu tun. Und ich kenne nur eine Handvoll Leute, die den Mund aufmachen. Freaks wie ich, die es ständig tun, sind eine absolute Rarität – das ist kein Eigenlob, es ist einfach so und kein Wunder.

All diese Leute auf der Liste haben eine ekelhafte Erklärung unterzeichnet, die sich verklausuliert für die Zerstörung Israels ausspricht. Wie geht man damit um? Situativ, würde ich sagen. Wenn's mir zu viel wird, zögere ich nicht, einen Schnitt zu machen. Aber ich trenne mich auch nicht mechanisch von jedem, der diese jämmerliche aufoktroyierte Loser-Gesinnung mit sich schleppt. Und nicht, weil es mir besonders wichtig wäre, unterschiedliche „Antisemitismen" säuberlich zu trennen, und sie in ihrer Gefährlichkeit zu hierarchisieren. Diese Arbeit mache ich mir gar nicht, ich will sie mir nicht machen. Ich will auch ignorieren können.

Wenn Phänomene systemisch werden, gibt es tatsächlich kein richtiges Leben im falschen. Was aber auch klar ist: Zu manchen Menschen kann eine Verbindung trotz allem bestehen, aber tiefe Zuneigung und wirklichen Respekt gibt es nicht zwingend dazu.

Eins ist sicher: Alle Unterzeichner werden immer behaupten, es sei nicht so gemeint, sie würden keine Juden hassen und ich sollte mich doch nicht so haben. Nicht selten sah man plötzlich mich in der Erklärungsschuld, wenn ich Leute, die ich schon ewig kenne, auf ihre Unterstützung dieser widerlichen Petition ansprach. Selbst wenn es mir manchmal dabei die Gesichtszüge entgleiten lässt: Im Grunde kenne ich das alles zu gut.

Kein furchtbarer Einzelfall

Deshalb kann ich die Fixierung auf diese hässlichen gemalten Fratzen aus Kassel auch nicht ernst nehmen: Erst werden die Repräsentanten eines erdichteten „globalen Südens" verteidigt bis zum Geht-nicht-mehr, der Kunstbetrieb stürzt sich wie eine schützende Mutter vor ihr benachteiligtes Kind, das in seiner Unschuld für nichts etwas kann. Alles wird abgestritten, man verlangt nach Belegen – manche mögen tatsächlich geglaubt haben, dass es einfach nicht sein kann.

Dann, plötzlich, die Bilder. Es sind mehrere, aber nur auf das prominenteste stürzt man sich. Dieses Bild verhängt man, es soll für alles Sühne leisten. Das Bild, dass es zuerst gar nicht geben sollte, wird nun zum Fetisch, zum einzigen Fehlgriff, zum furchtbaren Einzelfall, den man vorgibt, sich nicht erklären zu können. Und dies natürlich nur vordergründig, als Zirkus.

Im Kunstbetrieb selbst belächelt man die weißen Deutschen, die rassistischen, islamophoben, im Grunde rechtsextremen Deutschen, die den Holocaust für sich „umfunktionieren" wollen, wie es zuletzt bei der vom Auswärtigen Amt und Claudia Roth geförderten pro-BDS Vortragsreihe Hijacking Memory im Haus der Kulturen der Welt in Berlin hieß. Die Verteidigung der Legitimität des jüdischen Staates und also des Ziels, den Schutz der Juden in aller Welt vor Gewalt, Pogromen und Massenmord zu gewährleisten, wird nur mehr als nicht bewältigte German Angst psychologisiert.

Alles, was gegen diesen Kunstbetrieb unternommen werden kann, ist deshalb inhärent und notwendigerweise richtig. „The question of funding" ist, zumindest in diesem Zusammenhang, tatsächlich etwas, über das es sich lohnt, nachzudenken.

Niels Betori Diehl ist Künstler und lebt in Berlin.

„Sounding Jewish in Berlin": Eine Klezmer-Reise durch Berlin

Autor und Musiker Phil Alexander fängt in seinem Buch „Sounding Jewish in Berlin: Klezmer Music and the Contemporary City" die Stimmung der Berliner Stadtviertel ein. Laut dem passionierten Musikforscher befindet sich die Weltmetropole im ständigen Dialog mit der zeitgenössischen Klezmer-Szene.

Von Matti Goldschmidt

Phil Alexander ist nicht nur Forschungsstipendiat der Britischen Akademie an der Universität Edinburgh, wo er auf musikalischer Basis historische schottisch-jüdische Interaktionen untersucht, die letztlich auch wichtige alternative Erzählungen über das britisch-jüdische Leben dokumentieren, einen von mehreren Aspekten einer dynamischen, aber schrumpfenden jüdischen Gemeinschaft in Schottland. Er war auch Mitbegründer des 2003 ins Leben gerufene Quintetts Moishe's Bagel, das seitdem bereits vier Alben veröffentlichte, wobei er selbst das Piano spielt. Das erste Album der Band erschien im Jahre 2005 mit dem Titel „Don't Spare the Horses" („Verschone die Pferde nicht"), gefolgt nur ein paar Jahre später von der Vertonung des 1930 entstandenen Stummfilm „Salz in Swanetien" (Соль Сванетии), eines sowjetischen Propagandafilms, der die erfolgreiche Umsetzung des ersten Fünfjahresplanes der UdSSR bis in die entlegensten Ecken der Sowjetunion, hier konkret Georgiens, dokumentieren soll.

Musikalische Momentaufnahme Berlins

Das vorliegende Buch ist im Prinzip eine Momentaufnahme von dreizehn Monaten, nämlich für den Zeitraum ab September 2013, in dem der Autor mit seiner Familie in Berlin lebte, in gleichen Hälften zuerst in Friedrichshain, dann in Kreuzberg. Eine Zeit gefüllt mit Beobachtungen in allen Richtungen und kritischer Kulturanalyse, die etwa zehn Jahre davor oder auch danach vollkommen anders ausfallen könnte. Beispielsweise wurde 2006 das Hackesche Hoftheater geschlossen, für einige Jahre das Zentrum musikalisch-jüdischer Kultur Deutschlands. So traten dort anfänglich nicht nur der in Ostberlin gebürtige Karsten Troyke (1960-) auf, bekannt als „Botschafter des jiddischen Liedes", sondern etwa auch die 1984 in der DDR gegründete Gruppe „Aufwind". Gefolgt eigentlich von allem, was in der Klezmerszene von 1992-2005 Rang und Namen hatte. Andererseits verließen Berlin um das Jahr 2020 bekannte Namen wie der in Detroit gebürtige Daniel Kahn (*1978), Klezmerrevolutionär und selbstbekennender „jüdischer Atheist", den es nach Hamburg zog, oder der aus Riga stammende Ilya Shneyveys (*1983), der mit Beginn der Coronapandemie zumindest vorläufig vorübergehend nach Brooklyn übersiedelte.

Klezmer mehr als Hochzeitsmusik

Sich näher mit Berlin und insbesondere der Klezmermusik zu beschäftigen, bot sich insofern an, weil Alexander ja zum einen nicht nur selbst in einer Band mitspielte, die „klezmerbeeinflusst, wenn auch weit entfernt vom Traditionellen" war, zum anderen, weil sich eine Stadt wie Berlin nach dessen Wiedervereinigung und auch letztlich ohne diese in einer eigentlichen immerwährenden Aufbruchstimmung befindet. Was heute als modern erscheint, kann bereits morgen wieder vergessen sein. Allerdings beschränkt sich der Autor während seines Deutschlandaufenthaltes nicht nur auf Berlin. Ein ganzes Kapitel ist beispielsweise dem von Alan Bern (*1955) initiierten „Yiddish Summer Weimar" gewidmet, an dem Alexander im Sommer 2014 teilnahm.

Einer der Klezmerzentren während Alexanders Zeit in Berlin war zweifelsohne das „Kaffee Burger" in Berlin-Mitte, in dem eine relativ lose Anzahl von „Machern" unter der Initiative von Daniel Kahns „Painted Bird" und dem Namen „Klezmer Bund" nicht nur musikalisch wirkten, sondern mit einer „Tanzwirtschaft" auch die Beine schwingen ließ. Übrigens wurde dort auch Wladimir Kaminers zweiwöchentlich abgehaltene „Russendisko" überregional bekannt. Andere Orte, an denen Klezmer gespielt wurde, waren beispielsweise das „Maison Courage" am Senefelderplatz, die „Bar Oblomov" in Neukölln oder das koschere Café „Bleibergs" in Charlottenburg.

Zweierlei wurde in jedem Fall empirisch belegt, unter anderem eben auch von Alexander, wenngleich es längst allgemein bekannt war: Klezmer wird nicht nur von Juden gespielt und definitiv tanzen dazu nicht nur Juden – ganz im Gegenteil: Was ursprünglich eine reine Hochzeitsmusik war, ist auf jüdischen Hochzeiten heutzutage so gut wie nicht mehr zu finden. Dem Autor gelang es jedenfalls, sich in einer verzauberten Welt zurechtzufinden, interviewte an die zwei Dutzend Musiker. Eine umfangreiche Bibliographie sowie ein in anderen Werken oft vermisster Namensindex machen dieses Werk, wenn vorläufig auch nur in englischer Sprache, zu einer interessanten Lektüre.

Phil Alexander, „Sounding Jewish in Berlin: Klezmer Music and the Contemporary City"
Oxford 2021 (351 Seiten, Oxford University Press, € 58)
ISBN 978-0-190064-43-3

Theodor Herzl: Vom Feuilletonisten zum Vater der jüdischen Nation

Theodor Herzl, der jüdische Jules Verne, war ein politischer Romantiker. Sein großes Verdienst liegt darin, ein nationales Bewusstsein im jüdischen Volk geweckt und den Zionismus zu einem Instrument der Diplomatie gemacht zu haben.

Von Theodor Joseph

Auch mehr als 125 Jahre nach seinem ersten Auftreten als Zionist ist Theodor Herzl im heutigen Israel allgegenwärtig: eine Stadt und ein Berg sind nach ihm benannt, keine Stadt ohne Herzl-Straße und -Schule, ganz zu schweigen von all den Institutionen, einem Museum, die seinen Namen tragen. Von 1969 bis 1986 zierte Herzls Antlitz den 100-Pfund-(später 10 Schekel-)Schein. Es gibt einen Theodor-Herzl-Preis und an der Wiener Universität gibt es eine Herzl-Dozentur. In Jerusalem gibt es eine Herzl-Brauerei, in einem Nürnberger U-Bahnhof hängt ein großes Mosaik mit seinem Bildnis. Von dem liebevollen Kosenamen „Herzl" einmal abgesehen. Der Herzl-Berg oder Mount Herzl in Jerusalem, vis-a-vis der der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem gelegen, steht symbolisch für den Übergang der Juden von der Machtlosigkeit zur Macht, von der Vernichtung zur Wiedergeburt, das zentrale Ziel des Zionismus.

Herzl, Jude der Religion nach, Ungar von Geburt, Österreicher durch seine Staatsbürgerschaft und Deutscher durch Erziehung und Kultur, ist ein Musterbeispiel für eine verwirrende, auseinanderstrebende vielschichtige Persönlichkeit. In seinen Briefen und Tagebuchnotizen kommen seine entwaffnende Offenheit, in denen er seine grandiosesten wie seine lächerlichsten Phantasien eingestand ebenso zum Ausdruck wie sein narzisstischer Charakter. Herzl war ein politischer Romantiker. 1895 schrieb er: „Übrigens, wenn ich etwas sein möchte, wär's nur ein preußischer Altadliger". In der Tat blieb der deutsche Adel für immer sein Ideal und Vorbild, selbst nach der Bekehrung zum Zionismus.

Dandy und Feuilletonist

Vor dem Jahre 1896 war der zionistische Gedanke noch Utopie, eine verrückte Idee. Der Mann, der die Utopie zur Wirklichkeit umformte und den entscheidenden Durchbruch erreichte, war Theodor Herzl - ein Dandy und Caféhausliterat und mittelmäßiger Theaterschriftsteller aus Wien, der bislang nur mit einigen Salonkomödien in der Öffentlichkeit hervorgetreten war. Herzl war ein weltläufig gebildeter, erfolgreicher Feuilletonist sowie Brief- und Tagebuchschreiber ausgestattet mit einem Stil makelloser Reinheit, große deutsche Prosa schreibend. Er war ein mitreißender Redner mit einem Talent zur Selbstinszenierung.

Als Feuilletonist war er amüsant, ein leichtfüßiger, eleganter Flaneur, allem Neuen aufgeschlossen, Technik begeistert, dazu ein glänzender Stilist, dessen Texte auch nach mehr als einhundert Jahren ganz und gar nicht verstaubt sind. Seine Feuilletons reichen von Stimmungsbildern, Technikgeschichte, Reiseberichten über Theater und Buchkritik bis zu philosophischen Betrachtungen. Sein journalistischer Erfolg hatte vor allem damit zu tun, dass zu seiner Zeit offensichtlich noch viel Zeit für die Zeitungslektüre genommen wurde, das Feuilleton war täglicher und konstitutiver Bestandteil davon. Der Feuilletonist genoss höheres Ansehen als der Autor von politischen Nachrichten, weil ihm literarische Qualität zugebilligt wurde – und die besaß Herzl im Überfluss.

Ein Grund für seine Erfolglosigkeit als Theaterschriftsteller mag darin zu suchen sein, dass Herzl mit dem Dilemma zu kämpfen hatte, dass man in ihm nicht den Bühnenautor oder erfolgreichen Journalisten, sondern ab 1895 den zionistischen Politiker sah. Herzl, von Geldsorgen geplagt, seufzte: „Vom Zionismus darf ich nicht leben, von der Literatur soll ich auch nicht leben. Ein Problem".

Als Feuilletonist und Essayist verband Herzl seine schriftstellerische Aktivität mit seiner beruflichen. Auch die Tätigkeit als schöngeistiger Homme de lettres hätte ihn nicht vor der Vergessenheit bewahrt. Erst die Hinwendung zu seiner eigentlichen Lebensaufgabe, der Propagierung der zionistischen Idee und der Gründung der zionistischen Bewegung machte ihn zu einer historischen und prophetischen Figur.

Mit seiner Vision eines „Judenstaates" stieß Theodor Herzl auf viel Widerstand – Die Geschichte sollte ihm aber recht geben.

Der Beginn des jüdischen Bewusstseins

In Paris sollte Herzl für die Wiener „Neuen Freien Presse" vom Dreyfus-Prozess 1896 berichten. In diesem Verfahren ging es um den Generalstabskapitän Alfred Dreyfus, der wegen vermeintlicher Spionage für Deutschland angeklagt und zu lebenslänglicher Deportation auf die sog. Teufelsinsel verurteilt wurde. Dreyfus war unschuldig und sein Fall enthielt mehr als einen Justizirrtum. Bei seiner Verurteilung spielte vor allem die Tatsache eine Rolle, dass er Jude war. Den Prozess begleiteten antisemitische Ausfälle, die auf ganz Frankreich und dann über die Grenzen hinaus übergriffen. Der dabei zutage tretende offene Judenhass weckte in Herzl ein bislang wenig ausgeprägtes jüdisches Bewusstsein.

> Herzl, Jude der Religion nach, Ungar von Geburt, Österreicher durch seine Staatsbürgerschaft und Deutscher durch Erziehung und Kultur

Den Pariser Korrespondentenposten sah Herzl als Sprungbrett, von dem er sich „hochschwingen" wollte - in welche Höhen, war ihm damals noch unklar: Er glaubte, in sich die Gabe und Kraft zu haben, ein großes Weltblatt zu leiten oder Direktor eines bekannten Theaters zu werden. Aber anderes ereignete sich mit ihm und in ihm. Literatur und Politik, Staats- und Theaterkunst, Traum und Wirklichkeit flossen in seinem Leben immer wieder ineinander.

Pogromistische Angriffe hatte er in Wien nie erlebt, und die Rufe des Pariser Pöbels, „Schlagt die Juden tot!", hallten ihm nachdrücklich in den Ohren. Ihm wurde klar, dass der Antisemitismus so lange eine Geißel der Juden sein würde, wie sie als „Gastvolk" unter ihrem jeweiligen „Wirtsvölkern" leben würden: Nur ein eigener jüdischer Staat, in dem die Juden über sich selbst bestimmten, würde das „Judenproblem" lösen, den Antisemitismus von den Juden fernhalten.

Während der letzten zwei Monate seines Pariser Aufenthaltes schrieb Herzl den „Judenstaat" in einem Zug herunter. Seinen Freund Arthur Schnitzler ließ er wissen, ein „Basaltberg" sei in ihm aufgeschossen. Mit seiner 1896 veröffentlichten Schrift „Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage", hatte er gleichsam das Gründungsmanifest der zionistischen Bewegung verfasst.

Mehr als die Hälfte von Herzls Buch setzt sich mit der praktischen Durchführung auseinander. So wie er sich im „Judenstaat" auch in Details über Provinzverwaltung, Industrie oder Handel um Kleinigkeiten kümmerte, vertiefte er sich bei den Vorbereitungen zu den Zionistenkongressen auch um alle möglichen Details: „Während der Verpflanzung muß man lokale Bräuche respektieren. Salzstangen, Bier, Kaffee, gewohntes Fleisch u.s.w. sind nicht gleichgültig. Moses vergaß die Fleischtöpfe Ägyptens mitzunehmen. Wir werden daran denken".

Herzls Broschüre verursachte in weitesten Kreisen Aufsehen. Ganz Wien sprach über das Buch – in einer Mischung aus Verärgerung und Überraschung. Auf das Staunen folgte die Verachtung. „Vielleicht ist niemand so gehöhnt worden wie Theodor Herzl", schrieb Stefan Zweig, „und wie der andere Mann, der gleichzeitig eine entscheidende Weltidee allein und unabhängig aufgestellt, sein großer Schicksalsgefährte Sigmund Freud". Herzls Ideen veränderten die geistige Situation des Judentums radikal, und der „Judenstaat" hatte dabei, so Zweig, die „Durchschlagskraft eines stählenden Bolzens".

Hohn und Gegenwind

Herzl war es ernst – in der „Judensache" verstand er keinen Spaß. Er könne zwar Kritik vertragen, ließ Herzl verlauten, „nur von den Waschlappen, Scheiß- und Lumpenkerlen mit oder ohne Geld will ich nichts wissen". Die ihm von allen Seiten entgegengebrachten Skepsis wischte Herzl weg. An Reichskanzler Otto von Bismarck richtete er die großspurigen Zeilen, er, Herzl, glaube, die Lösung der Judenfrage gefunden zu haben. Nicht eine Lösung, sondern die Lösung – die einzige. Bismarck ließ Herzls Brief unbeantwortet.

Vergebens hatte Herzl den Grazer Soziologen Ludwig von Gumplowicz für den Zionismus einzunehmen versucht. Kühl hatte der ihm geantwortet: „Sie wollen einen Staat ohne Blutvergießen gründen? Wo haben sie das gesehen? Ohne Gewalt und ohne List? So ganz offen und ehrlich - auf Aktien?"

Alexander Scharf, Redakteur an der Wiener Sonn- und Montagszeitung, eilte, als er von der Drucklegung hörte zu Herzl, und beschwor ihn: „Wenn ich Rothschild wäre und nicht wüßte, daß Sie unbestechlich sind, würde ich Ihnen fünf Millionen für die Nichtveröffentlichung dieser Broschüre anbieten. [...] Oder ich würde Sie ermorden lassen. Denn Sie werden den Juden unermeßlichen Schaden zufügen".

Im Journalisten- und Schriftstellerverein „Concordia" umringte man Herzl: „Was wollen Sie in Ihrem Judenstaat werden? Ministerpräsident oder Kammervorsitzender?" Herzl jedoch war es „blutig ernst". Seinen Kritikern hielt er entgegen: „Wer in dreißig Jahren Recht behalten will, muss in den ersten drei Wochen seines Auftretens für verrückt erklärt werden". Da mag er sich an eine Szene erinnert haben, als er einem Freund seine Judenstaat-Broschüre zu lesen gab, und dieser zu weinen begann. Für Herzl war das ganz verständlich, denn der Freund war Jude. Der Freund jedoch glaubte, Herzl sei verrückt geworden.

Der Person Herzls wie seinen Ideen konnten sich weder Bewunderer noch Gegner entziehen, auch wenn er polarisierte. So wie der Zionismus in der jüdischen Gesellschaft mehrheitlich abgelehnt wurde, hatte Herzl sich in-

nerhalb der zionistischen Bewegung seiner Gegner zu erwehren. Vor dem von ihm einberufenen ersten Zionistenkongress 1897 in Basel, der ersten allgemeinen Judenversammlung seit der Zerstörung Jerusalems, klagte er: „Ich stehe nur an der Spitze von Knaben, Bettlern und Schmöcken“.

Ungewisse Zukunft

Die meisten Juden Westeuropas dachten nicht daran, den eingeschlagenen Weg der Assimilation zu verlassen, ihre eingefugte Verklammerung in die jeweilige Staatenwelt, ihre bürgerlichen Positionen aufzugeben und, wie einst ihr Stammvater Abraham, in ein ungewisses unwirtliches Land zu ziehen. Widerstand, Spott und Ironie schlugen den Zionisten allenthalben entgegen. Eine der häufigsten Bemerkungen war: „Ich bin ja ganz einverstanden mit einem jüdischen Staat, wenn man mich zum Botschafter in Wien ernennt“. Anstelle von Wien hätte es natürlich auch Berlin sein können. Oder es hieß: „Wir Juden haben 2.000 Jahre auf einen jüdischen Staat gewartet - ausgerechnet mir muß er passieren?“

Manche seiner Biographen haben Herzl als eine überlebensgroße Lichtgestalt und in ihm einen Propheten mit messianischen Zügen sowie als Märtyrer für sein Volk gesehen. Andere haben ihn als Phantasten und gescheiterten Diplomaten in seiner Rivalität mit anderen Zionisten beschrieben, seine psychischen Leiden, seine gestörten Familienverhältnisse und seine gar abgründigen Leidenschaften herausgehoben. Wie immer man ihn beurteilen mag, Herzl war eine außerordentliche Persönlichkeit in der langen jüdischen Geschichte, mit der eine neue Zeitrechnung begonnen hatte. Er veränderte die jüdische Welt.

Herzl verstand es, seine Gesprächspartner für seine zionistischen Ziele einzunehmen und sie vom praktischen Nutzen des Zionismus zu überzeugen: Dem osmanischen Sultan offerierte Herzl eine riesige Summe jüdischen Kapitals zur Tilgung der Staatsschulden – Geld, das überhaupt nicht existierte. Wilhelm II. versprach er, dem Deutschen Reich die unerwünschten Ostjuden und die revolutionären Bewegungen, mit denen die Juden identifiziert wurden, vom Hals zu schaffen. Den Briten sagte er zu, Juden als loyale Kolonialbeamte im britischen Protektorat Palästina, auf dem Sinai und in Ostafrika zur Verfügung zu stellen. Indes: All diese Versprechungen entstammten Herzlscher Fantasie bezüglich der Macht der Juden – Fantasien, an die Herzl wohl selbst glaubte.

Herzl war 36 Jahre alt als er zu seinem Volk „zurückkehrte“ und seine einzige wirkliche Aufgabe darin sah, für das heimatlose jüdische Volk einen eigenen Staat zu schaffen, eine nationale und persönliche Heimstätte für alle Juden. Der einsame Schriftsteller entpuppte sich als ein Mann der Tat: spöttischer Betrachter menschlichen Geschehens, Organisator von Volksmassen, kritischer Berichterstatter über politische Zustände, ein Mann der politischen Verhandlung, ein Mann mit „elektrifizierendem Charisma“, der von den jüdischen Volksmassen in Osteuropa beinahe von Anfang an ins Messianisch-Legendäre erhoben wurde. Das lag auch an seinem Äußeren und seinem Gesicht, das beschrieben wurde, als vereine es Züge eines englischen Lords und eines osteuropäischen Rabbis „mit seiner jerusalemitischen Glorie“. Einigen schien es, als ob „König Salomon seinem Grabe entstiegen wäre“, weil er das Leid seines Volkes und seine Erniedrigung nicht länger ertragen konnte.

Hatte Herzl sich im Jahre 1895 noch der Rettung der Juden verschrieben, wollte er danach auch ihr Führer werden. Und es gelang ihm, trotz seiner Stellung als säkularer, assimilierter, westlicher Jude, dem die Welt der traditionellen jüdischen Bräuche und Kultur fremd war, als Akteur im Namen des gesamten jüdischen Volkes zu handeln, obwohl er von außerhalb des jüdischen Establishments kam – dem Rabbinat und der jüdischen Finanzelite. Seine jüdische Unkenntnis wie sein autokratischer Habitus wurde zwar beargwöhnt, und dennoch zog er auch die ostjüdischen Massen in seinen Bann. Herzls großes Verdienst liegt darin, ein nationales Bewusstsein im jüdischen Volk geweckt und den Zionismus zu einem Instrument der Diplomatie gemacht zu haben.

Der erste jüdische Botschafter

Er pendelte zwischen den europäischen Höfen hin und her, ließe sich sogar vom Papst empfangen und spielte seine Rolle als Staatsmann. Bald wurden ihm die Tore zu den europäischen Höfen geöffnet: Vom deutschen Kaiser versprach sich Herzl die Rolle eines Protektors für den zu gründenden Judenstaat: „Er wird mich verstehen. ... Aus Träumereien ist auch das Deutsche Reich entstanden“. Wilhelm II. fühlte sich zunächst geschmeichelt und angetan: „Es wäre für Deutschland eine ungeheure Errungenschaft, wenn die Welt der Hebräer mit Dank zu mir aufblickt!“ Herzl war ein Bewunderer Wilhelm II. und ganz der deutschen Kultur verhaftet. In Herzls Vorstellungswelt sollte der Judenstaat auf dem historischen Territorium des Nahen Ostens deutsch(-jüdisch) sein, und Deutsch selbstverständlich die Amtssprache. Nach einer Unterredung mit Philipp Fürst Eulenburg schwärmte Herzl: „Unter dem Protectorate dieses starken, grossen, sittlichen, prachtvoll verwalteten, stramm organisirten Deutschland zu stehen kann nur die heilsamsten Wirkungen für den jüdischen Volkscharakter haben. ...Merkwürdige Schicksalswege: durch den Zionismus wird es den Juden wieder möglich werden, dieses Deutschland zu lieben, an dem ja trotz allem unser Herz hing!“

Als Herzl 1898 vom deutschen Kaiser auf dessen Palästinareise im Zeltlager von Jerusalem empfangen wurde, war dieser in die Realität zurückgeholt worden. Wilhelm II., anfangs vom Zionismus eingenommen, wollte von einer jüdischen Nationalbewegung nichts mehr wissen. Herzl war weder als Pilger noch als Tourist nach Palästina, sondern als Staatsmann mit einer Mission gekommen. Doch die kaiserliche Audienz endete im Fiasko – Wilhelm II. ließ Herzl mit den Worten: „Der Zionismus ist eine prachtvolle Idee - nur mit den Juden ist sie nicht auszuführen“, kühl abblitzen.

Herzls Biograph, der aus Wien stammende israelische Publizist, Amos Elon urteilte: „Nur wenige berühmte Männer haben einen so deutlichen Wegweiser zu ihren Neurosen hinterlassen, kaum einer vereinigt, wie Herzl, den Lustspielautor und die charismatische Führergestalt“. Damit ist die Persönlichkeit Herzl in all ihren Schattierungen hinreichend gekennzeichnet, und dennoch blieb für Martin Buber und viele Zeitgenossen Ratlosigkeit: „Das Rätsel seines Wesens ist ungelöst“.

Kurz bevor er starb, hatte Herzl seine zionistischen Mitstreiter noch gemahnt: „Machet keine Dummheiten, während ich todt bin“. Auf die Frage, ob Herzl mit seinen Nachfolgern und der zionistisch-politischen Entwicklung der Gegenwart zufrieden wäre, antwortete der israelische Schriftsteller Amos Oz: „Überhaupt nicht. Denn er wollte im Herzen des Nahen Ostens eine österreichisch-ungarische Republik schaffen, wo die Leute deutsch sprechen, sich wohlerzogen verhalten und zwischen zwei und vier Nachmittagsschlaf halten“.

Herzls Mission war zum Zeitpunkt seines Todes 1904 gescheitert und hat langfristig doch gesiegt: Nicht einmal ein Prozent aller Juden weltweit hatten sich der zionistischen Bewegung angeschlossen und die Gründung des Judenstaats musste noch 44 Jahre auf sich warten lassen. Dennoch: Herzls Botschaft von der national-jüdischen Befreiung, die er mit geradezu hypnotisierender Redekunst unter sein Volk brachte oder in fein gedrechselte Prosa kleidete, hatte bei vielen Juden einen Nerv getroffen.

Das letzte Wort über Herzl ist noch nicht geschrieben, was vor allem an dessen in seine Gefühlswelt Einblick gebenden Briefen – 6.000 sind erhalten! - und Tagebüchern liegt, die seit 1983-1996 siebenbändig vorliegen und eine unerschöpfliche Quelle kühner, mitunter auch verrückter Gedanken sind.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- **Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.**
- **Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.**
- **Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.**
- **Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.**
- **Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.**
- **Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.**

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Als die Sonne stehen blieb

Vor 80 Jahren wurden die Kinder des Warschauer Ghettos deportiert und ermordet. Janusz Korczak war Kinderarzt und Pädagoge, er begleitete seine Schützlinge aus seinem Waisenhaus freiwillig in das Todeslager Treblinka-II, obwohl er nach Palästina hätte fliehen können. Bis in den Tod gab er den Kindern Zuversicht und Mut.

Von Ester Ginsburg

Warschau, den 5. August 1942. Im Ghetto begann ein scheinbar gewöhnlicher Tag. Um 7 Uhr in der Früh wurden die Tische im „Dom sierot", dem Haus der Waisen, gedeckt. Man freute sich dessen, was man hatte: einiger Kartoffelschalen, der trockenen Brotreste, sowie der sorgfältig in eine kleine Kanne abgemessenen Kaffeebrühe. Die Direktorin des Hauses, Stefania Wilczyńska, oder wie man sie hier nannte, Pani Stefa, sowie die Erzieher und Kinder begannen bereits mit dem Essen. Korczak, der gerade in der Nähe war, dachte darüber nach, wie man den Tag am besten gestalten kann. Das karge Frühstück näherte sich dem Ende, man begann schon die Tische zu räumen, als zwei scharfe Pfiffe, die von unten, von der Eingangstüre kamen sie zusammenzucken ließen. Für einen Augenblick herrschte die hier so unübliche unheilverheissende Stille. Und plötzlich wurde diese Stille durch das rücksichtslose Türenschlagen, sich nähernde Stiefelschritte auf der quietschenden Treppe und ohrenbetäubendes deutsches Gebell „Alle Juden raus!" gestört. Alle Menschen im Haus verfielen in eine Schockstarre.

Die Deutschen unternahmen alles unerwartet, ohne jegliche Ankündigung. Das war ihre Strategie. An jenem Morgen haben sie die Deportation der Kinder aus 30 Waisenhäusern im Kleinen Ghetto geplant. Die Śliska-Strasse war bereits von den SS-Männern, den ukrainischen „Polizajen" und der Judenrat-Polizei blockiert. Korczak und Stefa mussten unbedingt die Kinder beruhigen. Jetzt ging es darum, wie auch sonst, an einem Strang zu ziehen, ohne die äußere Ruhe zu verlieren. Stefa gab den Lehrern schnell das Signal, den Kindern beim Packen zu helfen. Korczak indessen besprach sich mit den Polizisten des Judenrats, er bat sie um die Zeit für die Kinder, damit sie in Ruhe packen konnten. Man gab ihnen 15 Minuten und teilte mit, dass das pädagogische Personal nicht gezwungen ist, an der Deportation teilzunehmen. Es sei ihnen freigestellt, Kinder nur bis zum Danziger Bahnhof zu begleiten.

„Ausflug" in den Tod

Dass die Endstation das Vernichtungslager Treblinka sein wird, wussten die Erwachsenen, und vor allem Korczak bereits. Ende Juli begann die Massendeportation aus dem Warschauer Ghetto. Speziell für die Umsetzung der „Endlösung der Judenfrage" wurde von den Deutschen 80 Kilometer vor Warschau das Todeslager Treblinka-II eröffnet. Dieses Lager musste unter anderem durch diejenigen „befüllt" werden, die aus dem Ghetto deportiert wurden. Befüllt zur augenblicklichen Vernichtung.

Pani Stefa und Korczak bereiteten die Kinder wie nur möglich vor. Sie erzählten ihnen von einem Ausflug in eine Art Sommerlager. Was aber genau dort passieten wird, das konnten sie ihnen nicht sagen.

Auf die Polizisten angstvoll blickend, stellten sich Kinder in eine Kolonne, in den Händen blaue Taschen aus dem Zelttuch, die sie stelbst in der Werkstatt des Waisenhauses genäht haben. In den Taschen hatten sie ihre Lieblingsbücher und -spielzeuge mitgenommen.

Janusz Korczak

Für jedes der Kinder bereitete Stefa die nötigste und die beste Kleidung aus dem, was man hatte. Sie wollte, dass die Kinder, wenn sie das Waisenhaus für immer verlassen werden, gut aussahen und sich wohl und sicher fühlten. Das war wohl das einzige, was sie für sie machen konnte. Sie und alle anderen Pädagogen waren sich einig: Kinder mussten das Haus in Ruhe und Würde und ohne Angst verlassen können, damit das genauso von den deutschen Soldaten und Polizisten gesehen und wahrgenommen wird.

Die Popularität und Beliebtheit Korczaks in Warschau war so immens, dass nach der Besetzung der Stadt weder der alte Doktor selbst, noch jemand anderer glauben konnte, dass man das Haus der Waisen anrühren wird. Sogar als man sie ins Ghetto umsiedelte, dachte Korczak immer noch, dass er die Kinder und das Waisenhaus retten können wird. Er war in ständiger Suche nach Geld und Essen für seine Schützlinge. Jetzt hatte er aber keine Wahl mehr: er war gezwungen, alle Kinder und Mitarbeiter des Waisenhauses in das komplette Unbekannte zu führen. Und trotzdem flackerte in seiner Seele die schwache Hoffnung, dass er mit seinem Charme, seiner Bekanntheit und seiner Überzeugungskraft es schaffen wird, ein wenig Brot und Medikamente für die Kleinen zu beschaffen.

Die Deutschen begannen mit dem Appell. Kinder wurden in Reihen aufgestellt, vier in jeder. Jüdische Polizisten eskortierten sie von beiden Seiten. Korczak führte die erste Reihe an. Abwechselnd trug er oder hielt an der Hand die kleine Romcza, die an Kinderlähmung litt, und an der anderen Hand hatte er den Szymonek Jakubowicz, dem er einst eine Erzählung über den Planeten Ro widmete.

Vorne vor der Kolonne wehte die grüne Fahne des Königs Maciuś mit dem goldenen Kleeblatt darauf, dem Symbol der Freude. Auf der Rückseite der Fahne auf dem weißen Hintergrund strahlte der blaue Davidstern. Die älteren unter den Kindern trugen die Fahne feierlich und voller Stolz, sie regelmäßig einander übergebend. Der König Maciuś selbst trug diese Fahne vermutlich genauso stolz, als er zu dem Ort seiner vermutlichen Hinrichtung ging.

„Wenn man die Sonne anhalten könnte, müsste man es genau jetzt tun", schrieb Korczak kurz davor in sein Tagebuch.

Selbstlose Helfer

Hinter Korczak ging, zwei ältere Kinder an der Hand, die große, hochgewachsene Pani Stefa – das Herz, das Hirn, die Mutter und die Pflegerin des Waisenhauses. Nach Berichten der einstigen Zöglingen hat sie mit der Genauigkeit einer schweizer Uhr dreißig Jahre lang an der Seite Korczaks für den reibungslosen Ablauf des Haus der Waisen gesorgt – dabei bekamen die beiden keinen einzigen Groschen für diese Arbeit. Verhalten, bescheiden, mit großen traurigen Augen, war sie, wie immer, an seiner Seite, jedoch immer etwas im Hintergrund. Das britische Zertifikat für die Einreise nach Palästina in der Hand, könnte Pani Stefa ihr Leben retten. Diese Chance nutzte sie aber nicht. Wie könnte sie denn die Kinder in einer solch schrecklichen Zeit alleine lassen? Sie wird selbstredend dort sein, wo sie sind, egal was passiert. Auch Korczak hätte diese Gelegenheit. Auch er blieb aber bei den Kindern.

Pani Stefa musste bereits einige Male alleine in Korczaks Abwesenheit mit den Kindern bleiben. Das war während des Ersten Weltkrieges, als er an die Front in der Funktion des Feldarztes abkommandiert war, sowie während seiner Reisen nach Palästina vor dem Krieg. So musste sie wieder in den schwersten Ghetto-Bedingungen das Waisenhaus alleine leiten, als Korczak in das Pawiak-Gefängnis geworfen wurde, weil er sich weigerte die Armbinde mit dem Davidstern zu tragen.

Mit großer Mühe gelang es ihr damals, etwas größere Portionen Nahrung für die Kinder von dem Wohltätigkeitszentrum des Ghetto zu bekommen. Sie schaffte es, einen kleinen Garten anzubauen, in welchem die Kinder selbst die Ernte sammelten um sich davon zu ernähren. Genauso wie Korczak, bemühte sich Stefa, das Leben der Kinder zu normalisieren, in dem sie unterschiedliche Unternehmungen und Veranstaltungen organisierte. Dank ihr und Korczak blieb das Haus der Waisen für lange Zeit eine Insel, eine Oase in der eine familiäre Athmosphäre herrschte, inmitten von dem Schrecken des Krieges und des Todes.

Jedoch nicht nur der Kinder wegen blieb Stefa in Warschau und ging nicht nach Palästina. Der andere wichtige Grund war Korczak.

Es ist schwer zu sagen, ob zwischen ihm und der acht Jahre jüngeren Stefa eine Liebesbeziehung bestand. Am wahrscheinlichsten ist es, dass es eine freundschaftliche, wertschätzende und meistens auf die Arbeit bezogene Beziehung war. Korczak selbst bezeichnete ihre Verbindung als «pädagogische Liebe». Jedoch bezeugte Igor Newerly, Korczaks einstiger Sekretär, dass Stefa Korczak liebte und diese unbeantwortete Liebe ihre persönliche Lebenstragödie war.

Wie auch immer, Stefa war für Korczak stets eine Stütze und Hilfe in allem. Ihre Anwesenheit gab nicht nur den Kindern, sondern auch ihm ein Gefühl des Beschütztwerdens und der Sicherheit.

Sie kam im Rahmen eines Volontariats in dieses, damals noch kleine jüdische Waisenhaus, eine Universitätsausbildung in Belgien und der Schweiz im Rücken. Die 26-jährige widmete ihr ganzes Herz den Waisenkindern und wurde bald zur Leiterin des ganzen Waisenhauses. Esterka Waintraub, eine 13-jährige Waise, war ihre Lieblingsassistentin. Stefa behan-

delte sie wie eine eigene Tochter. Als Esterka 1914 aus Belgien zurückkam, wo sie, wie auch Stefa an der Universität Liège studierte, setzte sie ihre Arbeit im Haus der Waisen fort, jedoch verstarb sie nach zwei Jahren während der Typhus-Epidemie. Für alle, besonders aber für Stefa war ihr Tod eine unfassbare Tragödie. Damals versprach sie sich selbst, die Leiden der Kinder nicht an sich nah ranzulassen. Aber es gelang ihr nicht…

Darüber, das Ghetto ohne Kinder zu verlassen, dachte der Doktor erst gar nicht nach. Dabei hätte er mehrmals die Gelegenheit dazu gehabt. Das Mitglied der polnischen Wiederstandsbewegung, Kazimierz Dębicki erinnerte sich: «Im Herbst 1940 schlugen wir Korczak vor, aus dem Ghetto zu fliehen und sich bei Freunden abzusetzen. Korczak lehnte ab. Er konnte seine Schützlinge und Mitarbeiter nicht dem ungewissen Schicksal überlassen.»

Alle weiteren Rettungsvorschläge für ihn lehnte er genauso vehement und entschieden ab. Die Waisenkinder ersetzten ihm die Familie. Alle seine Unternehmungen, Bemühungen und sein Ansinnen war Kindern gewidmet. Egal, ob als Arzt, als Schriftsteller oder als Radiosprecher. Sie waren für ihn das Leben selbst. Und nun stand es ihm bevor, dies in der nun herrschenden brutalen und unmenschlichen Wirklichkeit zu beweisen.

Der letzte gemeinsame Gang

Stefa führte die zweite Gruppe der neun bis zwölfjährigen Kinder an. Darüber schreibt Korczaks Biograf Betty Jean Lifton in ihrem Buch „The King of Children“: „Da war Genja mit traurigen dunklen Augen, wie bei ihrer ermordeten Mutter; da war Eva Mandelblat, deren Bruder vor ihr ebenfalls im Waisenhaus lebte; da war Halinka Pinczenson, die es vorzug, mit Korczak zu gehen, statt bei ihrer Mutter zu bleiben. Neben ihnen ging Jakub, der ein Poem über Moses geschrieben hat; Leon mit einer Schatulle aus poliertem Holz; Mitek, der den Siddur seines verstorbenen Bruders in den Händen hielt. Da war die sich immer beeilende Hella; die große Hanna, die an Asthma litt; die kleine Hanna mit blassem Lächeln auf den von Schwindsucht zeugenden Lippen. Da war Mendelek, der immer wieder den gleichen schlechten Traum träumte; da war ein unruhiger Junge, der seine sterbende Mutter nicht verlassen wollte. Da war Abrasza, der die Rolle des Amal spielte. Er trug eine Geige. Da waren Irzyk, der Fakir, Haimek, der Doktor, Adek, der Festungskomandant und alle anderen Schauspieler im Stück von Rabindranath Tagore „Die Post“. Am 18 Juli 1942 wurde die letzte Aufführung dieses Stückes gegeben. Korczak wählte dieses Stück, da er überzeugt war, dass die Kinder lernen sollen, dem Todesengel mit Mut und Gelassenheit zu Begegnen. Nun gingen sie dem Pan Doktor nach, um den König Maschiach zu treffen.

Kinder wurden von den Lehrern und dem ganzen Personal des nun ehemaligen Haus der Waisen begleitet. Unter ihnen waren auch frühere Zöglinge des Hauses, die sich kein Leben ohne Korczak vorstellen konnten. Betty Jean Lifton erzählt folgendes über sie: „Da war Róża Sztokman, Mutter von Romcza, mit zwei schönen langen Zöpfen, so ganz wie ihre Tochter sie hatte, und auch ihr Bruder Henryk, der blonde, athletisch gebaute Lehrer, Liebling aller Mädchen des Hauses, der auch Kopien von Korczaks Tagebuch abtippte. Henryk hätte noch vor dem Fall von Warschau nach Russland fliehen können, blieb aber bei seinem Vater, dem alten Schneider. Da war Balbina Gryzb , deren Ehemann an diesem Tag auf der Arbeit war. Er war noch als Junge zum König des Waisenhauses gewählt. Da war Heryk Asterblum, der Buchhalter des Hauses, der dort 30 Jahre lang arbeitete; da war Dora Solnicka, Schatzkammermeisterin; da war Sabina Leizerowicz, eine Gymnastin und Schneiderlehrerin; da war Róża Lipić-Jakubowska, die selbst im Haus der Waisen aufgewachsen war; da war Natalia Poz langjährige Sekretärin des Hauses, die in der Kindheit an Poliomyelitis erkrankt war.

Hiner Stefa führte Salomea Broniatowska die dritte Gruppe mit den älteren Kindern an. Sie war eine der vier Krankenschwestern des Waisenhauses. Hinter ihr ging Pani Szternfeld mit den Jugendlichen zusammen. Sie war Erzieherin an dem Internat in der Twarda-Strasse. Da waren viele andere Mitarbeiter.

Die Jugendlichen, die die Kolonne schlossen, verstanden anscheinend, wohin man sie führte. Jedoch war auf ihren Gesichter, sowie auf den Gesichtern der anderen Kinder keine Angst zu sehen. Aber trotz des Stolzen aussehens sah man ein Zeichen der Hoffnungslosigkeit in ihren Augen. Ab und zu schauten sie fragend ihre Lehrer und Erzieher an.

Gehsteige waren voll von Leuten, meistens Nachbarn, denen es befohlen wurde, neben Ihrer Häusern zu stehen während der ganzen Aktion. Plötzlich, dem Beispiel eines Lehrers folgend, fingen Kinder, und mit ihnen nach und nach die Erwachsenen, ihr Lieblingswanderlied zu singen. „Soll der Sturm um uns herum wüten, wir werden unsere Köpfe nicht senken!“, klang und schallte es auf den Strassen.

Korczak ging und lächelte. Seine Augen waren nach vorne und nach oben gerichtet. Was ging in dieser Stunde in ihm vor? Worüber sprach er mit den Kindern? Hat er ihnen die ganze Warheit erzählt? Lehrte er sie doch immer ganz aufrichtig zu sein. Er selbst, ihr Freund und Lehrer, könnte niemals ein Kind anlügen. Bestimmt log er sie auch jetzt nicht an. Wahrscheinlich unterstützte er sie nicht so sehr mit den Worten, sondern mit der eigenen Sicherheit, Gelassenheit und seinem Lächeln.

Die Todeszüge

Unter der Aufsicht der bewaffneten SS-Männer und Ukrainer wurden die Kinder nach und nach durch das Tor zum arischen Territorium durchgeschoben um dann durch das andere Tor auf einen riesigen schmutzigen Platz neben den Bahngleisen verbracht zu werden. Den Umschlagplatz. Tausende von Menschen, weinend, schreiend, betend waren bereits dort, unter der erbarmungslosen Sonne leidend. Alle Familienmitglieder versuchten beieinander zu bleiben, Mütter pressten ihre Kinder an die Brust, die alten saßen wie erstarrt da. Es gab kein Wasser, keine Toiletten und keine Rettung vor den deutschen Peitschen und Flüchen.

Stefania Wilczyńska

Einer der Augenzeugen, der Schriftsteller Jehoszua Perle schrieb: „Unglücklich die Augen, die dieses Schrecken sahen. Janusz Korczak, ohne Hut, mit einem Gurt um den Mantel, in hohen Stiefeln, gebückt, geht vor, zwei Kinder an den Händen führend. Hinter ihnen gehen einige Krankenschwestern in weißen Schürzen und hinter ihnen zweihundert Kinder, frischgekämmt, dem Tode geweiht. Von allen Seiten sind sie von den deutschen, ukrainischen und jüdischen „Polizajen“ umzingelt.“

Die Nachricht, dass die Deutschen Korczaks Kinder deportieren, lief sofort durch das ganze Ghetto. Im Judenrat wusste man auch bereits Bescheid. Nachum Remba, Beamter des Judenrates, platzierte sie im weitesten Winkel des Umschlagplatzes, neben einem niedrigen Zaun. Auf dem Platz befanden sich weitere viertausend Kinder und Erzieher aus anderen Waisenhäusern. Täglich wurden sechs- bis zehntausend Menschen in die Todeszüge gepfercht und abtransportiert.

Remba plante, den Abtransport der Bewohner des Haus der Waisen bis zum Nachmittag hinaus zu zögern. Dann bestünde nämlich die Chance, dass die Kinder bis zum nächsten Tag überleben würden. Er ging zu Korczak und versuchte ihn zu überreden, mit ihm in den Judenrat zu gehen und zu bitten, dass sie eingreifen. Vielleicht würde man wenigstens ein Kind retten können. Korczak aber lehnte ab. Er weigerte sich, die Kinder auch nur für eine Sekunde zu verlassen.

Auf dem Umschlagplatz herrschte Chaos, die Menschen stöhnten und liefen entsetzt hin und her. Die Kinder von Korczak jedoch bewahrten eine gelassene Würde, keines von ihnen weinte.

Der alte Doktor lächelte sie an, für ihn war es das wichtigste, dass die Kinder wenigstens eine Stunde, wenigstens eine viertel Stunde, wenigstens noch eine Minute lang darüber, was sie erwartet nicht erfahren würden.

„Dann begann der Einschieben in die Waggons“, schreibt Nachum Remba in seinen Erinnerungen. „Ich stand neben den Polizisten, die den Durchgang der Menschen zu dem Einstieg kontrollierten, und beobachtete das Geschehen mit dem schwer schlagenden Herzen. Ich hoffte immer noch, dass mein Plan mit dem Hinauszögern des Abtransportes funktionieren würde.“

Mit Schlagstöcken und Tritten trieben die Polizajen die Kinder und Erwachsene in die Viehwaggonss, die schwer nach Chlor rochen. Und plötzlich hörte Remba, dass Schmerling, der dort anwesende Leiter der Ghettopolizei, das Eintreiben des Hauses der Waisen in die Waggons angeordnet hat. Remba spürte sein Herz nicht mehr…

„Ich werde diese Szene bis zu meinem Tod nicht vergessen“, erinnerte er sich, „das Ganze glich nicht dem Einstieg in die Viehwaggons, sondern dem schweigenden Protest gegen das Mörderregime… So eine Prozession hat noch kein Menschenauge gesehen.“

Eine Reise sollten sie antreten, aus der keiner von Ihnen zurückkam. Als sie in die Hölle von Treblinka kamen, gingen sie genauso ruhig und stolz in die Gaskammer. Erwachsene und Kinder blieben dort zusammen bis zum Ende…

Am 7. August 1942 blieb die Sonne stehen.

Aus dem Russischen
von David Serebryanik

Sie interessieren Sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem…

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Vor 125 Jahren legte der 1. Zionistenkongress den Grundstein für die Staatsgründung Israels

Am 29. August 1897 begann der erste Zionistenkongress in Basel. Theodor Herzl hatte zuvor mit seinem Buch „Der Judenstaat" die Vision eines eigenen jüdischen Staates in die Köpfe der Weltöffentlichkeit gepflanzt. 50 Jahre nachdem jüdische Delegierte die Schaffung eines „Judenstaates" Palästina beschlossen, stimmte die UN-Generalversammlung im Jahr 1947 für die Gründung des Staates Israel.

Von Asael Avelman (Segula)

Unter den Teilnehmern des Ersten Zionistenkongresses, der im Spätsommer 1897 in Basel stattfand, waren kaum Weltberühmte jüdische Vertreter anwesend. Jedoch die immensen Anstrengungen, die Theodor Herzl an den Tag legte, um diesem Ereignis das höchstmögliche Prestige zu ermöglichen, zahlten sich in Gänze aus. Genau von diesem Moment an wurde der Zionismus zu einer politischen Bewegung, die niemand mehr ignorieren konnte.

Herzls Buch „Der Judenstaat – Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage", das im Februar 1896 veröffentlicht wurde, fand eine beeindruckend breite Resonanz in dutzenden jüdischen Zeitungen in ganz Europa. Es wurde bereits nach wenigen Monaten auf Englisch, Französisch, Russisch, Jiddisch, Iwrit, Rumänisch und Bulgarisch übersetzt. Dieser unglaubliche Erfolg änderte augenblicklich den Status des Autors und die Breite seiner Tätigkeit.

Das Problem des europäischen Judentums beschäftigte Herzl schon lange vor dem Erscheinen seines Buches. Vor der Veröffentlichung agierte Herzl jedoch im Alleingang und tauschte sich kaum mit anderen Menschen aus, die hilfreich für die Verbreitung der zionistischen Ideen sein könnten. Jetzt aber wurde der Name des Autors des Buches „Der Judenstaat" allen Juden in Europa bekannt – von Russland, Galizien und Bulgarien im Osten bis Frankreich und Großbritannien im Westen. Bereits im Sommer 1896 war Herzl auf dem Weg in die Türkei, in der Hoffnung dort seine Sicht und Vorhaben zu realisieren.

Als die bedeutendste Tatsache im ganzen Geschehen kann ohne Zweifel der Fakt gelten, dass Herzl diesen atemberaubend schnellen Aufstieg zur Berühmtheit ohne jegliche finanzielle oder offizielle Hilfe gemeistert hat.

Der Versammler der Verbannten

Jetzt, in dem Bemühen so viele Gleichgesinnte anzuziehen, wie nur möglich, unterhielt Herzl einen regen Briefwechsel mit ihnen und bereiste intensiv ganz Europa. Nach und nach war die Idee gereift, alle Unterstützer des Zionismus aus allen Winkeln des Kontinents zu versammeln. Herzl suchte lange Zeit nach einem passenden Ort für die Durchführung eines solchen Kongresses. Und nun endlich rief er die jüdischen Organisationen und einzelne Aktivisten zusammen, um sich vom 29. bis zum 31. August 1897 in Basel zu treffen.

Die von ihm verfasste Einladung spricht für sich:

„Der Congreß wird die Wünsche unserer an den verschiedenen Orten bedrängten Brüder entgegennehmen und die Mittel zur Abhilfe beraten…".

Weiter wird von den Aktivisten gesprochen, die bis jetzt im Alleingang und weit von einander entfernt agierten und nun sich vereinigen könnten. Man wird Augenzeuge von der Versammlung der Verbannten sein, die es ermöglichen wird, alle Bemühungen auf ein einziges Ziel auszurichten. Der Kongress wird von Freunden und Feinden mit Ungeduld erwartet, deswegen muss man ganz klar in den Zielsetzungen sein und ist verpflichtet, um alles in der Welt eigene Befähigungen und eigenes Können zu zeigen. Man zählt darauf, dass alle Angeschriebenen sich im Klaren darüber sind, wie wichtig ihre Anwesenheit ist. Auf dem Kongress würde es eine Möglichkeit geben, sich auf Iwrit zu unterhalten. In Basel gibt es ein koscheres Hotel.

Von Anfang an war Herzl der Meinung, dass die schweizer Neutralität eine positive Rolle spielen würde beim Organisieren des Kongresses. Jedoch gab die Schweiz einigen russischen Nihilisten (unter ihnen wird bald auch Wladimir Lenin sein) Zuflucht, und einige der russischen Zionisten befürchteten, dass ihre Bewegung in den Augen der Regierenden vermengt wird mit dem revolutionären Untergrund. Alternativ wurde München vorgeschlagen, da aber waren die dortigen Reformisten dagegen, die fest davon überzeugt waren, dass die zionistischen Bestrebungen der so mühevoll gewonnen Emanzipation, (sprich Integration – Anmerk. des Übersetzers DS) widerstreben, auf die sie so stolz waren. Was sollte man da über die Umsiedlung nach Palästina beraten, wenn sie sich zuallererst als Deutsche und erst dann als Juden sahen? Am Ende setzte Herzl wieder auf Basel und der Erste Zionistenkongress fand im Konzerthaus des dortigen Stadtcasinos statt.

Wie für die Oper gekleidet

Herzl arbeitete fiebrig, um den Kongress ja rechtzeitig eröffnen zu können. Dabei war er absolut von der Notwendigkeit überzeugt, den Kongress auf allerhöchstem professionellen Niveau durchzuführen, um den feindlich Gesinnten keine Chance zu geben, die Kompetenz der Veranstalter und die Wichtigkeit des Kongresses in Frage zu stellen. Das Personal beherrschte alle Sprachen der zu erwarteten Teilnehmer. Ein Programm wurde im Vorab gedruckt, was sich als ziemlich kompliziert und vor allem kostspielig erwies.

> „Vor uns erhob sich eine edle Gestalt, die eher an einen Engel erinnerte, dessen tiefer, durchdringender Blick voll von ruhiger Größe und unsagbarer Traurer war. Ja, es war so ganz und gar nicht mehr jener sensibler Doktor Herzl aus Wien, sondern ein Nachfahre Davids, der plötzlich aus der Asche auferstand in all seinem legendären Ruhm"

Herzl auf dem Balkon des Hotels Les Trois Rois mit dem Rheinblick während des 5. Zionistenkongresses im Dezember 1901 in Basel.

Eine besondere Aufmerksamkeit galt den Papierkarten,, die an alle Teilnehmer verteilt wurden. Sie waren geschmückt mit dem blauen, rot umrandeten Davidstern, und es stand auf ihnen geschrieben, dass nur die Gründung eines jüdischen Staates als einzige Lösung der Judenfrage infrage kommt. Ausserdem verlangte Herzl von den Teilnehmern die Einhaltung eines bestimmten Dresscodes. Sie hatten in der feierlichen Kleidung, die der eines Theater- oder Opernbesuchs entsprach, zu dem Kongress zu erscheinen. Sogar eine Werbekampagne wurde durchgeführt: eine Briefsondermarke erschien, einige Pressemitteilungen vorbereitet, und Herzl selbst besuchte die Kanzlei des Primus Inter Pares des Kantons und lud ihn ein, an einer der Sitzungen teilzunehmen. Der schweizer Politiker folgte der Einladung, was der Veranstaltung eine besondere Gewichtung verlieh und die Berichterstattung in der Presse anregte.

Letztendlich kamen ca. 200 Delegierte aus 24 europäischen Staaten und sogar aus den USA zusammen. Dabei stellten nur 69 von ihnen eine jeweilige zionistische Organisation vor. Hunderte anderer beobachteten das Geschehen von dem Balkon. Der Großteil der Teilnehmer bestand aus den emanzipierten Juden aus der Mittelklasse, jedoch waren auch einige Studenten, ein Kantor, ein Bauer und ein Bilhauer dabei. Von dem nationalen Gesichtspunkt aus war das ein beeindruckendes Ereignis. In den Augen der Weltgemeinschaft konnte Herzl aber nicht viel vorweisen: es gelang ihm nicht, berühmte Menschen aus der europäischen intellektuellen Elite miteinzubeziehen. Nur sein Freund, Max Nordau, ein einflussreicher Schriftsteller und Theaterkritiker, sowie der britische Schriftsteller Israel Zangwill waren als

einzige Berühmtheiten dabei.

Herzls Beziehung zu der jüdischen Tradition ruft bis heute brennende Diskussionen hervor. Die Einen betrachten ihn als einen komplett assimilierten Menschen, auf einen frühen Tagebucheintrag hinweisend, in welchem Herzl eine Massentaufe der europäischen Juden als eine mögliche Rettung für sie betrachtete. Die Anderen hingegen betonen seine feste Anbindung an das Judentum und an die jüdischen Werte. Wie auch immer, die Mehrheit der Teilnehmer waren in der Tat säkulare Juden. Die Religiöse Seite war nicht wirklich vertreten. Die elf Rabbiner, die Anwesend waren, hatten keinen Besonderen Einfluss in der jüdischen religiösen Welt. Nichtdestotrotz hat Herzl alles gemacht, damit ihre Bedürfnisse und Wünsche befriedigt und erfüllt waren.

Bevor Herzl den endgültigen Ort für die Durchführung des Kongresses wählte, hat er sicher gestellt, dass es in Basel ein koscheres Restaurant gibt und während des Kongresses ging er selbst überwiegend dorthin zum Essen. Dabei befolgte er sonst keine Kaschrutregeln und mochte auch das koschere Essen nicht sonderlich. Am Samstag vor der Kongresseröffnung besuchte er die Synagoge und wurde auch zum Lesen der Tora ausgerufen. In seinem Tagebuch schreibt er, dass eine Aufregung ihn packte, als er zum Synagogalen Podest aufstieg. Diese Aufregung war größer als die, die er an jedem der Kongresstage verspürte. Sein Hals war von überwältigenden Emotionen zusammengedrückt und die wenigen Segensworte, die er auf Iwrit zu sagen hatte, fielen ihm weitaus schwerer als die Eröffnungs- und die Abschlussrede auf dem Kongress, von den täglichen Diskussionen ganz zu schweigen.

Herzls emotionale Erlebnisse waren selbstverständlich nicht nur auf die Synagogenerfahrung begrenzt. So wurden seine Befürchtungen, seine organisatorischen Fähigkeiten betreffend nach und nach zerstreut. „Das war großartig!“ – notierte er in seinem Tagebuch. Als ein ehemaliger Parlamentsjournalist und Autor einiger Theaterstücke, besaß er ein feines Gespür für die Ästhetik der öffentlichen Versammlungen. So beschreibt er weiter, dass der lange, mit grünem Stoff bedeckte Tisch auf der Bühne, sowie die Tische für die Stenografen und Journalisten, dass das alles so einen immens starken Eindruck auf ihn machte, dass er sich beeilte, den Saal wieder zu verlassen, um die Selbstbeherrschung nicht zu verlieren.

Theodor Herzls Auftritt auf dem Ersten Zionistenkongress 1897.

Offizielle Einladung zum Kongress in der wieder zum Leben erweckten Sprache Iwrit.

Die Eröffnung des Kongresses war eine beeindruckende. So beschreibt sie Mordechaj Ben-Ami, ein Journalist aus Odessa: „Ich war unheimlich aufgeregt und je näher ich zum Casino kam, desto mehr spürte ich, dass meine Beine immer mehr ihren Dienst versagen… Delegierten begrüßten sich warmherzig und besprachen sich halblaut… Herzl bewegte sich zum Podium… Nun war er ein ganz Anderer, als der, den ich gestern sah… Vor uns erhob sich eine edle Gestalt, die eher an einen Engel erinnerte, dessen tiefer, durchdringender Blick voll von ruhiger Größe und unsagbarer Traurer war. Ja, es war so ganz und gar nicht mehr jener sensibler Doktor Herzl aus Wien, sondern ein Nachfahre Davids, der plötzlich aus der Asche auferstand in all seinem legendären Ruhm“

Der erste Zionistenkongress dauerte drei Tage. Sein Großteil war den Auftritten und Vorträgen der Deligierten gewidmet, die über den Zustand der zahlreichen jüdischen Gemeinden in unterschiedlichen Ländern berichteten. Auch praktische Vorschläge und Lösungen waren dort diskutiert. Der Jüdische Nationalfond sowie das Literaturkomitee zur Verbreitung der jüdischen Literatur wurden gegründet. Es wurden Maßnahmen getroffen, um die statistischen Daten über die zahlenmässige Größe des jüdischen Volks zu erfassen. Unter tosendem Beifall und Taschentücherschwenken zog Herzl eine Abschlussbilanz während der letzten Sitzung, indem er mitteilte, dass die zionistische Bewegung stolz sein kann auf ihren ersten Kongress. Die Augen vieler waren in diesem Moment voll von Tränen.

«In Basel gründete ich den jüdischen Staat»

Was erhoffte Herzl und was wollte er erreichen, als er den Zionistenkongress organisierte? Anscheinend war das primäre Ziel die Gestaltung eines befähigten und mit Autorität betrauten Organs, welches das jüdische Volk in der Gemeinschaft der Nationen vertreten konnte. Im Lauf des 19. Jahrhunderts gründeten Juden viele politische Organisationen, jedoch trugen diese meistens eher den gesellschaftlich-sozialen und weniger den nationalen Charakter. So geschah es zum Beispiel 1840 während der blutig ausgeratenen Verleumdung in Damaskus, dass als die reichen und einflußreichen englische Juden ihre in Not geratenen Brüder in Syrien beschützten. Dabei gab es bereits Juden in Europa, die die zionistische Idee propagierten – zum Beispiel 1882 in Focşani bei der Tagung der Bewegung Chibbat Zion (Zionsliebe). Außerdem existierten Siedlerinitiativen im Land Israel (Palästina), die unter anderem von Baron Rothschild unterstützt waren.

Herzl strebte jedoch weitaus Größeres an. Er ahnte die Notwendigkeit der offiziellen, offenen jüdischen politischen Struktur voraus, die dazu fähig wäre, als eine in sich Stimmige Formation auf der internationalen diplomatischen Szene zu erscheinen. Laut Herzl sollte der Erste Zionistenkongress «eine majästätische Demonstration werden, die im Stande wäre, der ganzen Welt zu zeigen, was der Zionismus wirklich ist.» Außerdem äußerte er, dass «die jüdische Sache aus den Händen von Einzelkämpfern genommen werden sollte, egal welche noble Absichten diese verfolgten. Wir brauchen ein Forum, das im Namen des ganzen jüdischen Volks diejenigen zur Rechenschaft ziehen konnte, die den Juden etwas antaten, oder ihre Hilfe versagten.

Auf diese Weise wurde gerade der Kongress in Basel zum wichtigsten Meilenstein auf dem Weg zum dem, was man am Ende politischer Zionismus nannte. Man muss sich heute im Klaren sein, dass wenn man den Israelischen Premierminister auf den internationalen Foren, wie der UNO-Generalversammlung auftreten sieht, dies die reale Erfüllung von Herzls Traum ist, der damals als eine absolut wahnsinnige, aus dem Bereich der Fantastik kommende Idee wahrgenommen wurde. Der Höhepunkt dieses Traums war die Entstehung des erfolgreichen jüdischen Staates, der auf der internationalen Arena als vollwertiges und gesetzmäßiger Mitspieler agiert.

Die Ereignisse des Sommers 1897 in Basel machten aus Herzl ohne Zweifel einen zeitgenössischen Propheten. Nach dem Abschluss des Kongresses notierte er in seinem Tagebuch: «In Basel legte ich das Fundament des jüdischen Staates. Wenn ich das heute öffentlich sagen würde, wäre mir ein gemeinsames schallendes Gelächter die Antwort. Aber nach 50 Jahren werden es alle erkennen».

Genau ein halbes Jahrhundert später, im Herbst 1947 hat die UNO-Generalversammlung mit 33 gegen 13 Stimmen für die Gründung des Staates Israel gestimmt.

Übersetzung aus dem Englischen ins Russische von Alexander Njepomnjaschij
Übersetzung aus dem Russischen von David Serebryanik

Wider das Vergessen: Das misslungene Attentat auf Adolf Hitler

Es war nicht die Shoa, die den deutschen Widerstand vom 20. Juli 1944 antrieb, unter ihnen waren überzeugte Antisemiten. Doch wäre das Hitler-Attentat geglückt, hätte der Vernichtungskrieg Nazi-Deutschlands ein früheres Ende gefunden und Millionen jüdische Leben hätten gerettet werden können.

Von Rolf von Ameln

Bereits im Sommer des Jahres 1938 hatte es in der deutschen Generalität Bestrebungen gegeben, einen Krieg zu verhindern. Der Generalstabschef des Heeres, Generaloberst Ludwig Beck, war deshalb im August dieses Jahres aus Gewissensgründen zurückgetreten, er blieb die treibende Kraft des Widerstandes und sollte nach dem für den 20. Juli 1944 geplanten Umsturzes die Führung des Staates übernehmen. Carl Friedrich Goerdeler, Kopf des zivilen Widerstandes, war für das Amt des Reichskanzlers vorgesehen, Goerdeler und Beck standen in engem Kontakt. In Abstimmung mit den beiden erarbeitete der Chef des Allgemeinen Heeresamtes, General der Infanterie Friedrich Olbricht, die "Walküre-Pläne". Ursprünglich waren diese Pläne von der deutschen Wehrmacht entwickelt worden, um das Vorgehen im Falle eines Aufstandes - etwa des deutschen Widerstandes, von Kriegsgefangenen oder anderen Gegnern des Nazi-Regimes - reichsweit zu koordinieren. Die "Verschwörer" des 20. Juli wollten sich nun diese Pläne zunutze machen, um ihre Verbündeten an die Hebel zur Macht zu bringen.

Im Zentrum der Vorbereitungen des Attentats stand ab dem Herbst 1943 Oberstleutnant Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Dessen Mitstreiter Generalmajor Henning von Treskow drängte im Angesicht der aussichtslosen militärischen Situation Deutschlands im Sommer 1944 zur Ermordung Hitlers, um dem In- und Ausland zu zeigen, "dass die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und vor der Geschichte den entscheidenden Wurf gewagt hat". Nachdem bereits mehrere Attentatsversuche gescheitert waren, legte Stauffenberg am 20. Juli 1944 im "Führerhauptquartier Wolfsschanze" bei einer Lagebesprechung mit Hitler eine Bombe. Leider überlebte der "Führer" nur mit leichten Verletzungen! Schon gegen 23 Uhr verkündete der Befehlshaber des Ersatzheeres Generaloberst Friedrich Fromm die unverzüglich zu exekutierenden Todesurteile wegen Hochverrats. Friedrich Olbricht, Claus Schenk Graf von Stauffenberg, Mertz von Quirnheim und Werner von Haeften wurden noch in der Nacht zum 21. Juli 1944 im Hof des Bendlerblocks in Berlin erschossen. Dem ebenfalls dort anwesenden Beck war kurz zuvor "ehrenhalber" ein Revolver überreicht worden. Nachdem zwei Schüsse nicht ausreichend waren, sich selbst zu töten, gab ein Angehöriger des Wachkommandos den Todesschuss ab.

GEDENKSTAETTE DEUTSCHER WIDERSTA / GEDENKSTAETTE / AFP

Claus Schenk Graf von Stauffenberg

Die "Walküre-Pläne"

Die Attentäter wussten: Ein kalkulierbarer Anschlag konnte nur dort erfolgen, wo Hitler selbst Ziel eines Anschlags werden konnte - im Führerhauptquartier oder auf dem Obersalzberg. Der Anschlag war als Beginn des Umsturzes vorgesehen; er sollte innere Unruhen herbeiführen, um die "Walküre-Pläne" auszulösen und so das Militär wieder ins innenpolitische Spiel bringen – sofern öffentlich wirklich glaubhaft gemacht werden könnte, dass der Umsturzversuch von "parteifremden" Elementen ausgegangen sei. Innere Unruhen waren geradezu der Albtraum der Nazi-Führung!

Claus Schenk Graf von Stauffenberg hatte als Chef des Stabes beim Befehlshaber des Ersatzheeres Zugang zur Lagebesprechung im Führerhauptquartier und damit zum Diktator des "Dritten Reiches". Er wurde so zur Schlüsselfigur, denn er kannte die Walküre-Planungen, die der Chef des Allgemeinen Heeresamtes Olbricht hatte ausarbeiten lassen, und hatte nur die Voraussetzungen für ihre Auslösung zu schaffen. Stauffenberg war Stabschef bei Olbricht gewesen und hatte die Walküre-Pläne selbst modifiziert. Nach dem Anschlag auf Adolf Hitler hing alles von der Möglichkeit ab, klare, nicht in Frage zu stellende Befehle aus der Zentrale des Befehlshabers des Ersatzheeres abzusetzen, zentrale Parteistellen auszuschalten und Zugang zur Öffentlichkeit zu schaffen. Hitlers Tod wurde dabei von den Attentätern vorausgesetzt. Dafür musste das Führerhauptquartier in Ostpreußen völlig abgeschnitten werden. In Berlin befanden sich die wichtigsten Rundfunkeinrichtungen, weiterhin das Reichspropagandaministerium, das isoliert werden sollte, schließlich auch das Haus des Rundfunks. Dann sollte möglichst rasch eine schlagkräftige neue Befehlsstruktur geschaffen und eine sowohl handlungsfähige und effektive Regierung und militärische Führung eingesetzt werden.

> „Innere Unruhen waren geradezu der Albtraum der Nazi-Führung!“

Identitätsstiftender Widerstand

Beck, Witzleben, Hoepner und Goerdeler traute man diese Verantwortung auch aufgrund ihres Bekanntheitsgrades zu. Ihr gemeinsames Handeln setzte aber Übereinstimmung in den politischen Zielen und die Verbindung zu den traditionellen politischen Kräften voraus, die seit dem Jahre 1933 aus dem politischen Geschehen ausgeschlossen waren. Sie erst hätten aus dem Widerstand ohne Volk eine Massenbewegung, eine breite Auflehnung gegen die Nazi-Führung aus dem Volk gemacht. Von entscheidender Bedeutung für den tatsächlichen Erfolg, den Krieg rasch zu beenden und auf diese Weise den "Bestand des Reiches" zu sichern, war die Reaktion der Alliierten. Obgleich es etwa von Stockholm, der Schweiz oder von anderen Orten, nicht zuletzt vom Vatikan aus, eine Fülle von Kontakten der deutschen Opposition zur amerikanischen, englischen und selbst zur sowjetischen Seite gab, erfolgten nach der mutigen Tat Stauffenbergs keinerlei unterstützende Reaktion der Alliierten. Das Attentat auf Hitler scheiterte. Dennoch war es nicht unwichtig, denn es wirkte identitätsstiftend, indem es nach Ende des Zweiten Weltkrieges die Möglichkeit schuf, an die Tradition eines Widerstandes anzuknüpfen!

Die Hauptmeldung: Schon am Abend des 20. Juli brachte der Deutschlandsender gegen 18:45 Uhr die Sondermeldung: "Attentat auf den Führer missglückt!" Hitler hatte die Verbreitung der Nachricht seines "der Vorsehung" geschuldeten Überlebens im Laufe des Nachmittages zweimal telefonisch einfordern müssen: Goebbels, der die Lage in Berlin noch nicht endgültig vermag, zögerte mit der Veröffentlichung kurzfristig aus taktischen Gründen. Als dann die Nachricht vom fehlgeschlagenen Bombenanschlag in der ostpreußischen Wolfsschanze über den Äther läuft, startete die letzte große Kampagne der NS-Agitation in allen zur Verfügung stehenden Medien. Noch in der Nacht spricht der Diktator gegen ein Uhr über alle deutschen Sender und schildert die Vorgänge in aller Offenheit: "Deutsche Volksgenossen und Genossinnen! Ich weiß nicht, zum wievielten Male nunmehr ein Attentat auf mich geplant und zur Ausführung gekommen ist. Wenn ich heute zu Ihnen spreche, dann geschieht dies aus zwei Gründen: erstens damit Sie meine Stimme hören und wissen, dass ich selbst unverletzt und gesund bin. Zweitens damit Sie aber auch das Nähere erfahren über ein Verbrechen, das in der deutschen Geschichte seinesgleichen sucht. Eine ganz kleine Clique ehrgeiziger, gewissenloser und zugleich verbrecherischer Offiziere hat ein Komplott geschmiedet, um mich zu beseitigen und zugleich mit mir den Stab praktisch der deutschen Wehrmachtsführung auszurotten. Die Bombe, die von dem Oberst Graf von Stauffenberg gelegt wurde, krepierte zwei Meter an meiner rechten Seite. Der Kreis, den diese Usurpatoren darstellen, ist ein denkbar kleiner. Er hat mit der deutschen Wehrmacht und vor allem auch mit dem deutschen Heer nichts zu tun. Diesmal wird nun so abgerechnet, wie wir das als Nationalsozialisten gewöhnt sind!"

Und so starben nicht nur viele Angehörige des deutschen Widerstandes gegen das Nazi-Reich, sondern auch die Vernichtung des jüdischen Volkes konnte ungehindert fortgeführt werden.

Rolf von Ameln wurde 1943 geboren. Nach seiner Lehre bei der Stadtverwaltung Rheydt wechselte er in den Polizeidienst der amerikanischen Luftwaffe und wurde auf verschiedenen Stützpunkten - zuletzt in Ramstein - eingesetzt. Seit dem Jahre 1986 arbeitete er als Auslandskorrespondent der Israel Nachrichten mit Sitz in Tel Aviv.

Reine Nervensache

Paar- und Familientherapeut Rabbi David Kraus erklärt uns mit alltäglichen Geschichten aus dem Leben, wie wir, auch in herausfordernden Zeiten, Mut und Zuversicht schöpfen können.

Von Rabbiner David Kraus

Eine kleine Geschichte aus dem Alltag: Ich traf einen alten Bekannten auf der Straße und fragte ihn wie es ihm geht. "Ja wie soll es mir schon gehen, bei dieser Weltlage!", antwortete er.

Okay, also wenn ein "Wie geht es Dir" als blöde Frage deklariert wird, dann scheint auf der Welt was los zu sein.

Corona, Lockdowns, Preise gehen nach oben, Krieg in der Ukraine und diese Aufzählung scheint endlos weiter zu gehen.

Menschen haben Angst und dadurch auch Angst vor der Angst und dies führt zur Panik. Ein echter Teufelskreis.

Kennst du den Film: Reine Nervensache? Darin ist Paul Vitti (gespielt von Robert De Niro) der mächtigste Mafiaboss in New York; ein Mann im Visier seiner Feinde.

Bei einer Besprechung bekommt Paul auf einmal Herzrasen, beginnt zu Schwitzen, hat Harndrang und Atemnot – Herzinfarkt!

Im Krankenhaus lautet die Diagnose aber: Panikattacke. Bevor der Arzt nun zusammengeschlagen wurde sagte Paul Vitti noch: „Angst- und Panikattacke? Was soll der Quatsch. Sehen sie mich an Doc! Sehe ich aus wie ein Typ, der in Panik gerät!?"

Ein grandioser Therapeut für kognitive Verhaltenstherapie (CBT) im talmudischen Zeitalter war der große Rabbi Akiva.

Der Talmud (Brachot 60B) lehrt, dass Rabbi Akiva stets zu sagen pflegte: "Alles was Gott tut, tut Er zum Guten".

Durch dieses Mantra war Rabbi Akiva in der Lage, stets den richtigen Blickwinkel zu bewahren und sich selbst in den frustrierendsten und verwirrendsten Zeiten vor der Angst zu schützen.

Der Talmud berichtet dazu von einem sagenhaften Ereignis. Rabbi Akiva war unterwegs und wollte in einem Dorf übernachten, doch dort wurde ihm die Unterkunft verweigert und deshalb war er gezwungen, im nahen gelegenen Wald zu schlafen.

Anstatt nun wütend zu reagieren, erklärte Rabbi Akiva: Alles was Gott tut, tut er zum Guten.

Zu dieser Zeit waren Rabbi Akivas einzige nennenswerte Besitztümer sein Reise-Esel, sein Hahn, der ihm als primitiver Wecker diente, um ihn im Morgengrauen zum Morgengebet zu wecken, und eine Kerze, die ihn nachts mit Licht zum Studieren versorgte.

Bei Einbruch der Nacht blies ein Wind die Kerze von Rabbi Akiva aus. Als er in der Dunkelheit saß, dauerte es nicht lange, bis sein Huhn von einer Katze und sein Esel von einem Löwen gefressen wurden, worauf der Rabbi sofort antwortete: Alles was Gott tut, tut Er zum Guten.

Als Rabbi Akiva am nächsten Morgen aufwachte, stellte er zu seiner großen Empörung fest, dass eine riesige Armee die Dorfbewohner gefangen genommen hatte, und hätte man ihn nicht so unverschämt aufgefordert das Dorf zu verlassen - und wäre sein Licht nicht ausgeblasen oder sein Hahn und sein Esel nicht über Nacht gefressen worden - dann wäre er höchstwahrscheinlich auch selbst gefangen genommen worden.

Der berühmte irakische Rabbiner des 19. Jahrhunderts, der Ben Isch Chai, stellt zu dieser Geschichte eine brillante Frage: Ist nicht mit Sicherheit davon auszugehen, dass Rabbi Akiva eine Laterne hatte, um seine Kerze vor dem Wind zu schützen? Er antwortet mit den Worten, dass Rabbi Akiva ganz sicher vorbereitet war und dass die Tatsache, dass sein Licht durch den Wind sogar durch den Schutz der Laterne gelöscht wurde, eindeutig ein Wunder war. Aber wo ein normaler Mensch durch das Erlöschen seines Lichts wütend wird und sein eigenes Pech verantwortlich macht, genau hier rief Rabbi Akiva: Alles was Gott tut, tut Er zum Guten, denn er sah dieses unnatürliche Ereignis als die Hand Haschems an, die eine wundersame Rettung vorbereitet.

Durch die Anwendung dieser grundlegenden Prinzipien des Judentums und der CBT bewahrte Rabbi Akiva nicht nur seinen inneren Frieden, sondern erlebte dann auch, dass alles tatsächlich zum Guten war.

Wie können wir also vermeiden, mit den falschen Arten von Gefühlen zu operieren, und unsere Emotionen auch unter den schwierigsten Umständen zu beherrschen?

In seinem Buch „Der fröhliche Rabbi" erzählt Rabbi Kraus, wie sich die Widrigkeiten des Lebens zu Quellen des Glücks umwandeln lassen.

1. Bitte um göttliche Führung

Der Glaube an den einen und einzigen Gott, an Haschem, ist unsere rettende Kraft in unseren dunkelsten Momenten.

Die Entwicklung einer gesunden Beziehung mit dem Ewigen hilft uns, unsere Hindernisse leichter zu überwinden. Denn wenn wir an eine höhere Kraft glauben, glauben wir auch an die Macht des göttlichen Eingreifens, welche uns zeigen wird, was wir tun müssen, wir also auch lernen werden, warum etwas geschieht und so vertrauen wir dann auch stets darauf, dass Haschem uns sogar aus einer bestimmten unerwünschten Situation sicher retten wird.

Rabbi Nachman rät uns, dass immer dann, wenn wir mit Emotionen belastet sind, ähnlich dem Schema Gebet, wir an G-tt denkend ganz stark die Augen schließen und dabei mit unseren Fingern auf die Augen drücken sollen, so verbinden wir uns wieder mit dem der alles kann, mit unserem uns über alles und immer bedingungslos liebenden Vater im Himmel… danach lass deine Augen weiter geschlossen und stell dir eine positive Lösung für dein Problem vor und bitte Haschem, dir den besten Weg zu zeigen.

Wenn du deine Augen dann wieder öffnest, wirst du Haschem ganz nah bei dir wissen und trau dich mit Ihm einen Schritt weiter:

2. Etikettiere deine Emotionen

Frag dich selbst: Wie fühle ich mich? Nicht um diese Gefühle jetzt sofort zu ändern, sondern um anzuerkennen, was man im Moment erlebt: Bin ich nervös? Fühle ich mich enttäuscht? Bin ich traurig?

Denke daran, dass sich hinter Wut manchmal Gefühle verbergen, die sich verletzlich anfühlen - wie Scham oder Verlegenheit. Achte also genau darauf, was wirklich in dir vorgeht.

Gib deinen Emotionen einen Namen. Denke daran, dass du vielleicht ein ganzes Bündel von Emotionen auf einmal empfindest - du kannst zum Beispiel gleichzeitig ängstlich, frustriert und ungeduldig sein.

Wenn wir unsere Gefühle benennen, kann das den Emotionen viel von ihrem Biss nehmen. Es kann uns auch helfen, sich genau zu merken, wie diese Gefühle wahrscheinlich unsere Entscheidungen beeinflussen.

3. Reframe deine Gedanken

Unsere Emotionen beeinflussen die Art und Weise, wie wir Ereignisse wahrnehmen.

Ersetze also deine Gedanken durch andere. Negative Emotionen binden uns an wiederkehrende negative Gedanken, wodurch Zyklen von negativen Mustern entstehen. Wann immer du mit einer Emotion konfrontiert wirst, die dich etwas Schlechtes fühlen oder denken lässt, zwinge dich sie aus deinem Geist zu stoßen, indem du sie durch einen anderen Gedanken ersetzt. Stell dir die ideale Lösung für dein Problem vor, denke an jemanden, der dich glücklich macht, oder erinnere dich an ein Ereignis, das dich zum Lächeln bringt.

Manchmal ist der einfachste Weg, eine andere Perspektive zu gewinnen, einen Schritt zurückzutreten und sich zu fragen: "Was würde ich zu meinem Kind sagen, wenn es dieses Problem hätte?" Die Beantwortung dieser Frage wird einige der Emotionen aus der Gleichung nehmen, so dass man rationaler denken kann.

4. Finde ein gesundes Ventil

Emotionen sollten niemals in Flaschen abgefüllt werden. Ruf jemanden an oder gehe zu jemandem, dem du vertraust, erzähle ihm, wie es dir geht.

Eine andere Meinung als deine eigene zu hören, erweitert das Bewusstsein.

Führe ein Tagebuch und übertrage deine Emotionen aus deinem Inneren auf das Papier. Viele Menschen finden es hilfreich, sich mit Krav Maga oder anderem Kampfsport zu beschäftigen, um ihre Gefühle zu entladen.

Andere meditieren und singen, um in einen ruhigen Seinszustand zurückzukehren. Ich empfehle die Hitbodedut, das Herzensgespräch allein mit Haschem in der Natur.

Führe die Aktivität aus, die für dich am besten geeignet ist, um dein Wesen von aufgestauten Gefühlen zu befreien.

5. Sieh das Gesamtbild

Jedes Ereignis in unserem Leben, ob gut oder schlecht, dient einem höheren Zweck. Weisheit bedeutet, in der Lage zu sein, über den Moment hinaus zu sehen und die größere Bedeutung jeder gegebenen Situation zu erkennen. Am Anfang wirst du es vielleicht nicht verstehen, aber mit der Zeit wirst du beginnen, das größere Bild zu sehen, das sich in eine perfekte Ordnung fügt. Selbst inmitten eines emotional aufwühlenden Moments solltest du darauf vertrauen, dass es einen ultimativen Zweck gibt, den du bald begreifen wirst.

Schließlich passiert alles nicht Dir, sondern für Dich! Und alles Negative passiert auch nicht um bei Dir zu bleiben, sondern um weiter zu ziehen.

Jetzt hast du genügend Material, um eine Welt zu bauen, wie sie dir gefällt. Viel Glück dabei und reichlich Gottes Segen.

Rabbiner David Kraus ist Paar- und Familientherapeut und Autor von: „Der fröhliche Rabbi und verschlungenen Wege zum Glück", Knaur 2021

Leben in Israel?

Welche Beziehung haben wir zu Israel? Erwartet G'tt von uns, dass wir alle im „Gelobten Land" leben?

Von Rabbiner Elischa Portnoy

Menahem KAHANA / AFP

Das Leben im Gelobten Land verlangt große spirituelle Anstrengungen

Es gibt eine bekannte Anekdote, die zeigt, dass manche wichtige Entscheidungen oft schwer zu treffen sind: Ein kleines Schtetl in der Ukraine im 18. Jahrhundert.

Ein durch Europa reisender Jude aus dem Land Israel übernachtet für ein paar Tage in einer Herberge, die von einem jüdischen Paar betrieben wird. Der Gast macht es sich bequem, bekommt was zu essen und unterhaltet sich mit dem Wirt namens Mosche. Nach einer Weile fragt der Gast, ob Mosche mit seiner Frau nicht nach Israel umsiedeln möchte? Es ist immerhin das Land, das den Juden von G'tt versprochen wurde. Und bald kommt auch der Maschiach (Erlöser) und wird auf alle Juden in Israel warten… Mosche überlegt ein wenig und sagt dem Gast, dass er seine Frau fragen soll. Der Wirt geht zu seiner Frau und erzählt ihr über das Angebot des Gastes. Seine Frau ist davon nicht begeistert: „Mojschele, welches Israel, welcher Maschiach?! Wir haben gerade das Haus renoviert, ein bisschen Vieh dazugekauft, neue Verträge mit Adeligen abgeschlossen, wie können wir nach irgendwo reisen?! Nein, nein, das kommt für uns zurzeit nicht in die Frage!".

Mosche geht zum Gast und berichtet ihm die Antwort seiner Frau. Der Gast lässt aber nicht locker: „Und was wird, fragt er, wenn die Kosaken kommen, das Haus zertrümmern, das Vieh töten, euch schlagen?". Für Mosche ist es ein gewichtiges Argument. Nochmal geht er zu seiner Frau. Die Frau überlegt kurz und antwortet: sag bitte dem Gast, dass Maschiach die Kosaken nach Israel mitnehmen soll und wir hier dann ruhig bleiben können!"

Wir lachen gern über dieses einfältige Paar, die sich ein ruhiges unproblematisches Leben wünschen, statt irgendwelche abenteuerliche Visionen. Doch wir müssen uns auch mal fragen, was eigentlich unsere Beziehung zum Land Israel ist? Warum leben wir in der Diaspora und nicht im Heiligen Land? Und was sagt das jüdische Gesetz, die Halacha zu diesem Thema?

Fasten und trauern

Diese Frage ist gerade jetzt, in diesem Monat sehr aktuell, wenn wir, wie jedes Jahr, am 9.Aw des jüdischen Kalenders (Sonntag, den 7. August in diesem Jahr) einen nationalen Fastentag begehen werden. Am 9.Aw trauern wir nicht nur um zwei zerstörte Tempel in Jerusalem, sondern um alle Unglücke, die dem jüdischen Volk in seiner langen Geschichte passierten. Aber nicht nur der 9.Aw selbst, sondern die ganze erste Hälfte des Monats Aws ist für Juden unglücklich.

Doch wie wurde der Monat Aw zum Unglücksmonat für die Juden? Die Tragödie, die diese Sommerzeit negativ geprägt hat, ereignete sich nur kurze Zeit nach dem Auszug der Juden aus Ägypten. Das jüdische Volk hat die Tora am Berg Sinai empfangen, das mobile Heiligtum „Mischkan" aufgebaut und eingeweiht und stand bereits vor dem Eintritt ins Land Kenaan – das Gelobte Land, das G'tt den Juden versprochen hat. Eigentlich konnte nichts mehr schieflaufen. Doch die Juden haben es doch kräftig vermasselt: sie kamen zu Mosche und baten ihn, Spionen ins Land Kenaan zu entsenden, um zu prüfen, ob dieses Land tatsächlich gut ist und ob man es erobern kann. Auch wenn Mosche schon geahnt hat, dass es keine gute Idee war, hat er doch entschieden, dieser Bitte nachzugeben. Er hatte Angst, dass wenn er diese Auskundschaftung ablehnen würde, dies unter den Menschen Befürchtungen schüren könnte, mit diesem Land könnte tatsächlich etwas nicht stimmen.

Verdammnis und Bestrafung

Und diese Mission ging tatsächlich schief: auch wenn Mosche aus jedem Stamm, den besten und wichtigsten Menschen gesendet hatte, hat es nicht funktioniert. Die zehn der zwölf Gesandten sind nach vierzigtägiger Reise durch das Land Kenaan mit schlechten Nachrichten zurückgekommen. Ja, das Land ist tatsächlich unglaublich gut, jedoch sind die dortigen Einwohner sehr stark und es gibt sogar Riesen! Es sollte also unmöglich sein das Land Kenaan zu erobern. Das Volk war von diesen Nachrichten schwer betroffen. Und auch wenn die restlichen zwei der zwölf Gesandten versucht haben, das Volk zu beruhigen und zu versichern, dass mit G'ttes Hilfe alles möglich ist, war das vergeblich: das Volk hat der Mehrheit der Spione geglaubt und wollte nicht mehr ins Gelobte Land gehen. Das war natürlich ein unglaublicher Affront gegenüber G'tt, der gerade für diese Menschen so viele Wunder vollbracht hatte: Auszug aus Ägypten mit den zehn Plagen als Wunder, Spaltung des Schilfmeers, das himmlische Brot Manne. War das alles nicht genug, damit das Volk vollkommen an G'tt glaubt?! Deshalb griff G'tt hart durch: diese Menschen (vor allem Männer im Alter zwischen 20 und 60 Jahre) wurden zur 40-jährigen Wüstenwanderung verdammt und sollten alle in dieser Zeit sterben. Nur ihre Kinder (und die meiste Frauen) sollten dann das zukünftige Land Israel betreten. Auch die zehn Gesandten, die schlecht über das Gelobte Land gesprochen haben, wurden bestraft: sie starben in der gleichen Nacht an einer fürchterlichen Epidemie.

Warum urteilten die Gesandten derart?

Die Hauptfrage unserer Weisen zu dieser Geschichte, die in der Tora (4.Buch Moses 13:1-14:45) beschrieben ist, ist, wie die zehn Gesandten dazu kommen konnten, schlecht über das Heilige Land zu sprechen?! Das waren ja nicht irgendwelche einfache ungebildete Leute, es waren große Würdenträger von jedem Stamm! Und die Kommentatoren der Tora sind sich einig: wenn diese Menschen für ihre Mission von Mosche ausgewählt wurden, waren sie alle große Gerechten! Wie konnten sie also in so einer kurzen Zeit von Guten zu Bösen werden?

Unsere Weisen geben mehrere Antworten darauf. Eine dieser Antworten ist, dass diese Männer eigentlich gute Absichten bei der Sache hatten. Sie haben sich Folgendes überlegt: wenn wir jetzt in der Wüste sind, sind wir von G'tt vollständig versorgt. Wir haben Brot vom Himmel, Wasser vom Miriam's Brunnen und sogar unsere Kleider werden von Wolken gereinigt (wie es im Midrasch steht). Und damit haben wir alle Zeit, um die Tora zu lernen, zum andächtigen Beten und zum spirituellen Wachstum. Warum sollen wir dann in das Land Kenaan gehen?! Dort, nachdem wir es erobern, sollen wir bauen, handeln, pflanzen und ernten. Das wird Zeit und Kraft kosten und damit wird unser geistiges Level sinken. Deshalb haben sie das Volk irregeführt, um in der Wüste zu bleiben und dort zu großen Gerechten werden.

Doch das war natürlich nicht das, was G'tt wollte. G'tt wollte ja, dass das jüdische Volk in das Heilige Land kommt, dort baut, handelt und wirtschaftet und trotzdem spirituell wächst. Dafür hat uns G'tt zahlreiche Gebote gegeben, die mit dem Land Israel verbunden sind, wie Zehntel, Orla (Früchte des dritten Jahres), Chala (Teigabgabe an die Priester), Peah (Ecke des Feldes, die ungeerntet für die Armen gelassen werden soll), Schmita (das Ruhen des ganzen Landes im Siebten Jahr) und viele mehr. Und das Gelobte Land selbst hat eine heilige Atmosphäre, die dem spirituellen Wachstum hilft. Und das haben leider weder die zehn „bösen" Kundschafter noch andere Männer des jüdischen Volkes verstanden und dadurch haben sie eine unglaubliche Gelegenheit, das Land Israel zu bekommen, verpasst.

G`ttes Wille

Im Gegensatz zu diesen Männern zeigt die Heilige Schrift (27:1-11), dass die Frauen die Kostbarkeit des Landes gespürt haben und unbedingt dieses Land bekommen wollten. Am Ende der Wüstenwanderung kamen zu Mosche fünf Töchter von Zelofchad, um folgende Frage zu klären. Ihr Vater (Zelofchad) war bereits gestorben und hatte keine Söhne, die seinen Anteil im Land Kenaan nach der Eroberung bekommen sollten. Deshalb wollten seine Töchter wissen, ob sie ihren Vater beerben dürfen und dieses Land bekommen können. Mosche musste sich mit G'tt beraten, Der bestätigt hat, dass die Töchter tatsächlich erben dürfen und das Landstück ihres Vaters bekommen sollen. Für unsere Weisen war das eine klare Botschaft: während Männer in der Wüste bleiben wollten, wollten die Frauen unbedingt ins Heiligen Land und nicht nur dort leben, sondern es auch noch besitzen.

Daraus sehen wir, wie es für G'tt wichtig ist, dass die Juden im Land Israel leben. Auch unsere Weisen haben stets die Verbindung zwischen dem jüdischen Volk und dem Land Israel betont. Diese Verbindung können auch wir mit unse-

ren eigenen Augen sehen. Im Mittelalter, als in Israel nur ein paar Tausend Juden in wenigen Städten lebten, war das Land in einem schrecklichen Zustand. Wüsten, Sümpfe, gefährliche wilde Tiere – das alles machte das Land praktisch unbewohnbar. Selbst noch vor ca. 150 Jahren hat Mark Twain bei seiner Reise durch das Heiligen Land in seinem Reisebuch das Land als „versteppt, verödet, versumpft, menschenleer, heruntergekommen und armselig“ bezeichnet. Und als die Juden in das Land zurück waren, blühte das Land wieder auf (wie übrigens auch unsere Propheten vorhergesagt haben). Außerdem haben unsere Weisen immer betont, wie heilig dieses Land ist und dass echtes spirituelles Wachstum nur im Heiligen Land möglich ist.

Gründe für das Leben in Israel

Früher war es oft schwer nach Israel zu gelangen oder dort zu leben. Doch jetzt, da es den Staat Israel gibt, der alle Juden willkommen heißt und wenn alle Juden die Möglichkeit haben, dort zu leben, zu arbeiten und spirituell zu wachsen, warum leben immer noch viele Juden außerhalb von Israel?

Wenn wir über die säkularen Juden sprechen, dann ist es noch verständlich. Für sie hat das Land Israel keinen besonderen Wert und die Menschen versuchen dort zu leben, wo es für sie bequem ist. Und wenn es in New York, London oder Berlin bequemer ist als in Tel Aviv oder Haifa, dann leben sie eben in New York, London oder Berlin.

Was ist aber mit den orthodoxen bzw. traditionellen Juden? Sie verstehen schon, wie heilig das Land Israel ist und wie wichtig es ist, dort zu wohnen. Schließlich ist es ein Teil ihrer Weltanschauung und es wird auch in den täglichen Gebeten thematisiert. Wie können solche Juden nicht in Israel leben?!

Diese Frage stellt sich um so mehr, dass unsere Weisen im Talmud mehrmals darauf hingewiesen haben, dass man in Israel leben soll, auch wenn es nicht einfach ist. Rambam (Rabbi Mosche ben Maimon, 1138-1204) bringt in seinem Werk „Mischne Tora“ (Hilchot Melachim und Milchamot 5) mehrere solche Aussagen unserer Weisen, die er als wegweisend betrachtet. So, zum Beispiel, sagen die Weisen des Talmud, dass es besser sei, in einer Stadt in Israel zu leben, wo die Mehrheit Nichtjuden sind, als in einer Stadt in der Diaspora, wo die Mehrheit Juden sind (5:12). Außerdem sagen unsere Weisen, dass diejenigen, die im Land Israel leben, die Sünde verziehen werden! Jeder, der dort nur vier Schritte gemacht hat, verdient das ewige Leben in der kommenden Welt! Sogar diejenigen, die im Heiligen Land einfach nur begraben sind, haben großes Verdienst!

Unterschiedliche Meinungen

Doch das alles war geschrieben, als die Juden keinen eigenen Staat hatten. Wie ist es in einem jüdischen Staat zu leben, der von säkularen Juden gegründet wurde und nicht nach jüdischem Gesetz (Halacha) aufgebaut ist? Diese Frage wurde kontrovers diskutiert, als im 19. Jahrhundert die ersten Zionisten Pläne für einen eigenen Staat im damaligen Palästina diskutieren zu begangen.

Unter den größten Rabbonim der damaligen Zeit gab es grundverschiedene Meinungen. Die „Antizionisten“, deren bekanntester Vorsprecher der Satmarer Rebbe Rabbi Mosche Teitelbaum war, lehnten diese Idee vollkommen ab. Ihr theologisches Argument (sehr vereinfacht) bestand darin, dass G’tt uns aus dem Land Israel vertrieben hat und Er wird uns dorthin (durch Maschiach) wieder zurückbringen. Und sicherlich nicht durch gottlose säkulare Juden. Ihnen widersprachen die religiösen Zionisten, unter Führung von Rabbi Abraham Isaak Kook (1865-1935), der auch erster aschkenasischer Großrabbiner von Palästina wurde. Aus seiner Sicht wäre die Gründung des Staates Israel nicht nur richtig, sondern die direkte Erfüllung der Prophetien und G’ttes Wille.

Man muss aber auch betonen, egal welche Richtung des orthodoxen Judentums man angehörte, alle waren sich einig, dass es wichtig ist, dass die Juden in Israel leben. Mehrere chassidische Rebben und auch große „litvische“ Rabbonim (wie Vilner Gaon) sandten ihre Anhänger im 17.-19. Jahrhundert nach Israel, auch dann, wenn das Leben im Land sehr schwierig, ja fast unmöglich war. Man stritt im 19.-20.Jahrundert nur über die Frage, ob man den jüdischen Staat anerkennen soll oder weiterhin auf Maschiach warten sollte. Sogar jetzt wohnen in Israel mehrere Gruppen von Antizionisten, die den Staat Israel vollkommen ablehnen und nicht mal eine Krankenversicherung benutzen.

Und wenn dem so ist, warum leben viele (vor allem) religiöse Menschen in Antwerpen, Wien, Amerika oder London, warum nicht in Israel?!

Strengere Gesetze im Gelobten Land

Rabbi Mosche Feinstein (1895-1986), führender halachische Autorität des 20. Jahrhunderts, der in Amerika lebte, wurde einmal von einer religiösen Familie gefragt, ob es laut der Tora die Pflicht gibt, in Israel zu leben (wenn es möglich ist) und ob man nach Israel umziehen soll?

Rabbi Feinstein hat geantwortet, dass es heutzutage keine solche Pflicht gibt. Und auch wenn es tatsächlich wunderbar ist, in Israel zu leben, erklärte Rabbi Feinstein weiter, beim Gedanken nach Israel umzuziehen, muss man mehrere Faktoren berücksichtigen. Erstens, muss garantiert werden, dass die Familie dort ein jüdisches Leben führen kann, ohne ihre Lebensqualität durch verschiedene Nachteile (finanzielle, soziale usw.) zu vermindern. Zweitens muss man beachten, dass man sich in Israel noch sorgfältiger an die Gebote der Tora halten soll als in der Diaspora. Unsere Weisen vergleichen das Heilige Land mit dem Thronsaal des Königs und dort muss man sich noch besser benehmen und penibel auf seine Taten und Wörter achten als außerhalb des Palastes. Unsere Weisen im Talmud betonen, dass wenn man sich in Israel „schlecht benimmt“, könnte man von G’tt rausgeworfen werden. Sie illustrieren es mit folgendem Beispiel: Ein Prinz, Sohn des Königs, kam von einer Sause, wo er viel Alkohol getrunken hat. Als er in den Palast kam, hat er sich übergeben. Darauf befahl der König seinen Dienern, den Prinzen aus dem Palast zu werfen, bis er sich in wieder in Ordnung gebracht hat.

Und wenn man die heutige Situation mit dem jüdischen Leben in Israel betrachtet, muss man als Neuankömmling (Ole Chadach), der ein traditionelles spirituelles Leben führen möchte, sehr stark sein. Ein israelischer Lehrer, der in einer säkularen Schule unterrichtet, hat seit Kurzem auf seiner Facebook-Seite folgendes erzählt. Er hat ein paar Wochen vor dem Schawuot-Fest seine Schüler, die in Israel geboren und aufgewachsen sind, gefragt, warum wir Schawuot feiern. Nur ein paar Schüler aus der Klasse wussten die Antwort! Als er die Schüler anderer Klassen fragte, wo die Flüchtlinge aus der Ukraine lernen, wusste schon die Hälfte der Klasse die richtige Antwort. Diese Schüler haben in der Ukraine die Sonntagschule von Chabad besucht und kannten unsere Tradition besser als die israelischen Kinder!

Rat beim Rabbi suchen

Deshalb soll jeder für sich klar verstehen, wo es für ihn, seine Familie besser sein wird, entsprechend der jüdischen Tradition zu leben. Und wo seine Kinder besser die jüdischen Werte erlernen können. Und noch besser ist es mit seinem lokalen Rabbiner zu beraten, der die Situation der Familie kennt.

Wie es schon erwähnt wurde, haben große Rabbonim ihre Anhänger oft nach Israel geschickt. Jedoch nicht jeden, der das machen wollte. Es wird erzählt, dass einmal zu einem von Ljubawitschen Rebben, der in Weißrussland lebte, ein Mann kam und den Rebben fragte, ob er nach Israel umziehen soll. Der Rebbe überlegte kurz, lächelte den Mann an und sagte: „Mache dir Israel hier“…

JUDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH
Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin
Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
Tel. (Redaktion): (030) 54 71 02 51 , (Aboverwaltung) Fax: (03222) 13 24 601
E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de
Redaktion: Laila Mirzo (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski
Kontaktmöglichkeiten
• per Post: **J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin** • per Mail: **redaktion@juedische-rundschau.de**
• per Telefon: **(030) 54 71 02 51** (Redaktion) • per Fax: **(03222) 13 24 601** (Aboverwaltung)
• per Website: **www.juedische-rundschau.de**
Werbeabteilung: Tel.: **(030) 54 71 02 51**
E-Mail: **werbung@juedische-rundschau.de**
Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam
Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.
Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.
© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.
Es gelten AGB vom 01.05.2014 und Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 01.09.2014

Unsere Kontaktadressen

J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin

(030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
(030) 54 71 02 50 (Aboverwaltung, auch Anrufbeantworter)

redaktion@juedische-rundschau.de

(03222) 13 24 601

www.juedische-rundschau.de

www.facebook.com/jrundschau

@jrundschau

COUPON ABO-BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

☐ **39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)**
☐ **49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)**
☐ **73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)**
☐ **32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).**

Name, Vorname _____
Strasse, Hausnummer _____
PLZ _____ **Wohnort** _____
Geburtsdatum _____ **Telefon:** _____ **E-Mail:** _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen von dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____ **Unterschrift** ☒ _____

Ich zahle gegen Rechnung:
Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeiten werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (03222/1324601) oder als Scan per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.

Daf Yomi – Stellen aus dem Talmud

In der Ausgabe vom Januar 2022 hat die Jüdische Rundschau damit begonnen, auszugsweise Stellen aus dem Talmud darzulegen und zu erörtern. Die Auswahl der Stellen erfolgt dabei anhand des festgelegten Lesezyklus, der als „Daf Yomi" bezeichnet wird. Vgl. die Informationen in der genannten Ausgabe. Folgendes stellt eine Fortsetzung dar.

Von Patrick Casiano

Das Freikaufen von Entführten

Im Artikel der Juli-Ausgabe haben wir geschrieben, dass das in der Ketuba (=jüdischer Ehevertrag, heutzutage standardisiert) Geschriebene jüdisches Gesetz ist und den Ehemann sogar binden würde, wenn dieser seiner Frau gar keine Ketuba ausgehändigt hätte.

In einer Mischna in Ketubot 51a findet sich eine kurze Liste mit Beispielen von Verpflichtungen, die ein Ehemann seiner Frau gegenüber hat, auch wenn diese in der Ketuba nicht erwähnt wurden – und sozusagen auch, falls gar keine geschrieben wurde. Dort lesen wir: „Wenn er nicht geschrieben hat: ‚Falls du gefangen genommen wirst, werde ich dich freikaufen und dich zu mir als Ehefrau zurückführen […]' [so ist er dennoch] verpflichtet, denn es ist eine vom rabbinischen Gericht festgelegte Bedingung [des Ehevertrages]."

Entführungen und Menschenhandel waren zur Zeit der Verfassung von Mischna und Talmud in Israel unter Fremdherrschaft und im jüdischen Zentrum in Babylonien häufige Vorkommnisse. Und dass sich jüdische Quellen damit befassen, zeigt wie umfangreich das jüdische Gesetz ist und dass es alle Lebensbereiche abdeckt.

Im weiteren Verlauf der talmudischen Diskussion kommen wir auf 52b zu dem bekannten Satz: „Man kauft keine Gefangenen frei für mehr als ihren Wert. Um der Ordnung der Welt willen." Man wird sich sicherlich fragen, was der „Wert" eines Gefangen ist – um so mehr noch, da es deutlich ist, dass es sich hier tatsächlich um einen finanziellen Wert handelt. Wenn jüdische Gefangene von ihren Verwandten oder der jüdischen Gemeinde nicht freigekauft wurden, dann hat man sie am Sklavenmarkt verkauft. Ihr Preis richtete sich dann nach Geschlecht, Alter, Gesundheitszustand usw. Der Preis einer Person am Sklavenmarkt wurde somit als Richtlinie für den Preis angesehen, für den man sie auch freikauft.

Unsere Weisen hatten das Bedenken, dass wenn Juden generell zum Freikauf anderer Juden mehr zu zahlen bereit sind als diesen Standard und auch mehr als Angehörige anderer Völker zum Freikauf ihrer Verwandten zahlen, dann wird das ein gefährlicher Präzedenzfall sein und Juden werden vermehrt entführt werden.

Es steht hier also ein nationales Interesse einem individuellen gegenüber und ein rationales konkurriert mit einem emotionalen. Denn wie sollte man z.B. von Eltern erwarten, nicht jede Forderung der Entführer zu erfüllen, nur um ihr entführtes Kind wieder in die Arme schließen zu können. Aber das Wohl des Kollektivs erfordert eine solche Beschränkung.

Lösegeld für Rabbi Meir aus Rothenburg

In der jüdischen Geschichte gibt es den bekannten Fall des angestrebten Freikaufes von Rabbi Meir aus Rothenburg. Er war im 13. Jahrhundert aufgrund seiner Gelehrsamkeit als höchste religionsgesetzliche Autorität in den deutschsprachigen und umliegenden Ländern anerkannt. Im Jahr 1286 entschloss er sich, die deutschen Lande zu verlassen und nach Israel auszuwandern. Auf dem Weg dorthin wurde er jedoch von einem abtrünnigen Juden erkannt und denunziert und kam letzten Endes in Gefangenschaft. Es wurde eine ungeheure Summe für seine Freilassung gefordert und Rabbi Meir – der auch in der Gefangenschaft weiterhin mit seinen Schülern in Kontakt stand und Korrespondenzen unterhielt – untersagte den Juden aus genanntem Grund seine eigene Auslösung und starb schließlich nach sieben Jahren in Gefangenschaft.

Wobei gesagt werden muss, dass ein Teil der Historiker Zweifel an den genauen Details der genannten Geschichte haben – während die Gefangenschaft und die generelle Forderung nach Geld jedoch von allen anerkannt werden.

Gefangenenauslösungen in Israel heutzutage

Leider folgt der Staat Israel nicht den Weisungen der jüdischen Gelehrten und so kommt es, dass Gefangenenaustausche zwischen Israel und seinen Feinden immer unverhältnismäßig zum Nachteil der israelischen Seite ausfallen und Israel sich ausnutzen lässt.

Begonnen hat dies bereits in den regulären, also zwischenstaatlichen Kriegen als nach dem Suezkrieg über 5.500 ägyptische Gefangene für gerade einmal vier Israelis ausgetauscht wurden. Und auch nach dem Sechs-Tage-Krieg wurden ca. 4.500 ägyptische Gefangene für zehn Israelis ausgetauscht und an den Fronten mit den anderen arabischen Nachbarstaaten kam es zu ähnlichen, unverhältnismäßigen Austauschen. Im vorliegenden Fall könnte man noch vorbringen, dass einfach alle Ägypter gegen alle Israelis getauscht wurden, und dass das Verhältnis der Gefangenenzahlen nun mal einfach so war. Aber ab den 1980ern mehrten sich solche unverhältnismäßigen Austausche auch mit Terrororganisationen, ohne dass das oben genannte Argument greifen könnte. Einen traurigen Höhepunkt erreichte dies im Jahr 2011 als Israel 1.027 Gefangene – darunter auch verurteilte Mörder – für einen einzigen israelischen Soldaten freigelassen hat, der im Gaza-Streifen gefangen war. Wie ersehnt diese Freilassung für ihn und seine Familie auch gewesen ist, so war es doch absolut vorhersehbar, dass die freigelassenen Terroristen erneut jüdisches Blut vergießen werden. Der bekannteste, aber keineswegs einzige Fall, in dem Freigelassene aus diesem Austausch wieder an Morden beteiligt waren, ist die Entführung und anschließende Ermordung von drei jüdischen Jugendlichen im Juni 2014.

Eine neue Form von Gefangenschaft in Israel

Neben den klassischen Formen der Gefangenschaft, die einer Person aufgezwungen werden, gibt es heutzutage in Israel auch eine solche, in die ihre Opfer hineinverführt werden. Die Rede ist von Beziehungen zwischen jüdischen Frauen und muslimischen Männern. Ein Phänomen, von dem in Israel zu wenig die Rede ist, das aber dennoch weit verbreitet ist und Frauen aus allen Altersstufen und sozialen Klassen betrifft. Gemischte Beziehungen werden seitens des liberalen, progressiven etc. Lagers in Israel als Form der Koexistenz angepriesen. Dabei wird jedoch nicht erwähnt, dass in solchen gemischten Beziehungen fast ausschließlich der Mann muslimischer und die Frau jüdischer Herkunft ist. Umgekehrte Beziehungen werden von muslimischer Seite nicht zugelassen. Das Paar würde eher umgebracht werden. Aber ohnehin wären auch gemischte Beziehungen mit umgekehrter Geschlechterverteilung nicht im jüdischen Sinne. Zu sagen „so wie ihr uns die Frauen wegheiratet, machen wir es mit euren Frauen" ist nicht die jüdische Sichtweise. Viel mehr soll jedes Volk unter sich heiraten.

Jack GUEZ / AFP

Die Organisationen „Yad l'Achim" und „Lehava" helfen jüdischen Frauen, aus gewaltvollen Ehen mit muslimischen Männern zu entkommen.

Die Muslime sehen es jedoch anders und obwohl Juden generell verachtet werden, wird es dennoch als anstrebenswert gesehen, eine jüdische Frau zu haben – die dann auch zum Islam konvertieren muss und häufig auch nicht die einzige Frau eines muslimischen Mannes ist.

Mit einer muslimischen Frau kann ein muslimischer Mann vor der Ehe nicht so unverbindlich Spaß haben wie mit einer jüdischen Frau aus der offenen israelischen Gesellschaft. Und dadurch, dass er eine jüdische Frau an sich bindet, verhindert er, dass diese Kinder für die „gegnerische Seite" zur Welt bringen wird. Eine jüdische Frau zu haben, wird manchmal auch als sozialer Aufstieg angesehen. Und mit ihrem Aussehen entsprechen sie meistens eher dem Schönheitsideal, das durch westliches Fernsehen auch in die arabische Gesellschaft Einzug gefunden hat.

Wie dem auch sein mag, nach den ersten Monaten der Bekanntschaft oder Ehe, in denen die Angebetete mit Geschenken und Komplimenten überhäuft wird, folgt dann häufig die Realität des Alltags. Frauen, die aus solchen Beziehungen gerettet wurden, berichten über unvorstellbare körperliche und seelische Gewalt, darüber dass sie eingeschlossen werden, während der Mann das Haus verlässt, dass sie kein Telefon haben dürfen und dass jeglicher Kontakt mit ihrer Familie untersagt ist. Häufig finden solche Frauen auch den Tod. Der letzte solcher Fall war erst im Juni 2022 der Mord an der 24-jährigen Sapir Nahum.

Es gibt in Israel Organisationen, die versuchen, diesen Frauen zu helfen. Zu denken ist dabei vor allem an die wohletablierte Organisation „Yad l'Achim" (www.yadlachim.org) und an die neuere Organisation „Lehava" (www.lehava-us.com). Wenn sich jemand Sorgen macht, dass eine Verwandte oder Bekannte dabei ist, in eine solche Beziehung abzugleiten, kann man sich zur Beratung an diese Organisationen wenden und sie versuchen dann die betreffende Frau über die Gefahren aufzuklären. Und falls sie bereits in die Falle getappt und nun in irgendeinem arabischen Dort weggeschlossen ist und die israelischen staatlichen Behörden aufgrund von politischer Korrektheit und Multi-Kulti-Wahn nicht eingreifen wollen, dann organisieren solche Organisation auch Rettungsaktionen. Dabei betreten Freiwillige – häufig ehemalige Angehörige von Spezialeinheiten – verkleidet arabische Dörfer und befreien die gefangenen Frauen und ihre Kinder, die ja laut jüdischem Recht auch jüdisch sind. Später werden die geretteten Frauen noch durch Sozialarbeiter und Psychologen bei ihrer Re-Integration in die jüdische Gesellschaft betreut. Wenn aus dieser Verbindung Kinder geboren wurden, braucht die Frau auch juristische Hilfe, falls der Mann Anspruch auf die gemeinsamen Kinder erhebt. Bei all dem unterstützt Yad L'Achim die betroffenen Frauen und daher sollte ein jeder Yad L'Achim durch Spenden unterstützen. Wenn die Spenden über Steuerzahler in Israel, der USA oder Frankreich abgewickelt werden, sind sie in diesen Ländern auch steuerlich absetzbar.

Maimonides schreibt in seinen Gesetzen der Spenden an die Armen (Hilchot Matanot Anijim), Kapitel 8, Halacha 10:

„Das Freikaufen von Gefangenen hat Vorrang vor der Ernährung und Bekleidung der Armen. Und kein Gebot ist so wichtig, wie das Freikaufen von Gefangenen! Denn der Gefangene ist sowohl unter den Hungrigen, als auch unter den Durstigen und den Nackten und er befindet sich in Lebensgefahr."

Yad L'Achim ist auf Ihre Spende angewiesen (www.yadlachim.org).

www.intellectual-services.com